

DM 10,– Nr. 8 August 1993 E 8080 E

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland:
Schlimmste Rezession der Nachkriegsgeschichte

Medien-Krieg als neue Waffe

Im Trommelfeuer von Haß und Lüge wird Deutschland von Fremden besetzt

Bilderberg-Konferenz:
Die geheime Teilnehmerliste vom Treffen 1993

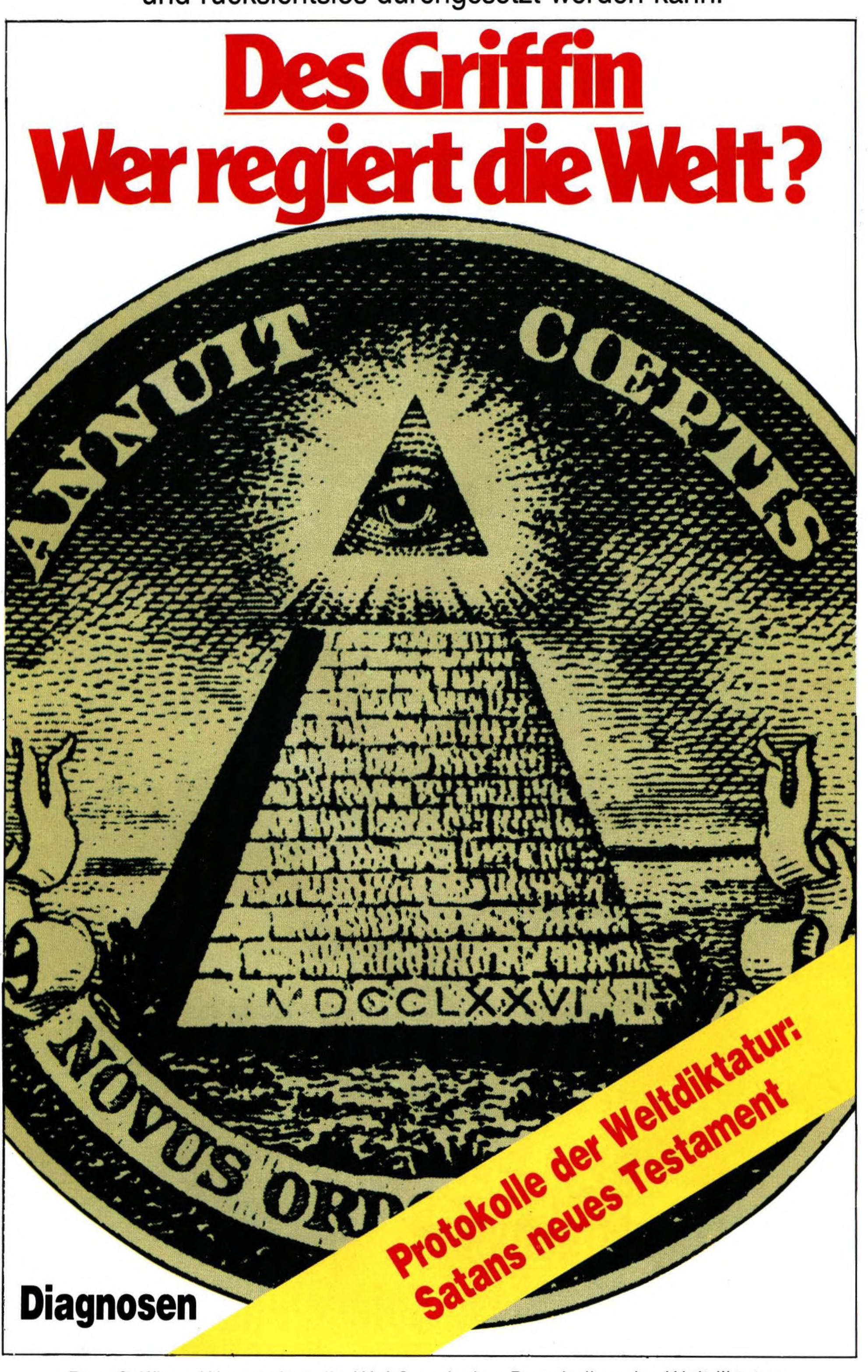
CIA:
Die von Washington gebilligte Mordliste

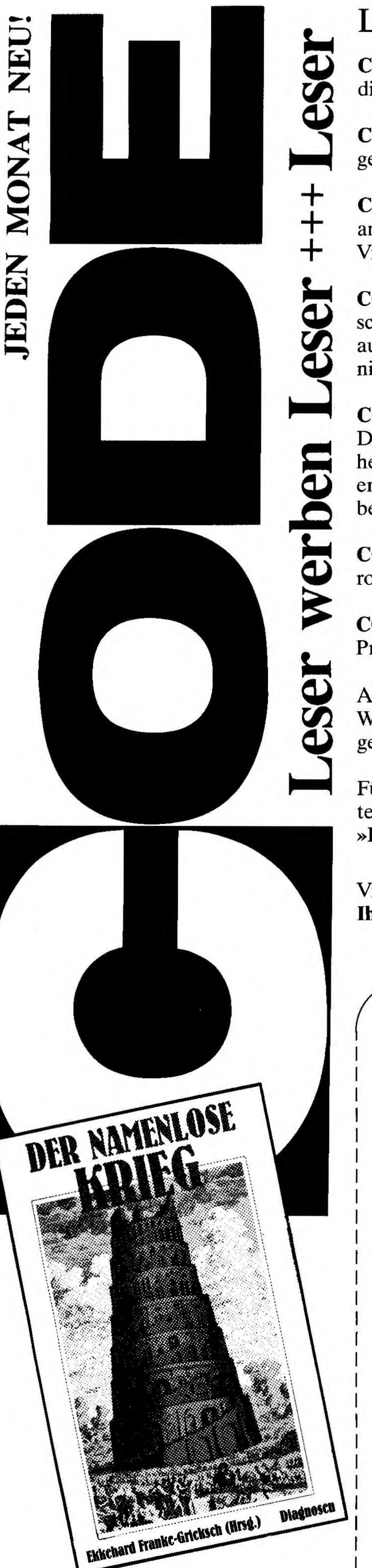
Unternehmen:
Pleiten – ein Spiegelbild der Konjunktur

Maastricht-Vertrag:
Euro-Pessimismus in Hülle und Fülle

Europa:
Mit hohen Einsätzen wird Demokratie gespielt

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.





Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-71229 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

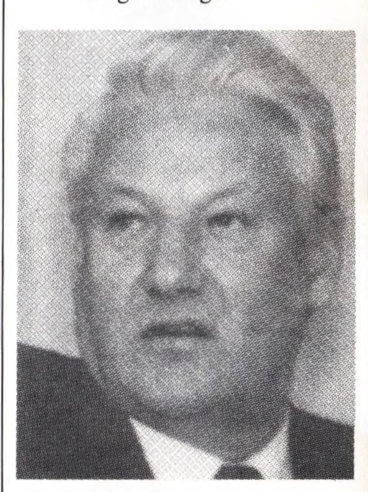
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin



Boris Jelzin feierte die Volksabstimmung als persönlichen Sieg, dabei ist es die letzte Chance für Rußland, die Schocktherapie zu beenden.

7. Jahrgang Nr. 8 August 1993



Die Spuren beim Mord an US-Präsident John F. Kennedy führen bis zu einer Schlägermannschaft des CIA.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Beamten-Sicherungsmaßnahmen

Wer Beamter ist braucht sich keine Sorgen um seine Zukunft zu machen. Damit aber die Vielzahl der Beamten wenigstens etwa Arbeit hat, hat man in den Ministerien zu folgender Regelung gegriffen: Muß eine Rede für einen Minister geschrieben werden, wird dies erst einmal von einem kleinen Sachbearbeiter des jeweiligen Bereichs gemacht, über den sich der Minister auslassen will. Natürlich wird die Rede von einer Sekretärin abgetippt.

Diese Rede wird dann erst einmal von dem Vorgesetzten des Sachbearbeiters durchgelesen und korrigiert. Auch diese Fassung wird natürlich abgetippt. Als Dritter hat dann der jeweilige Abteilungsleiter die große Ehre und das Vergnügen, erneut Korrektur lesen zu dürfen. Es wäre ein Wunder, wenn dabei keinerlei Korrekturen vorgenommen werden, woraufhin natürlich die ganze Rede neu abgetippt werden muß.

Als (vorerst) letzter bekommt der persönliche Referent des Ministers die Rede in seine Hände. Und was macht er: Genau, er korrigiert sie in 99 Prozent der Fälle. Also wird sie wieder neu abgeschrieben.

Dann ist es in der Regel geschafft: Da der Minister von seinem Fachbereich sowieso nur in wenigen Fällen eine wirklich Ahnung hat, verläßt er sich auf seinen Referenten und fügt nur in den allerseltensten Fällen einige Korrekturen ein, so daß die Rede im schlimmsten Fall das fünfte Mal abgetippt wird.

Dies ist eine der effektivsten Arbeitsbeschaffnungsmaßnahmen, die sich die Bundesregierung und die jeweiligen Ministerien ausgedacht haben. Nicht nur, daß zahlreiche Beamte jeweils mindestens einen ganzen Tag mit der Rede beschäftigt sind, werden auch die jeweiligen Sekretärinnen ausgelastet.

Gleichzeitig wird der ohnehin kränkelnden Papierindustrie geholfen, da hochgerechnet auf alle Bundes- und Länderministerien so Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat und schließlich auch Jahr für Jahr tausende, wenn nicht gar Millionen Blätter Papier unnütz verbraucht werden.

Rechnet man alle Kosten hoch, so kommt man im Jahr auf viele Millionen Mark, die unnütz vergeudet werden. Aber irgendwie muß erklärt werden, warum ein derartiger Wasserkopf von Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes in den Ministerien beschäftigt ist. □

Rätselraten um Weizsäcker-Nachfolge

Langsam, aber sicher nimmt die Diskussion um die Nachfolge von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dessen zweite und damit letzte Amtszeit (glücklicherweise) im Mai des kommenden Jahres ausläuft, peinliche Formen an. Es vergeht nämlich kaum eine Woche, in der nicht wieder neue Namen genannt werden.

Angeblich soll Bundeskanzler Kohl bei seiner Suche nach einem geeigneten Weizsäcker-Nachfolger in Mitteldeutschland nicht fündig geworden sein – was einen nicht überrascht, da die fähigsten Leute rechtzeitig ausgesiebt worden sind, da sie zu unbequem waren –. Deshalb soll es jetzt doch jemand aus Westdeutschland machen.

Einer der hierfür genannten Personen ist der frühere Richter des Bundesverfassungsgerichts, Simon Herzog. Als in einer Partei nicht sonderlich aktive Person könnte dieser auch einen parteiübergreifenden Konsens darstellen und angesichts der zunehmenden Parteiverdrossenheit auch in der Öffentlichkeit besser aufgenommen werden als ein reiner Parteipolitiker – glaubt jedenfalls Kohl.

Als zweiter potentieller Kandidat wird in den vergangenen Wochen wieder zunehmend der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) genannt. Ihm wird zugute gehalten, daß er durch seinen sofortigen Besuch der Opfer der Brandanschläge in Solingen, Hattingen usw. ein besonders hohes Verantwortungsgefühl gezeigt habe und in Zeiten zunehmender Entfremdung des deutschen und türkischen Teils der Bevölkerung ein Zeichen der Freundschaft gesetzt habe.

Kein Wort wird aber darüber gesagt, daß Rau bereits zu einem Zeitpunkt Schuldvorwürfe an bestimmte politische Gruppierungen und an die politische Rechte Deutschlands allgemein gerichtet hat, als noch keineswegs feststand, welches tatsächliche Motiv dahintersteckte. Daß es nun anscheinend wirklich vermeintliche sogenannte Rechtsextremisten waren, ist Glück für ihn, spricht ihn aber nicht von dem Vorwurf der Verantwortungslosigkeit frei.

Nicht vergessen werden darf auch, daß die SPD unter seiner mittlerweile über ein Jahrzehnt langen Regierungszeit das einst reichste Bundesland Nordrhein-Westfalen im wahrsten Sinne des Wortes heruntergewirtschaftet hat. Statt mit rechtzeitigen Umstrukturierungen die Wirtschafft des Landes auf sich abzeichnende Krisen widerstandsfähiger zu machen, wurden mit diesen erst dann begonnen, als die Krise schon voll da war. Die Folge dessen waren zahlreiche Unternehmensschließungen, die hätten vermieden werden können, und damit verbunden die Entlassung von hunderttausenden von Arbeitnehmern.

Gleichzeitig ist es Landesinnenminister Herbert Schnoor (SPD) zu »verdanken«, daß besonders im bevölkerungsreichsten Bundesland die Exzesse von Ausländern besonders groß waren.

Man denke nur an das sogenannte »Roma-Lager« unmittelbar vor dem Düsseldorfer Landtag, in dem mehrere hundert Zigeuner gegen ihre Abschiebung nach Rumänien protestierten. Der Grund war auch für jeden sichtbar. Die von ihnen geparkten Wagen waren zumeist von Mercedes, BMW oder sonstigen Wagen weit jenseits der 30000 Mark-Grenze. Arbeiten brauchte anscheinend auch keiner. So soll sich dann jeder die Frage selbst beantworten, wie diese Leute zu soviel Geld kamen, um sich teure Wagen leisten zu können.

Da wildes Campen bekanntlich verboten ist, wurde diese Nötigung dann schnell als »Demonstration« eingestuft. Trotz der von dem Lager ausgehenden Seuchengefahr, ließ es die Landesregierung zu, daß die deutsche Demokratie von den Zigeunern monatelang völlig lächerlich gemacht wurde.

Man stelle sich nur einmal vor, national eingestellte Deutsche hätten vor einem Landtag auf derartige Weise gegen die völkerrechtswidrige Abtretung Ostdeutschlands an Polen protestieren wollen. Das Lager wäre mit Sicherheit noch am gleichen Tag aufgelöst worden. Und dann wundert man sich, wenn Vorbehalte gegen Ausländer und besonders Zigeuner immer größer werden. □

Zu Lasten der Arbeitnehmer

Besser als bei vielen anderen Punkten zeigt die Bundesregierung ihr wahres Gesicht bei der Pflegeversicherung. Die Arbeitnehmer sollen nämlich den Großteil der Kosten hierfür tragen.

Zwar ist es im Prinzip richtig, daß auch die einzelne Person nötigenfalls hiervon profitiert, die Unternehmen durch eine Pflegeversicherung überhaupt keine Vorteile erzielen – anders als etwa bei der Krankenversicherung –, nur könnte man dieses Argument dann auch für die Rentenversicherung gelten lassen.

Außerdem ist dieser Staat auf dem Gegenseitigkeitsprinzip aufgebaut, wo jeder auch die Lasten des anderen zu tragen hat. Auf der anderen Seite muß sicherlich auch die schwierige Situation vieler Unternehmen gesehen werden, für die eine neue Belastung große finanzielle Probleme aufwerfen würde.

Da aber für die kommenden Jahre mit einem Rückgang der Gesundheitskosten zu rechnen ist, dürfte sich dies in etwa miteinander kompensieren, zumal

bis dahin auch mit einer nachhaltigen konjunkturellen Erholung gerechnet werden kann. Von daher ist ein sowohl von Arbeitnehmern als auch von Arbeitgebern zu zahlender gleicher Beitrag die fairste Lösung.

Es ist nicht einzusehen, warum ein Arbeitnehmer noch durch Karenztage oder durch den Verzicht von Feiertagen zusätzlich geschröpft werden soll. Interessant ist dabei auch folgendes:

Zuerst war von einem Feiertag die Rede, dann von zwei Karenztagen, und jetzt soll gleich auf drei Feiertage verzichtet werden.

Die Absicht der Bundesregierung ist eine ganz andere: Durch den Verzicht auf mehrere Feiertage oder die Einführung der Karenztage würden die Unternehmen viel, viel mehr einnehmen, als sie für die Pflegeversicherung ausgeben müssen.

Und genau dieses ist auch die Absicht der Bundesregierung, bei der die FDP zwar rein rechnerisch der kleinste Partner ist, in Wahrheit aber die Richtlinien der Politik bestimmt. Die Umverteilungspolitik von unten nach oben, die zwar schon in den vergangenen Jahren von ihnen eingeleitet wurde, bislang aber zumeist abgewehrt werden konnte, soll jetzt endlich forciert werden.

Schließlich weiß man nicht, wie die Wahlen 1994 ausgehen und ob es dann so leicht möglich sein wird wie jetzt.

Denn der Hinweis darauf, daß es zum Beispiel in Großbritannien und den USA nur etwa acht Feiertage gibt, ist reinster Hohn. Denn im Gegensatz zu Deutschland ist dort gesetzlich verankert, daß Feiertage, die auf ein Wochende fallen, am Montag nachgeholt werden müssen.

Berücksichtigt man, daß in Deutschland alleine in diesem Jahr vier – und in Bayern und im Saarland sogar fünf – Feiertage auf ein Wochenende fallen, bleiben auch hierzulande nur noch zwischen fünf und neun effektiv arbeitsfreie Feiertage übrig.

Da aber der Pfingstmontag auf jeden Fall abgeschafft werden soll, der einer der wenigen auf einen Tag und nicht auf ein Datum festgesetzten Feiertage ist, würden die deutschen Arbeitnehmer gegenüber denen in anderen Ländern deutlich benachteiligt sein.

Die Alternative hierzu wäre, daß, wie in USA und Großbritannien, eine gleichartige Regelung geschaffen wird, daß also Feiertage, die auf ein Wochende fallen, am Montag nachgeholt werden. Dann könnte man zur Gleichstellung aller Bundesländer durchaus etwa auf Fronleichnam verzichten. □

Der Hamburger Klüngel

Obwohl das Hamburger Landesverfassungsgericht die Senatswahlen der Hafen- und Hansestadt für ungültig erklärt hat, bleibt das Hamburger Parlament trotz mangelhafter demokratischer Legitimation bis zu einer neuen Wahl weitgehend handlungsfähig. Allerdings forderte das Gericht die Bürgerschaft und den Senat auf, die Wahl »unverzüglich« und »in angemessener Zeit« vorzubereiten.

Das Parlament kann nach dem kürzlich veröffentlichten Urteil – allerdings mit dem gebotenen Maß an Zurückhaltung – die Kontrolle der Verwaltung wahrnehmen, notwendige Gesetze beschließen, Mittel bereitstellen und die eigene Auflösung beschließen.

Die Richter hatten die Wahl für ungültig erklärt, weil die CDU bei der Kandidatenaufstellung ein Blockverfahren mit stark eingeschränktem Gegenvorschlagsrecht benutzt hatte.

Angesichts des in den vergangenen Jahren bereits mehrfach sehr seltsamen Vorgehen des Hamburger Senats – man denke nur an die Hafenstraße –, kann man sich vorstellen, wie dies mit der Neuwahl vonstatten geht.

Zuerst werden alle möglichen oppositionellen Gruppen, die auch nur den Anschein haben, rechts zu sein, verboten werden – die derzeitige Stimmung nach den Brandanschlägen läßt dies auch zu –, dann wird massiv Stimmung gemacht und sich irgendein Termin ausgesucht, bei dem viele bürgerliche Wähler vielleicht etwas anderes vorhaben – etwa Totensonntag –. Zuvor werden aber noch mit der linken Mehrheit des Senats gewünschte Gesetze durchgepeitscht, um so nach einer neuen Wahl eventuelle bürgerliche Mehrheiten vor vollendete Tatsachen zu stellen. Und so etwas nennt sich dann Demokratie! □

Fragwürdige Zahlenspiele

Mit fragwürdigen Zahlenspielen scheint die nordrhein-westfälische SPD ihr Methadon-Konzept als Erfolg darstellen zu wollen.

Mit der Kunst-Droge Methadon wird bekanntlich versucht, Süchtige vom Heroin abzubringen und durch die Ausgabe bei staatlichen Stellen vor allem die Beschaffungskriminalität zu senken. Kritiker sagen zu Recht, daß nur eine Sucht durch eine andere ersetzt wird, die dann sogar noch vom Staat bezahlt wird. Ziel muß es aber vielmehr sein, die Süchtigen wieder »clean« werden zu lassen.

Vor kurzem stellte Nordrhein-Westfalens Sozialminister Müntefering (SPD) eine Studie vor, wonach sich die Zahl der arbeitslosen Süchtigen des Programms eben durch die Einnahme von Methadon von 68 auf 44 Prozent verringert habe. Dabei wurden allerdings nur die Daten von 68 von insgesamt 247 Teilnehmern, also rund einem Viertel, ausgewertet.

Kritiker dieser Studie verweisen dann auch darauf, daß es unredlich sei, die konkreten Untersuchungen nur auf ein Viertel aller Beteiligten zu beschränken, die nach zwei Jahren Zugehörigkeit bei den Abschlußerhebungen noch im Programm waren, die ausgeschiedenen Klienten aber auszuklammern. Dadurch werden aber Ergebnisse verfälscht und man kommt so auf die gewünschte Aussage.

Zudem ist der Erfolg des Methadon-Programms auch dadurch als äußerst fragwürdig zu bezeichnen, daß von 247 Drogenabhängigen lediglich sechs Personen wirklich durch dieses Programm völlig drogenfrei geworden sind. Dies entspricht einem Anteil von lediglich 2,5 Prozent. Bei der konventionellen Therapie liegt die Erfolgsquote dagegen bei 30 bis 40 Prozent. □

Mitgliederschwund

Über einen katastrophalen Mitgliederschwund berichtet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Im vergangenen Jahr sind rund 800000 Mitglieder aus der (Links-)Gewerkschaft ausgetreten. Fast alle waren Mitteldeutsche!

Und dieses ist besonders interessant. Fragt man nämlich frühere DGB-Mitglieder aus den »neuen Bundesländern«, dann hört man erstaunliches: Nämlich daß die Politik des DGB sich doch sehr der des früheren Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), also der praktisch gewerkschaftlichen Tarnorganisation der SED, ähnelt. Es wäre kaum ein Unterschied in der Argumentation festzustellen. Zudem soll der DGB auch sehr viele, wenn nicht gar die meisten Amtsträger des FDGB übernommen haben. Wenn man bedenkt, daß der Großteil der damaligen Amtsträger aber nur in dieses Amt kam, wenn er als besonders linientreu galt, dann ist es kein Wunder, daß sich die Politik des früheren FDGB und des jetzigen DGB kaum unterscheiden.
Trotz dieses starken Mitgliederschwundes waren Ende des vergangenen Jahres in den 16 Einzelgewerkschaften des DGB noch immer 11,012 Millionen Arbeitnehmer organisiert. Dies waren 6,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. □



Bonn

Alarmruf des Deutschen Beamtenbundes

Das Magazin des Deutschen Beamtenbundes hat Beispiele zusammengetragen, die für sich sprechen. In vielen Verwaltungsbereichen werden die Mitarbeiter(innen) gedemütigt, nicht selten auch angegriffen. Besonders betroffen sind die Sozialämter, früher für einkommensschwache Rentner, Langzeitarbeitslose und wirklich Hilfsbedürftige zuständig, heute von Drogensüchtigen, Kriminellen und Asylbewerbern bevölkert. Wir zitieren:

Zunehmend häufen sich die Besuche von Männern und Frauen, die die Wartezeit mit harten Drogen oder Alkohol verkürzen oder Diebesgut verkaufen. Der Streit darüber, wer zuerst seine Anliegen vortragen darf oder länger warten muß, endet oft in handfesten Auseinandersetzungen und Schlägereien. Besonders ältere Leute scheuen sich deshalb zunehmend, sich dieser Atmosphäre der Aggression und der Provokation auszusetzen und meiden den Gang zum Sozialamt.

Ansprüche mit Hilfe des Faustrechts

Täglich konfrontiert mit einer steigenden Zahl von Antragstellern, die sich herzlich wenig um die Bestimmungen kümmern, sondern ihre vermeintlichen Ansprüche und Rechte mit Hilfe des Faustrechts durchsetzen wollen, sind viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inzwischen psychisch am Ende und wollen unbedingt versetzt werden, weil sie die Belastungen nicht mehr ertragen können. Selbst die Familien leiden mit.

Im Sozialamt in Wuppertal-Barmen lehnte eine Beamtin einen Antrag auf Sozialhilfe ab. Da zog der Antragsteller einen Revolver mit den Worten: »Ich will jetzt die Kohle!« Der Leiter des Ausländeramtes in Wuppertal wurde mit Farbbeuteln attackiert. Sein Büro mußte komplett renoviert werden, und seine Ehefrau erhielt telefonische Drohungen.

Die Stadt Wuppertal nahm diese Vorfälle überaus ernst und gab für die Sicherung der Privatwohnung des Amtsleiters über 60000 DM aus.

Ein aidsinfizierter Asylbewerber im Ausländeramt Wuppertal drehte durch, als er erfuhr, daß er abgeschoben werden sollte. Er biß den zuständigen Beamten in den Unterarm, bevor er überwältigt werden konnte. Der Beamte hatte Glück, bisher sind sechs Aidstests negativ verlaufen, und der Menschenbiß, der ohnehin zu den gefährlichsten überhaupt zählt, ist bis auf kleine Narben gut verheilt. Was geblieben ist, ist die Angst vor neuen Attacken von Antragstellern und die Erinnerung an die zugefügte Demütigung.

»Morgen bist Du tot!«

Drohungen wie »Ich lauer Dir auf« oder »Jetzt hau' ich Dir ein paar vors Maul« sind an der Tagesordnung. Selbst Reizgasattentate, Bedrohungen mit offenen Klappmessern und Pistolen sind vorgekommen. In Hamburg wurden einem Sachbearbeiter tote Ratten auf den Tisch geworfen, eine Mitarbeiterin wurde als »Nazischwein« beschimpft und mit dem Handrücken ins Gesicht geschlagen.

»Morgen bist Du tot«, drohte die drogenabhängige Besucherin. Ein flüchtender Asylbewerber überrannte einen Beamten, der sich dabei einen Rückenwirbel brach ...

Mit dem Ratschlag eines Sprechers der Hamburger Senatsverwaltung, man müsse »sich eben ein dickes Fell zulegen«, ist den Betroffenen wohl kaum gedient.

Eine Notrufanlage soll helfen

Der Trend zu rabiatem Verhalten in den Amtsstuben nimmt überall zu. So wurde in Hagen ein Mitarbeiter des Sozialamtes bedroht und geschlagen, so daß die Verwaltung sich genötigt sah, Türen zu verlegen, damit Fluchtwege offen bleiben.

Auch eine Notrufanlage ist installiert worden, damit Kollegen, wenn es laut wird, helfen können.

Im Kölner Wohnungsamt kommt es des öfteren vor, daß Obdachlose randalieren, denen bei der Wohnungssuche nicht geholfen werden kann. Gefährlicher ist es aber, wenn die Hausbesetzerszene den Beamten einen Besuch abstattet. Selbst die Polizei konnte in der Vergangenheit nicht verhindern, daß Scheiben eingeworfen und Feuerlöscher von den Wänden gerissen wurden.

Im Duisburger Sozialamt trat ein verärgerter Bürger eine Tür zu Bruch und räumte in Sekunden-



(aus: »Der Beamte in Baden-Württemberg«, 1/1993)

schnelle einen Schreibtisch ab. Ein anderer spuckte einem Sachbearbeiter nach einer Auseinandersetzung ins Gesicht. In Solingen kippte ein Sozialhilfeempfänger einen Schreibtisch um und griff danach den Sachbearbeiter tätlich an. In Wiesbaden schlug ein Antragsteller auf einen Beamten ein, weil sein Antrag angeblich nicht schnell genug bearbeitet wurde.

Spießrutenlaufen für die Mitarbeiter

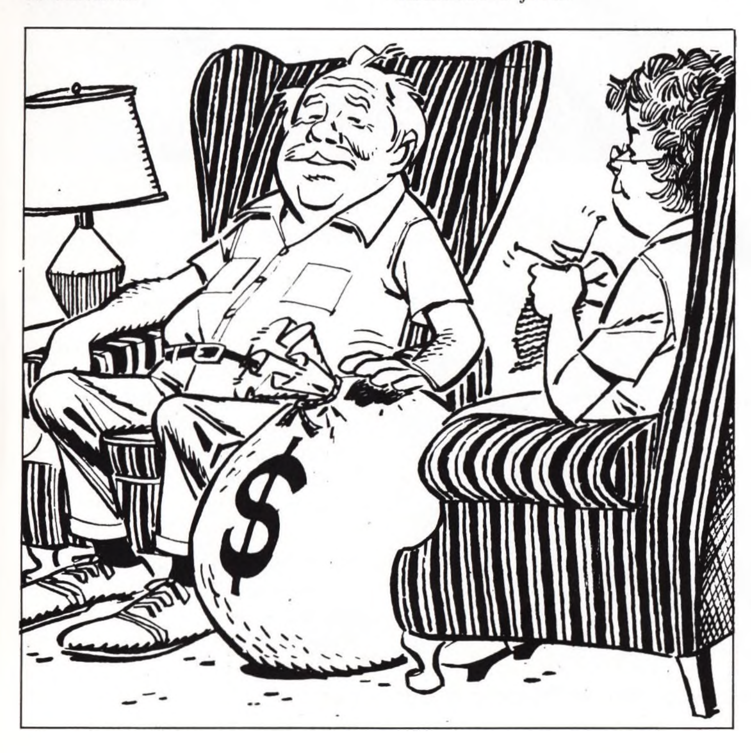
Im Aachener Sozialamt patrouilliert seit kurzem ein privater Sicherheitsdienst in unregelmäßigen Abständen auf den Gängen, damit die andauernden verbalen und tätlichen Angriffe auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhindert werden können. Für Mitarbeiterinnen ist es nicht nur in Aachen ein Spießrutenlaufen, wenn sie über den Gang gehen müssen. Das Harmloseste, was passieren kann, ist, daß ihnen hinterhergepfiffen wird.
In der Gemeinde Perl belagerten neun Algerier mit Bettzeug und Matratzen den Eingang des Rathauses, weil ihnen ihre Sozialhilfe für November nicht mehr insgesamt, sondern nur noch in Tagessätzen von 12,90 Mark ausgezahlt werden sollte. Sie drohten, den »Kram« anzuzünden, wenn sie ihr Geld nicht bekämen. Die Polizei mußte anrücken, um den Rathauseingang wieder frei zu machen.

Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen beziehungsweise auf andere Bereiche des öffentlichen Dienstes (Polizei, Grenzschutz, Strafvollzug, Schule, Zoll ...) ohne Schwierigkeiten ausweiten. Jedes einzelne zeigt indes, daß dringend Abhilfe geschaffen werden muß.

Die Politiker stecken den Kopf in den Sand

Das gilt auch für Zugbegleiter, die ebenfalls zum Freiwild für Gewalttäter geworden sind. Gegen Gewalt, Schwarzfahren, Betrug, Vandalismus und Drogenkonsum sind die Beamten machtlos. Schläge, Tritte und Drohungen beim täglichen »Wildwest im Zug«, besonders auf Strecken, die einen sozialen Brennpunkt berühren, bestimmen zunehmend ihren »normalen« Dienstablauf.

Die Vorgesetzten und Politiker stecken jedoch den Kopf in den Sand, die betroffenen Kolleginnen und Kollegen fühlen sich im Stich gelassen.
Wie unverantwortlich die Politiker mit dem öffentlichen Dienst umgehen, zeigt das Beispiel Aachen besonders kraß. Der Staat, der zu Recht das Gewaltmonopol für sich reklamiert, verstärkt und unterstützt nicht die Polizei, sondern engagiert einen privaten Wachdienst, um die eigenen Mitarbeiter zu schüten. Die Zeit zum Handeln ist jetzt. □



Deutschland

Die Umerziehung seit 1945

Die Umerziehung von unterjochten Völkern ist nichts Neues. Im Laufe der Menschheitsgeschichte haben sich Reformer, Glaubensstifter, Kriegsherren, Besatzer und Unterdrücker ihrer bedient, um Charakter und Denken der Menschen umzuformen.

Die Methodik ist stets die gleiche: Die böse Vergangenheit geißeln und ächten, Schuldgefühle wecken, öffentliche Scham- und Schuldbekenntnisse erzwingen, Besserung, Läuterung und eine Schuldvergabe durch Bußeversprechen, die in der kritiklosen Übernahme des Geschichtsbildes, der Kultur, der Sprache und der Ideologien der Umerzieher gipfelt.

Die Umerziehung von US-Soldaten

Die Gehirn- und Charakterwäsche ist selten so systematisch dargestellt worden wie am Beispiel der 4428 die chinesische Gefangenschaft überlebenden US-Soldaten des Koreakrieges.

Die rotchinesische Umerziehung hatte zum Ergebnis, daß 14 Prozent der Gefangenen sich als Mitarbeiter der Rotchinesen gewinnen ließen, 33 Prozent als »Mitläufer« eingestuft werden mußten, 37 Prozent durch ungeklärtes Verhalten nicht eingeordnet werden konnten und nur 16 Prozent standhaft blieben, mit allen Konsequenzen bis hin zu Folterungen.

Die Gründe für dieses so unterschiedliche Verhalten konnten geklärt werden.

Standfestigkeit als Ergebnis harter Ausbildung, einfacher Lebensführung, Kameradschaft, fester Grundsätze, sicherer innerer Haltung und Ehrgefühl, Verwurzelung in Familie und Heimat, Vaterlandsliebe und Stolz auf das eigene Land.

Widerstandslos gegen die Gehirn- und Charakterwäsche zeigten sich Soldaten mit Eigenschaften wie verweichlicht, verwöhnt und bequem, Disziplinlosigkeit und fehlendem Gemeinschaftsgeist, materieller Lebenseinstellung, Mangel an Mut und Entschlossenheit, Unfähigkeit, sich auf harte Lebensbedingungen einzustellen, fehlender Vaterlandsliebe, kein Treuegefühl zu Land und Kameraden – also bindungslose Einzelgänger, die jeder für sich gefügig gemacht wurden.

In der praktischen Durchführung erfolgte die rotchinesische Umerziehung in fünf aufeinander aufbauenden Stufen:

Erste Stufe – Ziel: Verunsicherung der Persönlichkeit.

Unablässige propagandistische Einwirkung. Wecken von Zweifeln an der bisherigen Einstellung und Überzeugung. Zerstören von Selbstwertgefühl und nationalem Bewußtsein. Anhalten zu mündlicher und schriftlicher Selbstkritik.

Zweite Stufe – Ziel: Schuldbekenntnis.

Herauslösen aus der gewachsenen Gemeinschaft, Erzeugung und Verstärkung von Schuldgefühlen, Abwendung von der bisherigen Haltung. Belohnung für Schuldbekenntnisse.

Dritte Stufe – Ziel: Der moralische Zusammenbruch.

Verschärftes Trennen des Einzelnen von der Gemeinschaft, Schüren von Unsicherheit und Mißtrauen durch Spitzelsysteme. Erzeugung des Gefühls, gänzlich allein, verlassen und hilflos zu sein.

Vierte Stufe – Ziel: Aufbau des neuen Menschen.

Kleine Hilfen für den seelisch

Deutschland

Die Umerziehung seit 1945

und moralisch Zusammengebrochenen. Hinführen zu der Erkenntnis, daß an allem Leid und Bösen letztlich die eigene Führung Schuld hat. Kanalisierung des erzeugten Schuldgefühls auf Staat und Vaterland. Überprüfung der Vergangenheit aus geläuterter Sicht. Schaffung der Empfindung, daß man als ein neuer Mensch nun Teil hat an einem weltumspannenden wahren und guten Ganzen.

Fünfte Stufe – Ziel: Festigung des neuen, besseren Menschen.

Stärkung der Gewißheit, daß das Böse überwunden ist, bedingte Befreiung von Schuldgefühlen, Übernahme der Ideologie und Sprachregelungen der Umerzieher. Schaffung eines neuen Selbstwertgefühls durch nun aktive Mithilfe bei der Verwirklichung ihrer Ziele.

Die Umerziehung des deutschen Volkes durch die Siegermächte entsprach – auch wenn sie vor dem chinesischen Beispiel einsetzte – der gleichen Methodik.

Beispielhaft für die praktische Durchführung war das »Reeducation Program« der US-amerikanischen Besatzungsmacht – ein psychologisches Großprojekt, das zu seiner vollen Verwirklichung jedoch erst durch die deutschen »Hiwis« gekommen ist. Diese wurden in einem »Screening«-Verfahren (Screening Centre, Bad Orb), ausgesiebt auf ihre Eignung als Umerzieher psychoanalytisch geprüft, und erhielten dann die begehrten Lizenzen für ihre Tätigkeit in Presse, Funk und Kultur.

Die Strategien in Westdeutschland, Mitteldeutschland und Österreich waren dabei unterschiedlich und richteten sich nach den Zielen der jeweiligen Besatzungsmacht.

Nach dem Willen der Siegermächte sollte Österreich, getrennt von Deutschland, als selbständiger Staat aufgebaut und ein eigenes »Nationalbewußtsein« geschaffen werden. Es durfte sich daher als »befreit« verstehen, und nach den üblichen Strafmaßnahmen fand die Umerziehung ein vorzeitiges Ende. Schuldkomplexe waren nicht gefragt, Zahlungen wurden nicht erpreßt. Durch diese – im Vergleich zum übrigen Deutschland sehr unterschiedliche Behandlung – sollte die innere Entfremdung von Deutschland ermöglicht und gefördert werden.

Die »DDR« sollte zu einer vorgeschobenen Bastion des sowjetischen Imperiums ausgebaut werden. Nach anfänglichem Terror und Massenmord führten die Sowjets das gesamte Umerziehungsprogramm durch, wobei die Stufen 4 und 5 den Schwerpunkt bildeten. Damit fand die Umerziehung auch ihren Abschluß, und fortan konnte der neue, bessere und sozialistische Mensch, Arm in Arm mit seinen sozialistischen Brudervölkern, den Marsch in immer lichtere Höhen antreten. Eingereiht in die Front der »Friedenskämpfer« war die Pflege dauernder Schuldkomplexe fehl am Platze. Dauerscham und Bußübungen konnten entfallen.

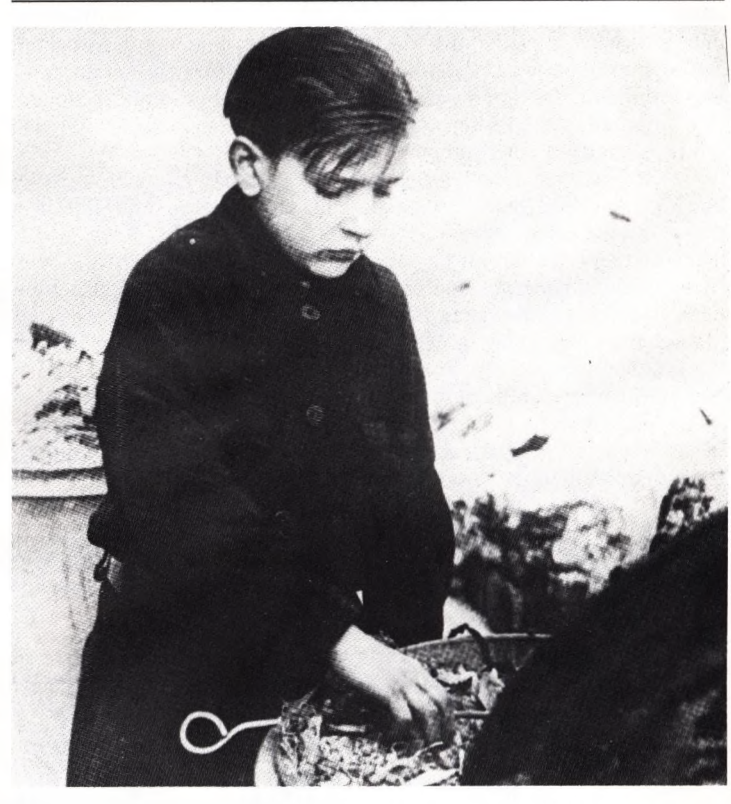
Nach umfangreichen Strafmaßnahmen einschließlich Lagerhaft (»Automatic Arrest«) und »Entnazifizierung« begann die eigentliche Umerziehung: Das Auflösen der Volksgemeinschaft, die Erzeugung von Schuldkomplexen und nationaler Selbstverachtung.

Die letzten Stufen der Umerziehungsmethodik entsprachen dann zum Teil jedoch nicht mehr den Interessen der Siegermächte. Die Westdeutschen sollten nicht aus ihrer »Schuld« entlassen werden und nie eine Vergebung ihrer Schuld erhalten, da sonst die entscheidende Voraussetzung für ihre politische und finanzielle Erpreßbarkeit entfallen wäre.

Zwar werden gelegentlich die Bitten um »Versöhnung« nach entsprechenden politischen und finanziellen Vorleistungen wohlwollend gehört, jedoch jeweils nur kurzfristig, um weitere Zahlungen nicht zu gefährden. □



Russische und amerikanische Soldaten auf dem schwarzen Markt vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.



Hunger war 1945 ein Teil der psychologischen Kriegsführung.



Razzia der britischen und amerikanischen Militärpolizei auf Schwarzhändler in Berlin.

Deutschland

Im Würgegriff der Deutschenhasser

Paul J. Muenzer

Wir alle sind Zeugen, wie in masochistischem Irrsinn Millionen von nichtverfolgten Ausländern aus aller Welt unter dem Vorwand des Asylrechts nach Deutschland gelockt werden.

Wir erleben, wie maßlos man diese Invasoren idealisiert, ja heiligt, und wie sie jahrelang auf eine Weise versorgt und umsorgt werden, von der schuldlos in Not geratene Deutsche nur träumen können. Und wir sehen mit Staunen und Erbitterung, wie unsere eigenen Volksvertreter und verlogene Medien die Deutschen zum Dank dafür als Nazis, Rassisten und Fremdenfeinde beschimpfen. Gleichzeitig wird uns eine Doppelmoral vorgeführt, die bei den Asylbetrügern fast alles entschuldigt, ihre beachtliche Gewaltkriminalität verharmlost und unterschlägt, während man die Deutschen in gemeinster Weise verteufelt und ihnen selbst bei geringfügigsten Vergehen oft drakonische Strafen zumißt.

Wer in der Öffentlichkeit die Wahrheit sagt ...

Was hier geschieht, ist die Inbesitznahme eines Landes durch privilegierte Fremde, denen man mit größter Selbstverständlichkeit nur Rechte gewährt, aber keine Pflichten auferlegt. Dieser Vorgang ist in der ganzen Welt einmalig, das gibt es sonst nirgends. Doch wer in der Öffentlichkeit die Wahrheit sagt, betreibt »Volksverhetzung«, dem drohen Gerichtsverfahren und Arbeitsplatzverlust.

Seit Jahren läuft nun schon diese zerstörerische, mit einem Psychoterror ohnegleichen arbeitende Volksverdummungs- und Einschüchterungskampagne. Sie wird zentral gelenkt, verfügt über riesige Geldmittel und verfolgt nur einen Zweck: die Deutschen mundtot und wehrlos zu machen gegen die ethnische Umvolkung, ihnen unbegründete Schuld- und Minderwertigkeitsgefühle einzuhämmern und solange ihre Gehirne zu waschen, bis sie widerstandslos die ungeheure, unter den irreführenden Schlagworten »Asyl«, »Menschenrechte« und »Europa« laufende Entdeutschung hinnehmen.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheuen die größtenteils von Deutschenfeinden beherrschten Medien vor keiner Lüge, keiner Geschichtsfälschung und Tatsachenverdrehung, vor keiner Intrige und keinem Rufmord zurück.

Systematisch stellen sie in einseitigster Weise und ungeprüft stets Deutsche und die Deutschen insgesamt als Alleinschuldige für alles hin, ohne zu widerrufen, wenn der wahre Sachverhalt ermittelt wird. Das gilt gleicherweise für die Zeitgeschichte wie für die täglichen Ereignisse: So wird mit penetranter Bosheit verschwiegen, daß viel öfter Deutsche Opfer von Ausländern werden als umgekehrt, und Kerzendemos gibt es für abgemurkste Deutsche natürlich nie. Klar, sind sie doch selber schuld, wenn sie umgebracht werden! Noch zynischer und ungerechter kann man nicht mit zweierlei Maß messen!

Man bewirft Unschuldige mit Schmutz

Die Heimtücke und Infamie dieses von Parteien, Medien, Gewerkschaften und Kirchen betriebenen Meinungsterrors gegen die Deutschen ist nicht mehr zu überbieten. Er ist nur noch vergleichbar mit jener Haß-Orgie, mit der vor einigen Jahren bestimmte, in New York und Washington tonangebende Kreise den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim zum Massenmörder erklärten und international ächteten. Nach dem



Nach den Bombenangriffen auf Dresden kamen US-Tiefflieger und schossen auf die Überlebenden.

Deutschland

Im Würgegriff der Deutschenhasser

bewährten Rezept: Man bewirft Unschuldige solange mit Schmutz, bis genug an ihnen hängen bleibt.

Erst kürzlich lieferte das »öffentlich-rechtliche« Fernsehen eine Probe ähnlicher Machart, als der Proletenkaspar »Motzki« die Japaner frech als »gelbe Affen« bezeichnete. Diese unglaubliche Beleidigung war keine Satire, auch keine Dummheit oder Taktlosigkeit, sondern geschah aus hintergründiger Absicht, die Japaner gegen die Deutschen aufzuwiegeln. Hier waren offenbar jene Spezialisten am Werk, die auch das Märchen von den von Irakis angeblich totgeschlagenen Babies erfanden und die gegen die Deutschen genauso hetzen und lügen, als befänden sie sich mit Deutschland im Krieg.

Und in der Tat, dies ist ein Krieg!

Allerdings ein Krieg ganz neuer Art, in dem man nicht mehr schießt und bombardiert, sondern wo die Medien als tödliche Kampf-, Verwirrungs- und Rufmordwaffen dienen. Anstelle des früheren Granathagels wird hier ein Dauertrommelfeuer der hinterhältigsten Lügen und Beschuldigungen losgelassen von Leuten, die von krankhaftem Haß und unersättlicher Macht- und Geldgier besessen sind, für die Anstand, Wahrheit und Gerechtigkeit exotische Fremdwörter sind, die mit der Gewalt der manipulierten Bilder und Worte nur noch verblöden, verhöhnen, provozieren, zersetzen, erpressen, einschüchtern, in den Schmutz ziehen, gleichschalten und mundtot machen wollen.

Durch den raffinierten Einsatz von manipulativer Intelligenz und absoluter Skrupellosigkeit sind diese Kräfte eine ernste Gefahr für jede Demokratie. Gewinnt diese gewissenlose Mafia die Oberhand, dann haben wir die Diktatur, und zwar eine schreckliche!

Dieser skandalöse Machtmißbrauch der Medien und ihrer steuernden Hintermänner zur einseitigen Massenbeeinflussung ist mit einem freiheitlichen Rechtsstaat schon lange nicht mehr vereinbar. Dieser Machtmißbrauch höhlt die im Grundgesetz garantierte Meinungs- und Pressefreiheit aus, um das Volk nach Belieben wie eine Schafherde lenken zu können. Da zudem auch unsere Politiker, die sogenannten »Volksvertreter«, kaum noch deutsche Interessen vertreten, sondern oft offen gegen den in vielen Umfragen eindeutig ermittelten Volkswillen regieren, muß man nach der Absicht dessen fragen, was wir heute erleben: Den Ausverkauf des Landes, die Verschleuderung seiner Reichtümer, die Entrechtung der Deutschen gegenüber den »Asylanten«-Herren, die Sturzflut der Lügen, die Förderung von Pornokultur und Abtreibung.

Dies und nichts anderes ist beabsichtigt: Nach 50 Jahren geistiger Amerikanisierung sollen wir jetzt endgültig entdeutscht und zu einer Masse »konsumorientierter Wohnbevölkerung« genormt werden.

Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hat man uns nur solange etwas vorgegaukelt, wie man uns gegen die Bolschewiken brauchte. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß der britische Kriegsverbrecher Harris, der Massenörder Dresdens, 1992 ein Denkmal erhielt, und es ist auch kein Zufall, daß im April 1993 in Washington, nahe des »Weißen Hauses«, ein 250 Millionen Dollar teures »Holocaust«-Museum mit weltweitem Medienspektakel eröffnet und eingeweiht wurde.

Unser Volk aus dem Würgegriffe der Deutschenhasser zu befreien, setzt voraus, es über diese Zusammenhänge aufzuklären, denn die Manipulation ist so raffiniert, daß die meisten Mitmenschen sie nicht einmal mehr bemerken oder gar durchschauen. □



Deutschland

Der Preis der Abrüstung

In wenigen Jahren werden auf deutschem Boden nur noch halb so viele Soldaten stationiert sein wie vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. Doch so wünschenswert der Truppen- und Rüstungsabbau aus politischer Sicht ist, so schwierig gestaltet sich die ökonomische Seite der Konversion. Vor allem für die ländlichen Regionen in Deutschland bringt sie zumindest kurzfristig große Anpassungsprobleme.

Zur Zeit der Vereinigung waren in Deutschland insgesamt rund 1,35 Millionen Soldaten der Bundeswehr (einschließlich der ehemaligen NVA), der Alliierten und der GUS stationiert. Nach den Plänen der einzelnen Nationen werden voraussichtlich über 730000 Soldaten das Land bis 1997 verlassen oder den Job wechseln. Im einzelnen:

Ein Viertel der Zivilbeschäftigten verlieren ihre Arbeit

Die GUS-Streitkräfte von 426000 Mann kehren vollzählig in ihre Heimatländer zurück.

Die Alliierten, 1990 noch 400000 Mann und Frau stark, werden rund 150000 Soldaten aus Deutschland abziehen. Allein die USA rufen bis 1997 rund 75000 Mann zurück, und die Franzosen planen, bereits in zwei Jahren nur noch 2100 der ehemals 44200 starken Truppe in Deutschland zu stationieren.

Die Bundeswehr wird nach Plänen der Bonner Hardthöhe bis 1994 von 525000 auf 375000 Mann verkleinert.

Oft geht mit dem Abbau der Truppenstärke zwangsläufig auch eine Verringerung der militärabhängigen Zivilbeschäftigung einher.

In Westdeutschland wird bis zur Jahrtausendwende rund ein Viertel der 160000 Zivilbeschäftigten (Stand: 1991) seinen Arbeitsplatz verlieren. In Mitteldeutschland ist die Zahl der Zivilen bereits 1991 um 37000 auf 5000 verringert worden.

Die GUS-Streitkräfte wollen ihr ziviles Kontingent von 2000 Beschäftigten vollständig abbauen.

Die Vor- und Nachteile ders Truppenabbaus

Die Alliierten planen bis zum Jahr 2000 eine Halbierung auf 50000.

Für die einzelnen Standorte und für die gesamte Volkswirtschaft bringt der Truppenabbau Vor- und Nachteile.

Auf der Haben-Seite der Konversion ist vor allem zu verbuchen, daß Ressourcen frei werden.

Immerhin werden in Westdeutschland 1,5 Prozent der Fläche militärisch genutzt, in den neuen Bundesländern sind es sogar 4,3 Prozent.

Freiwerdende Übungsgelände und Kasernen könnten bei alternativer Verwendung höheren Nutzen bringen – zum Beispiel im Wohnungswesen.

Allerdings bedürfen viele bislang militärisch genutzte Gelände zunächst einmal einer gründlichen Sanierung – das gilt vor allem für das GUS-Terrain in Mitteldeutschland.

Auf lange Sicht können sogar die Bundesfinanzen von der Konversion profitieren. Die eingesparten Gelder aus dem Verteidigungshaushalt bringen, in anderen Bereichen eingesetzt, mehr Wohlstand. Denn: Verteidigungsausgaben haben nur eine geringe beschäftigungspolitische Wirkung. Das liegt an ihrer hohen Kapitalintensität – die Kosten für

Gebäude, Maschinen und Anlagen überwiegen die Lohnkosten.

Auf der Sollseite der Konversion steht zunächst der Verlust an Arbeitsplätzen – der wiederum führt zu einem Nachfrageausfall bei Handel und Handwerk und zu einer Unterauslastung der kommunalen Infrastruktur.

Die Arbeitsplatzverluste bei der Bundeswehr und bei den Zivilbeschäftigten dürften etwa ein Prozent der Gesamtbeschäftigung ausmachen. Doch diese Durchschnittszahl sagt wenig: Je nach Region erreichen die Werte in Westdeutschland bis zu knapp sieben Prozent.

Die wirtschaftlichen Folgen des Truppenabbaus

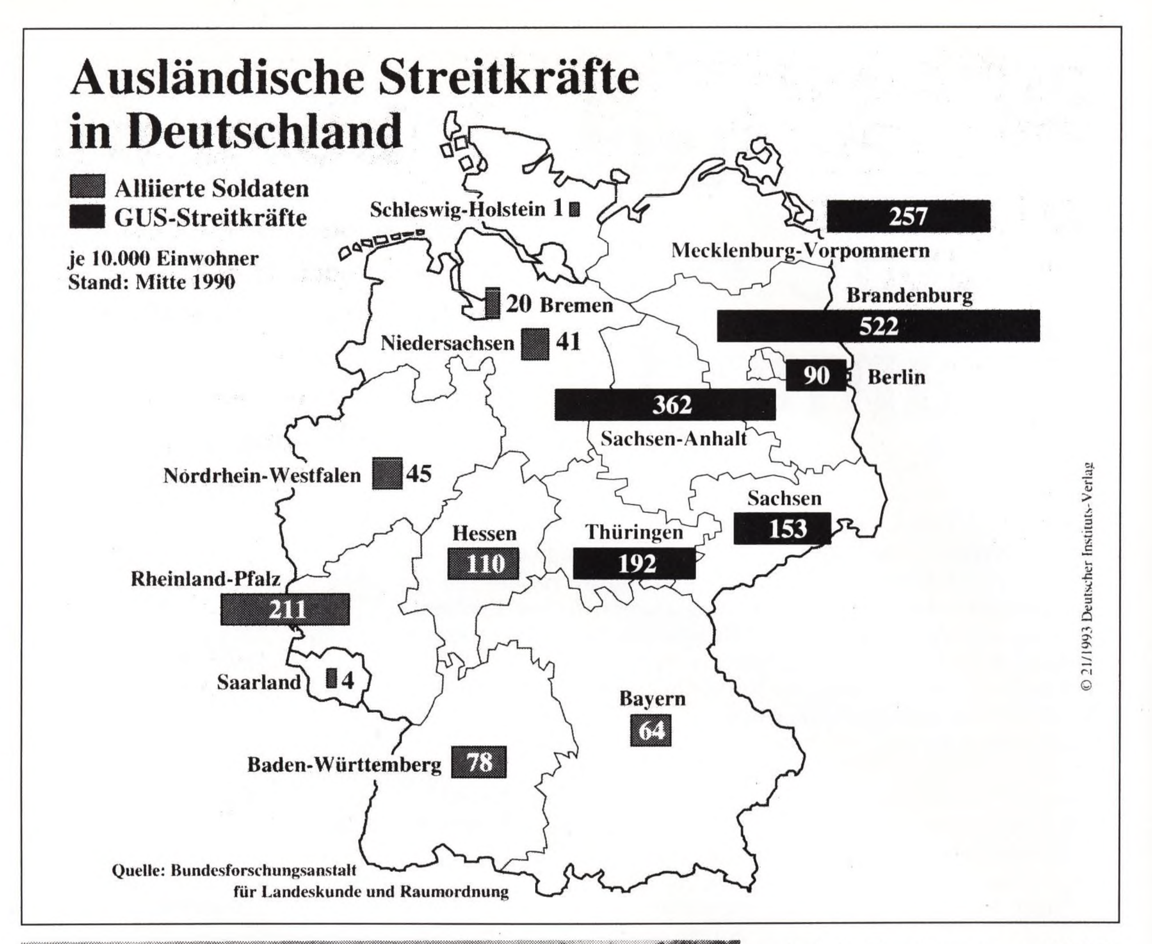
Besonders stark betroffen sind Flensburg, Lüneburg, Soltau-Fallingbostel, Wilhelmshaven, Husum, Garmisch-Partenkirchen und Landsberg.

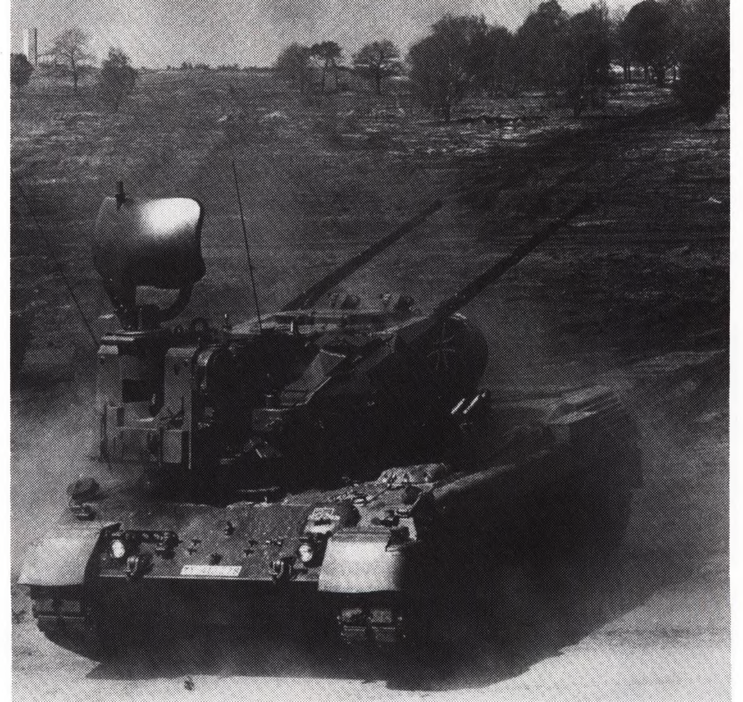
Zudem spaltet der Truppenabbau die Regionen in zwei Lager. Auf der einen Seite die Ballungsgebiete: Dort werden 1994 rund 34 Prozent weniger Bundeswehrsoldaten stationiert sein. Gleichwohl sehen die stark besiedelten, unter Wohnraummangel leidenden Regionen den Rückzug der Truppen als Chance. Denn für sie zählen die freiwerdenden Flächen und Kasernen mehr als der Verlust an Arbeitsplätzen.

Genau umgekehrt ist es in ländlichen, dünn besiedelten Regionen. Diese oft auch wirtschaftlich schwachen Gebiete werden bis 1994 zwar nur rund 26 Prozent weniger Truppen beheimaten, dennoch kann der Gewinn an freiwerdenden Übungsflächen und Kasernen den Verlust an Arbeitsplätzen nicht aufwiegen – denn auf dem Lande gibt es Land genug.

Der Verlust von Aufträgen für die Wehrgüter-Industrie

Für das Beschäftigungsminus aufgrund des Rückzugs der Alliierten liegen bislang noch keine verläßlichen Daten vor. Sicher ist nur, daß Rheinland-Pfalz besonders anfällig ist. Dort kommen auf 10000 Einwohner 211 alliierte Soldaten – im westdeutschen Schnitt sind es gerade 65.





Die deutsche Wehrgüter-Industrie machte auch im Ausland vor allem mit deutschen Panzern gute Geschäfte.

Ähnliches gilt für die Zivilbeschäftigten bei den Alliierten.

Bundesweit machten sie 1990 gerade 0,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus – in Kaiserslautern, Idar-Oberstein und Pirmasens allerdings zwischen 6,7 und 9,6 Prozent.
In Mitteldeutschland trifft es vor allem Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Dort kommen auf 10000 Einwohner 522 beziehungsweise 362 GUS-Soldaten.

Ein weiterer Negativ-Posten der Konversion ist, aus ökonomischer Sicht, der Verlust von Aufträgen für die Wehrgüter-Industrie. Im Durchschnitt machen die Aufträge 1,5 Prozent des Umsatzes der gesamten Wirtschaft aus. Einzelne Branchen erreichen jedoch weit höhere Werte. Ende der achtziger Jahre kam die Luft- und Raumfahrtindustrie auf 34 Prozent, der Schiffbau auf 10 Prozent.

Auch hier gelten regionale Besonderheiten. Auf das Land Bremen, zu dem auch die 70 Kilometer entfernte Küstenstadt Bremerhaven gehört, entfielen in den achtziger Jahren rund sechs Prozent aller Inlandsaufträge der Bundeswehr und der Alliierten – dieser Anteil ist viermal größer als Bremens Beitrag zum westdeutschen Bruttoinlandsprodukt. In den anderen Bundesländern reichen die Relationen von 1,75 in Bayern bis 0,43 in Niedersachsen.

Rüstungskonversion steht seit 1990 auf der Agenda der Wirtschaftspolitik. □

Die deutsche Rechte wird diffamiert

Alfred König

So schlimm die Morde von Solingen und die Brandanschläge gegen von Ausländern bewohnte Häuser auch sind, so wenig können aber bestimmte Politiker hierüber eine klammheimliche Freude verbergen. Ermöglichten diese doch erst ein neuerliches, diesmal noch entschiedeneres Vorgehen gegen die deutsche Rechte. Dabei werden Politchaoten sowie »rechts« angehauchte Anarchisten und Asoziale kurzerhand mit der »friedlichen« Rechte in einen Hut gesteckt, mit dem Ziel die von ihr ausgehenden und viel größeren Gefahren direkt mitabzuwehren.

Denn in der Vergangenheit hat es sich des öfteren gezeigt, daß ein nur auf Gewalt basierender Umsturz in einem großen, »zivilisierten« Staat praktisch unmöglich ist. Und entgegen der Geschichtsschreibung war dies auch im Dritten Reich nicht der Fall. Vielmehr ist Hitler, sprich: Die NSDAP, von immer mehr Deutschen gewählt worden. Zwar wurden dann durch Notstandsgesetze Parteien und Zeitungen verboten, dennoch hätte das Volk jederzeit durch entsprechende Aktivitäten die Hitler-Regierung stürzen können, wenn es das wirklich gewollt hätte. In Wirklichkeit unterstützte aber bereits wenige Monate nach Hitlers »Machtergreifung« im Januar 1933 die riesige Mehrheit des deutschen Volkes seine Politik. Genau dieses, eine stärkere Hinwendung des deutschen Volkes zu den Zielen wahrhaft gesetzestreuer rechter Gruppierungen, oder sagen wir besser: Am Wohle des Staates ausgerichteter nationaler – nicht nationalistischer-Organisationen, wird eben durch diese absolut idiotischen und abzulehnenden Anschläge verhindert. Vielmehr wird sogar das genaue Gegenteil erreicht: Viele, die schwankend geworden waren und vielleicht den Republikanern, der NPD oder der DVU oder anderen »rechten« Parteien ihre Stimme geben wollten, werden sich jetzt wohl der immer größer werdenden Partei der Nichtwähler hinzuwenden.

Die Gewinner dieser Anschläge sind also, so zynisch es klingt, die etablierten Parteien, und hier besonders die Linken. Denn erst durch diese Anschläge wurde das Klima geschaffen, das es ihnen wohl ermöglicht, in (Rest-)Deut schland das kommunale Ausländerwahlrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen.

Vor Mölln und Solingen war noch eine breite Mehrheit der deutschen Bevölkerung dagegen und dürfte es auch heute noch sein. Die Zahl der Befürworter derartiger Regelungen ist aber auch gestiegen, zumal die Gegner eines Ausländerwahlrechts und der doppelten Staatsbürgerschaft heutzutage großen Mut aufbringen müssen, ihren Standpunkt in der Öffentlichkeit zu vertreten. Wer dies nämlich wagt, wird heute noch schneller als zuvor als Neonazi, Rechtsradikaler oder sonst was beschimpft und muß gegebenenfalls sogar massive Behinderungen in seiner Arbeit oder in der Schule erwarten. Was im indischen Kastensystem der Paria ist, ist im modernen Deutschland der Nationaldenkende.

Die Frage nach den Hintermännern

Damit stellt sich die Frage der Hintermänner der Anschläge. Absolut wahnwitzig wäre es, in einer Art Verfolgungswahn zu sagen, jeder rechts scheinende Anschlag hätte irgendwelche Provokateure oder Feinde des deutschen Volkes als Hintermänner. Es gibt leider wirklich viele asoziale Elemente, die sich öffentlich hinter irgendwelche ansonsten äußerst positiv zu wertende Dinge stellen, diesen dann durch ihren Fanatismus aber großen Schaden zufügen. Dies ist gar nicht einmal auf die Politik beschränkt – man siehe nur die Hooligans bei Fußballspielen –.

So muß man dann leider zugeben, daß zumindest einige der Anschläge wirklich von sich für rechts haltenden Idioten begangen worden sind. Dennoch wäre es absolut falsch, diese als Zeichen eines zunehmenden gewalttätigen Rechtsextremismus zu werten oder diese der organisierten Rechten zuzuschreiben. Gerade dies wird aber von den sogenannten demokratischen Parteien und den Medien getan.

Selbst ansonsten sehr stark auf alles, was auch nur den Anschein hat, rechts zu sein, einschlagende Politiker müssen zugeben, daß Solingen und viele andere Anschläge die Werke von Einzeltätern sind, die zumeist auch noch stark alkoholisiert waren.

Statt also zuzugeben, daß die organisierte Rechte hiermit nichts zu tun hat, sondern dies sogar ablehnt, geschieht das genaue Gegenteil. Findet man schon keine Hinweise auf eine Verwicklung der organisierten Rechten, so muß sie dennoch schuld sein. Also wird »argumentiert«, ohne den von ihnen gebildeten ideologischen Hintergrund wäre dies gar nicht möglich gewesen. Dabei gilt in diesen sich selbst demokratisch nennenden Kreisen bereits das Hinweisen auf die immer größer werdende Ausländerkriminalität oder Bestrebungen, die Zuwanderung von hunderttausenden Asylbetrügern zu verhindern, bereits als »geistiger

Herrscht wirklich Gewalt in Deutschland? Oder stehen hinter diesen Inszenierungen andere Interessen?



Sumpf, aus dem der Rechtsextremismus aufsteigt«.

Man erinnere sich doch nur an 1968 und die darauffolgenden Jahre. Bei der oft in Straßenschlachten ausartenden »Studentenrevolution« standen die Jusos, also die Jugendorganisation der SPD, oftmals in vorderster Reihe. Viele der sich heute als so seriös gebenden SPD-Politiker haben damals Steine geworfen und/oder sich heftige Kämpfe mit der Polizei geliefert.

Was steckt wirklich hinter den Anschlägen?

Ist aber damals jemand auf die Idee gekommen, die SPD als linksextremistische Partei zu bezeichnen? Viele Personen, die bei nichtparteigebundenen rechten Gruppierungen mitarbeiten, sind gleichzeitig auch Mitglieder von CDU, CSU, FDP oder gar SPD. Kommt aber deswegen jemand auf die Idee, eine dieser Parteien als rechtsextrem zu bezeichnen?

Parteien wie die Grünen, deren Führung sich zu großen Teilen auch aus »geläuterten« Kommunisten zusammensetzt – eines der besten Beispiele hierfür war Ebermann –, werden heute als demokratisch bezeichnet.

Oder die PDS, die Nachfolgepartei der stalinistischen SED. Keiner kommt heute auch nur auf die Idee, diese Partei etwa als linksextrem und als Gefahr für den Bestand der Demokratie zu bezeichnen, obwohl sie dies mehr ist als alle rechten Gruppierungen zusammen. Ihr früherer Vorsitzender Gysi ist heute noch Stammgast in Talkshows oder sogenannten »Diskussionsrunden«, bei denen es sowieso nur eine Meinung gibt, ungeachtet der Tatsache, daß er Kommunist und damit Vertreter der Terror-Staatsform Nummer eins ist, die alleine in der ehemaligen Sowjetunion zig Millionen Morde mehr auf ihrem Gewissen hat als alle sogenannten rechten Staatsformen in der ganzen Geschichte der Menschheit zusammen.

Das zweierlei Maß

Was steckt also hinter den Anschlägen? Ganz einfach: Frust und Enttäuschung über einen Staat, der sich weniger um seine angestammten Bürger kümmert als um jeden Ausländer oder Asylanten!

Wie soll es etwa ein Jugendlicher, dem die Arbeitsstelle gekündigt wird und der immer weniger Sozialleistungen erhält, verstehen, daß etwa ein Ausländer, der mit fünf oder mehr Kindern nach Deutschland kommt, vom ersten Tag mehr Kindergeld erhält, als viele der Jugendlichen an Arbeitslosengeld oder sonstiger Unterstützung bekommen? Und daß, obwohl diese Ausländer nicht einen Pfennig in die Sozialkassen gezahlt haben.

Was soll ein Jugendlicher davon halten, daß jeder, der das Wort Asyl aus seinem Mund bringt und erst einen Tag in Deutschland ist, sofort eine Wohnung oder zumindest ein Zimmer erhält und dort regelmäßiges reichhaltiges Essen bekommt. Dagegen muß er, der immerhin hier aufgewachsen und zur Schule gegangen ist und dessen Eltern mit beim Aufbau des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Deutschlands halfen, oftmals in den reinsten Bruchbuden hausen und froh sein, wenn er auch nur halbwegs mit seinem Geld über die Runden kommt und sich dabei weniger gutes Essen leisten muß, als der Asylbetrüger.

Was soll ein Jugendlicher davon halten, wenn er bei Kleinigkeiten verhaftet und zu insgesamt recht drakonischen Strafen verurteilt wird, während Asylanten heute nahezu ungestraft Verbrechen aller Art begehen dürfen und sogar dann nicht eingesperrt werden, wenn sie beim Drogenhandel erwischt werden und noch nicht einmal des Landes verwiesen werden? Gleichzeitig wird aber ein 24jähriger Jugendlicher, der aus mehreren Metern Entfernung mit einer Luftpistole auf einen achtjährigen Türken schoß, zu zweieinhalb Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Obwohl jeder weiß, daß man aus dieser Entfernung mit einer Luftpistole jemandem gerade einmal schmerzhafte Blutergüsse, wenn überhaupt, zufügen kann.
Was soll ein Jugendlicher davon halten, wenn er sieht, wie Bewohner von Asyslantenheimen in Boss-, Lacostehemden und Designerjeans herumlaufen, während sie selber ihre Sachen in Discountläden kaufen müssen? Oder wenn sie sehen, daß praktisch in jedem Asylantenheim und in mit Asylanten besetzten Containerdörfern ein oder mehrere Satellitenschüsseln angebracht sind?

Im Hintergrund der Ku Klux Klan

Was soll ein Jugendlicher davon halten, wenn er mit ansehen muß, wie seine Großeltern oftmals nicht einmal das Existenzminimum haben, jeder Asylant heutzutage aber vom ersten Tag seines Aufenthalts in Deutschland an über einen höheren Lebensstandard verfügt als die deutsche »Unterschicht«?

Zwangsläufige Folge obiger Punkte, denen noch viele weitere folgen könnten, ist dann aber, daß sich der Frust über diese Ungleichbehandlung in Wut niederschlägt und dann den einen oder anderen zum Amokläufer werden läßt.

Unterstützt wird dies dann noch durch sogenannte rechte Gruppierungen, wie etwa den »Ku Klux Klan«. Obwohl jeder, der bereit ist, sich zu informieren, heute sich ohne Schwierigkeiten davon überzeugen kann, daß der Ku Klux Klan in Wirklichkeit von den sogenannten demokratischen Kräften finanziert wird, hängen leider viele, besonders weniger intelligente Jugendliche an den Lippen der Führungskräfte dieser Gruppe.

Von diesen werden sie dann aufgehetzt, zu Verbrechen angestachelt – und schon ist die böse Rechte wieder aktiv geworden.

Was in der rechten Szene leider immer wieder beobachtet wird, ist, daß sich irgendwelche sehr guten Rhetoriker an Jugendliche heranmachen, diese dann mit Alkohol vollpumpen und gleichzeitig zu allem möglichen aufstacheln. Gleichzeitig sind die »demokratischen Kräfte« aber über alles informiert. So ist es dann auch kein Wunder, wenn irgendwelche von »Rechtsradikalen« getätigten Verbrechen in der Regel viel schneller aufgeklärt werden, als vergleichbare Delikte etwa von Autonomen.

Ein weiteres schlagkräftiges Argument, das bestätigt, daß die Vorfälle der vergangenen Wochen nichts mit der organisierten Rechten zu tun haben, ist die Tatsache, daß fast alle Anschläge von angetrunkenen bis total besoffenen Personen ausgeführt wurden. Dies spricht für das im vorigen Absatz Dargelegte, da die Hemmschwelle im alkoholisierten Zustand bekanntlich weitaus geringer ist als im nüchternen Zustand.

Doch hat dies auch einen gewaltigen »Nachteil«, wenn man jetzt einmal fälschlicherweise davon ausgehen sollte, die organisierte Rechte hätte die Anschläge geplant. Die Chance, daß der Anschlag so hinhaut, wie geplant, also die höchstmögliche Effektivität hat, ist umso geringer, je höher der Alkoholpegel ist.

Alkohol statt Faschismus

Alle Täter wirklich schwerer Anschläge, die festgenommen wurden, waren dann auch sturzbetrunken, so die Skinheads in Hünxe und die vier Solinger Mörder. Und auch in Mölln spielte der Alkohol eine gewichtige Rolle.
Das alles hindert aber die »demokratischen« Parteien und die gleichgeschaltete Presse nicht daran, das Bild einer faschistischen Gefahr an die Wand zu malen. Gleichzeitig werden die Toten, die es leider zu beklagen gibt, dem Rechtsextremismus zugerechnet, obwohl sie ganz eindeutig andere Ursachen haben. Man könnte diese Taten nur dann als rechtsextremistisch bezeichnen, wenn irgendein organisatorischer Hintergrund besteht. Man kann aber nicht einfach Einzeltaten irgendwelcher Verrückter, selbst wenn diese die rechteste aller möglichen Einstellungen haben, als politische Tat einer ganzen Richtung einordnen.
Vielmehr wäre es richtiger, diese Tat, wenn man denn schon überhaupt einen politischen Hintergrund nennen will, als »Einzeltat eines politischen Irrläufers« zu bezeichnen, diese aber nicht generell der rechten Szene zuzuordnen. Nur könnte man dann nicht gegen rechts vorgehen, Gruppierungen verbieten und andere unliebsame Organisationen durch den auf sie einstürzenden Druck quasi zum Schweigen zu bringen, so wie dies in den vergangenen Monaten geschehen ist und wahrscheinlich noch schlimmer werden wird. □

Mitteldeutschland

Die Erblasten der Reprivatisierten

Viele reprivatisierte Unternehmen in Mitteldeutschland stecken in einer Zwickmühle: Einerseits machen veraltete Maschinen dringend Investitionen nötig, andererseits drücken Altschulden auf die Kreditwürdigkeit.

Reprivatisierte Betriebe waren bislang gegenüber anderen privaten Investoren benachteiligt. Denn nur bei den Privaten hatte die Treuhandanstalt von Anfang an die Möglichkeit, das Unternehmen zu entschulden und ein branchenübliches Eigenkapital zu finanzieren.

Die tatsächlichen Altschulden sind unbekannt

Seit März 1993 gelten nun auch für die Reprivatisierten die günstigeren Konditionen. Dazu zählen:

Das Anlagevermögen wird zu einem realistischen Zeitwert festgesetzt.

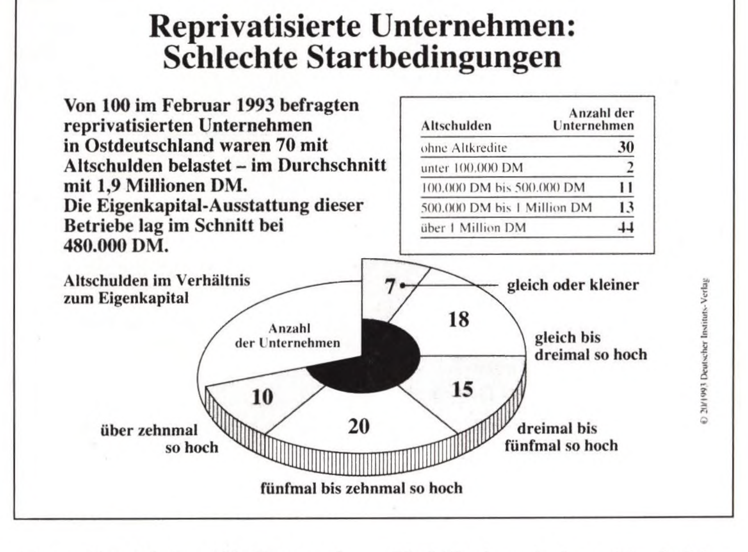
Die Treuhand kann die Betriebe zum Teil entschulden.

Die Tilgung wird an die tatsächliche Ertragskraft des Betriebes angepaßt.

Die Kreditbank kann auf Forderungen verzichten, sie stunden oder anderen Gläubigern zunächst Vorrang lassen.

Doch noch ist unsicher, ob die verbesserten Regelungen auch bei den Unternehmen angewendet werden, deren Privatisierung bereits abgeschlossen ist.

Ein Grund für viele Ungereimtheiten: Die tatsächlichen Altschulden der Reprivatisierten sind weitgehend unbekannt. Deshalb hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln im Februar 1993 100 Betriebe befragt. Die Ergebnisse:



Altschulden	Anzahl der Unternehmen
ohne Altkredite	30
unter 100.000 DM	2
100.000 DM bis 500.000 DM	11
500.000 DM bis 1 Million DM	13
über 1 Million DM	44

Altkredite: 30 der 100 Unternehmen sind nicht mit Altkrediten belastet. Die übrigen 70 Betriebe haben im Schnitt 1,9 Millionen DM Schulden:

44 Unternehmen haben Altschulden über eine Million DM, 26 Betriebe liegen unter dieser Marke.

Veraltete Technik treibt die Produktionskosten in die Höhe

Für diese Statistik macht es kaum einen Unterschied, ob die Unternehmen nach dem Modrow-Gesetz oder nach dem Vermögensgesetz vom Oktober 1990 reprivatisiert werden – denn die mit dem Vermögensgesetz eingeführten Ausgleichszahlungen haben die Schulden der Betriebe kaum verringert.

Ausgleichszahlungen gewährt die Treuhand auf Antrag bei Überschuldung oder bei Verlusten. Auf diesem Weg haben 20 der befragten Betriebe Hilfe bekommen, doch nur acht sind dadurch schuldenfrei – das übrige Dutzend hat im Schnitt noch immer dreimal so hohe Schulden wie Eigenkapital.

Eigenkapital: Die 70 Unternehmen mit Altschulden haben im Durchschnitt ein Eigenkapital von 480000 DM. Bei 61 von ihnen stehen 100000 bis eine Million DM auf dem Eigenkapital-Konto, weitere fünf Betriebe liegen unter dieser Spanne und vier darüber.

Betriebswirtschaftlich wichtiger als die absoluten Zahlen ist das Verhältnis zwischen Altschulden und Eigenkapital.

In 30 Betrieben sind die Altschulden mindestens fünfmal so hoch wie das Eigenkapital, in zehn Fällen sogar mindestens zehnmal so hoch.

Probleme mit der Fremdfinanzierung

Fast alle reprivatisierten Unternehmen müssen dringend investieren, denn veraltete Technik und unrentable Losgrößen treiben die Produktionskosten in wettbewerbsschädliche Höhen.

Die Fremdfinanzierung von Investitionen ist aber für viele Betriebe reines Wunschdenken: Zum einen können sie oft nicht genügend Sicherheiten bieten.

Zwar besitzen etwa 70 Prozent von ihnen Grund und Boden – doch über die Hälfte der Immobilien ist noch nicht ins Grundbuch eingetragen, kann also nicht als Kredit-Sicherheit dienen.

Zum anderen läßt sich der Kreditspielraum nur schwer abstecken, weil noch nicht einmal die Höhe der Altkredite überall endgültig geklärt ist.

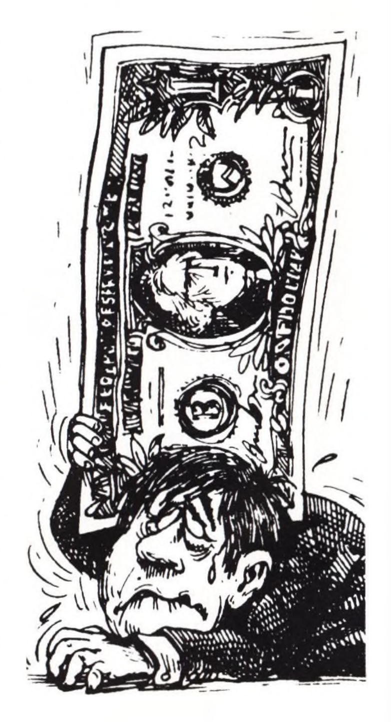
Darüber hinaus gibt es rein praktische Probleme. So ist die Bearbeitungszeit, die vom Antrag auf Ausgleichszahlungen bei der Treuhand bis zur Schuldenverrechnung bei der Deutschen Kreditbank vergeht, ungewöhnlich lang.

Entschuldung ist kein Patentrezept

Von den 1500 Verfahren, die nach dem Vermögensgesetz geregelt werden, haben bis Ende März 1993 erst 265 beide Hürden genommen.

Auch die mit dem Entschädigungsgesetz diskutierte Vermögensabgabe von einem Drittel des Eigenkapitals könnten viele Reprivatisierte kaum tragen – abgesehen davon, daß dies wiederum eine Ungleichbehandlung gegenüber den Privaten bedeuten würde.

Entschuldung allein ist jedoch kein Patent-Rezept. Denn realistische Startchancen haben ohnehin nur die Betriebe, die auch ein ertragsfähiges Unternehmenskonzept vorweisen. □



Deutschland

Schlimmste Rezession der Nachkriegsgeschichte

Gerhard Baader

Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession der Nachkriegsgeschichte. Neben den Belastungen aus der sicherlich ebenfalls sehr schlechten Weltkonjunktur ist ein großer Teil der deutschen Wirtschaftschwäche aber aufgrund der völlig verfehlten Politik der Bundesregierung hausgemacht.

Sehen wir uns doch die Fakten an: So ist die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes zwischen dem ersten Vierteljahr 1992, dem Gipfel des vorerst letzten Konjunkturbooms, und dem ersten Vierteljahr 1993 um rund zwölf Prozent geschrumpft. Der mit Abstand größte Sektor, das Investitionsgütergewerbe, verzeichnete dabei sogar einen Produktionseinbruch von mehr als 15 Prozent.

Eine Besserung ist nicht in Sicht

Und eine Besserung ist derzeit nicht in Sicht, da der Auftragseingang für Industrieprodukte in den ersten drei Monaten dieses Jahres auf dem niedrigen Stand des Vorquartals verharrte – das Vorjahresvolumen wurde dabei um 15 Prozent unterschritten.

Eine technische Reaktion der Industrieproduktion war nach dem vereinigungsbedingten Konjunkturboom vorprogrammiert. Niemand konnte allen Ernstes daran glauben, daß sich die westdeutsche Wirtschaft alleine mit einem Konjunkturprogramm für Mitteldeutschland dauerhaft von der Weltrezession abkoppeln könnte.

Doch der Rückschlag der vergangenen Monate läßt sich kaum noch als Normalisierung bezeichnen. Denn binnen Jahresfrist ging dabei so viel Produktionsniveau verloren wie zuvor über einen Zeitraum von drei Jahren hinzugewonnen wurde.

So erreichte zum Beispiel die Industrieproduktion im ersten Vierteljahr 1993 saisonbereinigt gerade noch einmal das Niveau des Spätsommers 1988. Sie lag damit um sieben Prozent unter dem Stand vom Sommer 1990, wo die deutsch-deutsche Währungsunion startete.

Zur gleichen Zeit lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe um eine halbe Million Personen unter dem Vorjahrsniveau. Gleichzeitig waren dies 250000 Menschen weniger als Mitte 1990.

Die verfügbaren Einkommen der Privaten sinken

Nach dem scharfen Produktionseinbruch zu Beginn dieses Jahres ist ein Rückgang der industriellen Nettoproduktion für 1993 um acht bis zehn Prozent programmiert – selbst dann, wenn es im weiteren Jahresverlauf zu einer allmählichen Konjunkturstabilisierung kommen sollte.

Damit ist die Wachstumsrate des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes nur dann auf 1,5 bis zwei Prozent zu begrenzen, wenn andere Wirtschaftszweige auf Wachstumskurs bleiben, so etwa die Bauwirtschaft und der erfahrungsgemäß weniger konjunktursensible Dienstleistungssektor.

In der bislang schwersten Rezession 1981/82 ging diese Rechnung auf: Während die Industrieproduktion in diesen beiden Jahren um insgesamt 4,5 Prozent schrumpfte, expandierte die Leistung der Dienstleistungsbereiche um über fünf Prozent.

Angesichts des scharfen Produktions- und Beschäftigungsrückgangs in der Industrie ist eine solche Kompensation jedoch keineswegs selbstverständlich. Die Industrieunternehmen sind nämlich selbst wichtige Kunden des Dienstleistungssektors.

Hinzu kommt, daß die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland real um bis zu zwei Prozent sinken dürften. Dies könnte dann aber gegebenenfalls auch negative Auswirkungen auf konsumnahe Dienstleistungsunternehmen haben.

Um den Konsumstandard des vergangenen Jahres auch nur zu halten, müßten die privaten Haushalte im laufenden Jahr ihre Sparquote von 12,7 Prozent auf elf Prozent reduzieren. Hierfür gibt es jedoch im Moment keinerlei Anzeichen.

Allerdings kann eine so drastische Rückführung der Sparquote auch nicht von vorneherein ausgeschlossen werden. Von 1982 auf 1983 verringerte sich die durchschnittliche Sparquote nämlich von 12,7 auf sogar nur 10,9 Prozent. Damals war allerdings die Trendwende zum Besseren bereits in Konturen erkennbar. So weit ist es heutzutage aber noch nicht.

Der Rückgang der Sparneigung kann allenfalls kurzfristig die Konsum-Konjunktur stabilisieren. Mittel- und langfristig wird erst die Zunahme der Beschäftigung für ein Anspringen des Konsum-Motors sorgen.

Von der Industrie ist hier allerdings nicht viel zu erwarten. So wird nach der jüngsten ifo-Prognose die Produktion ab 1994 wieder kräftig steigen, die Personal-Dispositionen zeigen aber auch weiterhin nach unten. Die Unternehmen benötigen eine nachhaltige Entlastung vom Kostendruck der Jahre 1990 und 1992.

Sparen bei den Subventionen sollte praktiziert werden

Gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsgewinne sind in den kommenden Jahren deshalb nur dann realistisch, wenn die Beschäftigungs-Expansion im Dienstleistungssektor anhält. Seit dem Jahr 1970 hat sich die Zahl der Beschäftigten dort von 2,9 Millionen auf 5,8 Millionen Personen verdoppelt.

Notwendig für ein Anspringen der Konjunktur ist aber auch eine andere Verteilungspolitik der Bundesregierung. Vor allem heißt dies: Sparen bei den Subventionen. Denn trotz lautstarker Ankündigungen ist hier nichts geschehen. Zudem verpuffen die gewährten Subventionen zumeist bei den Konzernen, die hierauf eigentlich gar nicht angewiesen sind. Der Mittelstand, der der wahre Konjunkturmotor ist – so sind rund 80 Prozent aller Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen tätig –, kommt dagegen nur in sehr begrenztem Maße in den Genuß von Subventionen.

Notwendig ist darüber hinaus auch eine drastische Sparpolitik der Bundesregierung. Wenn zum Beispiel nur das jetzt verabschiedete neue Asylgesetz rigoros angewendet werden würde – was aber nicht zu erwarten ist–, dann könnten gesamtwirtschaftlich pro Jahr mehr als 30 Milliarden Mark eingespart beziehungsweise für konjunkturstärkende Maßnahmen ausgegeben werden.

Notwendig ist auch unbedingt eine Senkung vor allem der kurzfristigen Zinsen. Der langfristige Sektor ist in den vergangenen Monaten so schnell wie noch nie zuvor in der Geschichte Deutschlands gefallen. Dies erleichtert zwar die langfristigen Investitionen, nutzt aber kurzfristig nichts.

So müssen für Lieferantenkredite heute noch immer 14, 15 Prozent und mehr Zinsen bezahlt werden. □

Bonn

Etablierte schlachten Solinger Morde für ihre Politik aus

Klaus Rinn

Nun sieht und hört man sie wieder im Fernsehen und im Radio und liest in den Zeitungen ihre Kommentare. Gemeint sind die Politiker aller etablierten Parteien, die nichts pietätloseres zu tun haben, als die schrecklichen Morde von Solingen für ihr Süppchen auszuschlachten. Wo nachdenkliche Ruhe und sichere Argumentation gefragt wäre, wird mit billiger Polemik gehetzt und wird versucht, Feindbilder aufzubauen, die der jeweiligen Partei nutzen sollen.

So zum Beispiel der SPD-Spitzenpolitiker Günther Verheugen, der nur wenige Stunden nach den Morden von Solingen nichts besseres zu tun hatte, als die doppelte Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht für Ausländer zu fordern. Und dies zu einem Zeitpunkt, als noch nicht einmal feststand, welches Tatmotiv vorherrschte. Schließlich gibt es nichts leichteres, als durch ein in den Sandkasten gekritzeltes Hakenkreuz ein rechtsextremistisches Motiv vorzutäuschen – daß es sich jetzt bestätigte, daß Ausländerhaß zusammen mit Frustration und reichlich Alkohol mit im Spiel war, ändert nichts an den skandalösen Äußerungen Verheugens und Konsorten –.

Mitschuld am Toben des Mobs

Dies war sowieso einer der Punkte, der sofort auffiel. Als der Täterkreis und das Tatmotiv trotz intensiver polizeilicher Ermittlungen noch völlig im Unklaren war, gab es nicht einen einzigen Politiker der etablierten Parteien, der zur Ruhe aufrief und darauf bestand, die Tat und das Motiv erst einmal aufzuklären, bevor Konsequenzen gezogen werden.

Jedem, aber auch ausnahmslos jedem etablierten Politiker war anscheinend klar, wo der Täter zu suchen war. Und so redeten sie dann auch: Tausend Entschuldigungen an das türkische Volk ob der ach so bösen Nazis, tausend Forderungen, alles was rechts von der CSU ist, sofort zu verbieten und sogar abertausende Schuldzuweisungen.

Keiner, nicht ein einziger, rief aber zur Ruhe und Besonnenheit auf. Die Folgen sind bekannt. Ein aus tausenden von hauptsächlich jungen Türken und Autonomen bestehender Mob konnte nahezu unbehelligt von der Polizei durch Solingen toben und in zwei Terrornächten für einen Sachschaden von über eineinhalb Millionen Mark sorgen. Die vielen Verletzten gar nicht mitgezählt. Man muß leider sagen, daß die Brandreden der deutschen Politiker, anders kann man sie angesichts ihrer Undifferenziertheit nicht bezeichnen, mit schuldig am Toben des Mobs sind.

Türkische Extremisten etwa von den faschistischen »Grauen Wölfen« und der kommunistischen »PKK« konnten ungehindert Brandreden halten. Reden, für die ein Deutscher wegen Volksverhetzung, Aufruf zum Rassenhaß und Aufforderung zu Straftaten sofort mit dem Vermerk »Neonazi« für Jahre ins Gefängnis gewandert wäre.

Und die Politiker und auch die Führungsspitze der Polizei zeigten eine Toleranz, die man sich gerne auch bei friedlichen Demonstrationen rechter Gruppierungen wünschen würde. Autobahnen und Zufahrten zu Flughäfen konnten stundenlang durch Autos wild parkender Türken blockiert werden, ohne daß etwas geschah. Ja, die Polizei rief auf Wunscch der »Demonstranten«, die nichts anderes als Verbrecher sind, brav Fernsehteams, ließ diese dann in aller Seelenruhe filmen und bat die »Demonstranten« dann, doch bitte, bitte wieder die Autobahnen frei zu machen.

Die Toleranz der Polizei

Man stelle sich einmal vor, rechte Gruppierungen hätten dies gemacht. Konsequenz wäre die ultimative Aufforderung zur Beendigung der Blockade gewesen. Hätte dies nichts genutzt, wären Bulldozer angefordert worden, die die Autos von der Autobahn bugsiert hätten. Und dies zu recht! Aber nein, die türkischen »Demonstranten« durften tun, was ihnen beliebt.

Wenn in Großstädten Kreuzungen oder Straßen blockiert wurden, hieß es von den Stadtverantwortlichen immer wieder, man müsse für den Zorn der Türken Verständnis haben.

Sicherlich ist es verständlich, wenn viele Türken über diesen feigen Anschlagg empört waren, aber kann man damit andere Gesetzesverstöße billigen, diese ohne Widerspruch hinnehmen? Wo will man später die Schwelle ansetzen? Das Recht wird durch derartige Aktionen ausgehebelt!

Es ist heute bereits eine traurige Tatsache, daß man bloß genügend Leute zusammen haben muß – und schon kann man praktisch machen was man will und wird deswegen nicht belangt – zumindest wenn man links ist –. Dann ist aus Gründen der Toleranz und/oder der Menschlichkeit und/oder aus Verständnis das Gesetz noch nicht einmal das Papier wert, auf das es geschrieben ist.

Die Vorfälle nach Solingen haben aber aufgezeigt, wie groß die Gefahr von Verhältnissen wie in Los Angeles hierzulande schon ist. Die Polizei ist heute schon nicht mehr in der Lage, dem Wüten ausländischer Mobs Einhalt zu gebieten. Was würde aber geschehen, wenn noch mehr Morde an Türken geschehen und auf einmal nicht nur tausende, sondern zehntausende auf die Straße gingen. Dann wäre die Polizei vollkommen machtlos und die Deutschen vogelfrei.

So müssen sich die Politiker dann auch den Vorwurf gefallen lassen, daß sie durch ihre Äußerungen die nationale Rechte quasi als vogelfrei gebrandmarkt haben. Jagd auf die Nazis? Na, wen schert's!

Und, bitte schön, was hilft eine doppelte Staatsbürgerschaft, hunderttausende Türken könnten sich heute schon einbürgern lassen, wenn sie dies wollten, tun es aber nicht. Und wieso? Sie würden dadurch Nachteile erleiden, könnten in der Türkei etwa nicht mehr erben.

Na und, kann man da nur sagen. Wer Rechte haben will, muß auch Pflichten hinnehmen. Man kann nicht von jedem das beste für sich hinauspicken und dann sagen, dieses und jenes will ich aber nicht. Und wer in Deutschland etwa wählen will und in Stadtteilen mit hoher Ausländerquote etwa einen türkischen Bezirks-Bürgermeister wählen, von dem darf man wohl doch erwarten, daß er sich mit diesem Staat dann auch voll und ganz identifiziert.

Meinungsänderungen nach Ausschreitungen

Wenn Ausländer durch den Verzicht auf ihre Staatsbürgerschaft vielleicht in ihren Heimatländern Nachteile erzielen, dann muß doch die Gegenfrage erlaubt sein, wieso sollen sie denn gegenüber den Deutschen Vorteile haben.

Sollte es nämlich nochmals zu ei-

nem Krieg auf deutschem Boden kommen, könnten diese sich mit ihrem Heimatpaß schnell aus dem Staub machen. Wie im Zweiten Weltkrieg bereits geschehen, so würden aber auch dieses Mal die Grenzen für Deutsche dichtgemacht. Der »Kollege am Fließband« aus dem südlichen Europa, der so in Deutschland integriert ist, der würde trotz aller Annehmlichkeiten, die ihm Deutschland beschert hat, aber in die Sicherheit fliehen. Man kann ihm dies nicht verübeln. Man kann es ihm aber dann verübeln, wenn er die gleichen Rechte eines Deutschen haben will, aber nicht bereit ist, voll und ganz auch zu diesem Land zu stehen. Wenn schon, dann gleiche Rechte für alle, aber keine Bevorzugung von Ausländern durch eine doppelte Staatsbürgerschaft!

Traurig, aber wahr ist es, daß gerade durch diese Diskussionen und der zum Teil durch die Politiker erst entfachten Ausschreitungen ausländischer Krimineller die Ausländerfeindlichkeit erst geschürt wird. Denn mehr als einmal hört man von Leuten, die nach Solingen stark auf die Rechten schimpften und die Türken lobten, nach den Ausschreitungen das genaue Gegenteil. »Man kann ihre Wut verstehen, aber was erlauben die sich hier denn nun? Man müßte sie direkt ausweisen« und weit drastischere Formulierungen sind von sonst gemäßigten Leuten zu hören.

Und so baut der eine Terror – wenn man die insgesamt wenigen Anschläge gegen türkische Häuser oder Personen fälschlicherweise einmal so nennt; denn türkische Drogenbanden haben etwa in Deutschland in einem Jahr mehr Menschen auf dem Gewissen als alle rechten »Verbrechen« seit Kriegsende zusammen –, den anderen auf.

Sind manche Anschläge getürkt

Hinzu kommt noch eine andere Dimension. Wie von Politikern und Staatsanwälten inoffiziell zugegeben wird, sind viele der ausländerfeindlichen Anschläge im wahrsten Sinne des Wortes getürkt.

Es wir darauf verwiesen, daß manche Brandsätze so tief in Häusern gelegt wurden, daß es praktisch einem Selbstmordkommando gleichkommt. Die Chance ungesehen hinein- und wieder hinauszukommen sei fast gleich Null. Bei anderen Anschlägen wird eine Ortskenntnis vorausgesetzt, die nur die Bewohner selber haben konnten.

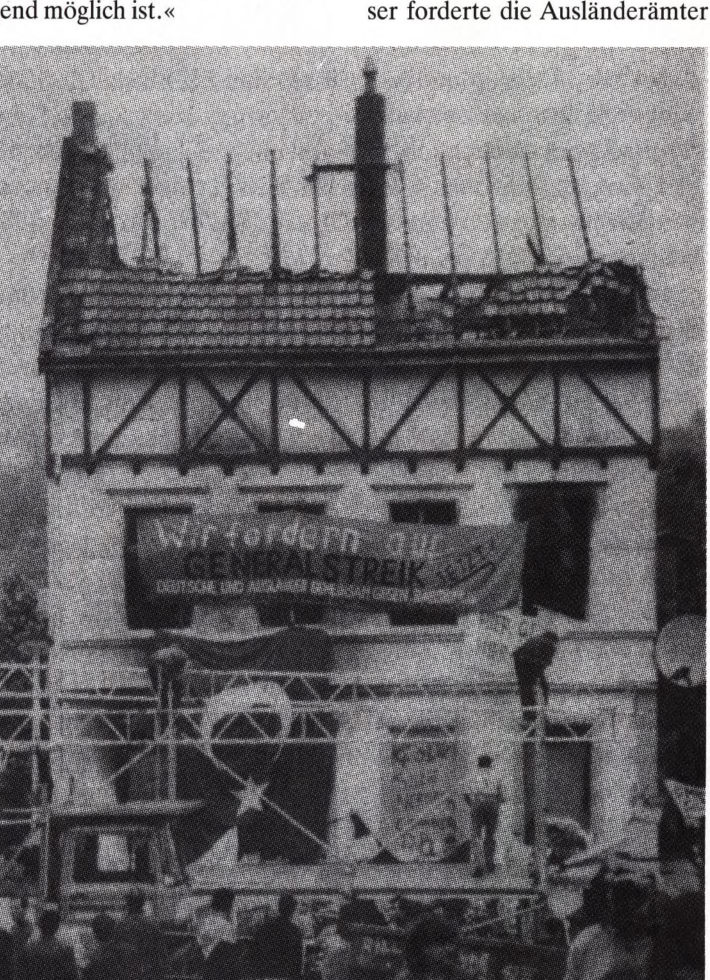
Auffällig ist auch, daß diese ohnehin schon unwahrscheinlichen Anschläge auch sofort bemerkt werden, der Sachschaden äußerst gering ist, Menschen ohnehin nicht zu Schaden kommen und die »Brände« zumeist von den Bewohnern oder der manchmal bei den ersten Feuerzungen bereits angekommenen herbeigerufenen Polizei mit Handfeuerlöschern gelöscht werden. Es drängt sich damit unweigerlich der Verdacht auf, daß zumindest einige dieser »Brände« erst dann gelegt wurden, als die Polizei schon informiert war, nach dem Motto »Man muß die Rechten weiter verdammen und ihnen in die Schuhe schieben, was nur irgend möglich ist.«

Mittlerweile sind wohl auch schon die ersten Brandanschläge von Ausländern gegen ausschließlich von Deutschen bewohnte Häuser begangen worden, so zum Beispiel mit größter Wahrscheinlichkeit in Duisburg-Meiderich, wo bis zum Redaktionsschluß noch unbekannte Täter die Worte »Deutsche sterbt« in den Hausflur schmierten.

Die Reden der Politiker

Um es nochmals zu wiederholen: Zu den Auslösern dieser in den kommenden Monaten wahrscheinlich weiter zunehmenden Gewaltspirale von rechts, links und den Ausländern gehören auch in großem Maße die unverantwortlichen Reden von Politikern.

Ausnahmsweise muß man auch einmal ein Lob an den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor (SPD) geben. Dieser forderte die Ausländerämter nämlich auf, bei ausländischen Gewalttätern auch die Möglichkeit der Ausweisung aus Deutschland zu prüfen. Es bleibt nur zu hoffen, daß dieses nicht nur schöne Worte sind, sondern daß auch Taten folgen.



Die schrecklichen Morde von Solingen liefern den Parteien billige Polemik und Feindbilder, die der Tagespolitik nutzen sollen.

Was weiter auffällt, ist, daß der Datenschutz für »Rechte« anscheinend nicht gilt. Wie anders ist es zu erklären, daß linke Szeneblätter ungestraft die Privatadressen tatsächlicher oder oft auch nur angeblicher Rechter einschließlich der oftmals geheimen Telefonnummern veröffentlichen, ohne daß der Staatsanwalt dagegen einschreitet. Angesichts der ohnehin sehr angespannten Lage muß nämlich damit gerechnet werden, daß irgendwelche linken oder ausländischen Fanatiker auf einmal bei diesen Leuten vor der Tür stehen.

Die Geschäfte der Internationalisten

Würde dies aber in einer rechten Zeitung oder Zeitschrift gemacht, dann wären die Damen und Herren Staatsanwälte sowie die Kölner vom Verfassungsschutz sofort da und würden energisch dagegen einschreiten. Man sieht es aufgrund der bisherigen Praxis. Wurde etwa bei der Durchsuchung von Häusern oder Wohnungen von Politikern oder Mitarbeitern rechter Parteien irgendwelche Adreßlisten gefunden, die nicht nur die eigenen Mitglieder aufführten, so waren dies dann immer direkt »Mordlisten« oder ähnliches. Geschieht dies aber auf der linken Seite, hört man komischerweise nichts.

Aber diese Ungleichbehandlung ist man in »diesem unserem Lande« mittlerweile gewöhnt. Traurig ist nur, daß selbst sogenannte konservative Parteien diese Höllenjagd mitmachen. Aber selbst die CSU ist heute dort einzuordnen, wo die CDU vor fünf oder zehn Jahren war – also im besten Fall noch gerade in der Mitte.

Der Weg in den Internationalismus ist damit vorgezeichnet, die Zeichen hierfür sind in den vergangenen Wochen unübersehbar geworden. Eine besonders traurige Rolle spielt hierbei erneut die FDP, bestens aber gefolgt von der CDU. □

Westdeutsche Konjunktur in schwierigem Fahrwasser

Die westdeutsche Industrie steht seit Jahresbeginn 1993 unter dem Eindruck der schwersten Rezession der Nachkriegszeit. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes ist zwischen dem ersten Vierteljahr 1992, dem Gipfel des letzten Konjunkturbooms, und dem ersten Vierteljahr 1993 um rund 12 Prozent geschrumpft.

Der mit Abstand größte Sektor, das Investitionsgütergewerbe, verzeichnete sogar einen Produktionseinbruch um über 15 Prozent. Kurzfristige Besserung ist gegenwärtig nicht in Sicht. Denn der Auftragseingang für Industrieprodukte verharrte im ersten Vierteljahr 1993 auf dem niedrigen Stand des Vorquartals – das Vorjahresvolumen wurde dabei um rund 15 Prozent unterschritten.

Eine technische Reaktion der Industrieproduktion war nach dem vereinigungsbedingten Konjunkturboom wohl programmiert. Denn niemand konnte ernsthaft damit rechnen, daß sich die westdeutsche Wirtschaft allein mit einem Konkunkturprogramm Ost dauerhaft von der Weltrezession werde abkoppeln können.

Doch der Rückschlag läßt sich kaum als Normalisierung bezeichnen. Denn binnen Jahresfrist ging soviel Produktionsniveau verloren wie zuvor über einen Zeitraum von drei Jahren hinzugewonnen wurde.

Die Industrieproduktion erreichte im ersten Vierteljahr 1993 saisonbereinigt gerade noch das Niveau des Spätsommers 1988. Sie lag damit sieben Prozent unter dem Stand vom Juli des Jahres 1990, dem Start der deutsch-deutschen Währungsunion.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag zur gleichen Zeit im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe um eine halbe Million unter dem Vorjahresniveau – das waren gleichzeitig 250 000 weniger als Mitte des Jahres 1990.

Nach dem scharfen Produktionseinbruch zu Jahresbeginn ist ein Rückgang der industriellen Nettoproduktion für 1993 um acht bis zehn Prozent programmiert – selbst bei einer allmählichen Konjunkturstabilisierung im späteren Jahresverlauf. Damit ist die Wachstumsrate des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts infolge der Rezession im Verarbeitenden Gewerbe mit rund drei Minuspunkten vorbelastet.

Deshalb ist der Rückgang des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts nur dann auf 1,5 bis zwei Prozent zu begrenzen, wenn andere Wirtschaftszweige auf Wachstumskurs bleiben – die Bauwirtschaft und der erfahrungsgemäß weniger konjunktursensible Dienstleistungssektor.

In der Rezession 1981/82 ging diese Rechnung auf: Während die Industrieproduktion in diesen beiden Jahren um insgesamt 4,5 Prozent schrumpfte, expandierte die Leistung des Dienstleistungssektors um über fünf Prozent.

Angesichts des scharfen Produktions- und Beschäftigungsrückgangs in der Industrie ist eine solche Kompensation jedoch keineswegs selbstverständlich. Denn die Industrieunternehmen sind selbst wichtige Kunden des Dienstleistungssektors. Hinzu kommt: Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland dürften real um bis zu zwei Prozent sinken – möglicherweise mit Folgen für konsumnahe Dienstleister.
Um den Konsumstandard des Jahres 1992 auch nur zu halten, müßten die privaten Haushalte im laufenden Jahr ihre Sparquote von 12,7 Prozent in 1992 auf 11 Prozent reduzieren.

Auszuschließen ist eine so drastische Rückführung der Sparneigung keineswegs: Von 1982 auf 1983 verringerte sich die durchschnittliche Sparquote von 12,7 Prozent auf 10,9 Prozent. Damals war allerdings die Trendwende zum Besseren bereits in Konturen erkennbar. Soweit ist es derzeit jedoch nicht.

Der Rückgang der Sparneigung kann allenfalls kurzfristig die Konsum-Konjunktur stabilisieren. Mittel- und langfristig wird erst die Zunahme der Beschäftigung für ein Anspringen des Konsum-Motors sorgen.

Von der Industrie ist hier nicht allzuviel zu erwarten: Nach der jüngsten ifo-Prognose 100 wird die Produktion ab 1994 zwar wieder kräftig steigen, die Personal-Dispositionen zeigen jedoch weiter nach unten. Die Unternehmen benötigen eine nachhaltige Entlastung vom Kostendruck der Jahre 1990/92.

Gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsgewinne sind in den kommenden Jahren deshalb nur dann realistisch, wenn die Beschäftigungs-Expansion im Dienstleistungssektor anhält. Seit dem Jahr 1970 hat sich die Zahl der Beschäftigten dort von 2,9 auf zuletzt 5,8 Millionen verdoppelt. □

Chinesische Behörden warnen vor Stromknappheit

Fünf chinesische Ministerien und Kommissionen warnten vor einem großen Rückgang in der Erzeugung von elektrischer Energie und gaben eine Direktive an örtliche Behörden heraus, in der gefordert wird, dafür zu sorgen, daß in diesem Jahr eine ausreichende Anzahl von Generatoren installiert werden, berichtete die »China Daily«.

Die Stromerzeugung liegt derzeit mindestens 80 Prozent unter dem eigentlichen Bedarf. Sie hängt von einer völlig untüchtigen thermalen und hydroelektrischen Stromerzeugung für eine Wirtschaft von 1,2 Milliarden Menschen ab, und Kohleverbrennung hat China bereits gewaltig verschmutzt. Die Stromerzeugung wuchs 1992 nur um 10,7 Prozent, während das Gesamtwirtschaftswachstum um 20 Prozent stieg. Die chinesische Stromindustrie plant in diesem Jahr, 57 neue Generatoren zu installieren, aber von diesen sind 44 thermal und die übrigen hydroelektrisch. China hat Generatoren installiert mit einer Stromerzeugungskapazität von 165 Millionen Kilowatt, aber ob diese in Betrieb sind oder nicht ist unklar. China benötigt bis zum Jahr 2000 eine Kapazität von 280 Millionen Kilowatt. □

Alexander Hamilton und seine Wirtschaftstheorie

Der erste amerikanische Finanzminister Alexander Hamilton wurde am 2. Mai dieses Jahres in der »New York Times« in einem Kommentar mit der Überschrift »Deficit Lessons: Hamilton the Hero« von Thomas McGraw, Professor in der Graduate School of Business an der Harvard University, als Musterbeispiel dafür zitiert, wie man mit einem Haushaltsdefizit fertig wird. In McGraws Artikel, der zum Teil geschrieben wurde, um eine Steuererhöhung zu rechtfertigen, wird jedoch die Tatsache falsch dargestellt, daß Hamilton eine Staatsbank gründete, um Kredite zur Herbeiführung des Wohlstands zu schaffen, nicht aber um das Geldangebot nur zu erhöhen, um die Schulden zu zahlen. Er erkennt nichtsdestoweniger die dramatischen Erfolge der Politik von Hamilton an.

»Eine Schlacht um die Verringerung des Defizits bedarf kaum des Mutes, aber da ist es: Der Fall des Alexander Hamilton«, schrieb McGraw. »Als die neue amerikanische Regierung von der Verfassung ins Leben gerufen wurde, waren die Rechnungen für den Revolutions-Krieg noch nicht beglichen. 1790 belief sich die Staatsschuld auf 75,4 Millionen Dollar, eine kolossale Summe, die mehr als das Fünfzehnfache des Jahreseinkommens der jungen Regierung ausmachte.« Die heutigen Schulden, obwohl absolut ungeheuerlich, betragen nur das Vierfache des Jahreseinkommens.

Hamilton »nannte die Begleichung einer Schuld eine ›heilige Verpflichtung‹, den Preis für ... Unabhängigkeit und Freiheit ... Diese unbeugsame Haltung hat Hamilton eine Nische im Pantheon der Republikaner einge-

bracht; bis in die achtziger Jahre dieses Jahrhunderts hatten die Republikaner wahrscheinlich nur vor Lincoln und Washington noch höhere Achtung.«

McGraw stellt fest: »Hamiltons Genialität auf dem Gebiet des Fiskus kam seiner Redlichkeit in steuerlichen Dingen gleich. Er entwarf ein brilliantes System, um ›öffentliche Kredite‹ auf eine gesunde Grundlage zu stellen ... Durch Förderung einer Staatsbank und deren Kapitalisierung mit neuen Schatzwechseln vervielfachte er das magere Geldangebot.«

Hamiltons »persönlicher Sieg wurde auch Amerikas Sieg«. □

Eine Zeitbombe tickt in der Dritten Welt

Eine Zeitbombe ticke nicht nur in den ehemaligen Sowjetrepubliken, sondern auch in der von Schulden geplagten Dritten Welt, schrieb die »Jakarta Post« Indonesiens in einem Leitartikel. »Die Länder des Westens sollten daran erinnert werden, daß eine mächtigere Bombe dahintickt in Form von Leiden auf Grund von Armut in vielen Entwicklungsländern.«

Der Leitartikler jubelt darüber, daß Boris Jelzin mit 1,6 Milliarden Dollar in der Tasche aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist. »Wir glauben an die Demokratie und beten für das Wohlergehen des russischen Volkes in den vor uns liegenden Zeiten. Aber in einem anderen Teil des Globus wird im Namen von 108 Entwicklungsländern des Südens auch für eine ähnliche Sache gekämpft ... Auf dem Spiel steht das Leben nicht nur von 150 Millionen Menschen, sondern von nahezu der Hälfte der Weltbevölkerung von fünfeinhalb Milliarden Menschen.«

Diese Lage »wird durch die Tatsache verschlimmert, daß die gesamte Außenschuld der Entwicklungsländer 1991 1,35 Billionen Dollar erreicht hat«, heißt es in dem Leitartikel. Es wird festgestellt, daß dem indonesischen Präsidenten Suharto als Leiter der Bewegung der blockfreien Staaten nicht gestattet wurde, seinen Fall auf dem Gipfeltreffen der Gruppe der Sieben Industriestaaten darzulegen. Dies »wirft Fragen auf, die klar und deutlich beantwortet werden müssen ...

Rührt die Zurückhaltung der Führer der G-7, sich das Elend der Entwicklungsländer anzuhören, von der Tatsache her, daß, anders als in Rußland und den anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, dort keine Atomsprengköpfe im Spiel sind ... Warum ist es für den Süden so schwierig, eine Chance zu bekommen, sich mit dem Norden in Verbindung zu setzen?« □

Ukraine strebt nach wirtschaftlichen Sondervollmachten

Der ukrainische Ministerpräsident Leonid Kutschma verlangt »Sondervollmachten«, um dem Land aus seiner verzweifelten Wirtschaftskrise herauszuhelfen. Kutschma stellte diese Forderung an das ukrainische Parlament und sagte: »Ohne die Einführung eines Kriegsrechts in die Wirtschaft wird Ukraine aufhören, als Staat zu bestehen.«

Das Parlament begann über seine Forderung zu beraten. Die verzweifelte Wirtschaftslage und die vom Internationalen Währungsfonds aufdiktierte Politik der »Schocktherapie« und der Konditionalitäten heizen die politische Krise an. Kommunisten sehen angesichts des Volkszornes über den Zusammenbruch des Lebensstandards günstige politische Gelegenheiten. □

Die Last der Abgaben

In den meisten Industrieländern greift der Staat den Bürgern und Unternehmen immer tiefer in die Taschen. Vor allem die Deutschen bekommen den härteren Zugriff zu spüren: So erreichte 1992 die Gesamtbelastung aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen 43,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das waren 3,5 Prozentpunkte mehr als zehn Jahre zuvor. Bei der Steuerquote von 1982 hätten Bürger und Betriebe 106 Milliarden DM weniger in die Kassen von Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung zahlen müssen. Weniger unter der Abgabenlast stöhnen neuerdings Briten, Iren, Belgier und Schweden. Allerdings bleibt Schweden das Land mit der höchsten Steuer- und Abgabenbelastung: Mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung mußte 1992 an Fiskus und Sozialversicherung abgeliefert werden. Am anderen Ende der Skala liegt Japan. Dort bescheiden sich Staat und Sozialversicherung mit einem knappen Drittel des Sozialprodukts. □

Revision durch Rezession

Nachdem die Konjunkturexperten ihre Prognosen nach unten korrigieren mußten, sind jetzt die Finanzexperten an der Reihe. Bund, Länder und Gemeinden werden 1994 voraussichtlich rund 788 Milliarden DM Steuern einnehmen – das sind zwar 39 Milliarden DM mehr als in diesem Jahr, doch fast 45 Milliarden DM weniger, als noch im November 1992 erwartet worden war.

Das absolut größte Loch reißt das Konjunkturtief in die Finanzplanung des Bundes. Ihm fehlen 1994 rund 24 Milliarden DM an Steuereinnahmen. Die westdeutschen Länder müssen mit 12 Milliarden DM weniger als geplant auskommen, den Gemeinden fehlen 4,5 Milliarden DM – relativ gesehen kommen beide jedoch mit fünf bis sechs Prozent weniger Steuereinnahmen recht glimpflich davon. Die mitteldeutschen Länder und Gemeinden werden dagegen 1994 voraussichtlich um 11 bis 14 Prozent weniger Steuern einnehmen als im vergangenen November angenommen. □

Zambia verurteilt den IWF

Die Regierung von Zambia verurteilte in einer offiziellen Reaktion auf Empfehlungen des IWF, daß Zambia seinen Verteidigungshaushalt verschrotten sollte, um die Bedingungen für mögliche IWF-Brückendarlehen zu erfüllen, die Forderungen des Internationalen Währungsfonds nach einschneidenden Haushaltskürzungen als »unzulässige Einmischung« in seine inneren Angelegenheiten.

Die Regierung von Zambia, die sich mit den Experten des Fonds in ein langes, fruchtloses Gerangel eingelassen hat, hat beschlossen, jetzt einen Strich zu ziehen und dem IWF zu sagen, daß es Grenzen gibt, die seine Experten respektieren sollten.

Der Schritt Zambias erfolgt zwei Wochen nach harten Verurteilungen des IWF durch die Regierung von Kenya. Über Befürchtungen unter den Monetaristen, daß mehr schwarzafrikanische Regierungen den neuen harten Kurs gegen den IWF einschlagen könnten, wird im Londoner »Observer und anderen Blättern berichtet. □

Vierzig Tage frei und bezahlt

Die bezahlte arbeitsfreie Zeit für Industriearbeiter reichte 1992 von 23 Tagen in den USA bis zu 45,5 Tagen in Finnland. Dabei gilt für viele Länder: Fällt ein beweglicher Feiertag auf einen Sonntag, so wird er an einem der folgenen Wochentage nachgeholt. Solche Regelungen kennen Belgien und Luxemburg – und mit Einschrängungen Großbritannien und die Niederlande.

In der deutschen Industrie gibt es 40 bezahlte Urlaubs- und Feiertage. Sie kosten 8300 DM pro Mitarbeiter und Jahr. Der Staat schreibt Feiertage und Mindesturlaub fest. Die Tarifparteien stocken den gesetzlichen Jahresurlaub auf.

In der Bundesrepublik verdoppelt sich auf diese Weise der Urlaubsanspruch von drei gesetzlich garantierten auf sechs tariflich vereinbarte Wochen. In den USA gibt es überhaupt keinen gesetzlichen Anspruch auf Urlaub. Dort regeln die Tarifvertragsparteien, Betriebsvereinbarungen und Einzelverträge den bezahlten Freizeit-Anspruch der Mitarbeiter. □

Bilderberg-Konferenz

Die geheime Sitzung in Vouliagmeni

James P. Tucker

Auf der Geheimsitzung der Bilderberg-Gruppe, die in diesem Jahr in Griechenland in Vouliagmeni stattfand, wurden viele der Schlagzeilen und Nachrichten diskutiert und entwickelt, über die Sie in den kommenden Monaten langsam informiert werden.

Hinter den bewachten Mauern des elitären Nafsika Astir-Palace Hotel, hochoben auf einer Anhöhe wenige Kilometer südlich von Athen gelegen, tat sich die geheime Bilderberg-Gruppe zusammen, um zu beraten, wie man die reichen natürlichen Ressourcen der ehemaligen Sowjetunion und Indochinas ausbeuten kann.

Lob für den neuen US-Präsidenten

Ebenfalls hoch oben auf der Tagesordnung der Bilderberger stand die Bildung einer neuen, gewaltigen Bürokratie der Vereinten Nationen für den Umweltschutz, so daß die Industriealisten aus der neuen Technologie zur Reinigung der Luft und des Wassers der Welt ungeheure Profite einheimsen können.

Sie feierten auch die Zusammenarbeit mit einem der ihren, US-Präsident Bill Clinton.

»Es ist eigentlich eine direkte Botschaft an uns über die Zeitungen«, sagte Dwayne Andreas, und bezog sich dabei auf Berichte darüber, daß Clinton versprochen habe, den Rio-Vertrag, der vorsieht, daß im Namen einer »sauberen Umwelt« Millionen von amerikanischen Steuergeldern über die ganze Welt in Umlauf gebracht werden sollen, zu unterzeichnen.

»Ja, er wird dies schon früh in seiner ersten Amtsperiode tun«, sagte Andreas' Weggefährte. »George Bush wollte auf seine zweite Amtszeit warten, ein paar Änderungen vornehmen, um die amerikanische Rechte zufriedenzustellen. Bill scheint zu verstehen, daß, wenn gewisse Dinge nicht während einer ersten Amtsperiode erledigt werden, es vielleicht keine zweite Amtsperiode gibt.«

Der Krieg in Bosnien stand auch auf der Tagesordnung der Bilderberg-Konferenz, obwohl es im ehemaligen Jugoslawien nicht um Öl geht.

Das langjährige Mitglied George Bush

Es war ein erster Hinweis darauf, daß die Bilderberger sich Clinton »zugeneigt« haben könnten, um Bush dafür zu bestrafen, daß er den Rio-Vertrag blockiert und sich dagegen gesträubt hatte, noch mehr Steuern zu erheben, nachdem sein gebrochenes Versprechen von 1990 zum politischen Selbstmord führte.

Bush ist langjähriges Mitglied der Trilateralen Kommission, die ebenfalls Jahressitzungen hinter verschlossenen Türen abhält, und deren Führung mit der der Bilderberg-Gruppe verflochten ist.

Clinton ist seit sieben Jahren Trilateraler und wurde 1991 zu den Bilderbergern befördert. Somit verfügte die Welt-Schattenregierung in einem typischen Gewinnrennen über beide Präsidentschaftskandidaten.

»Wenn George Bush eine zweite Amtszeit bekommen hätte, dann hätte er sich vielleicht bei Gesundheitsfürsorge und neuen Steuern bewegt, denn dann hätte er sich um Wahlen keine Sorgen zu machen brauchen. Und er hätte sicherlich den Rio-Vertrag unterzeichnet, möglicherweise mit einigen politischen Gesten, indem er auf kleinliche Abänderungen bestanden hätte«, sagte Andreas.

»Aber wir hätten keine schnelle Handlung bekommen, wie bei Clinton«, sagte ein anderer.

Der Rio-Vertrag sieht die Bildung einer Kommission der Vereinten Nationen für die Umwelt vor. Amerikaner werden den Großteil eines Programmes in der Größenordnung von mehreren Milliarden Dollar berappen müssen, um die Luft und das Wasser zu reinigen, die Ackerkrume zu erhalten und Erosion in unterentwickelten Ländern zu verhindern. Die Beweggründe dafür sind, daß Amerikaner mehr verbrauchen und verschmutzen als die übrige Welt.

Die Schaffung einer neuen Dienststelle der Vereinten Nationen als Polizei für den Umweltschutz unter den einst souveränen Staaten bringt gleichzeitig das Ziel der Bilderberger, die Vereinten Nationen in eine de jure- anstatt eine de facto-Weltregierung zu verwandeln, einen Schritt weiter.

Ein ausländischer Oberbefehlshaber

Somit feierte Bilderberg auch die öffentliche Akzeptanz einer ständigen UNO-Armee, in der amerikanische Soldaten unter einem ausländischen Kommandeur, der nur dem Sicherheitsrat, nicht dem amerikanischen Präsidenten oder dem Kongreß untersteht, kämpfen würden.

Man fand es bemerkenswert, daß Amerikaner, die in Somalia verbleiben, unter einem türkischen General unter einem Kommando der Vereinten Nationen dienen, und daß entgegen der Verfassung der US-Präsident nicht ihr Oberbefehlshaber ist.

Es werde »immer mehr Somalias geben, damit die Welt sich an die Vorherrschaft der Vereinten Nationen gewöhnt«, sagte einer.

»Es muß mindestens fünf Plätze auf Erden geben, die so voller Elend sind, daß wir amerikanische Herzen brechen können, wann immer wir das wollen.«

Es gab lebhafte Gespräche über die Kämpfe in Bosnien, aber die meisten Europäer drängten die Amerikaner, Luftangriffe zu meiden und ganz einfach das Wirtschaftsembargo durchzusetzen.

»Es wäre nicht wie Somalia, mit wenig Verlusten und Bildern von Soldaten, die hungernde Kinder füttern«, sagte einer. »Flugzeuge werden abgeschossen, Luftwaffensoldaten werden sterben. Und wenn wir in Bodenkämpfe verwickelt werden, dann gibt es viele Verluste.«

»Man kann das auch nicht mit dem Persischen Golf vergleichen, wo das Gelände es erleichterte, eine überwältigende Streitmacht ausschwärmen zu lassen,

Irak durch Bomben in Schutt und Asche zu legen, nur wenige Verluste hinnehmen zu müssen und einen großartigen Sieg zu verkünden«, äußerte ein anderer. »Ihr Volk wird dies nicht als eine Art Sportwettkampf erachten.«

Luftangriffe in Bosnien genehmigen

Nichtsdestoweniger verlautet aus Bilderberg-Kreisen, daß sich Amerikaner aus dem Außen- und Verteidigungsministerium dem Generalsekretär der NATO, Manfred Wörner, angeschlossen und die Vereinten Nationen dazu aufgefordert hätten, Luftangriffe zu genehmigen.

»Es wird in den kommenden Jahren für die Streitkräfte der Vereinten Nationen allerlei zu tun geben, Aktionen, die uns die Akzeptanz der Öffentlichkeit für deren Rolle überall in der Welt einbringen werden«, stellte ein anderer fest. »UNO-Truppen könnten mit Nahrungsmitteln in den Sudan gehen, wenn wir die Sache aufbauschen, daß die Leute dort verhungern und Filme über das Elend über die Medien verbreiten.«

Bilderberg-Leute gaben einer gewissen Nervosität darüber Ausdruck, ob es gelingen werde, alle westeuropäischen Staaten dazu zu bewegen, unter den Bedingungen des Maastricht-Vertrages ihre staatliche Souveränität aufzugeben, waren jedoch zuversichtlich, daß das North American Free Trade Agreement ratifiziert wird. Dies ist auch wichtig für die Bestrebungen der Bilderberger in Richtung auf eine Weltregierung.

Eine dritte »regionale Regierung« soll im Pacific Rim gebildet werden, und die UNO soll Sitz der Weltregierung sein.

Der Hohe Rat der Zwölf

Um die natürlichen Ressourcen der ehemaligen Sowjetunion und Indochinas auszubeuten, einigten die Bilderberger sich darüber, einen »Hohen Rat« von 12 Mitgliedern ins Leben zu rufen.

Die Mitgliederstaaten müssen von »einem solchen Status sein, daß sie sofortigen Zugang zu Staatsoberhäuptern der parlamentarischen Führungspersönlichkeiten in der ganzen Welt haben«, forderte ein Sprecher der Bilderberger.

Die Zwölf werden die Länder des Westens unter Druck setzen, immer mehr Milliarden in die ehemalige Sowjetunion zu schicken.

Sie werden dann in Gesprächen mit den Führern der ehemaligen Sowjetrepubliken das Verdienst für diese Hilfe für sich in Anspruch nehmen.

Die Zwölf werden dann von den Republiken das Recht verlangen, zu einem absurd niedrigen Preis, Öl, Gold und andere Edelmetalle abzubauen. »Das Gold im Boden, das nicht gebohrte Öl nützt euch nichts«, werden die Zwölf argumentieren. »Kooperation in diesem Sinne wird bedeuten, daß wir unseren Einfluß weiter ausüben werden, um mehr Finanzhilfe vom Westen zu erhalten.«

Dies ist ein typisches Bilderberg-Projekt: Man benutze öffentliche Gelder – den Löwenanteil von amerikanischen Steuerzahlern –, um die Rechte, Öl und Edelmetalle aus der ehemaligen Sowjetunion herauszuholen und ungeheure Profite einzuheimsen, zu »bezahlen«.

Das Problem der vermißten US-Soldaten

Die einzige Barriere gegen die Ausbeutung der Ressourcen in Indochina ist Amerikas Weigerung, »die Beziehungen zu Vietnam erst dann zu normalisieren«, wenn die Frage der Kriegsgefangenen und Vermißten geklärt ist.

Die Bilderberger ziehen in Erwägung, die vietnamesische Regierung zu drängen, einen dramatischen Schritt zu vollziehen: Zuzugeben, daß einige kommunistische Soldaten einige Amerikaner nach Ende des Krieges festhielten und sie alle wenige Monate später erschossen haben. Unter diesem Szenario soll Hanoi sagen, daß der Offizier, der die Hinrichtungen befahl, zur Strafe erschossen wurde, die Hinrichtungen gegen die Befehle des kommunistischen Regimes erfolgt seien, daß Vietnam sich dafür entschuldigt und nun normale Beziehungen wünscht. □

Absprachegremien

Die geheime Tagesordnung der Internationalisten

James P. Tucker

Den verläßlichsten Hinweis auf kommende Weltereignisse gibt niemand mit übernatürlichen Fähigkeiten, kein Wahrsager oder einer von mehreren »Trend-Beobachtern«, sondern vielmehr die Verkündigungen der Welt-Schattenregierung, die Absprachegremien der Internationalisten.

Die reine Macht der Welt-Schattenregierung wird augenscheinlich, wenn man die Establishment-Presse liest und die erklärten Ziele der Trilateralen Kommission und der höheren Körperschaft, der Bilderberg-Gruppe, kennt.

Was beschlossen wird, wird verwirklicht

Seit vielen Jahren haben »The Spotlight« und CODE die geheimen Tagesordnungen dieser miteinander verwobenen, geheimen Gruppen bloßgestellt und beobachtet, wie diese zur Wirklichkeit wurden. Jahre davor entlarvte »Liberty Letter«, die Vorgängerin von »The Spotlight«, die Schatten-Weltregierung.

Was »The Spotlight« und »Liberty Letter« – beide von der in Washington ansässigen Liberty Lobby herausgegeben – über die Bilderberg-Trilaterale Tagesordnung enthüllten, ist von der Geschichte bestätigt worden. Es gibt dabei keine Ausnahmen.

Über die Jahre hinweg trat die doppelte Tagesordnung der Bilderberger und der Trilateralen Kommission immer mehr in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses. Die Bilderberg-Gruppe wurde 1954 unter diesem Namen ins Leben gerufen. Sie umfaßt etwa 120 der mächtigsten Finanziers und Politiker der Welt. David Rockefeller und die Rothschilds aus Britannien und Europa teilen sich in dieser hochrangigen Gruppe die Macht.

Rockefeller ist die Macht hinter der Trilateralen Kommission, die 1972 gegründet wurde. Sie ist weniger exklusiv, hat mit etwa 320 Teilnehmern dreimal so viele Mitglieder wie die Bilderberger.

Die Bilderberg-Gruppe setzt sich aus Mitgliedern aus Nordamerika und Europa zusammen. Zu den Trilateralen gehört außerdem noch Japan. Die Führung ist ineinander verflochten.

Auf der diesjährigen Sitzung der Bilderberger wurde beschlossen, eine Bürokratie der Vereinten Nationen zu schaffen, um den Vereinigten Staaten die Umweltschutzpolitik zu diktieren – während riesige Summen von amerikanischen Steuergeldern nach Übersee geschickt werden. Dieser Plan wurde vor drei Jahren auf der Sitzung der Trilateralen in Washington gefaßt.

Es werden zwei Ziele angestrebt: Jedes Stück staatlicher Souveränität, das den einzelnen Ländern genommen und an die Vereinten Nationen übergeben wird, beschleunigt den Prozeß, diese Körperschaft als Weltregierung zu etablieren. Es gibt starke Argumente dafür, zu sagen, daß die Vereinten Nationen bereits eine Weltregierung sind, daher ständig an Macht gewinnen.

Zweitens schöpfen internationale Finanziers, die die Technologie zur Säuberung der Luft und des Wassers sowie zum Schutz der Wälder und der Pflanzen der Welt abrunden, ungeheure Gewinne ab.

Hunderte von Milliarden an amerikanischen Steuergeldern sollen dies alles finanzieren, wobei symbolische Beträge von anderen Industriestaaten kommen. Diese riesigen Summen werden die wohlhabende Elite, die diese Politik diktiert, noch reicher machen.

Es ist eine poetische Ironie, daß diejenigen, die ihre riesigen Vermögen aus Industrien mit rauchenden Kaminen erwarben, nun ihr Vermögen durch Reinigung der Luft vermehren.

Ungeheure Profite für Banker

Genau zu dem Zeitpunkt, wo die Bilderberg-Gruppe ihre zahlreichen derzeitigen und ehemaligen Staatsoberhäupter und führenden Persönlichkeiten der jeweiligen Außen- und Verteidigungsministerien anwies, ihre weltweite Tagesordnung voranzutreiben, verkündete Bilderberger Bill Clinton, er werde den Umweltschutz-Vertrag der Vereinten Nationen unterzeichnen. Dies wurde von der Presse des Establishments bejubelt.

Normale Beziehungen zu Vietnam

In diesem Jahr rief die Bilderberg-Gruppe Amerika dazu auf, die Beziehungen zu Vietnam zu normalisieren, so daß die Banker die natürlichen Ressourcen dieses kommunistischen Landes ausbeuten können. Die Barriere gegen eine solche Normalisierung, die Hunderte von amerikanischen Soldaten, die immer noch von Nordvietnam festgehalten werden, wurde als Ärgernis erachtet.

Die »Washington-Post« – ein Hausorgan der Schatten-Weltregierung – brachte am 25. April dieses Jahres entgegenkommenderweise zwei längere Artikel, in denen das überwältigende Beweismaterial dafür, daß amerikanische Soldaten festgehalten werden, geleugnet und zu normalen Beziehungen zu Vietnam aufgefordert wird.

Hochstehende Angestellte der »Washington Post«, »New York Times«, »Los Angeles Times«, »U.S. News and World Report« und »Time Magazine«, plus Kollegen von der europäischen Presse, nehmen unter dem Versprechen, nichts zu enthüllen, an den Geheimsitzungen der Schatten-Weltregierung teil.

Die Bilderberg-Gruppe plant, aus ihren Reihen eine »Gruppe der Zwölf« zu bilden, die sofortigen Zugang zu Staatsoberhäuptern haben. Die Gruppe der Zwölf soll die einzelnen Regierungen unter Druck setzen, zahllose Milliarden in die ehemaligen sowjetischen Republiken hineinzupumpen. Die ehemaligen Sowjets sollen aus Dankbarkeit dafür den Bankern gestatten, ihr Öl, Gold und andere Ressourcen gegen Entrichtung einer Scheingebühr auszubeuten.

Hobart Rowen, ein Finanz-Kolumnenschreiber für die »Washington Post« und regelmäßiger Teilnehmer an diesen Sitzungen, schrieb am 25. April einen Huldigungsartikel über die Entscheidung, 28 Milliarden Dollar an die ehemaligen Sowjets zu schicken und forderte einen murrenden amerikanischen Kongreß dringend dazu auf, dies von jetzt ab laufend zu billigen. Er forderte auch zu 30 bis 40 Milliarden Dollar an »Darlehen« vom Internationalen Währungsfonds auf, zu dem die Vereinigten Staaten die höchsten Beiträge leisten.

Was vorgeschlagen wird, wird getan

Man kann praktisch Schlüsse ziehen, was die globalen Pläne der Schatten-Weltregierung sind, wenn man nach ihren Jahresversammlungen, die von ihnen gesteuerten Zeitungen liest.

Vor einem Jahrzehnt rangen die Bilderberger dem US-Präsidenten Ronald Reagan ein geheimes Versprechen ab, über den Zeitraum von dessen korrekt angenommenen zwei Amtsperioden hinweg 50 Milliarden Dollar an Dritte-Welt- und kommunisti-



sche Länder zu zahlen. Die manipulierte Presse feierte den nach dem damaligen US-Finanzminister Nicholas Brady genannten »Brady Plan« – und das Versprechen wurde gehalten.

In San Francisco gelangte ein »geheimer, nicht für die Öffentlichkeit bestimmter Bericht« in die Hände von »The Spotlight« und CODE. Die Trilateristen schrieben, daß eine Erhöhung der Einkommensteuer für Amerikaner im derzeitigen politischen Klima zwar höchst wünschenswert, aber unmöglich sei. Stattdessen wurde eine Erhöhung der Benzinsteuer um zehn Cents pro Gallone vorgeschlagen. Zwei Tage später – Sie haben es erraten – rief ein Leitartikel in der »Washington Post« zu einer Erhöhung der Benzinsteuer um zehn Cents auf. Die Trilateralen versuchten dies noch einmal auf ihrer Sitzung in Tokio.

Auf ihrem Treffen in Innsbruck rief die Bilderberg-Gruppe zu höheren Steuern für Amerikaner auf, eines ihrer Lieblingsthemen.

Die Presse des Establishments klang wie viele kleine Echos. Erstmals weigerte sich der Trilaterist George Bush, der mit seinem Wahlkampf um die Präsidentschaft voll beschäftigt war, – »Lesen Sie es mir an den Lippen ab; keine neuen Steuern« –. Er war dazu bestimmt, ein Präsident mit nur einer Amtsperiode zu werden.

Die Bilderberger entschlossen sich dazu, Margaret Thatcher zum Rücktritt als Premierminister zu zwingen, weil sie sich der Auslieferung der staatlichen Souveränität Britanniens an einen europäischen Superstaat widersetzte. Die Presse des Establishments stürzte sich auf Mrs. Thatcher wie ein wildgewordener Hund. Sie wurde von einem Schüler einer höheren Lehranstalt ohne Schulabschluß aus ihrer eigenen Tory Party, John Major, abgelöst, der bereitwillig die bedingungslose Übergabe der Souveränität unterstützt.

Realität der Politik der Insider

Ein Jahr später wurde der Boden für das North American Free Trade Agreement bereitet, als die Trilateristen sich in Washington trafen. Es war das erste Mal, daß in Lateinamerika Interesse erweckt wurde. Die Presse begrüßte diese Haltung, ohne die Quelle zu nennen.

Im gleichen Jahr traf die Bilderberg-Gruppe an einem abgelegenen Ort in Glen Cove, Long Island, zusammen. Vizepräsident Dan Quayle wurde zu seinem allerersten tete-à-tete mit der Schatten-Weltregierung geladen.

Die Bilderberger wiesen die Administration an, die Steuern zu erhöhen. Bush brach sein Versprechen »keine neuen Steuern« und stimmte den höchsten Erhöhungen in der Geschichte zu, ungeachtet der Tatsache, daß dies gleichbedeutend mit seinem politischen Selbstmord war.

Als die Bilderberg-Gruppe sich ein Jahr später in Baden-Baden traf, wurde der Krieg am Persischen Golf wegen seiner Rolle, die öffentliche Meinung daran zu gewöhnen, eine Welt-Armee zu akzeptieren, gefeiert. Es wurde entschieden, daß »innerhalb von fünf Jahren« eine weitere Expedition kommen müsse, um die Schwungkraft beizubehalten. Herzzerbrechende Bilder von hungernden Kindern in Somalia flimmerten weltweit über die Bildschirme der Fernsehsender. Ähnliche herzzerreißende Filmaufnahmen hätten an mehreren Stellen der Erde gedreht werden können, aber Somalia wurde ausgesucht. Die Amerikaner sind immer noch dort.

Die Bilderberg-Konferenz sprach sich wiederum für eine stehende Armee unter dem Befehl des UN-Sicherheitsrates aus.

Vor einem Jahr rief die Bilderberg-Gruppe zu einer stehenden UN-Armee auf, die dem Sicherheitsrat unterstehen soll. Dies wurde von ihren Presse-Papageien ganz groß herausgestrichen, und heute dienen amerikanische und deutsche Soldaten in Somalia unter einem türkischen General, der nur den Vereinten Nationen, nicht dem US-Präsidenten, dem amerikanischen Kongreß oder Bonn untersteht.

Aber für diejenigen, deren Aufgabe die Verleugnung ist, sind Ereignisse, die nach Sitzungen der Bilderberger und der Trilateralen Kommission tatsächlich Wirklichkeit werden, »reine Zufälle«. □

Bilderberg-Konferenz

Die Teilnehmer am Treffen 1993

Die Bilderberger sind ein exklusives Absprachegremium, das 1954 im Bilderberg-Hotel im niederländischen Oesterbeeck gegründet wurde. Gründer war David Rockefeller, ihr erster Vorsitzender Prinz Bernhard der Niederlande. In diesem Jahr trafen sie sich in Vouliagmeni in Griechenland. CODE druckt exklusiv die geheime Teilnehmerliste des diesjährigen Treffens im Orginal ab. Zu den Bilderberg-Treffen werden nur Politiker eingeladen, die ihre unverbrüchliche Loyalität für die Rockefeller-Rothschild-Interessen unter Beweis gestellt haben.

Chairman:
Peter Carrington
Chairman of the Board, Christie's International plc Former Secretary-General NATO

Honorary Secretary-General for Europe and Canada:
Victor Halberstadt
Professor of Public Economics, Leiden University Netherlands

Honorary Secretary-General for U.S.A.:
Theodore L. Eliot Jr.
Dean Emeritus The Fletcher School of Law & Diplomacy; Former U.S. Ambassador

I Giovanni Agnelli
Chairman Fiat S.p.A.

USA Paul A. Allaire
Chairmman Xerox Corporation

GB Barbara Amiel
Columnist, *Sunday Times*

USA Dwayne O. Andreas
Chairman Archer-Daniels-Midland Company Inc

GR Stelios Argyros
Chairmain Federation of Greek Industries

USA George W. Ball
Former Under Secretary of State

P Francisco Pinto Balsemao
Chairman Sojornal sarl; Former Prime Minister

S Percy Barnevik
President and C.E.O. ABB Asea Brown Boveri Ltd.

D Christoph Bertram
Diplomatic Correspondent *Die Zeit;* Former Director International Institute for Strategic Studies

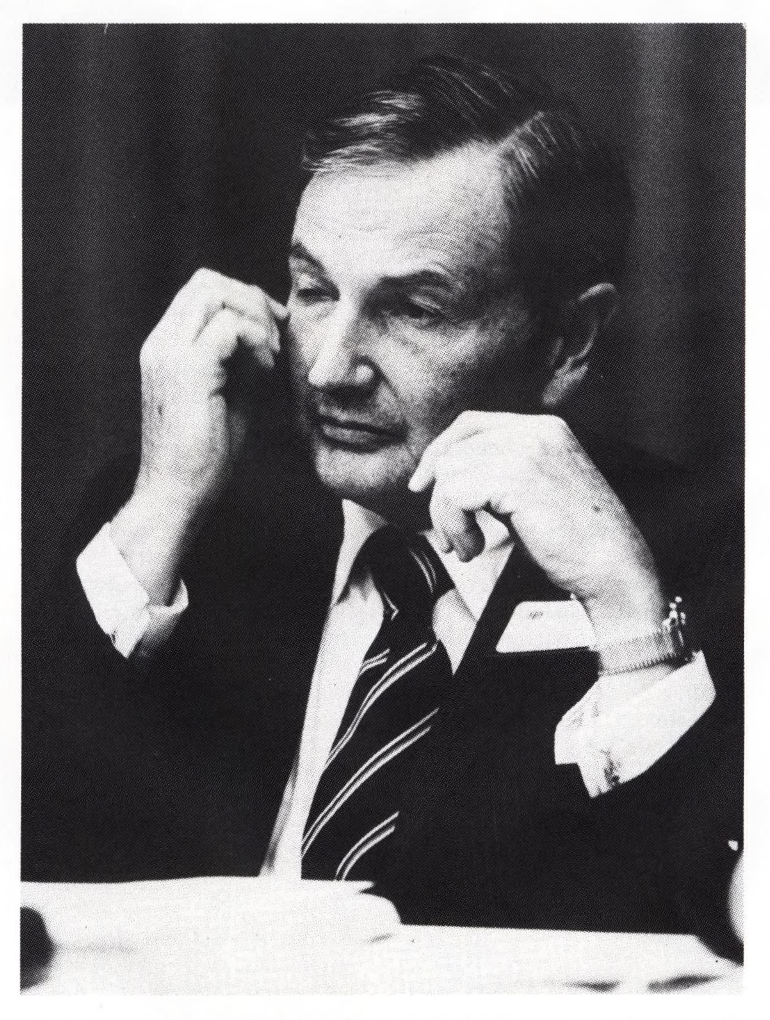
NL Ernst H. van der Beugel
Emeritus Professor of International Relations Leiden University; Former Honorary Secretary-General of Bilderberg Meetings for Europe and Canada

TR Selahattin Beyazit
Director of Companies

S Carl Bildt
Prime Minister

ICE Bjorn Bjarnason
Member of Parliament

CDN Conrad M. Black
Chairman The Telegraph plc



David Rockefeller hat die Bilderberg-Konferenz und die Trilaterale Kommission als internationale Absprache-Gremien gegründet.

GB Tony Blair
Member of Parliament (Shadow Home Secretary-Labor)

N Erik G.
Managing Director and Chief Executive Officer Braathens SAFE

IL Conor Brady
Editor the *Irish Times*

GB Rodric Braithwaite
Foreign Policy Adviser to the Prime Minister

P Nuno Brederode Santos
Member of the Socialist Party; Columnist *Expresso*

NL Elco Brinkman
Parliamentary Leader of CDA (Christian Democrats)

GR Costa Carras
Director of Companies

D Ulrich Cartellieri
Member of the Board of Managing Directors Deutsche Bank A.G.

E Jaime Carvajal Urquijo
Chairman and General Manager Iberfomento

E Juan Luis Cebrian
Chief Executive Officer PRISA *(El Pais)*

GB Kenneth Clarke
Home Secretary

GR Yannis S. Costopoulos
Chairman Credit Bank

CDN Kenneth S. Courtis
First Vice President Deutsche Bank Capital Markets Asia Ltd. Tokyo

USA Kenneth W. Dam
Max Pam Professor of American and Foreign Law University of Chicago Law School; Former Deputy Secretary of State

E Guillermo de la Dehesa
Chief Executive Banco Pastor

F Patrick Divedjian
Member of Parliament (UDF-Hauts de Seine)

CDN Marie-Joseé Drouin
Executive Director Hudson Institute of Canada

INT Arthur Dunkel
Director General Agreement on Tariffs and Trade

DK Uffe Ellemann-Jensen
Member of Parliament

E Carlos Ferrer Salat
Chairman UNICE (The Europaen Employers Federation)

USA Stephen Friedman
Senior Partner and Chairman Goldman Sachs & Co.

USA John R. Galvin
John M. Olin Distinguis-

hed Professor of National Security Studies U.S. Military Academy West Point; Former Supreme Allied Commander Europe SHAPE

CDN Anthony G. S. Griffin
Director of Companies

GR Gregory Hadjieleftheriadis
Vice President Eletson Corp.

TR Talat S. Halman
Professor of Near Eastern Languages and Literatures New York University

USA James Hoagland
Associate Editor/Senior Foreign Correspondent The *Washington Post*

N Westye Høegh
Chairman of the Board Leif Høegh & Co. AS

B Jan Huyghebaert
Chairman Almanij-Kredietbank Group

SF Jaakko Ilonicmi
Managing Director Center for Finnish Business and Policy Studies; Former Ambassador to the United States of America

A Peter Jankowitsch
Chairman Joint Parliamentary Committee Austria-EC; Former Foreign Minister

CH Robert A. Jeker
Managing Director of the Stephan Schmidheiny Holdings

D Josef Joffe
Foreign Editor *Süddeutsche Zeitung*

USA Vernon E. Jordan Jr.
Senior Partner Akin Gump Strauss Hauer & Feld LLP (Attorneys-at-Law)

CH Jakob Kellenberger
State Secretary for Foreign Affairs

USA Lane Kirkland
President AFL-CIO

GB Andrew Knight
Executive Chairman News International Plc

SF Jarl Kohler
President Finnish Forest Industries Federation

NL Wim Kok
Minister of Finance; Deputy Prime Minister

SF Johannes Koroma
Director General Confederation or Finnish Industry and Employers

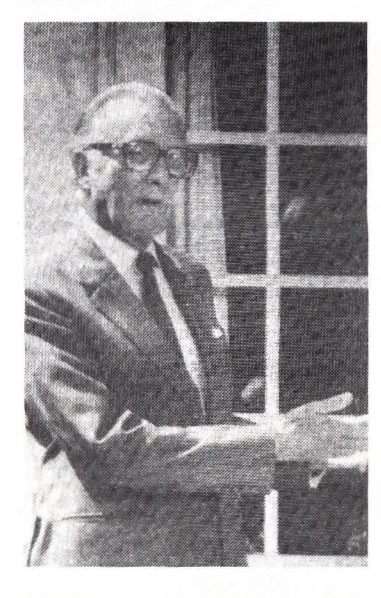
NL Pieter
President and C.E.O. of the Robeco Group; Honorary Treasurer of Bilderberg Meetings

USA Henry R. Kravis
Founding Partner Kohlberg Kravis Roberts & Co.

USA Samuel W. Lewis
Director Policy Planning Staff Department of State



Lothar Späth, ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg, heute Vorstandsvorsitzender bei Jenaoptik, war einer der deutschen Teilnehmer.



Lord Peter Carrington, ehemaliger Generalsekretär der NATO, leitete die diesjährige Bilderberg-Konferenz.

A Paul Lendvai
Director Austrian International Radio

GR George P. Livanos
Ship Owner

GR John C. Lyras
Vice Chairman Union of Greek Shipowners

CDN Donald S. Macdonald
Senior Parnter McCarthy Tétrault; Former Minister of Finance

NL Floris A. Maljers
Chairman of the Board Unilever N.V.

GR Stefanos Manos
Minister of National Economy

B Wilfried Martens
Minister of State; Former Prime Minister

USA Charles McC. Mathias
Partner Jones Day Reavis & Pogue; Former U. S. Senator (Republican-Maryland)

CDN Barbara McDougall
Secretary of State for External Affairs

INT Karel van Miert
E. C. Commissioner

GR Constantine Mitsotakis
Prime Minister

F Thierry de Montbrial
Director French Institute of International Relations; Professor of Economics Ecole Polytechnique

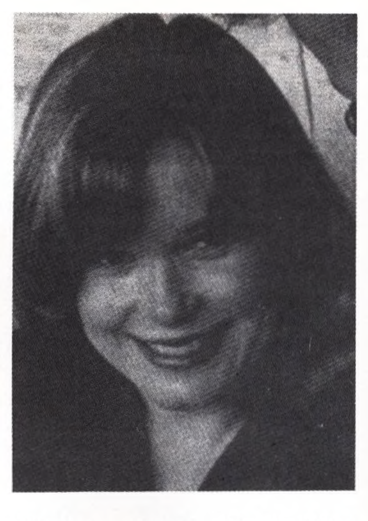
Mario Monti Rector and Professor of Economics Bocconi University Milan

USA William E. Odom
Director of National Security Studies The Hudson Institute; Former Director National Security Agency

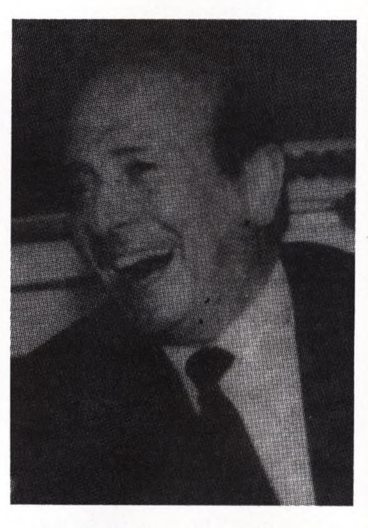
P Fernando Faria de Oliveira
Minister of Trade and Tourism

F Francois d'Orcival
Editor *Valeurs Actuelles*

GB David Owen
E. C. Mediator Interna-



Sharon Percy Rockefeller überwacht für den Familien-Clan ein Medien-Imperium.

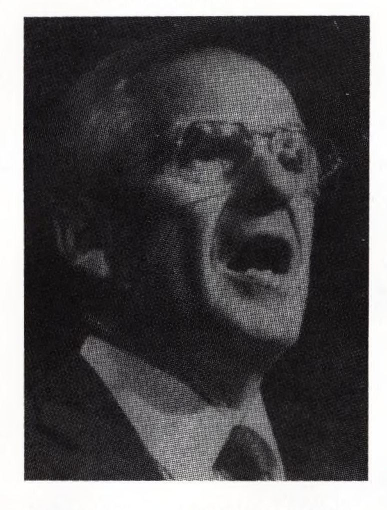


Manfred Wörner, ehemaliger Bonner Verteidigungsminister, heute NATO-Generalsekretär, fehlt auf keinem Treffen der Absprachegremien.

Bilderberg-Konferenz

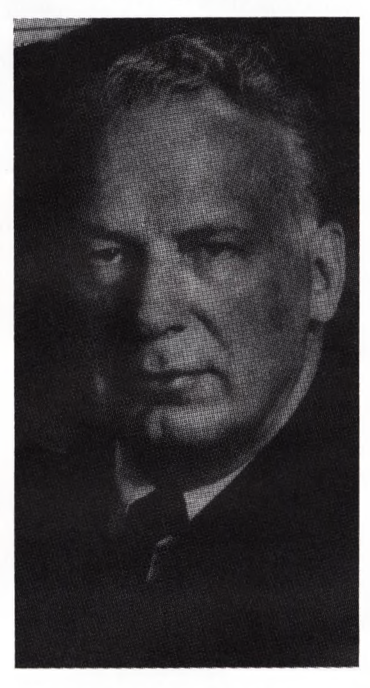
Die Teilnehmer am Treffen 1993

tional Conference on Former Yugoslavia
NL H. M. The Queen of the Netherlands
GR Theodoros Pangalos Spokesman for Foreign Affairs Socialist Party
GR Michalis G. Papaconstantin Minister for Foreign Affairs
GR Theodore Papalexopoulos Deputy Chairman Titan Cement Company S. A.
GR Michael C. Peraticos Chairman Pegasus Ocean Services
USA Larry Pressler Senator (Republican-South Dakota)
CH David de Pury Chairman of the Board of BBC Brown Boveri Ltd. and Co-Chairman of ABB Asca Brown Boveri Group
GB William Rees-Mogg Chairman Broadcasting Standards Council; Chairman The American Trading Company Ltd.; Former Editor the *The Times*
D Wolfgang Reitzle Member of the Board BMW AG
DK Chresten W. Reves President and C. E. O. *Berlingske Tidende*
USA David Rockefeller Chairman Chase Manhattan Bank International Advisory Committee
USA Sharon Percy Rockefeller President and C. E. O. WETA TV & FM
GB Eric Roll of Ipsden President, S. G. Warburg Group plc Renato Ruggiero Member of the Board Fiat S. p. A.; Former Minister of Trade
D Volker Rühe Minister of Defense
TR Rusdu Saracoglu Governor Central Bank of Turkey
B Philippe de Schoutheete de Tervarent Permanent Representative of Belgium to the European Communities
F Louis Schweitzer Chairman and C. E. O. Renault S. A.



Lynn Williams ist Präsident der amerikanischen Stahlarbeiter-Gewerkschaft und nicht immer einer Meinung mit den Zielen der Bilderberger.

GB Patrick Sheehy Chairman B. A. T. Industries
ICE Jón Sigurdsson Minister of Trade and Industry
D Theo Sommer Editor in Chief *Die Zeit*
D Lothar Späth Chief Executive Officer Jenoptik; Former Prime Minister of Baden Württemberg
Barbara Spinelli Editorialist and European Correspondent *La Stampa*, Paris
INT Helga Steeg Executive Director International Energy Agency
IRL Peter D. Sutherland Chairman Allied Irish Banks plc; Former Member Commission of the European Communities
GB Marlin Taylor Chief Exclusive Courtaulds Textiles Plc Marco Tronchetti Provera Executive Vice President and C. E. O. Pirelli SpA
GR Thanos M. Veremis Professor of Political History University of Athens; Director Hellenic Foundation for Defense and Foreign Policy
GR Themistocles Vokos Chairman The Seatrade Organization
A Franz Vranitzky Federal Chancellor
N Niels Werring Director Wilh. Wilhelmsen Limited A/S
USA John C. Whitehead Chairman AEA Investors Inc.; Former Deputy Secretary of State
USA Lynn R. Williams International President United Steelworkers of America
USA James D. Wolfensohn President James D. Wolfensohn Inc
D Otto Wolff von Amerongen Chairman and C. E. O. of Otto Wolff Industrieberatung und GmbH

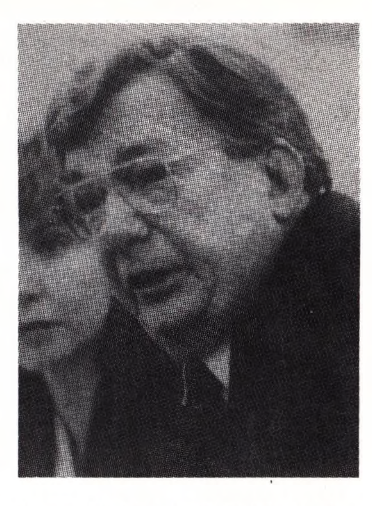


George Ball, ehemaliger amerikanischer Außenminister, ist einer der wichtigsten Insider Washingtons.

INT Manfred Wörner Secretary-General of the North Atlantic Treaty Organization
USA Casimir A. Yost Executive Director The Asia Foundation's Center for Asian Pacific Affairs

Observer
B H. R. H. Prince Philippe

Rapporteur
USA Grant F. Winthrop Partner Milbank Winthrop & Co.



Lane Kirkland, Präsident der Gewerkschaft AFL-CIO, vertritt in Absprachegremien andere politische Meinungen als gegenüber seinen Mitgliedern.

USA Alice Victor Executive Assistant to David Rockefeller, Rokkefeller Financial Services Inc

In Attendance
NL Maja Banck Executive Secretary Bilderberg Meetings
GR Stephen Farrant Managing Director Newsfront Naftiliaki; Local Organizer 1993
SF Mirja Lehtinen Local Organizer 1994
USA Charles Muller President Murden and Company; Adviser American Friends of Bilderberg Inc.

List Of Abbreviations

A	Austria
ICE	Iceland
B	Belgium
INT	International
CDN	Canada
IRL	Ireland
CH	Switzerland
N	Norway
D	Germany
N	Netherlands
DK	Denmark
P	Portugal
E	Spain
S	Sweden
F	France
SF	Finland
GB	Great Britain
TR	Turkey
GR	Greece
USA	United States of America
I	Italy

□

Maastricht-Vertrag

Euro-Pessimismus in Hülle und Fülle

Parteiergreifung und Wunschdenken sowie häufig eine unvollständige oder verzerrte Kenntis der Probleme, der Institutionen und sogar der Texte liegen zahlreichen Kommentaren, Analysen und Urteilen verschiedener Herkunft zugrunde, die nach den Ereignissen der letzten Woche, das heißt, dem »Ja« des dänischen Volkes und dem des britischen Unterhauses zum Vertrag von Maastricht, zum Ausdruck gebracht wurden. Einige sind der Ansicht, daß es sich um ein »historisches« Ereignis handelt, für andere ändert es nichts.

Man versteht leicht, warum die Öffentlichkeit orientierungslos ist und immer skeptischer wird. Der allgemeine Pessimismus, der die logische Folge wirtschaftlicher und sozialer Umstände ist, die von Niedergang und Unsicherheit gekennzeichnet sind, führt so zum »Europessimismus«, der die Ermittlung des »Schuldigen« ermöglicht, das heißt, der Vorstellung einer europäischen Union überhaupt – die nur eine kostspielige Utopie wäre – und all derer, die sich so oder so bemühen, aus ihr Wirklichkeit zu machen.

Im Grunde ist noch nichts entschieden

Bevor die Entwicklungen beschrieben werden, die man erwarten kann, sobald die Ratifizierungsverfahren – das heißt, die Hinterlegung der Urkunden bei der italienischen Regierung, Verwahrer der Römischen Verträge – beendet sind, lassen wir schnell diese Kommentare oder Stellungnahmen Revue passieren, die dem dänischen »Ja« folgten. Wir stellen zunächst fest, daß die, die am Tag vor der Abstimmung sagten und schrieben, daß sie ebenfalls für alle Europäer über das Schicksal von Maastricht entschieden hätte, haben nach der Abstimmung verkündet, daß angesichts der Hindernisse, die auftauchen, noch nichts klar sei. Was streng genommen wahr ist: doch sehen wir uns die Hindernisse einmal an.

Das erste war die Abstimmung im Unterhaus: Zwei Tage später war sie überwunden, auch wenn sie rund vierzig konservativen Abgeordneten ermöglichte, öffentlich ihre Meinungsdiskrepanz zur Schau zu tragen. Das zweite ist logischerweise die Debatte, die der Abstimmung im Oberhaus folgt. Diese Debatte wird jetzt eröffnet und die »Euroskeptiker« werden unter Leitung von Frau Thatcher aktiviert, die sich revanchieren möchte, nachdem ihre Warnungen erfolglos geblieben waren. Wir erinnern daran, daß jede Änderung, die die Lords an dem Vertrag vornehmen würden, wieder vor das Unterhaus kommen müßte, was ermöglichen würde, die Verwirrung zu verstärken. Die gleiche Wirkung hätte die Forderung, den Vertrag einem Referendum zu unterziehen. Die Dänen und die Franzosen durften, warum nicht auch wir?

Eine zweite Reihe von Hindernissen, über die Maastricht fallen könnte, liegt nach Meinung der Euroskeptiker auf rechtlicher Ebene. In Dänemark haben 12 Befürworter des »Nein« eine Klage beim Obersten Gericht eingereicht und den Erklärungen eines der Nein-Sagers zufolge bedarf es sechs bis 18 Monate, um das Urteil zu erfahren, was die Ratifizierung noch mehr verzögern würde.

Im Vereinigten Königreich sind die Dinge schon kompliziert genug: Eine Klage könnte genau zu dem Punkt des Ausschlusses des sozialen Kapitels eingereicht werden. Die Juristen bemerken, daß dies noch nicht einmal ausreiche, da das Gericht nicht für Schottland und Nordirland zuständig sei.

In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht die erhaltenen Klagen geprüft und der Regierung vor kurzem einen Fragebogen vorgelegt. Am 29. und 30. Juni befragte es rund zwanzig Klageverfasser und das Schlußurteil wird nicht vor Ende September erwartet. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß die Klagen zurückgewiesen werden, doch zwischenzeitlich kann Präsident von Weizsäcker das Ratifizierungsgesetz nicht unterzeichnen.

Es besteht kein Zweifel, daß in den repräsentativen Demokratien, und das sind die Rechtsstaaten, die unterzeichnet haben ja, und in den meisten der ratifizierten Fälle, den verfassungsrechtlichen Normen zufolge, der Vertrag über die Europäische Union, der weitestgehende Rückgriff auf Debatten und Parlamentsabstimmungen vollkommen normal ist und seinen Verlauf nehmen muß. Die Frage, die man zu einem bestimmten Zeitpunkt stellen kann und muß ist, ob die Folgen der Weigerung von einem oder zwei Ländern sich nicht auf besagte Länder beschränken sollte und tatsächlich von den anderen ertragen werden muß. Doch wir kommen noch auf dieses Problem sowie auf andere zurück.

Die Tragweite des dänischen Votums

Den Europessimisten zufolge sind die Hindernisse, die der Ratifikation von Maastricht im Wege stehen, trotz des positiven Votums der Dänen so groß, daß es praktisch unmöglich ist, das Ziel in angemessener Zeit zu erreichen. Auswege sind nicht auszuschließen, aber beim derzeitigen Stand der Dinge ist diese pessimistische Vorhersage eher Ausdruck eines »wishful thinking«.

Selbstverständlich kann man auf der Grundlage solider Argumente für oder gegen Maastricht sein. Das ist nicht der Fall für diejenigen, die mit Lässigkeit und Ironie im Tonfall erklärt haben, die dänische Zustimmung habe nichts Erfreuliches gehabt, da dem Vertrag damit sein Gehalt genommen worden sei, wenn man den Umfang der Ausnahmeregelungen für Dänemark sieht. Diejenigen, die in der letzten Woche »nein« gesagt hatten, dachten aber genau das Gegenteil und hielten diese Ausnahmen für absolut nicht bedeutsam.

Um eine Entscheidung zu treffen, muß man die Texte – den Vertrag und den in Edinburgh am 12. Dezember 1992 getroffenen verbindlichen Beschluß – lesen. Der in Edinburgh erarbeitete Text ist zwar Resultat eines Kuhhandels, aber eben darüber haben die Dänen abgestimmt. Die Gipfelteilnehmer hatten ja auch festgelegt, daß die Vereinbarungen »voll mit dem Vertrag vereinbar sind (...) und daher ausschließlich für Dänemark gelten, nicht aber für jetzige oder künftige Mitgliedstaaten«. Die Entscheidung betrifft folgende Punkte:

Unionsbürgschaft: Kein Verstoß gegen den Vertragstext, sondern Bestätigung seiner Auslegung, wonach den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten »zusätzliche Rechte und zusätzlicher Schutz« gewährt werden. Die Bestimmungen zur »nationalen Staatsbürgerschaft« sind absolut nicht betroffen. Falsch ist, daß die Dänen sich nicht als »europäische Bürger« ansehen, wie behauptet wurde. Ganz im Gegenteil erwägt Dänemark, den Staatsbürgern anderer Mitgliedstaaten »aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament« zu gewähren.

Wirtschafts- und Währungsunion: Gemäß einem in Maastricht unterzeichneten Protokoll im Anhang zum Vertrag wurde Dänemark das Recht zuerkannt, gegebenenfalls mitzuteilen, es werde nicht an der dritten Stufe der WWU teilnehmen – der gleiche Vorbehalt ist in einem Protokoll für Großbritannien enthalten –. Diese Notifizierung wurde von Dänemark in Edinburgh »vorgezogen«: Das Land teilte mit, »nicht an der einheitlichen Währung teilzunehmen«, bestätigte aber, es »wird an der zweiten Stufe der WWU – die am 1. Januar 1994 in Kraft tritt – in vollem Umfang teilnehmen und sich weiterhin an der Zusammenarbeit im Rahmen der Wechselkurspolitik im EWS beteiligen«. □

Wirtschaft

Europa Incorporated

Der Fortfall des Eisernen Vorhangs in Europa hat die Volkswirtschaften im östlichen Teil des Kontinents von Grund auf verändert. Der Wind des Wandels macht vor dem Westen nicht halt. Auch die deutsche Wirtschaft gerät dabei unter Anpsassungsdruck. Trotz aller Übergangsprobleme bietet der ökonomische Brückenschlag zwischen West und Ost jedoch beiden Seiten ungeahnte Chancen.

In der Vergangenheit war das Muster der Arbeitsteilung in Europa durch die politische Spaltung des Kontinents bestimmt. Im Westen hieß das: Unter dem Dach der Europäischen Gemeinschaft fand sich ein Klub relativ homogener Industrieländer zusammen, die sich in einem jahrzehntelangen Prozeß immer stärker wechselseitig aufeinander ausrichteten. Im Osten wurde die Integration am Reißbrett geprobt.

Mit der wirtschaftlichen Öffnung des Ostens ist für den Westen die Idylle einer halbwegs geschlossenen Gesellschaft zu Ende.

Die Probleme für die osteuropäischen Volkswirtschaften

Das bisherige Muster der internen West-Verflechtung wird jetzt durch die West-Ost-Integration überlagert.

Die Reformländer im Osten bringen für die etablierten Industriestaaten des Westens wesentlich stärkere Anpassungszwänge mit sich als etwa das EG-Binnenmarktprogramm.

Die Qualität der dreifachen Herausforderung aus dem Osten.

Tempo des Wettbewerbs: Die jungen Marktwirtschaften des früheren Ostblocks sind über Nacht auf der weltwirtschaftlichen Bühne aufgetaucht. Ihre schwierige binnenwirtschaftliche Lage setzt sie an der Exportfront zudem unter sofortigen Erfolgsdruck. Lange Übergangsfristen zum Einstellen auf die neuen Wettbewerber, wie bei der Aufnahme neuer EG-Mitglieder üblich, gibt es für den Westen nicht.

Intensität des Wettbewerbs: Die Reformstaaten haben in vieler Hinsicht ein beachtliches Leistungspotential – allen voran die Tschechische Republik, die über eine große industrielle Vergangenheit verfügt. Zumindest die Visegrad-Länder, zu denen auch Polen, Ungarn und die Slowakische Republik zählen, besitzen eine Reihe von Standortvorteilen. Hierzu gehören die geographische Nähe und das Reservoir an qualifizierten und motivierten Arbeitnehmern. Ihr entscheidender strategischer Vorteil sind jedoch die niedrigen Arbeitskosten.

In Polen, in der Tschechischen Republik und in Ungarn liegen die Arbeitskosten nur bei rund einem Zehntel des westdeutschen Niveaus.

Weiter östlich, beispielsweise im Baltikum, ist eine Arbeitsstunde teilweise schon für ein Hundertstel des deutschen Satzes zu haben.

So massive Einkommens- und Kostenunterschiede auf engem geographischem Raum sind in der Geschichte der Weltwirtschaft vermutlich einmalig.

Breite des Wettbewerbs: Die osteuropäischen Reformstaaten verfügen nicht nur über einige wenige Exportprodukte – sie sorgen vielmehr für Wettbewerb auf breiter Front. Das unterscheidet sie von den Ländern der Dritten Welt, die über das Lomé-Abkommen mit der EG verbunden sind.

Alle osteuropäischen Währungen sind unterbewertet

Ein Beleg dafür ist die Entwicklung der deutschen Importe aus den Visegrad-Ländern in den letzten Jahren:

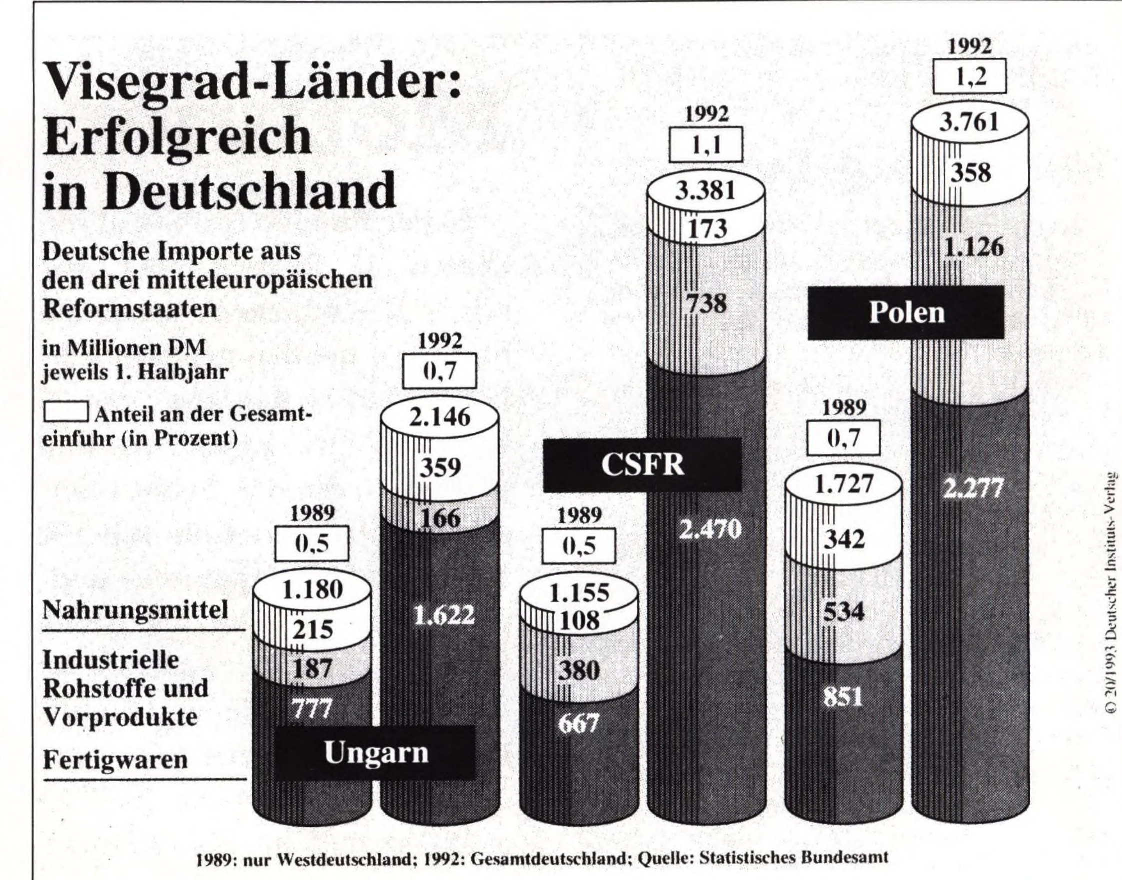
Die deutschen Einfuhren aus Polen, der ehemaligen CSFR und Ungarn sind von 1989 auf 1992 insgesamt um rund 130 Prozent gestiegen.

Der Anstieg erstreckte sich über alle Branchen. Er war besonders ausgeprägt bei industriellen Fertigwaren, von Schuhen über chemische Erzeugnisse bis zu landwirtschaftlichen Maschinen.

Ein weiteres Feld besonderer Wettbewerbsstärke Mittel- und Osteuropas wird in der Handelsstatistik naturgemäß gar nicht erfaßt – die Dienstleistungen. Ein Beispiel: Ingenieure, Statiker oder Architekten in Prag und Budapest erbringen die gleiche Leistung wie ihre westlichen Kollegen – allerdings zu einem Bruchteil des Preises.

Die Preis-Wettbewerbsfähigkeit der neuen Konkurrenten wird in der Regel noch akzentuiert durch eine gezielte Wechselkurspolitik:

Alle osteuropäischen Währungen sind derzeit erheblich unterbewertet. Das heißt: Ausländer können in der Region die gleichen Waren und Dienstleistungen deutlich billiger einkaufen als Inländer.



1989: nur Westdeutschland; 1992: Gesamtdeutschland; Quelle: Statistisches Bundesamt

In Polen und Ungarn lag der Marktkurs Ende 1992 bei rund 66 Prozent, in der Ex-CSFR sogar nur bei 39 Prozent der Kaufkraftparität, die als hypothetischer Gleichgewichtskurs gilt.

Der frische Wind des Wettbewerbs aus dem Osten läßt im Westen vielfach den Ruf nach Abschottung durch neue Handelshürden laut werden.

Im Vordergrund steht dabei die Angst vor Marktanteilsverlusten und Arbeitsplatzabbau. In einzelnen Fällen wie beim Stahl hat die EG bereits mit Abwehrmaßnahmen reagiert.

Zur Panik besteht kein Grund

Allerdings: Zur Panik besteht kein Grund. Bisher erreichen die Importe aus den Reformstaaten nur Bruchteile der westeuropäischen Gesamteinfuhr. Beispiel Deutschland:

Polen und die Ex-CSFR kamen 1992 auf reichlich ein Prozent, Ungarn auf knapp 0,7 Prozent aller deutschen Wareneinfuhren – zusammengenommen kaum mehr als Spanien.

Protektionistische Maßnahmen sind allenfalls zu rechtfertigen, um kurzfristig entstehende Probleme in einzelnen hart betroffenen Branchen oder Regionen abzumildern.

Denn: Freier Handel zwischen Ost und West ist kein Null-Summen-Spiel, bei dem die eine Seite das verliert, was die andere gewinnt.

Die Öffnung Mittel- und Osteuropas bietet auch dem Westen eine einmalige wirtschaftliche Chance. Sie kann nur durch eine offensive Vorwärtsstrategie genutzt werden.

Freier Zugang zu den preiswerten Bezugsquellen in Mittel- und Osteuropa nutzt nicht nur den Verbrauchern im Westen. Die wirtschaftliche Integration der beiden Teile des Kontinents stärkt auch die westeuropäischen Volkswirtschaften im globalen Wettbewerb – im wesentlichen aus drei Gründen.

Preisgünstige Vorprodukte: Viele moderne Industriewaren sind hochkomplexe Produkte aus zahlreichen Einzelkomponenten. Durch Verlagerung lohnintensiver Fertigungsbereiche in die östlichen Nachbarländer lassen sich die Herstellkosten senken und damit Absatz und Arbeitsplätze sichern.

Verbesserte Erträge steigern die Investitionskraft

Im Prinzip ist dies nichts anderes als das von vielen Unternehmen praktizierte »out-sourcing«.

Neue Investitionschancen: Ganze Produktfamilien, die einen hohen Arbeitsaufwand und nur mittlere Technologie voraussetzen, sind in Westeuropa heute nicht mehr rentabel herzustellen. Bei Kauf oder Errichtung von Produktionsstätten in Osteuropa kann ein westeuropäisches Unternehmen damit aber zu Hause oder auf Drittmärkten gutes Geld verdienen. Dank verbesserter Erträge steigt auch wieder die Investitionskraft im Inland.

Neue Export-Märkte: Die mit Export nach Westen verdienten Devisen versickern nicht in Osteuropa, sondern werden zum Aufbau der heimischen Wirtschaft eingesetzt. Davon profitieren unmittelbar die Investitionsgüter-Hersteller im Westen. Durch die im Osten entstehende Massenkaufkraft gewinnt die Region auch als Absatzmarkt für Konsumgüter zunehmend an Attraktivität. Beispiel Japan:

Das Beispiel der Japaner

Der Industrie-Gigant hat sich in gleicher Weise die fernöstlichen Niedriglohn-Länder als Handelspartner und Investitionsstandort zunutze gemacht – zum beiderseitigen Vorteil.

Trotz dieser vielversprechenden gesamtwirtschaftlichen Perspektiven werden einige besonders vom östlichen Wettbewerb bedrängte Branchen hierzulande Federn lassen müssen.

Das wird aber um so leichter zu verkraften sein, je besser es gelingt, an anderer Stelle der Volkswirtschaft für neue und zukunftsträchtigere Beschäftigungschancen zu sorgen. □

Japan

Primus mit Problemen

Japan verfügt im Vergleich zu Westdeutschland über zahlreiche Standortvorteile: Niedrigere Arbeitskosten, längere Arbeitszeiten und ein nur grobmaschiges und damit kostengünstigeres soziales Netz. Trotzdem macht der weltweite Konjunktureinbruch den Japanern derzeit noch mehr zu schaffen als den Deutschen. Vom oft zitierten japanischen Management-Vorsprung ist nichts zu erkennen.

Eigentlich müßte es in Japan leichter fallen, den Widrigkeiten der Weltkonjunktur zu begegnen. Denn die Qualität des Industriestandorts Japan ist ungleich besser als die Westdeutschlands.

Die Arbeitskosten je Stunde sind fast 30 Prozent niedriger als in Westdeutschland.

Die Lohnstückkosten liegen immer noch um fast 20 Prozent unter dem deutschen Niveau.

Das Arbeitsjahr eines japanischen Industriearbeiters ist 488 Stunden länger als das seines deutschen Kollegen.

Umsatzrenditen und Kapitalausstattung sind in Japan deutlich günstiger als in der deutschen Industrie.

Auch bei den statistisch nicht meßbaren Standort-Kriterien ist Japan im Vorteil. Es gibt weniger Regulierungen und Auflagen.
Vor allem aber: Die japanische Wirtschaft kann sich in ökonomisch schwierigen Zeiten auf die stützende Hand des Staates verlassen. Beispiele aus jüngster Zeit sind die massiven Konjunkturprogramme von 1992/93, die staatlichen Hilfen für das angeschlagene Bankensystem und die Stützungskäufe auf dem Immobilienmarkt, um eine weitere Abwertung des Immobilienvermögens zu stoppen.

Der deutschen Wirtschaft werden dagegen auch in Rezessionszeiten zusätzliche Lasten aufgebürdet. Steuererhöhungen statt Konjunkturprogramme heißt das Motto hierzulande.

Der Handlungsspielraum des deutschen Managements wird durch sozialpolitische Vorschriften und durch das Betriebsverfassungsgesetz eingeengt. So haben

Japan und Deutschland unter Druck

Abweichungen 1992/93 vom Trend 1987/91 in Prozentpunkten

	D (West)	J
Reales BIP	–3,5	–3,3
Industrieproduktion	–8,1	–9,9
Kapazitätsauslastung	–8,1 (Industrie)	–10,7
Unternehmensinvestitionen	–14,3	–15,5
Produktivität	–1,4 (Industrie)	–5,1
Beschäftigung	–2,1	–0,9
Arbeitslosenquote	–0,5	0
Privater Verbrauch, real	–3,3	–1,7
Saldo im Staatshaushalt	–1,4	–1,1

Saldo des Staatshaushalts: minus = Vergrößerung des Defizits (D) bzw. Verringerung des Überschusses (J).

Ursprungsdaten: OECD, Nomura Research Institut, Japan Statistical Yearbook 1992, US Department of Labor

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Japan

Primus mit Problemen

in Deutschland die Belegschaften über das Mitbestimmungsgesetz bei vielen unternehmensinternen Entscheidungen Mitsprache- oder sogar Vetorecht – etwa bei der Frage der Reorganisation, bei Entlassungen, Einstellungen, Produktionsplänen und der Einführung neuer Technologien. In Japan liegen diese Entscheidungen überwiegend im Ermessen des Managements.

Sozialpläne sind in Japan unbekannt

Ein durchgreifender Personalabbau, Bestandteil der Lean Production, wird in Deutschland durch Sozialpläne schwierig und teuer. Solche Sozialpläne sind in Japan unbekannt.

Bereits vor einem Jahrzehnt wurde dem deutschen und europäischen Management Versagen vorgeworfen. Allerdings setzte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Europa ein dynamisches Wirtschaftswachstum durch, das von einem massiven Investitionsschub begleitet wurde. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen in Westdeutschland im Durchschnitt der Jahre 1987/91 um etwa neun Prozent. In Japan erhöhten sie sich nur unwesentlich stärker, und zwar um 11 Prozent.

Deutschland und Japan haben also in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts den Produktionsapparat vergrößert und modernisiert. Gleichwohl stekken nun beide in einem tiefen Konjunkturtal. Die Talfahrt begann 1992: In Westdeutschland verlangsamte sich das Wachstumstempo von 3,7 auf 1,5 Prozent, in Japan von 4,1 auf 1,5 Prozent – trotz eines 120 Milliarden DM Konjunkturprogramms.
Für Westdeutschland ist 1993 Rezession angesagt. Um mindestens 1,5 Prozent wird das reale Brutto-Inland-Produkt (BIP) zurückgehen. Japan hofft mit Hilfe eines neuerlichen Konjunkturprogramms in Höhe von 180 Milliarden DM ein BIP-Plus von 1,5 Prozent erreichen zu können.

Japan – Deutschland 12:3

		D (West)	Japan
Arbeitslöhne	DM/Stunde	22,50	22,82
Personalzusatzkosten	DM/Stunde	19,46	7,18
Arbeitskosten	DM/Stunde	41,96	30,00
Produktivität	D = 100	100	89
Lohnstückkosten	D = 100	100	80
Wochenarbeitszeit	Stunden	37,50	42,00
Urlaub, Feiertage	Arbeitstage	40	25
Fehlzeiten	Stunden/Jahr	146	33
effektive Jahresarbeitszeit	Stunden	1.519	2.007
Unternehmensteuerlast	in Prozent	61,56	59,20
Telefongebühren	D = 100	100	82
Industriestrompreise	Pf/kwh	15,06	22,57
Umweltschutzaufwand	in Prozent des BSP	1,74	1,02
Eigenkapitalquoten	in Prozent	26,0	30,7
Netto-Umsatzrenditen	in Prozent	2,0	2,5

Unternehmensteuerlast: Gesamtbelastung des einbehaltenen Gewinns einer Kapitalgesellschaft; Telefongebühren: Auslandsgespräche, Stand 1992; Eigenkapitalquoten und Netto-Umsatzrenditen Stand 1990; Umweltschutzaufwand Stand 1991; Strompreise Japan Stand 1991

Quelle: IW-Zusammenstellung

Für die Japaner, die ein im Trend höheres Wachstumstempo gewohnt sind, ist das Mini-Plus bereits gravierend. In der weltweiten Konjunkturflaute 1980/82 erreichten die Japaner immerhin noch ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent. In der Bundesrepublik herrschte damals Stagnation. In den Vereinigten Staaten von Amerika schrumpfte dagegen das reale BIP um 0,5 Prozent.

Der japanische Konjunktureinbruch ist größer

Verglichen mit dem Wirtschaftstrend 1987/91 ist der japanische Konjunktureinbruch sogar weitaus größer als der westdeutsche.

Gemessen am realen BIP ist die Verlangsamung des Wachstums in beiden Ländern fast gleich hoch.

Der Rückgang von Industrieproduktion, Kapazitätsauslastung, Unternehmensinvestitionen und Produktivität fällt in Japan jedoch stärker aus als in Westdeutschland. Auch die Firmenpleiten sind dort derzeit ein noch größeres Problem als hierzulande.

Auf dem japanischen Arbeitsmarkt ist indes der Konjunkturdruck weniger spürbar als auf dem deutschen. Die japanische Unternehmensphilosophie der lebenslangen Beschäftigung liefert hierfür eine Erklärung. Allerdings suchen sich derzeit auch japanische Unternehmen Beschäftigungsventile. Einstellungsstopps, Frühverrentung und Abbau von Überstunden sind die Vehikel.

Weitere Wolken am Konjunktur-Himmel: Seit Oktober 1992 ist in Japan die Zahl der Jobsuchenden erstmals seit fünf Jahren größer als die Zahl der angebotenen Stellen. Im vierten Quartal 1992 wurden fast 18 Prozent weniger Überstunden geleistet als ein Jahr zuvor.

Stärker noch als in Deutschland hängen Japans Konjunkturhoffnungen vom US-Aufschwung ab. Von Deutschlands Ausfuhren fließen etwa sechs Prozent in die Staaten, in Japan sind es fast 30 Prozent. Für die Japaner ergeben sich daraus zwei Probleme:
In den USA herrscht große politische Verärgerung über den 130 Milliarden DM Rekord-Leistungsbilanzüberschuß, den Japan in diesem Jahr erreichen wird. Da sich die Amerikaner von ihrem Wirtschaftsaufschwung vor allem Arbeitsplätze im eigenen Land erhofften, wird der handelspolitische Druck auf die Japaner zunehmen.

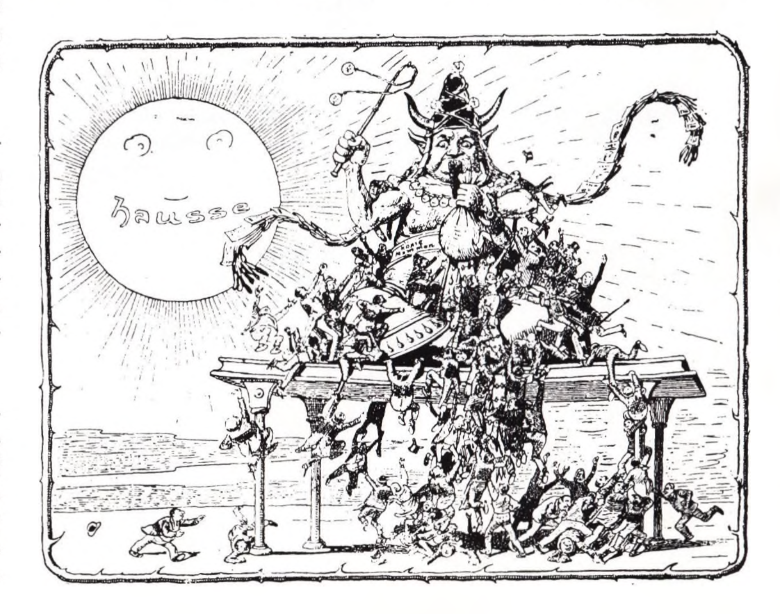
Der Anstieg des Yen

Der Yen zieht an Devisenmärkten steil nach oben. Dies ist Ballast für Japans Konjunktur und Wettbewerbsfähigkeit. Denn eine Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar um zehn Prozent kostet die Japaner einen halben Prozentpunkt Wirtschaftswachstum.

Japans Position auf den internationalen Märkten ist keineswegs so gefestigt, wie häufig dargestellt.

Von 1988 bis 1991 sind die Anteile Japans und Deutschlands am gesamten OECD Industriewaren-Import gleich stark gesunken.

Im Handel mit Maschinen und Fahrzeugen ist der japanische Anteil sogar stärker zurückgegangen. Im klassischen Maschinenbau ist der deutsche Anteil an der Importnachfrage aller OECD-Staaten sogar gestiegen; der Japans aber gesunken. Auch bei den Erbhöfen japanischer Exporteure wie Büromaschinen und Kommunikation gab es zum Teil empfindliche Rückgänge. □



Japan

Bildung im Wettbewerb

Das japanische Bildungssystem ist auf allen Stufen durch die Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Anbietern geprägt. Privatuniversitäten haben inzwischen einen Marktanteil von mehr als 75 Prozent erreicht. Die Eltern investieren zum Teil horrende Beträge in die Ausbildung ihrer Kinder.

OECD-Märkte: Auch Japan läßt Federn

Anteile am Import aller OECD-Länder in Prozent		D (West)	USA	Japan
Alle Industriewaren	1988	15,5	10,6	11,0
	1991	14,4	11,0	9,8
Maschinen und Fahrzeuge	1988	17,0	13,9	18,3
	1991	15,6	13,9	16,0
– Kraftmaschinen	1988	14,0	23,0	10,8
	1991	14,2	22,5	9,4
– Spezialmaschinen	1988	26,8	11,0	11,1
	1991	26,4	11,0	9,5
– Metallbearbeitungsmaschinen	1988	24,8	8,7	20,4
	1991	25,5	7,7	16,1
– Sonstige Industriemaschinen	1988	24,4	13,5	9,2
	1991	22,9	12,5	8,8
– Büromaschinen, EDV	1988	7,4	23,3	22,1
	1991	6,5	20,9	19,8
– Telekommunikation	1988	7,6	5,5	34,7
	1991	6,5	7,1	29,0
– Elektrotechnik	1988	15,7	13,2	14,7
	1991	15,4	13,4	12,9
– Straßenfahrzeuge	1988	21,5	10,1	23,0
	1991	19,5	8,2	21,1
– Sonstige Fahrzeuge	1988	5,3	25,1	2,7
	1991	3,8	33,0	2,9

Mit der Meiji-Reform 1868 wurde die Auslese der Elite durch Geburt ersetzt durch eine Selektion, die auf wettbewerblichen Leistungsprinzipien beruht. Schule und Studium sollen damit prinzipiell jedem ermöglichen, eine führende Stellung in der Gesellschaft einzunehmen. Entscheidend ist allein der Ausweis einer höheren Bildung.

Keiner ist klüger oder dümmer als der andere

Dahinter steht ein milieu-bestimmtes Menschenbild. Die Japaner sehen Neugeborene als ein Stück Ton an: Keiner ist klüger oder dümmer als der andere. Jeder beginnt unter gleichen Voraussetzungen, um in der Schule geformt zu werden. Erfolg und Mißerfolg im Job lassen somit erkennen, inwieweit der einzelne sich am Bildungswettbewerb beteiligt hat.

Zu den Grundlagen des Bildungssystems gehört auch das Prinzip des lebenslangen Lernens. Prägend dafür ist die japanische Schrift.

In Japan ist der wichtigste Kommunikationsträger die Gruppe, nicht das Individuum. Die zentrale Bedeutung der Gruppe spiegelt auch die japanische Sprache wider, die beim Satzbau weitgehend ohne oder ohne eindeutige Subjektbezüge auskommt. So gibt es viele Ich-Ausdrücke in einer eigenen Frauen- beziehungsweise Männersprache sowie in mehreren Höflichkeitssprachen.

Ein aus dem siebten Jahrhundert tradierter gesellschaftlicher Grundsatz stellt die Erhaltung der Harmonie über alles. Ziel der japanischen Erziehung ist daher, einen Menschen in die Lage zu versetzen, sich lückenlos an eine Gruppe anzupassen. Diese Gruppe kann die Familie, die Schule, die Universität oder die Firma sein.

Harmonie und Wettbewerb

Die Herausstellung besonderer eigener Fähigkeiten würde die Harmonie einer Gruppe gefährden.

Daher ist weniger die Verantwortung des Individuums als vielmehr die gemeinsame Verantwortung gefragt. Um die Ziele der Gemeinschaft zu erreichen, muß sich der Mensch folglich unterordnen und durch andauernde Loyalität gegenüber der Gruppe zum Erfolg aller beitragen. Diese Loyalität regelt das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, zwischen Mann und Frau, Mitarbeitern und Vorgesetzten.

Das gesellschaftliche Ordnungssystem legitimiert ein pyramidenförmiges, durch Leistung und Verdienst geprägtes Bildungssystem, das punktuellen Prüfungen eine zentrale Bedeutung einräumt. Diese Ordnung weist den aus japanischer Sicht idealen Weg der jungen Menschen vom Kindergarten über die Schule und Universität bis zu einer Karriere in einem Ministerium oder einem Großunternehmen.

Die Schulen, allen voran die renommierten Privatinstitute, haben ein großes Interesse daran, ihre Arbeit transparent zu machen. Sie publizieren in regelmäßigen Abständen Listen mit dem Anteil ihrer Abiturienten, die ihre Hochschulzulassungsprüfung bestanden haben. Erfolg und Ansehen der Schule steigen, wenn es den Abiturienten gelingt, sich in einer der berühmten Universitäten einzuschreiben.

Parallel zur Prestige-Hierarchie der Hochschulen gibt es im Wirtschaftsleben eine Hierarchie der Betriebe.

Bei der Rekrutierung von Studenten und Mitarbeitern nutzen Hochschulen und Unternehmen ihr Prestige für diesen Selektionsprozeß.

Konkurrenz durch private Institutionen

Private und staatliche Institutionen konkurrieren um die Gunst von Schülern und Studenten. Domäne der staatlichen Bildungseinrichtungen sind Grundschulen und Realschulen. Starke Konkurrenz von privaten Institutionen erhalten die öffentlichen Träger von Kindergärten, Gymnasien und Universitäten.

Kindergarten: Etwa drei Viertel aller nicht schulpflichtigen Kinder besuchen Kindergärten privater Träger. Die Aufnahmegebühr beträgt dort bis zu 3000 DM. Die Monatsbeiträge liegen zwischen 250 und 1000 DM.

Die Ausbildung eines Kindes kostet 100 000 DM

Oberschulen: Annähernd drei von zehn Gymnasiasten besuchen eine private Oberschule. Das Schulgeld für öffentliche Oberschulen beträgt etwa 840 DM im Jahr; an privaten Oberschulen sind es 3800 bis 5000 DM. Fast 95 Prozent der japanischen Jugendlichen erreichen den Abschluß der Sekundarstufe II (Abitur).

Universitäten: Über drei Viertel aller Studenten in Japan studieren an einer Privat-Uni. Rund 90 Prozent der Studenten absolvieren ihr Studium innerhalb der vierjährigen Regelstudienzeit. Die Aufnahmegebühren an privaten Hochschulen liegen je nach Uni-Image zwischen 2000 DM und 50 000 DM, die jährlichen Gebühren bei bis zu 40 000 DM. Staatsuniversitäten verlangen pro Jahr zwischen 2000 DM und 3500 DM.

Gefördert wird die innerbetriebliche Flexibilität

Umgerechnet 100 000 DM kostet japanische Familien im Durchschnitt die Ausbildung eines Sprößlings vom Kindergarten bis zur Universität.

Berufliche Aus- und Weiterbildung besteht weitgehend in einer betrieblichen Qualifizierung im Rahmen von Arbeitszuweisungen. Eine Außenkontrolle der beruflichen Qualifizierung durch eine Facharbeiterprüfung gibt es nicht. Der japanische Gesetzgeber greift in die Ausbildung nur mit Appellen und Anreizen ein. Gefördert wird die innerbetriebliche Flexibilität – die zwischenbetriebliche Mobilität wird hingegen erschwert. □

Unternehmen

Pleiten – ein Spiegelbild der Konjunktur

Die sich verschlechternde Konjunktur hat erstmals seit 1985 die Zahl der Unternehmenspleiten in Westdeutschland steigen lassen. Noch Mitte der achtziger Jahre war der Zusammenhang zwischen Konjunktur- und Insolvenzentwicklung unter anderem durch eine starke Gründungswelle von GmbH überdeckt worden.

Die Zunahme der Insolvenzen ist kein rein deutsches Phänomen. Auch in den anderen europäischen Staaten hat die Zahl der Unternehmens-Zusammenbrüche 1992 zugenommen – am stärksten in Schweden mit 34 Prozent und in Großbritannien mit 31 Prozent. Am unteren Ende der Skala stehen Finnland (+ 6 Prozent) und Italien (+ 5 Prozent).

In Westdeutschland erhöhte sich die Zahl der Firmenpleiten gegenüber dem Vorjahr um gut 16 Prozent. Die Insolvenzquote – das ist die Zahl der Pleiten je 10000 Unternehmen – betrug im Durchschnitt knapp 47. Damit hat die Pleitewelle auch die Bundesrepublik erreicht.

Am meisten betroffen das Baugewerbe

Branchen-Entwicklung: Die Branche mit den relativ meisten Insolvenzen stellt das Baugewerbe. Hier ist die Wahrscheinlichkeit einer Pleite doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Gegenüber den Dienstleistungen und Freien Berufen, die am besten abschneiden, beträgt das Verhältnis sogar eins zu drei. Einen besonders starken Anstieg der Unternehmens-Zusammenbrüche mußte 1992 das verarbeitende Gewerbe hinnehmen. Hier waren insbesondere der Textilbereich, der Maschinenbau und die Elektrotechnik betroffen.

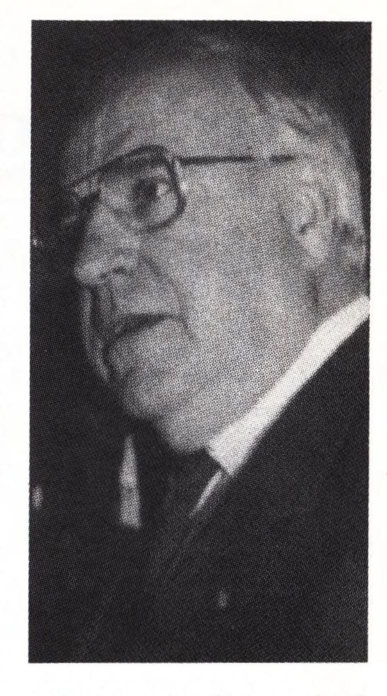
Insolvenzen nach Unternehmens-Alter: Über drei Viertel aller insolvent gewordenen Unternehmen waren jünger als acht Jahre. Die Gründe für das häufige Scheitern junger Unternehmen liegen meist in der mangelhaften Eigenkapitalausstattung.

Insolvenzen nach Rechtsformen: Die meisten Pleiten machen Unternehmen der Rechtsform GmbH – sowohl absolut als auch relativ. So lag 1992 die Insolvenzquote für GmbH mit 224 je 10000 Unternehmen zehnmal höher als bei den Einzelunternehmen mit 21. Bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien betrug die Insolvenzquote 117 gegenüber 25 bei den reinen Kommandit- und offenen Handelsgesellschaften.

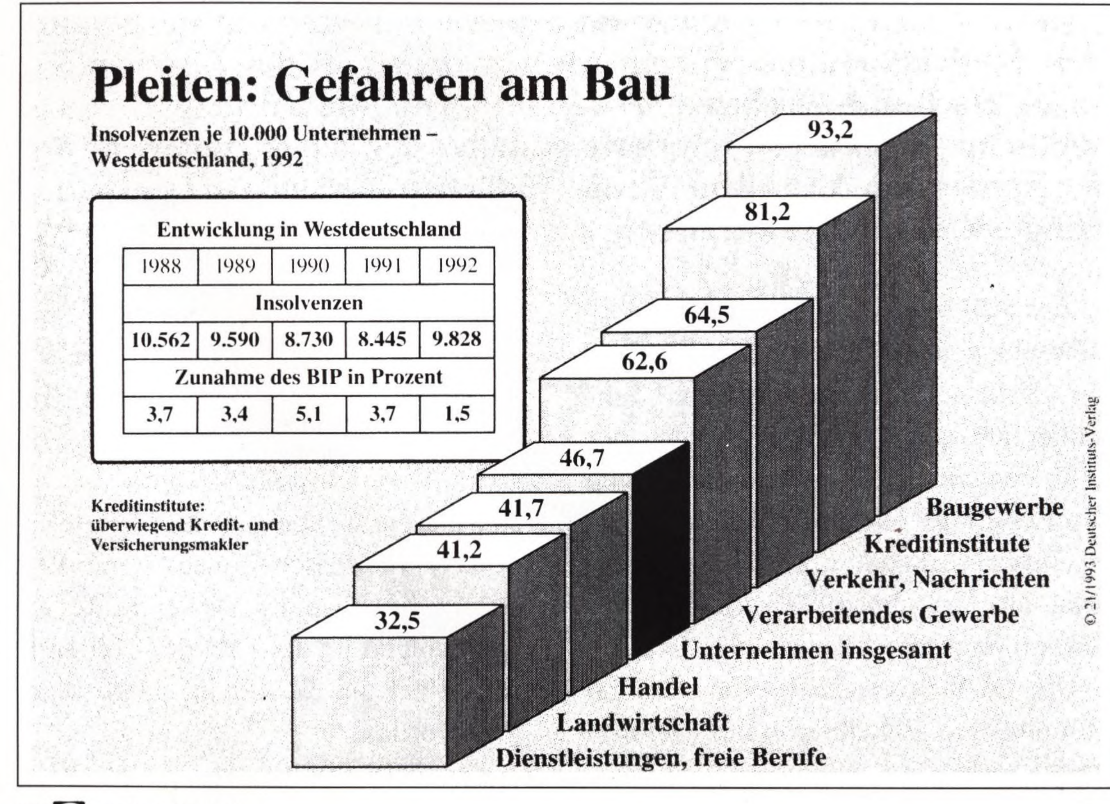
In den neuen Ländern besonders die Landwirtschaft betroffen

Insolvenzen nach Bundesländern: Baden-Württemberg gehörte zwar 1992 zu den Ländern mit dem höchsten Anstieg der Unternehmenspleiten. Mit einer Insolvenzquote von 35 ist das Risiko eines Firmenzusammenbruchs im Ländle aber lediglich halb so hoch wie im Saarland mit 75.

In den neuen Bundesländern gab es 1992 insgesamt 1091 Gesamtvollstreckungsverfahren für Unternehmen. Für Mitteldeutschland gibt es Insolvenz-Statistiken erst seit drei Jahren. Sie liefern bisher nur Zahlen über die Insolvenzfälle, deren sektorale Zusammensetzung sich den westdeutschen Verhältnissen allmählich nähert. So ging 1992 der ungewöhnlich hohe Anteil der Landwirtschaft an den Firmenzusammenbrüchen von 25 auf knapp neun Prozent zurück. Zum Vergleich: In Westdeutschland war es nicht einmal ein Prozent. □



Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Regierung kommt immer mehr ins Gerede. Neben innenpolitischen Schwierigkeiten werden die wirtschaftlichen Probleme in den alten und neuen Bundesländern immer schwieriger, dagegen hilft auch nicht das ständige Gerede von der Zustimmung zum Maastricht-Vertrag. Kohl weiß, warum er zu diesem thema seine Landsleute nicht befragt, er kennt die ablehnende Haltung der Deutschen gegenüber der Europäischen Gemeinschaft.



Entwicklung in Westdeutschland

1988	1989	1990	1991	1992
Insolvenzen				
10.562	9.590	8.730	8.445	9.828
Zunahme des BIP in Prozent				
3,7	3,4	5,1	3,7	1,5

Europa-Journal

Herzkrankheiten Todesursache Nr. 1

Krebs und AIDS regieren die Schlagzeilen unserer Medien, und doch sind es die Herz-/Kreislauferkrankungen, die 1990 mit 42 Prozent an erster Stelle der Todesursachen stehen. Danach folgt Krebs mit 24 Prozent vor der Kategorie »andere Ursachen« mit etwas über 20 Prozent.

Zu dieser Kategorien gehören insbesondere AIDS und die Parkinsonsche Krankheit. Als nächstes kommen die Lungenerkrankungen mit etwas über fünf Prozent und schließlich Unfälle und Unfallfolgen mit rund 5 Prozent. Diese Zahlen veröffentlichte Eurostat, das Statistische Amt der EG.

Während der achtziger Jahre ging die Zahl der Herz-/Kreislauferkrankungen zurück, nachdem sie zuvor zugenommen hatte. Der in den sechziger Jahren begonnene Anstieg der durch Krebs verursachten Todesfälle setzte sich dagegen fort. Lungenerkrankungen gehen zurück, der Anteil der Unfälle bleibt fast gleich. »Andere Ursachen«, auf die in den sechziger und siebziger Jahren immer weniger Todesfälle zurückzuführen waren, sind seit 1980 insbesondere aufgrund von AIDS wieder auf dem Vormarsch.

Junge und alte Menschen starben nicht an den gleichen Ursachen. Säuglinge unter einem Jahr sterben meist bei der Geburt (in 41 Prozent der Fälle) und aufgrund von Geburtsfehlern (24 Prozent). Bei Kindern zwischen einem und vier Jahren sind Unfälle die Todesursache Nr. 1. Bei Kindern zwischen 5 und 14 Jahren ereignen sich die Hälfte der Todesfälle aufgrund von Unfällen (insbesondere im Verkehr) und Krebs (vor allem Leukämie).

Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren werden größtenteils Opfer von Verkehrsunfällen, wobei vor allem Jungen, weniger die Mädchen betroffen sind. Bei den 25- bis 44jährigen sind die Todesursachen je nach Geschlecht sehr unterschiedlich. Ein Drittel der Männer, die im Alter zwischen 25 und 34 Jahren sterben, fallen Unfällen zum Opfer. 15 Prozent nehmen sich das Leben, 10 Prozent sterben an Krebs. Bei Frauen in dieser Altersgruppe ist Krebs die vorrangige Todesursache (26 Prozent), vor Unfällen (17 Prozent) und Selbstmorden sowie den Herz-/Kreislauferkrankungen (je 11%). Bei Frauen zwischen 35 und 44 Jahren dominiert Krebs. Bei Männern des gleichen Alters dagegen liegen Krebs, Unfälle und Herz-/Kreislauferkrankungen fast gleichauf.

Bei den über 45jährigen sind die Kreislauf- und Krebserkrankungen überwiegende Todesursache, wobei Frauen vor allem an Brustkrebs, Männer an Lungenkrebs sterben.

Die Todesursachen sind je nach Region der Gemeinschaft sehr unterschiedlich. So erreicht der Mord in Nordirland und Sizilien Rekordzahlen, während er in den ländlichen Regionen Nord-Westdeutschlands oder Zentralspaniens fast nicht vorkommt. In Luxemburg und Portugal sterben mehr Menschen an Zirrhose als in Griechenland oder Großbritannien. Ernährungsgewohnheiten, Umweltverschmutzung sowie die politische und soziale Lage haben entscheidenden Einfluß auf die Todesart. □

Wie steht es um die Demokratie in der EG?

Zum ersten Mal hat Europabarometer in seiner halbjährlichen Studie die Europäer danach gefragt, wie es ihrer Meinung nach um die Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft (EG) steht. Das Ergebnis ist wenig erfreulich. 47 Prozent der Befragten äußerten sich unzufrieden, nur 41 Prozent waren zufrieden. Am verdrossensten sind Italiener (54 Prozent), gefolgt von Franzosen (50 Prozent), Deutschen und Dänen (je 48 Prozent). 62 Prozent der Iren dagegen waren zufrieden. Nach ihnen kommen Luxemburger (59 Prozent) und Portugiesen (54 Prozent).

Im Durchschnitt halten die Europäer Demokratie in der EG für unzureichend. Das Gegenteil wäre auch kaum zu erwarten gewesen, denn eine Mehrheit der Befragten (55 Prozent) äußerten sich auch unzufrieden über das Funktionieren der Demokratie in ihrem Mitgliedstaat. Nur 42 Prozent zeigten sich einverstanden. Hier können die Ergebnisse mit der vorangegangenen Umfrage verglichen werden. Die Kluft zwischen positiv und negativ Eingestellten hat sich vergrößert. Im Herbst 1992 waren noch 45 Prozent der Bürger zufrieden und 52 Prozent unzufrieden. Am schlimmsten steht es immer noch in Italien mit 88 Prozent (1992: 84 Prozent). Danach folgen Griechenland mit 65 Prozent (1992: 62 Prozent), Frankreich mit 56 Prozent (1992: 50 Prozent) und Spanien mit 55 Prozent (unverändert im Vergleich zu 1992). Am gelassensten zeigten sich Dänen mit knapp 18 Prozent Unzufriedenen (1992: 19 Prozent), Luxemburger mit 24 Prozent (1992: 26 Prozent) und Niederländer mit 30 Prozent (1992: 28 Prozent).

Der Meinungsbarometer zum Thema »Europäische Gemeinschaft« steht eher auf unbeständig. Während die Unterstützung für die europäische Einigung sich nach drei empfindlichen Rückschlägen seit Frühjahr 1991 bei 73 Prozent stabilisiert und 60 Prozent der Befragten die Ansicht vertreten, daß die Mitgliedschaft in der EG eine gute Sache für ihr Land sei, setzt sich die negative Tendenz fort, wenn es darum geht, ob das Land von der EG profitiert. Dies glauben nämlich nur noch 47 Prozent (Herbst 1992: 49 Prozent) der Bürger; 35 Prozent (1992: 34 Prozent) sind entgegengesetzter Meinung. Am enthusiastischsten zeigen sich Iren (82 Prozent, plus fünf Prozentpunkte), Portugiesen (74 Prozent, allerdings minus vier Punkte) und Griechen (72 Prozent, plus zwei Punkte). Am skeptischsten sind Spanier mit nur 36 (minus sechs Punkte) und Briten mit 37 Prozent (immerhin plus sechs Punkte).

Nur noch 42 Prozent der Europäer würden bedauern, wenn ihr Land aus der Gemeinschaft austräte, 38 Prozent äußerten sich unentschlossen und 11 Prozent wären erleichtert. Die Vergleichszahlen vom Herbst 1992 lagen bei 44 Prozent, 34 Prozent und 12 Prozent. Die Briten reagieren am gelassensten. Nur 28 Prozent würden einen Austritt bedauern, was eine leichte Verbesserung bedeutet, denn in der vorangegangenen Befragung waren es noch 25 Prozent. In Frankreich und Spanien sieht das Bild ganz anders aus: Nur noch 39 Prozent (minus acht Punkte beziehungsweise sechs Punkte) fänden einen Austritt unerfreulich. Wirklich traurig wären nur die Luxemburger (58 Prozent), Iren (56 Prozent) und Italiener (55 Prozent).

Die Meinungen über den Vertrag von Maastricht haben sich EG-weit nur unwesentlich verändert. Das Wohlwollen ging von 43 Prozent auf 41 Prozent zurück, doch auch die kritischen Töne wurden leiser (27 Prozent statt 24 Prozent). Die einzelnen Mitgliedstaaten zeigen völlig unterschiedliche Meinungslandschaften. In Dänemark gab es einen spektakulären Sprung der Ja-Sager von 43 Prozent im Herbst 1992 auf 54 Prozent. Der Anteil der Nein-Sager sank von 48 Prozent auf 31 Prozent. Dies spiegelt sich dann auch kurz darauf in dem Ergebnis des Referendums wider.

In Irland kann man fast schon von bedingungsloser Unterstützung sprechen mit 62 Prozent der Befragten (plus sieben Punkte). Eine leichte Verbesserung ist auch in Großbritannien zu verzeichnen. Waren es im Herbst 1992 noch 26 Prozent, so sind es jetzt nur 29 Prozent.

Mißtrauen macht sich dagegen in Griechenland (von 58 Prozent auf 45 Prozent), Italien (von 55 Prozent auf 43 Prozent), Luxemburg (von 56 Prozent auf 45 Prozent) und Portugal (von 43 Prozent auf 34 Prozent) breit. Doch es sollte auch erwähnt werden, daß der Rückgang der Befürworter nicht zu einer Zunahme der Gegner sondern der Unentschlossenen geführt hat.

Die Hoffnung in die Verwirklichung des Binnenmarktes wächst: 53 Prozent der Befragten äußerten sich optimistisch (Herbst 1992: 51 Prozent), während die der Zweifler von 37 Prozent auf 36 Prozent abnahm. In allen Mitgliedstaaten siegt die Hoffnung über die Skepsis mit 72 Prozent in Irland, 64 Prozent in den Niederlanden und Italien und 61 Prozent in Dänemark. Le-

diglich in Frankreich ist die Angst besonders offensichtlich: 48 Prozent der Befragten fürchten sich vor dem Binnenmarkt und nur 45 Prozent äußerten sich vertrauensvoll.

Noch ist es zu früh, als daß die Bürger etwas zu den Auswirkungen des Binnenmarktes sagen können. 28 Prozent der Befragten erklären, sie hätten ihn bereits zu spüren bekommen. Davon hatten neun Prozent positive, sieben Prozent schlechte und 12 Prozent weder gute noch schlechte Erfahrungen gemacht. 67 Prozent der Befragten hatten noch keine Erfahrungen mit dem Binnenmarkt sammeln können, oder aber sie waren sich dessen gar nicht bewußt. Die Zahlen variiren nur sehr leicht von einem Mitgliedstaat zum anderen. Griechen und Portugiesen sind eher zufriedene Bürger, Briten und Dänen eher unzufriedene. Portugal ist übrigens das einzige Land, wo die Mehrheit der Befragten (55 Prozent) angab, bereits mit dem Binnenmarkt in Berührung gekommen zu sein. □

Die Glaubwürdigkeit des politischen Europas

Die Außenminister aus den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Spanien haben ein »Joint action program« in 13 Punkten erarbeitet. Nachdem bereits zuvor verschiedene UN-Beschlüsse bestätigt wurden, wird in diesem Programm das Konzept von »sicheren Grenzen« befürwortet, das aber erst nach UN-Resolutionen, die ihm die Rechtsgrundlage und Mittel verschaffen, konkret werden kann. In der Hauptsache würden zu diesen Sicherheitszonen nicht die von den Serben eroberten Gebiete gehören, sondern lediglich diejenigen, die die Serben zu besetzen androhen. Anders ausgedrückt – wer hat, der hat. Die UN sieht die Unmöglichkeit, die Durchführung dieser Resolutionen vorzuschreiben.

Solange dieses »Programm« nur ein Abkommen zu fünft bleibt, wächst die Unruhe in den betroffenen Gebieten nach diesen Tagen ständig, wie auch die Schärfe der Kämpfe gegen die wehrlose Zivilbevölkerung. Die Truppen, die der Bevölkerung »humanitäre« Hilfe leisten, sind ebenfalls betroffen. Als ob das nicht reichte, hat das Weiße Haus wissen lassen, daß es Ziel des Plans sei, die Soldaten der UNO-Schutztruppen zu schützen und nicht die Zivilbevölkerung. All das wird mit einer Art Umkehr der Prioritäten gerechtfertigt – man hatte eine »politische Lösung« gesucht, die das Ende des Gemetzels bedeutet hätte: Jetzt versucht man vorerst, letzteres Ziel zu erreichen und hofft, dann eine politische Lösung zu finden. Es scheint eher, als führe das zu einer Akzeptierung der vollendeten Tatsachen.

Wenn der ansonsten zweideutige Inhalt dieses Abkommens höchst tadelnswert ist, so hat das Vorgehen für dessen Realisierung buchstäblich verheerende Folgen hinsichtlich der institutionellen Strukturen und Mechanismen, die in dieser schwierigen Zeit auf weltweiter, atlantischer, gesamteuropäischer und europäischer Ebene ein gewisses politisches Gleichgewicht garantieren sollen.

Das Ansehen der UNO ist nie so tief gewesen wie heute: Das Abkommen würde »am Rande« des Sicherheitsrates (daher die Verstörung von Boutros-Ghali) ohne die Konsultation der Verbündeten zwischen vier »ständigen« Mitgliedern (USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien) und dem Mitglied, das seit heute dem Ständigen Rat vorsitzt, erzielt. Es wurde als ein von Amerikanern und »Europäern« sanktioniertes Abkommen publik gemacht. Welche Europäer?

In Wirklichkeit handelt es sich um ein russisch-amerikanisches Abkommen, das Rußland als gesamtslawischer Atommacht Einmischungsrecht in die europäischen Angelegenheiten zuerkennt, insofern wie klar ist, daß es sich bei dem Drama im ehemaligen Jugoslawien um eine solche handelt. Das organisierte Europa, also das sich erweiternde Europa der Zwölf wird völlig unbeachtet gelassen.

Die »Politische Zusammenarbeit«, die zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werden soll, wird – wie auch die WEU – ebenfalls nicht beachtet; ohne von der bereits in Mißkredit gebrachten Maschinerie KSZE zu sprechen. »Enthüllungen« des stellvertretenden Staatssekretärs Tarnoff zufolge mache die neue US-Regierung keine Winkelzüge, sondern sei entschlossen, sich von zu großen Verantwortungen in der internationalen Politik zu befreien. Andere ziehen vor, von Clinton als einem »Carter-Abklatsch« zu sprechen.

All das wurde in Europa wie eine Ohrfeige empfunden, wenn auch von unterschiedlicher Härte in den verschiedenen Instanzen. Der Ausschuß des NATO-Verteidigungsprogramms befand sich in Schwierigkeiten, wie auch die »Eurogroup«, in der der WEU-Präsident von großer Enttäuschung gesprochen hatte. Der Schlag trifft das Europa der Zwölf ganz besonders hart. Dies wurde auch vom Europäischen Parlament bemerkt und so bezog es eine hinsichtlich der Methodik wie dem Inhalt entschieden ablehnende Haltung.

Präsident Delors flüchtete sich offenkundig hinter die »Zurückhaltungspflicht«. Aber Vizepräsident von den Broek fing den Ball im Flug auf und schlug ein informelles Gipfeltreffen zu zwölft vor, um herauszufinden, wo man steht. Die Marginalisierung der Europäischen Gemeinschaft ist umso härter, als sie von dreien ihrer Mitglieder akzeptiert wurde. Europa wird angeklagt, nicht mit dem Jugoslawien-Konflikt fertiggeworden zu sein. Was haben sie getan, die Organisationen, die der »Weltordnung« vorsitzen? Ist es für die Nationen in Europa nicht an der Zeit, sich aufzurappeln und zu zeigen, daß sie den Willen und die Mittel haben, um in einer gerechten Pazifizierungsaktion vor ihrer Tür eine zentrale Rolle zu spielen? □

Bettino Craxis Flucht nach Europa

In einem Jahr findet beim Europäischen Parlament zum vierten Mal eine allgemeine und direkte Wahl statt. Bereits jetzt regt sich einiges in den nationalen und europäischen Parteien sowie Parteizusammenschlüssen. Im Augenblick kann man »diverse Regungen« in den politischen Kreisen erkennen. Regungen, die denjenigen gewisse Sorgen bereiten, die hoffen und für nötig erachten, daß das Europäische Parlament »mehr denn je« eine wichtige Rolle in der Union spielt; eine Rolle, die ihm zwar zuerkannt wurde, die es aber »vor Ort« durch die Qualität seiner Mitglieder, seiner Organisation, seiner Debatten erringen muß.

Was seine Mitglieder angeht, mangelt es an Gründen für Besorgnis nicht. Das ist leider normal. Der vorhandene Ehrgeiz stimmt nämlich nicht immer mit der vorhandenen Qualität überein. Das, weil immer noch das Laster – der Demokratie selbst anhaftend – wütet, Ehrgeiz zu privilegieren und »Vorzeige-Kandidaten« oder »Zuflucht-Kandidaten« zu mißbrauchen.

Es sind bereits Versuche erkennbar, solche Personen in den europäischen Kreislauf zurückzuholen, die – als sie sich bereits darin befanden – durch Nichtvorhandensein glänzten. So hört man, daß Bettino Craxi, der im Flammenschein unter offensichtlicher Verletzung der Gesetze herabgestiegene Vorsitzende der italienischen Sozialisten, offenbar versucht, sich auf europäischer Ebene mit dem zu rehabilitieren, was von seiner Partei geblieben ist, die er selbst zerstört hat. □

Der Binnenmarkt als Preis-Bremse

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben in jüngster Zeit beachtliche Stabilitätsfortschritte erzielt. Das gilt insbesondere für die Preise der Industriewaren. Demgegenüber verteuerten sich die Dienstleistungen weiterhin beträchtlich. Das Inflations-Gefälle zwischen beiden Sektoren ist derzeit so groß wie seit zehn Jahren nicht. Das deutet auf einen hohen strukturellen Inflationssockel bei den Dienstleistungen hin. Ursache dafür ist der begrenzte Produktivitäts-Spielraum im tertiären Sektor. Hinzu kommt in den meisten EG-Ländern die Knappheit an Wohnraum mit der Folge hoher Mietsteigerungen. Doch gibt es einen Hoffnungsschimmer: Die Liberalisierung auf dem Europäischen Binnenmarkt. □

Europa

Die Erb-Sünde der Demokratie

Beat Christoph Baeschlin

Seit zwei Jahrhunderten lastet auf der Demokratie eine Lüge, die das System mit Unglaubwürdigkeit verunziert. Immer wieder ertönt die Behauptung: »Die Transparenz ist der wichtigste Grundsatz der Demokratie.« Mit »Transparenz« ist gemeint: offene Aussprache über alle Gesichtspunkte der staatlichen Willensbildung.

Wer nur aus Quellen der »öffentlichen Meinung« informiert ist, nimmt diese Aussage mit zustimmender Genugtuung entgegen. Jedoch ist diese Behauptung »nur für das Volk« bestimmt. Denn diese schönen Worte stimmen in keiner Weise überein mit der demokratischen Wirklichkeit.

Die staatliche Willensbildung

In der alltäglichen Praxis der Demokratie ist die »Transparenz« nichts als ein gleißendes Irrlicht. Denn in der Tat sind die Wege der staatlichen Willensbildung in undurchschaubares Dunkel gehüllt. Die Demokratie gibt bloß den Anschein, als ob alle staatlichen Willensakte aus freier Aussprache hervorgingen. Zwar haben die Politiker ihre öffentlichen Ämter aus freier Volkswahl übertragen erhalten, und die Staatslenkung wird nach gewalteter freier und offener Aussprache festgelegt. Aber das ist weitgehend reine Schaustellung. Zum Beispiel wird da nicht berücksichtigt, wie die Kandidatenauswahl für die erfolgversprechenden Parlamentssitze vor sich geht, und es wird verschwiegen, wie die Parolenausgabe für die Abstimmungen im Parlament funktioniert. Dennoch wird in den westlichen Ländern jedem Elementarschüler der Satz von der absoluten Transparenz der demokratischen Willensbildung beigebracht.

Im weiteren widerspricht das Vorhandensein und die Tätigkeit der politischen Parteien grundlegend der Lehre vom »souveränen Volk«, denn die politischen Parteien maßen sich an, entscheidende »Souveränitätsrechte« des Volkes in eigener Regie auszuüben und damit das Volk zu bevormunden. Die Parteien sind rein oligarchische Gruppierungen, denn die parteiinterne »Demokratie« ist zu 90 Prozent Schall und Rauch. Die Parteisekretariate steuern die Parteikongresse – nicht umgekehrt! – und die Parteisekretariate bestimmen normalerweise die Kandidaten für die öffentlichen Ämter.

Aber die politischen Parteien sind nur wie Spitzen von Eisbergen im Meer. Denn die politischen Parteien werden ihrerseits von hintergründigen Mächten und von wahren Geheimgesellschaften manipuliert.

Mitterrand sagte: »Mit 60 ergebenen und zuverlässigen Freunden kann man ein Land regieren.« Eine Geheimgesellschaft, die 60 »zuverlässige« Mitglieder in der Leitung von einflußreichen politischen Parteien und in Schlüsselpositionen der Meinungsmache plaziert, kann die staatliche Willensbildung viel wirksamer beeinflussen, als das ganze Staatsvolk dies zu tun vermag.

Die Demokratie in den USA

»Die Willensbildung nachhaltig beeinflussen«, bedeutet aber in Prosa ausgedrückt: Mit 60 zuverlässigen Mitgliedern kann eine machthungrige Vereinigung die staatliche Willensbildung unter Kontrolle bringen, also den Willen des »souveränen Volkes« manipulieren oder aus den Angeln heben.

Das klarste Beispiel der Aneignung demokratischer Machtbefugnisse durch oligarchische Gruppen ergibt sich aus der »Demokratie« in den USA. Die amerikanische Verfassung stammt noch aus der Zeit vor der Französischen Revolution, also aus der Zeit vor der oligarchischen Verfälschung des Demokratie-Modells durch politische Parteien. Die Jakobiner waren die erste politische Partei »demokratischen« Typs, nämlich festgefügte privatrechtliche Organisationen, die im Namen von Gesinnungsgruppen wesentliche Teile der Volkssouveränität kurzerhand beschlagnahmt.

In den USA haben die Parteien – die »Demokraten« und die »Republikaner« – das Recht ergaunert, die demokratische Hauptbefugnis auszuüben, die nach Verfassung einem sogenannten Wahlmänner-Kollegium zustehen sollte. Den Wahlmännern war die Befugnis zugedacht, als unbescholtene, parteiungebundene Vertrauensleute des Volkes, sich in einem Konklave-ähnlichen Wahlverfahren auf einen Mann zu einigen, der ihrer Meinung nach der beste im Lande wäre, um das Amt des demokratischen Monarchen – genannt: President of the USA – zu übernehmen. Die Volkssouveränität wäre somit in einem Landsgemeinde-artigen Rahmen verwirklicht worden.

Aber so abstrus und wirklichkeitsfremd wie der Gedanke der Volkssouveränität an sich, war auch dieser Vorschlag zur Wahl des USA-Präsidenten ... ein reines Hirngespinst, das unverzüglich von oligarchischen Gruppen verunmöglicht worden ist. Aus ihrer doch recht langen Geschichte ist klar ersichtlich, daß die USA-»Demokratie« von Anfang an bis auf den heutigen Tag als oligarchische Parteienherrschaft funktionierte und funktioniert.

Das ist unschön, aber bei Stillschweigen bleibt die demokratische Mythologie scheinbar unangefochten und ungetrübt. Trotzdem dämmert es gewissen Leuten, daß da etwas nicht recht stimmt.

Demokratie auf Kosten des Volkes

Was die großen Parteien in Trab hält, ist die Erlangung von Anteilen an der Staatsmacht. Solange unter Großparteien eine gewisse Konkurrenz besteht, wird das Spiel der im Hintergrund wirkenden Kräfte mehr oder weniger rege. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen »Lobbies« und Geheimgesellschaften.

Die Lobbies sind Interessenvertretungen, welche wirtschaftliche oder rein finanzielle Vorteile von den Staatsorganen zu erwirken suchen. Sie sind von Fall zu Fall tätig und haben keine Doktrin.

Die wirkungsvollste Arbeit zur unsichtbaren Lenkung in Politik und öffentlicher Meinung leistet die Freimaurerei, weil sie es verstand, eine straffe Geheimhaltung zu erzielen. Die Freimaurerei ist eine weltanschauliche Sekte, die ein starres Lehrgebäude vertritt. Dieses ist gekennzeichnet vom sturen Gedanken: Alles, was die Freimaurerei tut, ist »Demokratie«. Nur sie weiß, was »Demokratie« ist. Sie braucht sich von niemandem belehren zu lassen, denn ihre Vordenker sind »eingeweiht« in die letztmöglichen Geheimnisse der »Demokratie«. Jeder Freimaurer hat überzeugt zu sein vom Grundgedanken: Ich und meine Sekte, wir sind die Demokratie.

Da gibt es kein Forschen nach dem, was das Volk fühlt oder will, sondern da gibt es nur die unerbittliche Forderung dessen, was das Volk zu denken und zu wollen hat. Ein unbeirrbarer Glaube an die überwirkliche Sendung zur Lenkung des Volkes erfüllt diese hintergründige Führungskaste.

Es ist die Meinung, dem Volke müsse der einzigrichtige »demokratische« Weg gezeigt und aufgenötigt werden.

Hat doch schon der zwielichtige Jean Jacques Rousseau – Erfinder der »Volkssouveränität« – den listigen Grundsatz aufgestellt, daß der Volkswille im Notfall durch den »Allgemeinen Willen« zu korrigieren sei. Die Jakobiner der französischen Revolution haben diesen »allgemeinen

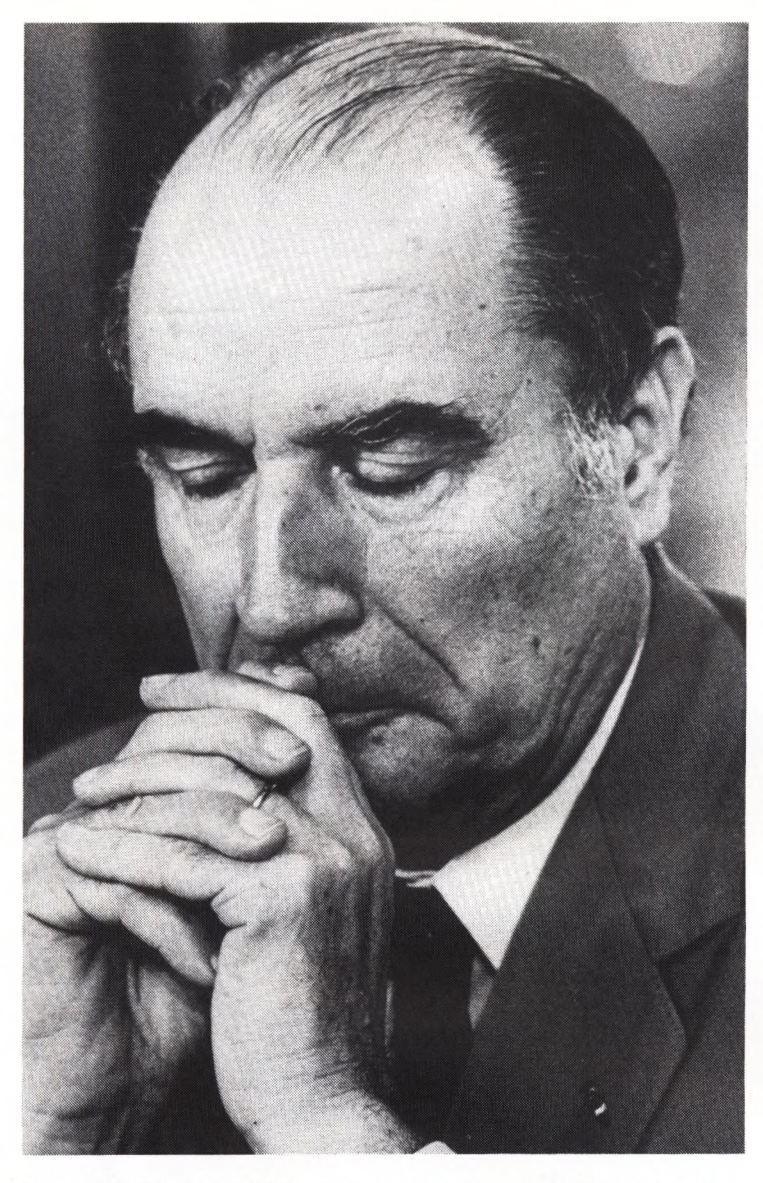
Willen« nach Gutdünken für ihre Zwecke eingesetzt, indem sie ihre Gruppeninteressen pompös als den »unabänderlichen Lauf der Weltgeschichte« verkündeten. Die Marxisten haben dieses grandiose Geschwätz noch gesteigert, indem sie ihre Herrschaftsinteressen als »wissenschaftliche« Erkenntnisse anpriesen. Heute ist die marxistische Hokuspokus-Irrlehre mit erschütternder Klarheit offenkundig geworden: Die Völker ganzer Kontinente verkommen an den Folgen dieser »wissenschaftlich« erarbeiteten Gesellschaftsordnung, die nichts als Chaos und Hunger beschert hat.

Die Hintergrundmächte und die Marxisten

Hätte man irgendeinmal das Volk befragt um seine Zustimmung zum hanebüchenen Unsinn der angeblich wissenschaftlich einwandfreien Gesellschaftsordnung, dann wären diese menschenfressenden Greuel unterblieben. Denn das Volk hätte diesen hirnwütigen Unsinn durchschaut und mit gesundem Menschenverstand beurteilt und verurteilt. Aber die marxistischen Superdemokraten glaubten sich in Sturheit und freventlichem Hochmut über die Völker erhaben.

Bei den einzigen annähernd freien Wahlen, die es je in der Sowjetunion gegeben hat – Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung vom November/ Dezember 1917, also unmittelbar nach der Machtergreifung der Bolschewiki – erzielten diese nur 23,9 Prozent der Stimmen bei fast 60 Prozent zu Gunsten der »Sozialrevolutionäre«. Natürlich wurde die Wahl für ungültig erklärt und Lenin begann sein hemmungsloses Terror-Regime.

In der nicht-kommunistischen Welt haben die Geheimgesellschaften Europas und der USA unverdrossen die Theorien gehätschelt, die im »realen Sozialismus« die Völker »beglücken« sollten. So hat USA-Präsident Kennedy im Jahre 1961 den Frieden mit der mörderischen Sowjetunion eingeläutet, indem er Chruschtschows Mauerbau quer durch Deutschland billigte und gleichzeitig den sturen Kampf gegen den Antikommunismus einleitete.



François Mitterrand: »Mit 60 ergebenen und zuverlässigen Freunden kann man ein Land regieren.«

Die Interessengemeinschaft der Hintergrundmächte mit den Marxisten wurde besonders offenkundig, als die Mauer quer durch Deutschland ihre Trennwirkung verlor. Da gerieten die Führungsgremien des »freien Westens« plötzlich in Panik. Präsident Mitterrand wurde eilends nach Ostberlin gesandt, um die kommunistische Herrschaftskaste zu ermuntern, ihr Diktaturregime zu retten. Aber der Zerfall war nicht aufzuhalten.

Die in Panik geratene internationale »Demokratie«-Zentrale sah damals nur noch zwei Heilmittel, um das deutsche Volk an der Ausübung seines demokratischen Selbstbestimmungsrechtes zu hindern: Den Vertrag von Maastricht und die Masseneinschleusung artfremder Menschen nach Deutschland, um eine beschleunigte Bastardisierung zu bewirken. Durch Entgermanisierung sollte die fehlgeschlagene »endgültige und unwiderrufliche Zweiteilung Deutschlands« wettgemacht werden. Der »deutsche« Bundeskanzler Kohl und seine Kumpanei erhielten Befehl, wie Löwen für »Maastricht« zu kämpfen und eine niegesehene Asylanten-Flut auszulösen. Einmal mehr erwies sich Kohl als der Allzeitbereite. Mit der gezielt ausgeführten Völkerwanderung hat er die Rolle des nützlichen Dieners volksfeindlicher Kräfte bis zur letztmöglichen Niedertracht gespielt.

Die Handschrift der Hintergrundmächte und Geheimgesellschaften ist besonders deutlich erkennbar in den europäischen Bestrebungen der Vereinheitlichung und der politischen Zusammenschlüsse. Schon die Schaffung des »Gemeinsamen europäischen Marktes« wies in diese Richtung. Plötzlich, wie aus heiterem Himmel, erfolgte im Frühjahr 1957 die Gründung dieser wirtschaftspolitischen Organisation. Nirgends in Europa hatte es eine ernstzunehmende Volksbewegung gegeben, die auf dieses Ziel hingewirkt hätte. Und doch war die ganze Sache plötzlich da, indem fünf scheinbar souveräne Staaten – Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg – sich bereit erklärten, mit dem mehr oder weniger besetzten Westdeutschland zusammen diesen Gemeinsamen Markt zu verwirklichen.

Künste und Gespinste der Hintergrundmächte

Nach einigen Jahren wurden auch Großbritannien, Dänemark, Irland und Griechenland in diese Organisation hineinkomplimentiert. Auch dort hatte nirgends eine von Volksmassen getragene Grundwelle den Beitritt zu diesem Gemeinsamen Markt als politisch unausweichlich erscheinen lassen. Aber plötzlich war es einfach soweit.

Und dann kam es noch Geheimnisvoller: Bei einem halböffentlichen Anlaß plauderte ein an seinen Redewendungen erkennbarer Hochgradfreimaurer, wie er als »Historiker« dazu berufen worden sei, zusammen mit anderen »Experten«, Spaniens und Portugals »Übergang zur Demokratie« in die Wege zu leiten. Daß dieser Übergang fast nahtlos den Beitritt zur »Europäischen Gemeinschaft« – wie der bisherige Gemeinsame Markt sich nun zu nennen beliebte – mitsichbrachte, war doch sonderbar. Woher sprudelten die politischen und meinungsmäßigen Triebkräfte dieser schicksalsschweren Bewegungen? Ereignete sich da »Demokratie«, ohne daß das Volk sich dessen bewußt werden konnte?
Leise und unwiderstehlich drängt sich ein Verdacht auf: Inwieweit sind zum Beispiel der NATO und den »europäischen« Organisationen – Gemeinsamer Markt, Europäischer Gemeinschaft und Maastricht-Europa – politisch-ideologische Kontroll- und Bevormundungs-Aufgaben übertra-

Europa

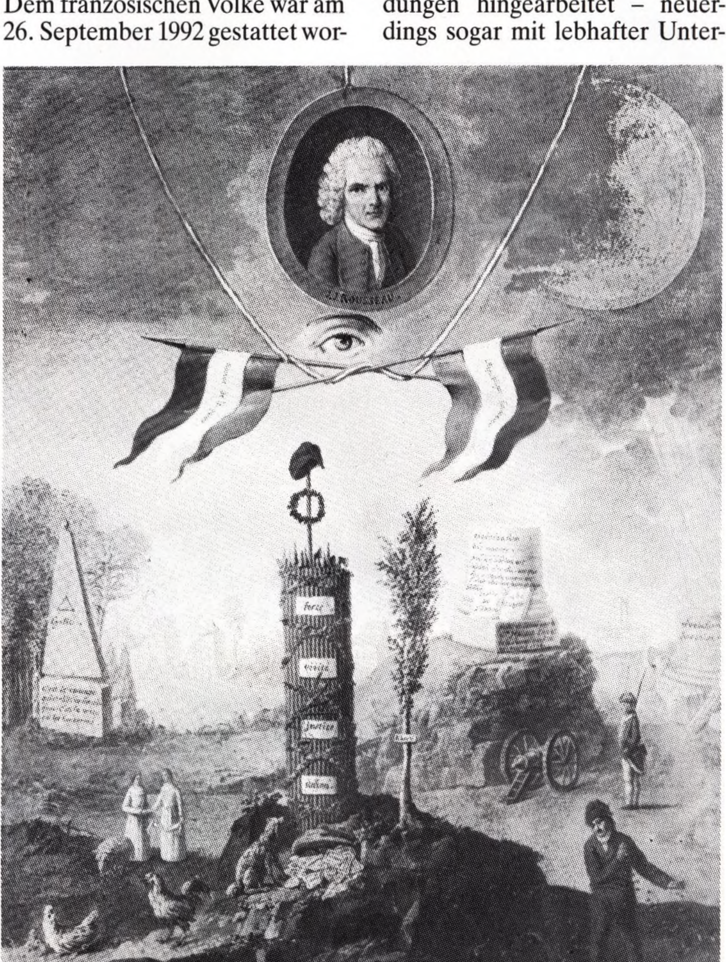
Die Erb-Sünde der Demokratie

gen? Seit 1945 wird an immer neuen Bevormundungs-Organismen zur politischen Überwachung Westdeutschlands herumlaboriert. Hatte vielleicht die Aufnahme Griechenlands in die »Europäische Gemeinschaft« den Zweck, dieses Land strikt im Zaum zu halten, damit es nicht wieder in »populistische« politische Experimente abirre, wie seiner Zeit um 1970 in das sogenannte Obersten-Regime, das eine Art Militärdiktatur darstellte? Gilt etwa das gleiche für Spanien und Portugal, die jahrzehntelang »faschistische« Strukturen besaßen, um einer marxistischen Diktatur zu entgehen? Es ist, als sollten Deutschland, Spanien, Portugal, Griechenland und wohl auch Italien durch die »Europa«-Organisition Geleitschutz erhalten, um ja nicht aus der Kontrolle durch die »demokratischen« Geheimgesellschaften auszuscheren.

Niemand wird wohl im Ernst bestreiten wollen, daß der Grundgedanke des Brüsseler »Europa-Regimes« in der Bevormundung der europäischen Staaten besteht. Da wird von »Subsidiaritäts-Prinzip« gefaselt, wo »Brüssel« doch eine bis in die lächerlichsten Einzelfragen hineinreichende Tyrannei betreibt zum Beispiel normierte Größe der Hühnereier. Und sobald einmal das Gespinst von Maastricht in Kraft tritt, werden die Mitgliedstaaten die Überraschung erleben, daß sie sich bedenkenlos einem System verbissener Willkürherrschaft unterworfen haben. Aber all das wird unter der Etikette »Demokratie« angeboten und als »freiheitlicher Rechtsstaat« ausgegeben.

Vor allem ist es sehr »demokratisch«, all diese hinterhaltigen Vorkehrungen ins Werk zu setzen, ohne dem Volk auch nur den Anschein einer Kontroll- und Entscheidungsbefugnis einzuräumen. Langsam dämmert es dann vielleicht, daß »Demokratie« bedeutet: Tun was die im Hintergrund lauernden und wirkenden »Demokraten« verfügen. Wenn das Volk dagegen murrt oder Widerstand leistet, ertönt wildes Geschrei und der Vorwurf von »demokratiefeindlichen Umtrieben«.

Dem französischen Volke war am 26. September 1992 gestattet worden, sich zur Unterwerfung unter den Vertrag von Maastricht zu äußern, weil Mitterrand die Stimmung im Lande falsch eingeschätzt hatte. Je mehr die Vertragsklauseln im Volk bekannt wurden, desto mehr wuchs der Widerstand. Nur dank eines Terror-ähnlichen Meinungsdruckes konnte eine äußerst knappe Mehrheit erzielt werden. Die Hochfinanz hatte sogar einen provisorischen Zerfall der europäischen Devisenmärkte riskiert, um das französische Volk zu erschrecken. Mit so hohen Einsätzen wurde da »Demokratie« gespielt.



Ein Symbolbild, das versucht, die Hintergründe der Französischen Revolution zu dokumentieren.

Die erstaunliche Unaufrichtigkeit des Demokratie-Betriebes ist eine natürliche Folge der »Erb-Sünde«, womit dieses Regime belastet ist. Hat sich doch daraus im Laufe der Zeit eine todbringende Krankheit entwikkelt: Planmäßig wird auf die Zersetzung aller moralischen Bindungen hingearbeitet – neuerdings sogar mit lebhafter Unterstützung von Amts- und Freikirchen! Mit Pauken und Trompeten wird verkündet, alle Moral, alle Anstandsregeln und jede Höflichkeit seien nichts als Heuchelei. All das seien rein autoritäre, undemokratische, ja unmenschliche Zwänge, die radikal beseitigt werden müßten.

Aber je mehr die überlieferte moralische Substanz schwindet, desto klarer zeigt es sich, daß darunter nichts als das blanke Chaos zum Vorschein kommt. Das erzeugt in den staatstragenden, das heißt, in den noch einigermaßen gesunden Volksteilen Entsetzen und Furcht. Begreiflicherweise! Denn ohne moralische Bindungen und ohne Ehrfurcht gibt es keine Autorität und kein vernünftiges Zusammenleben der Menschen. Denn der Mensch ist nicht, wie die Tiere oder Insekten, von Natur aus auf ein bestimmtes, unabänderliches Verhalten vorprogrammiert.

Das Gesetz des Dschungels

Die Autoritäts-Verächter und Kämpfer für die »absolute Freiheit« bringen ncihts anderes zustande, als die Menschen wieder in urzeitliche Zustände zurückzuführen, wo das »Gesetz des Dschungels« herrscht, indem der Starke die Schwächeren erbarmungslos unterwirft. Damit ist auch die Wiedereinführung der Sklaverei unausweichlich. Das christliche Zeitalter mit seiner Überwindung der Sklaverei wäre dann nichts anderes gewesen, als ein kurzer Ausnahmezustand im Ablauf der Menschheitsgeschichte. Und die »Demokratie« hätte dafür gesorgt, daß die weltgeschichtliche Normalität wieder obsiegte.

Auch in der Schweiz ist die Politik überschattet von der »Erb-Sünde der Demokratie«, trotzdem die Schweiz dank ihrer feingliedrigen politischen Strukturen wohl das denkbar beste Demokratie-Modell entwickelt hat.

Aber in 50 Jahren Staatsbürgerschaft habe ich nicht ein einziges Mal gehört, daß ein Regierungsvertreter gesagt hätte: »Wie warten, wie das Volk entscheidet; sobald wir die Weisung des Volkes haben, werden wir uns ans Werk machen.«

Wie gesagt: Nicht ein einziges Mal in über 50 Jahren habe ich diese demokratische Rede gehört. Dafür aber beschwörende Worte: »Ihr müßt euren Behörden vertrauen und so entscheiden, wie wir es vorgesehen haben.« Für den Fall eines gegenteiligen Entscheides wurde allzuoft der politisch-wirtschaftliche Kollaps vorausgesagt, der aber nie eingetroffen ist! Und nach Entscheidungen gegen die obrigkeitliche Meinung gab es böse Scheltworte und sogar Drohungen zu vernehmen.

Fazit: Die Erb-Sünde der Demokratie wird auch in der Schweiz hemmungslos zur Schau getragen. □

Balkan

Es kann Frieden geben

Mohammed Aly Khan

Prinz Agha Mohammed Aliibn (Aly) Saiyid Mohammed Rahim Selam Khan ist Gründer und Führer der albanischen Exilregierung. Nach seiner Ansicht kann es unter gewissen Umständen zu einem Frieden auf dem Balkan kommen.

Wir von der albanischen Exilregierung sind über die Unentschlossenheit der Vereinigten Staaten, militärische Schritte gegen Slobodan Milosevic, Präsident von Serbien, und seine Schläger, die sich über die militärische Impotenz des Westens und darüber hinaus der Vereinigten Staaten – die einzige noch vorhandene Supermacht – lustig machen, zu unternehmen, enttäuscht.

Kommunistischer-faschistischer Revanchismus

Wir verlangen, daß gegen das Dreigestirn Milosevic-Karadzic-Seselj, das vom russischen kommunistisch-faschistischen Revanchismus voll unterstützt wird, Schritte unternommen werden.

(Dies bezieht sich auf Milosevic, Radovan Karadzic und Vijislay Seselj, Führer der Serbischen Radikalen Partei; die Redaktion.)
Am 27. April dieses Jahres traf die albanische Exilregierung und die Albanische Liga Prizren, angeführt von Ismet Berisha, mit Jonathan Benton, Direktor der Geschäftsstelle Albania im amerikanischen Außenministerium, zusammen.

Wir hoben hervor, daß wir über Kosovo – eine Provinz von Albanien, die von dem künstlich geschaffenen Staat Jugoslawien annektiert wurde – sehr besorgt seien. Wir glauben, daß Kosovo Milosevics nächstes Ziel sein wird, und die Greueltaten in Bosnien im Vergleich zu dem, was dort geschehen könnte, in den Schatten stellen wird.
Ich wies darauf hin, daß der Tod Jugoslawiens vis-à-vis dem Gleichgewicht der Macht auf dem Balkan neue Bedingungen geschaffen habe. Wie allgemein bekannt ist, machten der Berliner Kongreß von 1878, der Vertrag von Versailles von 1919 und die Jalta-Konferenz von 1945 es möglich, den künstlichen Staat Jugoslawien zu schaffen beziehungsweise weiter am Leben zu erhalten. In Anbetracht des plötzlichen Todes des Kommunismus kämpfen die – dem Namen nach – Ex-Kommunisten jedoch darum, aus der Asche ein Großserbien entstehen zu lassen.

Aber statt eines Großserbiens sollte ein Großalbanien als Alternative in Erwägung gezogen werden.

Wegen seines einheitlichen Volkstums wäre ein Großalbanien die einzige Macht, die den Schlüssel zu Frieden und Stabilität auf dem Balkan in Händen hätte; das ist eine absolute Notwendigkeit, wenn wir eine drohende Katastrophe in Mitteleuropa und als Folge davon in der ganzen Welt verhindern wollen.

Persönliche und geschäftliche Interessen

Ich sage den europäischen und amerikanischen Politikern, die leider seinerzeit den Zusammenbruch Jugoslawiens nicht voraussehen konnten, dies schon seit Jahren. Es war der ehemalige amerikanische Außenminister James Baker mit seiner Starrköpfigkeit, der, ohne die richtigen Schlüsse zu ziehen und einen gewissen Weitblick an den Tag zu legen, bei seiner sturen Haltung blieb, Jugoslawien als unzerbrechlichen Monolythen zu erhalten – in skrupelloser Weise, nur um die direkten persönlichen und geschäftlichen Interessen von George Bush, Brent Scowcroft, Lawrence Eagleberger, Milosevic & Co. zu wahren –, ohne sich der Tatsache bewußt zu sein, daß der Fall Jugoslawiens unmittelbar bevorstand.

US-Präsident Bill Clinton, als Führer der freien Welt, muß nun alles tun, was in seiner Macht steht, um die durch Selbstsüchtigkeit und Dummheit früherer Regierungen begangenen Fehler zu korrigieren. Nur so kann vermieden werden, noch tiefer in die gleiche Falle hineinzutapsen, die zu einer Weltkatastrophe führen könnte.

Es ist unsere ehrliche Überzeugung, daß nur entscheidende Maßnahmen gegen Milosevic und Konsorten getroffen werden müssen, da ein Hinausschieben, nur um Zeit zu gewinnen, nicht nur gegenproduktiv wäre, sondern auf lange Sicht zu erhöhten Kosten an Menschenleben, Geld und Eigentum führen könnte.

Die Worte des ehemaligen britischen Ministerpräsidenten, Margaret Thatcher, kommen einem in den Sinn: »Wenn wir nichts tun, werden wir zu Mittätern bei einem Massaker.«

Taten sind notwendig

Um auf dem Balkan ein zweites Vietnam, daß die Kommunisten eifrig dabei sind, den Vereinigten Staaten zu bescheren, zu vermeiden, glaube ich fest daran, daß »Uncle Sam« überhaupt keine Bodenstreitkräfte in der Region ausschwärmen lassen sollte, obwohl es dringend erforderlich ist, daß die Vereinigten Staaten bei einem direkten Einsatz von UNO-oder NATO-Truppen die Führung übernehmen sollten.

Wir sollten weiterhin folgendes in Erwägung ziehen:

Aufhebung des Waffenembargos, das zu dem Massaker an den Bosniern beigetragen hat, ist unbedingt notwendig, damit die Völker des ehemaligen Jugoslawien sich selbst gegen die Serben, die von ihrem historischen großen Bruder, Rußland, versorgt werden, verteidigen können.

Präzisionsbombenangriffe der UNO und/oder NATO auf serbische militärische Ziele – Artilleriestellungen, Munitionsdepots, Landebahnen, militärische Fahrzeugkolonnen, Brücken und viele andere nicht-zivile lebenswichtige Punkte – werden die neuen Barbaren abwürgen und ihren Vorstößen zur Konsolidierung ihrer widerrechtlichen Eroberungen Einhalt gebieten.

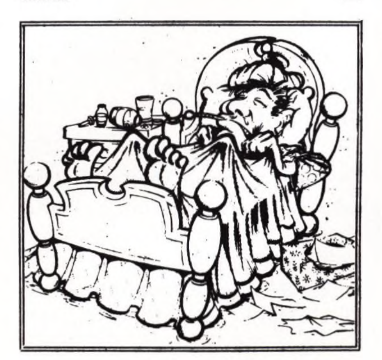
Weitsicht und Weisheit sind gefragt

Militärische Unterstützung der Bosnier, wenn notwendig, da eine Koalition von ausgewählten Ländern auch die Notwendigkeit, Frieden und Stabilität in der Region aufrecht- und die Kriegsparteien auseinanderzuhalten, rechtfertigen würde. Dies wiederum wäre nur eine zeitweilige Lösung, weil der Westen es sich nicht leisten kann, dort für immer eine Garnison zu unterhalten. Deshalb muß die Wiederherstellung eines Großalbaniens als Gegengewicht zu einem Großserbien vorrangiges Ziel sein.

Ein größeres ethnisches Albanien wäre ein Vollstrecker von Gesetz und Ordnung und Garant des Friedens auf dem Balkan.

Wir müssen Milosevic und seine Unterstützer daran hindern, die »Kosovo-Karte« als casus belli für das nächste Stadium auszuspielen, das einen dritten Balkankrieg auf breiter Basis auslösen und somit ganz Europa und den Nahen Osten in den dritten Weltkrieg hineinzerren würde.

Es gehört Weisheit, Weitsicht und vor allem großer Mut dazu, eine solche Aufgabe zu bewältigen. Die Vereinigten Staaten dürfen sich nicht einwickeln lassen. Das würde Chaos, Verwirrung und Kriege heraufbeschwören – Dinge, deren wir bereits Zeuge sind. □



Rußland

Volksabstimmung gab Boris Jelzin eine letzte Chance

Peter Blackwood

Im Gegensatz zu Mythen, die nur der Publicity dienen, löste die Volksabstimmung in Rußland am 25. April 1993 keines der Probleme, mit denen es Rußland zu tun hat. Die Volksabstimmung war in Wirklichkeit nichts anderes als eine glorifizierte öffentliche Meinungsumfrage. Von den vier Fragen auf dem Stimmzettel können nur diejenigen, die sich auf vorgezogene Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen beziehen, eine bindende Wirkung haben. Aber der vom Kongreß der Volksdeputierten gefaßte Beschluß, der eine Billigung dieser Maßnahmen durch 50 Prozent aller registrierten Wähler vorsah, garantierte dessen Niederlage.

Rußlands Wirtschaftskrise verschärft sich indessen von Tag zu Tag. Die Inflation, die sich in der Zeit von Januar bis März dieses Jahres auf mindestens 25 Prozent belief, war im April 20 Prozent. Die optimistischste Voraussage der russischen Regierung für Mai durch den Leiter des regierungsseitigen Zentrums für Wirtschaftsreform am 27. April spricht von 25 bis 30 Prozent, und danach von einem steilen Anstieg bis spätestens zum Herbst. Der stellvertretende Ministerpräsident Sergey Schachrai wies warnend darauf hin, daß »der Rubel bis spätestens Herbst verschwinden wird, es sei denn, es werden jetzt entscheidende Taten« vollbracht.

Das Zahlenspiel der Politik

Die veröffentlichten Ergebnisse der Volksabstimmung sind ebenso bedeutungslos wie die Volksabstimmung selbst. Die im Kielwasser der Abstimmung verkündeten Einzelergebnisse, mit denen deren Ausgang als uneingeschränkter Sieg für Präsident Jelzin ausgelegt wurde, waren Lügen, Wahlprognosen auf der Grundlage von »repräsentativen Querschnitten« von denen, die abstimmten.

Am Morgen des 26. April wurde verkündet, daß Jelzin bei der Frage eins, Vertrauen zum Präsidenten, 65 Prozent der Stimmen für sich verbucht habe. 24 Stunden später, als die Querschnitte von tatsächlichen Stimmenzählungen abgelöst wurden, war das Ergebnis auf 58 Prozent zusammengeschrumpft. Das gleiche Muster wurde bezüglich der Frage zwei, Unterstützung für Jelzins Wirtschafts- und Sozialpolitik, wiederholt. Am 26. April lag der Stand bei 58 Prozent Ja-Stimmen, und 24 Stunden später bei 52 Prozent. Die wirklichen Ja-Stimmen bei Frage zwei beliefen sich auf unter 50 Prozent, aber diese Tatsache wird nicht amtlich bekannt gemacht, da der »endgültige Ausgang« manipuliert werden wird, um zu gewährleisten, daß er über 50 Prozent bleibt. Ein ähnliches Muster einer anfänglich riesigen Mehrheit basierend auf »Exil-Stimmen«, dann auf einer Glattmachung, trat auch bezüglich der Fragen drei und vier auf, über vorgezogene Wahlen für Präsident und Parlament in Erscheinung.

Die bemerkenswerteste Tatsache bezüglich der Volksabstimmung war, daß etwa 40 Prozent der registrierten Wähler Rußlands überhaupt nicht abstimmten, ein reales Barometer für die Tiefe des Volkszorns über den Zusammenbruch des Lebensstandards über die letzten 18 Monate hinweg.

Diese Tatsache wurde vom Vizepräsidenten Alexandr Rutskoj aufgegriffen, der sich als zukünftiger Präsidentschaftskandidat gegen Jelzin profilierte, als er am 27. April feststellte, daß nur 32 Millionen von Rußlands 105 Millionen registrierten Wählern ihr Vertrauen zum Präsidenten zum Ausdruck gebracht hätten.

Die meisten Wähler blieben zu Hause

Rutskoj rief zu vorzeitigen Präsidentschaftswahlen auf, was Informanten so auslegen, als strecke er seine Fühler zu einer Vereinbarung zwischen Jelzin und dem Parlament aus, gleichzeitig vorgezogene Wahlen sowohl zum Präsidenten als auch zum Parlament abzuhalten. Rutskojs Vorschläge spiegeln oft die Beratungen der beiden mächtigsten Institutionen in der russischen Gesellschaft, der Russische Sicherheitsrat, der die führende Rolle bezüglich Militär, Sicherheit und Außenpolitik spielt, und die Bürger-Union, die die Direktoren der Industrie repräsentiert. Der Sicherheitsrat hat darauf bestanden, daß gleichzeitige vorgezogene Wahlen die einzige Möglichkeit seien, dem absurden, destruktiven Machtkampf der derzeit zwischen Jelzin und dem Parlament im Gange ist, ein Ende zu bereiten.

Manipulationen vor der Volksabstimmung

Die Breitseite Rutskojs wurde in einem Interview mit der Tageszeitung »Komsomolskaja Prawda« abgefeuert. Er führte die hohe Zahl der Stimmen gegen Jelzins Wirtschafts- und Sozialpolitik an, um zu beweisen, daß eine klare und deutliche Botschaft aus der Volksabstimmung lautete, daß »der Reformkurs in Richtung auf mehr staatliche Leitung für die Industrie« geändert werden muß. Rutskoj sagte auch, daß die von Jelzin angewandten Methoden, um seinen »Sieg« herbeizuführen, mit Sicherheit nach hinten losgehen werden. Zum Beispiel habe Jelzin vor der Volksabstimmung »jedem alles« versprochen, sehr wohl wissend, daß die Einhaltung dieser Versprechungen unmöglich war. »Der Bevölkerung wird sehr bald klar werden, daß sie wieder einmal hinters Licht geführt worden ist«, äußerte Rutskoy.

Manipulationen vor der Volksabstimmung durch Jelzin waren nicht auf Versprechen beschränkt. Stimmen wurden nicht so indirekt, und in einigen Fällen ziemlich direkt durch verschiedene Maßnahmen und Tricks erkauft. Beispiele im April schlossen die Erhöhung der Mindestlöhne und Pensionen auf 8000 Rubel pro Monat ein, um sie, auf dem Papier, irgendwie nahe an das erforderliche Existenzminimum, mit einem kläglichen Ernährungsniveau, heranzubringen. Armeegehälter, speziell für Offiziere, wurden noch einmal angehoben, es war die dritte größere Solderhöhung im laufenden Jahr. Der Volkszorn über die Verdoppelung des Benzinpreises von 40 auf 80 Rubel pro Liter wurde durch einen Erlaß, mit dem der Preis von 40 Rubel wieder hergestellt wurde, eingedämmt.

Die Debatte über die Wirtschaftspolitik

Werbegags erfolgten bei den Abstimmungen selbst. Ein berüchtigter Fall wurde in der Stadt Ryazan an der Wolga beobachtet, wo Butter in den Wahllokalen zur Hälfte des normalen Preises angeboten wurde. Dies ergab den Spielraum, um genug Stimmen für Jelzin hereinzuholen, um diesem eine gefälschte Ziffer von 50 Prozent Unterstützung in der Region von Ryazan zu verschaffen.

In einem Artikel in der »Rossiyskaja Gazeta« am 23. April ließ sich Rutskoj des längeren und breiteren über die Wirtschaftskrise aus und erwiderte auf Anklagen, er wolle Rußland sowohl zu einer Kommandowirtschaft als auch zu stalinistischen politischen Praktiken zurückführen.

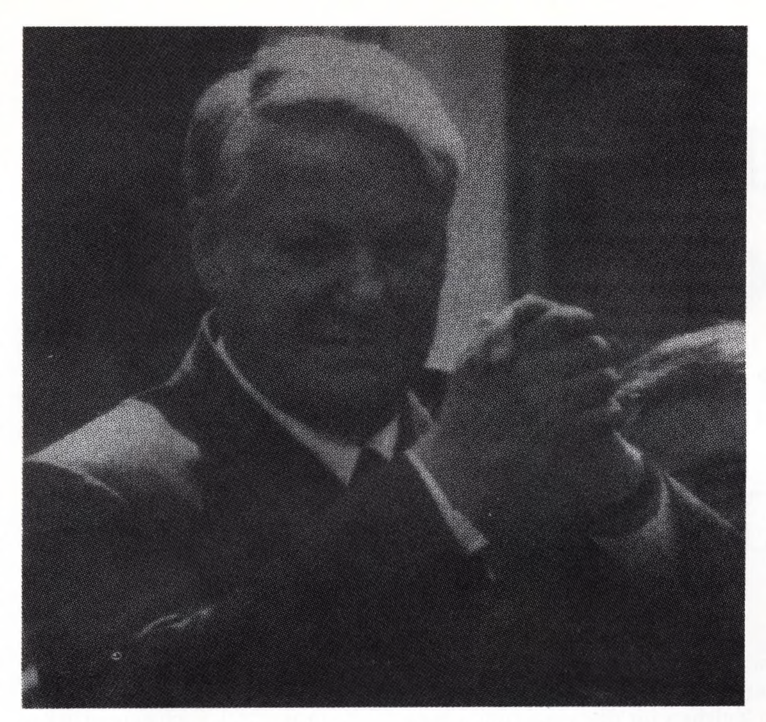
Er erklärte, Rußland habe nicht zwischen einer Schocktherapie und einer Rückkehr zum sowjetischen Kommando-und-Verwaltungssystem zu wählen. Indem er feststellte, daß »das Land keinen ständigen Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit, höher als vier bis fünf Prozent, und andererseits eine Inflation von 30 bis 40 Prozent pro Monat verkraften kann«, schlug Rutskoy »Prioritäts-›Einflußzonen‹ vor, die zu Lokomotiven werden müssen, die die Wirtschaft aus der Krise herausziehen«.

»Wenn der Staat nicht auf nationaler Ebene das Kommando übernimmt, dann reißen andere Kräfte, unter anderem Schattenund ganz einfach Mafioso-Strukturen, die an Geldscheffeln, nicht an Entwicklung interessiert sind, die Gewalt an sich«, sagte er.

Verfügbare Gelder müssen in die Nahrungsmittelproduktion und die Verarbeitungsindustrie, sowie auch in die Rüstungsumwandlung kanalisiert werden, meinte Rutskoj, »wobei für den Export von Maschinen und Ausrüstungen sowie das Wiederaufleben unserer Erzeuger von Rohmaterialien gesorgt werden muß«. Er rief auch zur Unterstützung kleiner und mittelgroßer Erzeuger auf.

So könnte man die Maschine in Gang bringen

Rutskoj wies auf einen »Kern« der Volkswirtschaft hin, wo der wirtschaftliche »Rückgang durch kräftige Wirtschafts- und Verwaltungsmaßnahmen seitens des Staates gestoppt werden muß ... Um das wissenschaftliche und technologische Potential und den Ausstoß von High-Tech beizubehalten, wäre es vielleicht klug, den Schwerpunkt auf die Etablierung großer Industriekonzerne zu legen, die in der Lage sind, zu ›Entwicklungs-Laboratorien‹ zu werden. Das Zusammenkratzen, was auch immer für begrenzte Investitionen verfügbar ist, und die Vereinigung von Unternehmen, die durch ihre Endprodukte miteinander verbunden sind, könnte bei dem Versuch hilfreich sein, die rückläufige Entwicklung zu durchkreuzen, reale umwandlungsbezogene und strukturelle Änderungen zu gewährleisten und Zugang zum Weltmarkt zu gewinnen ... Dies ... könnte Rußland helfen, sich einen anständigen Platz auf den Märkten für Hochtechnologie – Raumfahrtausrüstung, Fernverbindungen, Schiffsbau, Elektronik – zu verschaffen. Wenn man an diesem Strick zieht, könnte man die Maschine in Gang bringen.«



Der russische Präsident Boris Jelzin steht inzwischen voll unter der Kontrolle der Internationalisten.

Rutskoj schlug die Ablösung der Ausfuhr von Rohmaterialien durch »ein System von Krediten zu leicht erfüllbaren Bedingungen für die Produzenten von Fertiggütern, an erster Stelle Maschinen«, und Sondervergütungen für diejenigen vor, die »gewisse Waren, Ersatzteile und Rohmaterialien einführen, um die kritischen Bedürfnisse der Volkswirtschaft und deren technische Umstrukturierung zu stillen«.

Die schwierige Frage der Landreform in Rußland anschneidend, wies er auf »zwei Beispiele aus meiner Erfahrung im Ausland« hin. In Amerika im 19. Jahrhundert hatte jeder Bürger das Recht, kostenlos ein großes Stück Land zu bekommen und im fernen Westen Bauer zu werden.

Vor zwanzig Jahren in China erhielt jede Kleinbauernfamilie das Recht, Land zu pachten und eine Kooperative zu bilden und frei über die Ernte zu verfügen«. Rutskoj setzte dies in Gegensatz zu den »Reformen« der Schocktherapie von Jegor Gaidar, bei denen eine kleine Gruppe von Leuten »eine einmalige Gelegenheit bekomme, reich zu werden, oft durch kriminelle Handelsgeschäfte«.

Jelzin muß den Kurs ändern

In dem Ausmaß, in dem Jelzin überhaupt irgendetwas »gewonnen« hat, war es eine letzte Chance, entscheidende Maßnahmen zu treffen, um die Wirtschaftskrise zu wenden. Dies ist gleichzeitig seine letzte Chance, politisch zu überleben. Er »gewann« seine letzte Chance auf der Grundlage zweier Tatsachen, die ihm nicht viel länger nützlich sein werden. Erstens, sieht die gleiche Bevölkerung, die zu Recht über Jelzins katastrophale Politik verärgert ist, bislang keine Figur von nationaler Statur, die ihn ablösen könnte. Die Auffassung ist weitverbreitet, daß Jelzin die einzige Persönlichkeit von nationaler Statur ist, die unerläßlich ist, um den Zusammenbruch der Russischen Föderation zu verhindern. Der zweite Faktor ist der enorme Haß des Volkes auf das Parlament, das als Überbleibsel gegen das verachtete kommunistische System erachtet wird. Es ist bemerkenswert, daß die größte Stimmenmehrheit, die Jelzin erringen konnte, etwa zwei Drittel, sich auf die Frage vier auf dem Stimmzettel der Volksabstimmung bezog, die Forderung nach neuen Parlamentswahlen.

Jelzins letzte Chance wird nicht lange bestehen bleiben. Wenn er die Wirtschaftskrise nicht in den Griff bekommt, dann wird seine Unterstützung durch das Volk, von der, wie wir gesehen haben, ein Großteil nur auf der Tatsache beruht, daß keine glaubwürdige Alternative zum derzeitigen Präsidenten zu erblicken ist, in den kommenden Monaten schnell verdampfen. Die Geduld des Volkes ist schon sehr nahe am Zerreißpunkt, und soziale Proteste und Unruhen sind zu erwarten, wenn die Hyperinflation weiter anhält.

Letzte Chance vor einem drohenden Bürgerkrieg

Mit einem Lohn von 8000 Rubel im Monat für den Durchschnittsrussen kann man praktisch nichts kaufen, wie die nachstehenden Preisbeispiele, die in der Woche vom 19. bis 23. April in Moskauer Geschäften angeschlagen waren, zeigen:

Fleisch: Nichts unter 2000 Rubel pro Kilogramm, und im allgemeinen 2500 bis 3000 Rubel das Kilo; Tomaten: 1500 Rubel das Kilo; Eier: Verkauft zum Einzelpreis von 300 bis 400 Rubel; Butter: 1100 Rubel das Kilo. Läßt man alle anderen Auslagen einmal außer Acht, dann versuche man einmal, den Familienhaushalt mit 8000 Rubeln pro Monat zu bestreiten. Das ist heutzutage die tägliche Existenz der russischen Bürger des Hauptstroms.

Da die Krise den Sommer und Herbst hindurch eskalieren wird, könnte die Armee, verbittert und wütend über die ihr auferlegten, sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen, dazu gedränkt werden, ihre politische Neutralität aufzugeben und sich in das Getümmel stürzen.

Jelzins letzte Chance ist auch die letzte Chance für Rußland, die »Schocktherapie« zu beenden und deren Praktizierer aus der Regierung zu vertreiben, bevor Rußland in einen Massen-Bürgerkrieg stürzt, mit unvorhersehbaren strategischen Folgen. □

Islamen bedrohen Wüstensturm-Koalition

P. Samuel Foner

Der Aufstieg des islamischen Fundamentalismus und der gleichzeitig erfolgende Zusammenbruch der Wüstensturm-Koalition von US-Präsident George Bush sind böse Zeichen für die Vereinigten Staaten von Amerika.

Nach Aussagen von Informanten, die über einen langen Zeitraum hinweg mit der Region sehr vertraut sind, sind im Nahen Osten schon sehr bald »erschrekkende Entwicklungen« zu erwarten. Ägyptens Hosni Mubarek stehe kurz davor, trotz massiver Auslandshilfe aus den Vereinigten Staaten und Sicherheitsdienste seitens des Mossad, Israels Geheimdienst, von einer Flut des islamischen Fundamentalismus hinweggespult zu werden.

Parallelen zum Sturz des Schah von Persien

Aus Washingtoner und New Yorker Kreisen verlautet, daß Mubareks Position nicht sehr viel anders sei als die von Mohammed Reza Pahlavi, dem Schah von Persien, kurz vor dessen Sturz durch Ayatollah Khomeini und seiner Islamischen Revolution.

Mubarek hat von den Vereinigten Staaten massive Finanzhilfe erhalten – Milliarden an Wirtschafts- und Militärhilfe, weil er die Friedensabkommen mit Israel von Camp David unterzeichnet hatte, und einen Schuldenerlaß in der Größenordnung von sieben Milliarden Dollar als Gegenleistung für Ägyptens Rükkendeckung im Golfkrieg – ebenso wie damals der Schah. Sowohl Mubarek als auch Pahlavi nahmen Sicherheitsdienstleistungen des Mossads in Anspruch, was zu der brutalen Unterdrükkung der Massen führte.

Anstatt ihre jeweiligen Positionen sicherer zu machen, schürte diese ungeschickte Regierungsmethode nur die Flammen der Revolution und verlieh den Fundamentalisten Glaubwürdigkeit, die dem Volk – im Falle des Iran – sagten und dem Volk – im Falle Ägyptens – heute sagen, ihr Führer habe fremden Teufeln seine Seele verkauft.

Jimmy Carter war überrascht, als der Schah von Persien stürzte, sagte ein Experte für den Nahen Osten zu unseren Korrespondenten. Es sieht so aus, als ob Clinton auch überrascht sein wird, wenn Mubarek stürzt.

Indessen ist Iraks Saddam Hussein stärker als je zuvor, und Berichte, in denen Iraks territorialer Anspruch auf Kuwait bekräftigt wird, erscheinen fast täglich in irakischen Zeitungen oder werden über das staatliche Fernsehen verbreitet. Es ist klar, daß Hussein den Gedanken an eine Annexion Kuwait keineswegs aufgegeben hat:

Der von den Amerikanern angeführte Krieg gegen den Irak scheint Hussein gewaltig gestärkt und seine Generale militanter gemacht zu haben, ganz im Gegensatz zu dem allgemeinen Konsens in der amerikanischen Presse.
Was geschieht, wenn er es noch einmal versuchen sollte? Clinton kann die Bush-Koalition nicht wiederherstellen. Das islamische Volk hat genug davon, auf Betreiben des Westens andere Moslems zu töten. Die volkstümliche islamische Opposition gegen die Herrscher von Saudi-Arabien, Ägypten und sogar Syrien wird die Führungskräfte dieser Länder effektiv daran hindern, sich einem weiteren US-Krieg anzuschließen. Und es gibt Gerüchte darüber, daß Irak und Iran, wenn auch nur vorübergehend, zu einer Annäherung gelangt seien. Seit Jahren hatten die Vereinigten Staaten ein Land gegen das andere ausgespielt. Und ihr jetziges Zusammengehen bedeutet für die pro-westlichen herrschenden Regime in den anderen islamischen Ländern des Nahen Ostens eine Katastrophe.

Wenn der Irak noch einmal in Kuwait einmarschiert, wird Clintons einzige Option darin bestehen, die Sache allein durchzufechten, ohne die Fassade der islamischen Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Die Alternative wird darin bestehen, sich nach rückwärts zu lehnen und zuzuschauen wie Kuwait fällt. Es ist eine von vornherein verlorene Situation, sagen Schlüssel-Beobachter des Nahen Ostens.

Es ist kein Geheimnis – außer vielleicht in den Vereinigten Staaten –, daß der saudische König Fahd sich in Schwierigkeiten befindet. Über die Jahre hinweg wurden Tausende von Fremdarbeitern ins Land geholt, um Arbeiten zu verrichten, die die ölreichen Saudis verabscheuen. Diese Fremdarbeiter sind islamische Fundamentalisten. Und das saudische Volk wendet sich selbst gegen den König, wobei ein Teil der stärksten Opposition von Mitgliedern seiner eigenen Königsfamilie kommt.

Regimefeindliche Subkultur in Saudi-Arabien

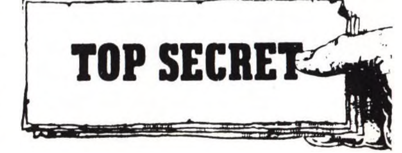
Es herrscht derzeit eine bedeutsame Subkultur in Saudi-Arabien, die weder der saudischen Königsfamilie noch dem Land, sondern dem Islam gegenüber zur Treue verpflichtet ist. George Bush während des Wüstensturms zu unterstützen war eine Sache; eine fortgesetzte dienerische Haltung gegenüber dem Westen könnte jedoch zum Zusammenbruch dieses Regimes führen.

Wegen des saudischen Massakers an, wie behauptet wird, 3000 iranisch-schiitischen moslemischen Pilgern in Mekka, hat sich das iranische Regime offiziell geschworen, das saudische Regime zu zerstören und arbeitet fortwährend daran, es zu untergraben.
Und die Saudis mit ihrem gewaltigen Vermögen, ein Großteil davon Auslandsinvestitionen und sichere Häfen außerhalb des Nahen Ostens, werden gegenüber einem gewaltigen Aufstand nicht durchhalten können.

Die Region von westlichen Einflüssen säubern

Und dann ist da noch Syrien. Die Herrschaft mit eiserner Faust von Hafez al-Assad wird genau so lange bestehen bleiben wie die Loyalität seiner eigenen Partei. Und diese Loyalität gleitet davon, weil die allgemeine Auffassung besteht, er sei den Schmeicheleien und Verlockungen des Westens aufgesessen. Er könnte über Nacht verschwinden. Wenn das der Fall sein sollte, dann wäre sein Bruder, Riffat al-Assad, ein zäher, ausgebuffter, nationalistischer Mann mit starker Unterstützung an der Basis, sein Thronerbe.

Obwohl er in einem vornehmen Viertel Washingtons ein Haus besitzt und seine Kinder in den USA erzogen worden sind, wird er sich kaum den Vereinigten Staaten zuwenden, wenn das bedeutet, sich von dem abzuwenden, was gut für sein Land ist.
Schließlich ist da noch der plötzliche Tod von Turgut Özal in der Türkei. Ohne die Hilfe der Türkei – jetzt ohne Özal fraglich geworden – sitzt Clinton zwischen einem Felsen und einer harten Stelle. Der Felsen ist sein Lieblings-Verbündeter: Israel und die mächtigen Unterstützer des Kleinstaates in seinem Land. Die harte Stelle ist der islamische Fundamentalismus, der entschlossen ist, die ganze Region vom Einfluß des Westens zu säubern. □



Naher Osten

Ein schokkierendes Eingeständnis

Warren Hough

Die amerikanische Politik im Nahen Osten ist von einem Mitarbeiter des National Security Council der USA, der darauf erpicht ist, Amerika in einen Krieg mit Iran und Irak zu stürzen, »Schanghaied«, das heißt, böswillig hereingelegt worden.

Um ihre Position als dominierende Macht im Nahen Osten zu untermauern, hat sich die Clinton-Regierung dazu entschlossen, die Regierungen sowohl des Irans als auch des Iraks zu zerstören, sagte ein hochstehender Beamter des Weißen Hauses am 22. Mai dieses Jahres in einem Privatgespräch zu israelischen Interessensvertretern in Washington.

Diese erstaunliche Enthüllung kam von Martin Indyk, ein altgedienter israelischer Agent, dem am Tage der Vereidigung von Clinton-Gore in außergewöhnlicher Weise die amerikanische Staatsbürgerschaft zuerkannt wurde, damit er die Leitung der amerikanischen Politik im Nahen Osten, den Öl-reichen Ländern am Persischen Golf und in Südasien übernehmen konnte.

Diplomatische Kreise in Washington und New York, bereits über Clintons Ernennung eines fremden politischen Agenten zu seinem Schlüssel-Berater in einer kritischen Region beunruhigt, reagierten schockiert auf die Entdeckung, daß die Vereinigten Staaten in eine gleichzeitige Konfrontation mit zwei großen Nationen der islamischen Welt hineinmanipuliert worden sind.

»Das bedeutet Krieg, Krieg ohne Ende, in dem die Vereinigten Staaten außer Israel keine wirkliche Stütze haben werden«, sagte Issah Nakhleh, einer der angesehensten Sprecher des Nahen Ostens am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York. »Darüber hinaus repräsentiert Indyk in Israel selbst nur die kriegerischste politische Parteiung, die Koalition alternder Terroristen, die als Likud bekannt ist.«

In seinem politischen Überblick behauptete Indyk, daß, obwohl er Leiter der Politik des Weißen Hauses ist, die Vereinigten Staaten »eine Versöhnung mit dem Irak weder anstreben noch erwarten«. Stattdessen werden sie als »starke Rückendeckung« für eine Gruppe von miteinander streitenden im Exil lebenden Irakis auftreten, die von den US-Strategen völlig außer Acht gelassen wurden.

Jetzt berichten die Medien des Establishments, daß, nach Aussage hochstehender Regierungsbeamter, die Clinton-Administration zu dem Schluß gekommen sei, daß die Führung des Irans und des Iraks den Zielen der USA in der vorausschaubaren Zukunft weiterhin feindlich gegenüberstehen werden, und daß neue Schritte unternommen werden sollten, um beide Länder zu isolieren.



US-Präsident Bill Clinton will politisches Profil durch militärische Aktionen gegen Iran, Irak oder beide, gewinnen.

Rückendeckung für sich streitende im Exil Lebende

Darüber hinaus verlautet aus Medienberichten, daß das, was wir jetzt erleben, »der Beginn einer Annäherung« sei, auf der Grundlage der kürzlichen Heimführung von 200 irakischen Soldaten, die während des Golfkrieges in den Iran geflüchtet waren, und der Eröffnung von Gesprächen mit dem Ziel eines Austausches von Gefangenen, die während des Iran-Irak-Krieges von 1980 bis 1988 in Gefangenschaft geraten waren.

Wie berichtet wird, erörtern die beiden Länder eine Beendigung ihrer Bemühungen, sich gegenseitig zu unterminieren und könnten sogar Rebellenführer, die in der jeweiligen Hauptstadt stationiert sind, ausliefern.

Was die Medien und die Clinton-Administration den Bürgern nicht sagen – zumindest noch nicht – ist, daß die Vereinbarung zwischen Iran und Irak das Stadium offener Grenzen erreicht hat, obwohl keines der beiden Länder dies öffentlich bekannt gibt.

Wie die gleichen Reporter in den vergangenen Wochen exklusiv berichteten, können sich die Vereinigten Staaten nicht mehr auf zwischen-moslemische Feindse-

Naher Osten

Ein schokkierendes Eingeständnis

ligkeiten verlassen, um ihnen zu helfen, ihrem Lieblingsverbündeten – Israel – zu helfen, um seine beherrschende Stellung im Nahen Osten zu erhalten.

Über die Jahre hinweg bestand die amerikanische Außenpolitik darin, sich entweder dem Iran oder dem Irak »zuzuneigen«, abhängig davon, welches der beiden Länder schwächer zu sein schien. Dies führte zu der einzigen Katastrophe des Golfkrieges.

Jetzt besteht die Politik der US-Regierung darin, zu gewährleisten, daß sowohl der Iran als auch der Irak »für unbestimmte Zeit gleichermaßen schwach bleiben«.

Aber wie soll das ohne einen weiteren Krieg bewerkstelligt werden – ungeachtet dessen wie man eine solche Aktion nennen wird?

Wie zu erfahren ist, ist Saddam Hussein stärker als je zuvor, und das Land selbst wird von Tag zu Tag stärker. Wenn sich der Irak keine Sorgen über einen feindlichen Iran an seinen Grenzen zu machen braucht, kann er, seine Kräfte in andere Richtungen konzentrieren – wie zum Beispiel auf einen Verbündeten der USA.

Wovon die Clinton-Regierung – wenn auch mit einem Poker-Gesicht – faselt, sind internationale Sanktionen gegen beide Länder.

Wäre das genau so wie die internationalen Sanktionen, die der serbischen Aggression auf dem Balkan Einhalt gebieten sollen?

Angeblich gibt es bereits internationale Sanktionen gegen den Iran. Und dennoch baut das Land mit Riesenschritten auf. Sicherlich muß das Volk ohne viele Konsumgüter auskommen, aber die Dinge verbessern sich von Tag zu Tag. Und jetzt sollen wir glauben, daß wir sowohl gegen Irak als auch Iran Sanktionen verhängen können, um sie zu unterwerfen?

Beamte der US-Regierung sagen, daß Clinton und Co. planen, auf Verbündete der USA Druck auszuüben, um den Handel mit Teheran zu unterbinden, mit dem Argument, daß das Einkommen daraus dem iranischen Terrorismus und Unterwerfung vom Ausland her dienlich wäre, aber auch daß die sich ständig verschlechternde Wirtschaft und wachsende Schulden das Land zu einer schlechten Geldanlage mache.

»Diese neue Politik rührt von »einer klarköpfigen Einschätzung der Feindseligkeit her, die beide Regime gegenüber den Vereinigten Staaten und deren Verbündeten in der Region hegen«, sagte Martin S. Indyk, hochstehender Direktor für nahöstliche und südasiatische Angelegenheiten im National Security Council in einer Ansprache vor dem Washingtoner Institute for Near East Policy.

Sicherlich entspricht zumindest dies der Wahrheit. Sowohl der Iran als auch der Irak haben gute Gründe dafür, die Vereinigten Staaten zu hassen. Die haben auch die ruhelosen Bevölkerungen Saudi-Arabiens, sogar Syriens, die gegenwärtig von ihrer jeweiligen Regierung, die sie verachten, mit brutaler Gewalt, die zum Teil durch amerikanische Hilfe ermöglicht wird, in Schach gehalten werden.

Die Medien berichten auch darüber, daß Bill Clinton nicht damit rechnet, freundschaftliche Beziehungen zu Saddam Hussein zu unterhalten. Kein Wunder, angesichts der Tatsache, daß sich der irakische Führer verschworen hat, bis zum Tode gegen die Vereinigten Staaten und deren Verbündeten zu kämpfen, und nichts hat sich an diesem Konzept geändert, abgesehen von der Ablösung der Bush-Regierung im Weißen Haus. Wenn Clinton den Iran und den Irak schwächen will, muß er das militärisch tun, verlautet aus Informanten-Quellen. Und wenn er militärisch einschreitet, wird er allein handeln müssen, wie bereits ausgeführt wurde.

Wird die Clinton-Regierung eine einseitige militärische Aktion gegen Iran, Irak, oder beide, überleben? Das ist die einzige Frage, die in dem derzeitigen Verwirrspiel unbeantwortet geblieben ist. □

Dritte Welt

Die hoffnungsvollen neunziger Jahre

Die achtziger Jahre gelten für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt als verlorenes Jahrzehnt. Die neunziger Jahre dagegen sind vielversprechend: Nach Schätzungen der Weltbank wird die Wirtschaftsleistung in den wirtschaftlich weniger leistungsfähigen Regionen bis zum Jahr 2002 im Durchschnitt fast doppelt so stark wachsen wie in den großen Industriestaaten.

Auf den ersten Blick haben die Entwicklungsländer in den vergangenen zehn Jahren gar nicht schlecht abgeschnitten: Zwischen 1982 und 1992 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion der Dritten Welt um 30 Prozent – pro Jahr immerhin um 2,7 Prozent. Viel mehr Schwung hatten auch die Industrieländer nicht zu bieten. In der ersten Welt lag die jährliche Wachstumsrate bei 2,8 Prozent.

Aber: Unter Berücksichtigung der hohen Bevölkerungszunahme in weiten Teilen der Dritten Welt reichte das Plus kaum für eine erkennbare Verbesserung des Einkommensniveaus. In den Entwicklungsländern stieg das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 1982 und 1992 pro Kopf und Jahr gerade noch um magere 0,8 Prozent.

Bei näherem Hinsehen fällt das Ergebnis noch schlechter aus:

Außerhalb des dynamischen ostasiatischen Raums gingen die realen Pro-Kopf-Einkommen in der Dritten Welt überall zurück.

Im kommenden Jahrzehnt soll die Entwicklung wesentlich günstiger verlaufen – so jedenfalls sieht es die Weltbank auf der Basis umfangreicher ökometrischer Berechnungen. Die wirtschaftlichen Kerndaten für die Dekade 1992 bis 2002:

Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumstempos auf real 4,7 Prozent.

Forcierte Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen um jährlich 2,9 Prozent.

Ganz anders die G7-Länder USA, Kanada, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien: Sie müssen sich bis 2002 mit jahresdurchschnittlich 2,7 Prozent auf eine Fortsetzung des moderaten Wachstumstrends der achtziger Jahre einstellen.

Eine gute Chance für die Dritte Welt

Damit hat die Dritte Welt eine gute Chance, die Wohlstands-Lücke in nächster Zeit etwas zu verringern. In der Pro-Kopf-Rechnung wird der Abstand zur industrialisierten Welt zumindest nicht größer.

Die allgemeine Marschzahl für die Entwicklungsländer verdeckt allerdings beträchtliche regionale Unterschiede:

Für die Entwicklungsländer in Europa/Zentralasien sind die Wachstumsperspektiven mit 2,1 Prozent am ungünstigsten.

Zu dieser Region zählt die Weltbank auch den früheren Ostblock. Diese Volkswirtschaften werden noch einige Jahre mit der Transformations-Krise zu kämpfen haben und schrumpfen. Erst für das Ende dieses Jahrzehnts können sie das Wachstumstempo auf vier bis fünf Prozent beschleunigen.

Die Folge der U-förmigen Entwicklung: Erst am Anfang des nächsten Jahrtausends dürfte das Produktions- und Einkommensniveau der achtziger Jahre wieder erreicht werden.

Für Subsahara-Afrika bleiben die Perspektiven ebenfalls relativ düster – trotz eines Wirtschaftswachstums von immerhin 3,7 Prozent. Denn bei einer Bevölkerungszunahme von voraussichtlich über drei Prozent pro Jahr bleibt kaum Spielraum für eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens.

Als wesentliche Triebfeder erweist sich dabei die extrem hohe gesamtwirtschaftliche Ersparnis:

In den neunziger Jahren wird vermutlich ein gutes Drittel der Einkommen gespart. Dieser Konsumverzicht ermöglicht ungewöhnlich hohe Investitionsquoten. Hinzu kommt: Der Handelsaustausch innerhalb Asiens wird immer intensiver. Das schafft zusätzliche Wachstumspotentiale für die kommenden Jahre.

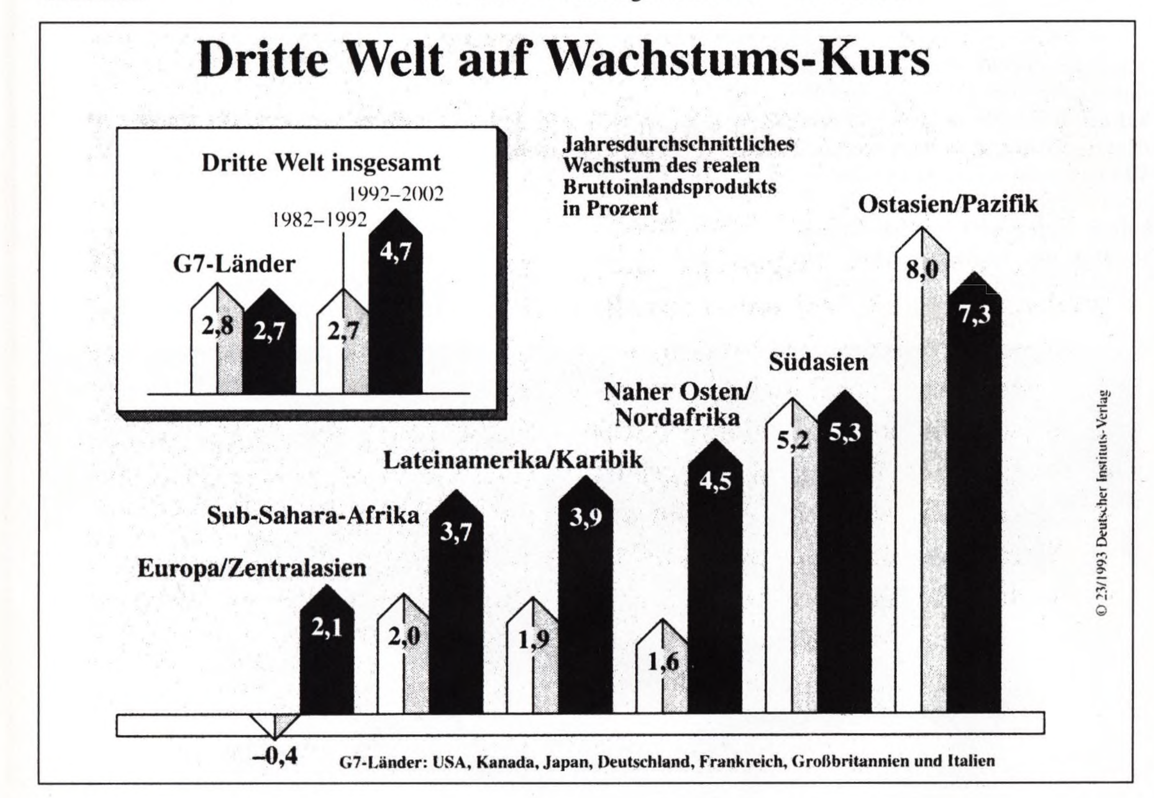
Von herausragender Bedeutung ist China: Es vereinigt allein die Hälfte der Produktion und zwei Drittel der Bevölkerung der Region auf sich. Gemeinsam mit seinen kleinen Nachbarstaaten wird China von der Weltbank inzwischen neben den Vereinigten Staaten, Japan und Europa als vierter Wachstumspol der Weltwirtschaft bezeichnet.

Der chinesiche Wirtschaftsraum dürfte, in Kaufkraft-Paritäten gemessen, im Jahr 2002 sogar eine leicht höhere Wirtschaftsleistung erbringen als die USA. Gegenwärtig ist das Verhältnis noch etwa eins zu zwei.

Jedoch: Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet wird der Abstand des chinesischen Wirtschaftsraums zu den etablierten Wohlstands-Zentren auch Anfang des nächsten Jahrzehnts noch groß sein. Im Vergleich zu Amerikanern, Japanern und Europäern dürfte das Pro-Kopf-Einkommen der Chinesen nur etwa bei einem Fünftel liegen.

Für die Wachstumsperspektiven der Entwicklungsländer sind maßgebend:

Günstigeres weltwirtschaftliches Umfeld. Trotz der nur mäßigen Wachstumsaussichten für die Industrieländer haben sich die äußeren ökonomischen Bedingungen für die Dritte Welt nachhaltig verbessert:



Die Zahl der Armen dürfte daher in diesem ohnehin ärmsten Teil der Welt von heute 200 Millionen auf 300 Millionen im Jahr 2000 zunehmen.

Die Zahl der Armen nimmt weiter zu

Ostasien/Pazifik bleibt auch künftig das Wachstums-Zentrum der Dritten Welt. Die dort zu erwartende jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 7,3 Prozent bedeutet, daß sich das reale Bruttoinlandsprodukt in zehn Jahren verdoppelt haben wird.

Viele Länder aus dieser Region werden spätestens im Jahr 2000 in die Riege der Industrieländer aufsteigen – einige stehen schon heute kurz davor.

Der Welthandel dürfte in den neunziger Jahren mit jährlich 5,8 Prozent deutlich schneller wachsen als im vorangegangenen Jahrzehnt (3,7 Prozent).

Die Realzinsen auf den Weltkapitalmärkten liegen künftig vermutlich um mehr als einen Prozentpunkt unter dem Niveau der jüngeren Vergangenheit.

Die Zeiten sinkender Rohstoffpreise sind offenbar vorbei; für die Entwicklungsländer zeichnen sich höhere Export-Erlöse ab.
Die Belastungen durch die Schuldenkrise der achtziger Jahre sind weitgehend überwunden.

Mehr Marktwirtschaft im Inneren: Zahlreiche Länder der Dritten Welt haben in den vergangenen Jahren marktwirtschaftliche Reformen eingeleitet – auch solche, die nicht zum kommunistischen Einflußbereich gehörten. Wichtige Bestandteile der Reformen:

Handelsliberalisierung und Abkehr von der Politik der Importsubstitution, Konsolidierung des Staatshaushalts und effizientere Finanzpolitik, Stärkung der Notenbank und dadurch niedrigere Inflationsraten, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft durch Privatisierung, Rückgriff auf Markt- und Preismechanismen.

Gefahr droht von der Rezession der Industriestaaten

Zugang zu externen Finanzquellen: Zur Bewältigung der Schuldenkrise mußten viele Entwicklungsländer in den achtziger Jahren die Importe drastisch kürzen und ihre Investitionspläne zusammenstreichen.

Inzwischen verfügen diese Staaten vielfach wieder über internationale Kreditwürdigkeit. Auch vom stark angeschwollenen Strom der grenzüberschreitenden Investitionen fließt in jüngster Zeit wieder ein zunehmender Teil in die Länder der Dritten Welt.

Natürlich kann die Entwicklung bis zur Jahrtausend-Wende auch weniger positiv verlaufen – dann nämlich, wenn sich die gegenwärtige Rezession in den Industriestaaten verfestigt und dadurch der Protektionismus zunimmt.
Auch diesen Fall haben die Weltbank-Experten in einer Modellrechnung durchgespielt. Ergebnis:

Für die Entwicklungsländer insgesamt wäre eine um 1,6 Prozentpunkte geringere Wachstumsrate zu erwarten.

Am stärksten betroffen würden Subsahara-Afrika, Lateinamerika sowie die ehemaligen Ostblockstaaten mit einem Wachstumsverlust von jeweils rund zwei Prozentpunkten.

Ostasien käme mit einer nur um 1,1 Prozentpunkte veringerten Wachstumsrate noch relativ glimpflich davon. Das zeigt, wie sehr dieser Raum inzwischen von einer eigenständigen Wachstumsdynamik getragen wird. □

USA

Mordliste von Washington gebilligt

Lawrence Wilmot

Mord in großem oder geringerem Umfang – ob es sich nun darum handelt, ein einzelnes Ziel zu »erledigen oder eine aufsässige Bevölkerung zu dezimieren – ist beim CIA die übliche Taktik. Obwohl ihm theoretisch von Gesetzes wegen untersagt ist, jemanden zu töten, mag der CIA in den vergangenen 45 Jahren sehr wohl direkt oder indirekt für mehr Todesfälle durch Gewalt verantwortlich sein als die US-Army, sagen Historiker des kalten Krieges. Ein ehemaliger CIA-Beamter, John Stockwell, behauptet, daß verdeckte Aktionen des Geheimdienstes weltweit »Millionen von Menschenleben« gekostet hätten.

Eine auf den neuesten Stand gebrachte Auflistung von Opfern des CIA würde Hunderte von Seiten füllen, fand ein Reporter, der sich mit diesem Thema befaßt, kürzlich heraus. Zu den am besten bekannten Mordzielen der Dienststelle gehören:

Eine interessante Namensliste

Im Juni 1959, Oberst Ahmad Bukkiting, ein indonesischer Offizier. Ihm wurde aufgelauert, und er wurde in Zentral-Sumatra in seinem Wagen ermordet. Er stand unter dem Verdacht, versucht zu haben, aus einem vom CIA organisierten Militär-Putsch gegen Indonesiens Sukarno-Regierung auszuscheren.

Am 17. Januar 1961 wurde der Premierminister von Kongo – jetzt Zaire –, Patrice Lumumba, von einheimischen Kräften, die vom CIA bezahlt und bewaffnet wurden, ermordet. Die offizielle Erklärung lautete: Lumumba war »ein sowjetischer Bauer auf dem Schachbrett«. Der wirkliche Grund: Ein von David Rockefeller beherrschtes Finanzkonsortium hatte die reichen Gesteinsressourcen der Region im Visier. Ein entgegenkommender und äußerst korrupter Führer wurde eingesetzt, Mobuto Sese Seko, dessen legendäre Abschöpfung von Auslandshilfe ihn zu einem der wohlhabendsten Männer der Welt machten.

Im Mai 1961 wurde General Rafael Leonidas Trujillo, der als amerikafreundliche bekannte lange herrschende starke Mann der Dominikanischen Republik, in seiner von einem Chauffeur gefahrenen Limusine von einer vom CIA angeworbenen und bezahlten Schlägermannschaft erschossen. Die offizielle Erklärung: Trujillo war ein Verletzer der »Menschenrechte«, der dazu neigte, seine Rivalen zu »erledigen«. Der wirkliche Grund: Einer der von Trujillo liquidierten Feinde, Dr. Jesus Galindez, war ein verdeckter Schlüsselagent des CIA.

1961–62 organisierte der CIA mehrere Anschläge gegen Dr. François »Papa Doc« Duvalier, Haitis finsterer Diktator. Er überlebte, aber einer von Clement Barbot, der ein Leibwächter des haitianischen Präsidenten war, bevor er für den CIA arbeitete, angeführten Schlägermannschaft gelang es, eine von Duvaliers Töchter und einige seiner Mitarbeiter zu töten. Der Grund: Befürchtungen des Weißen Hauses, daß Duvalier ein gefährlicher Verrückter war.

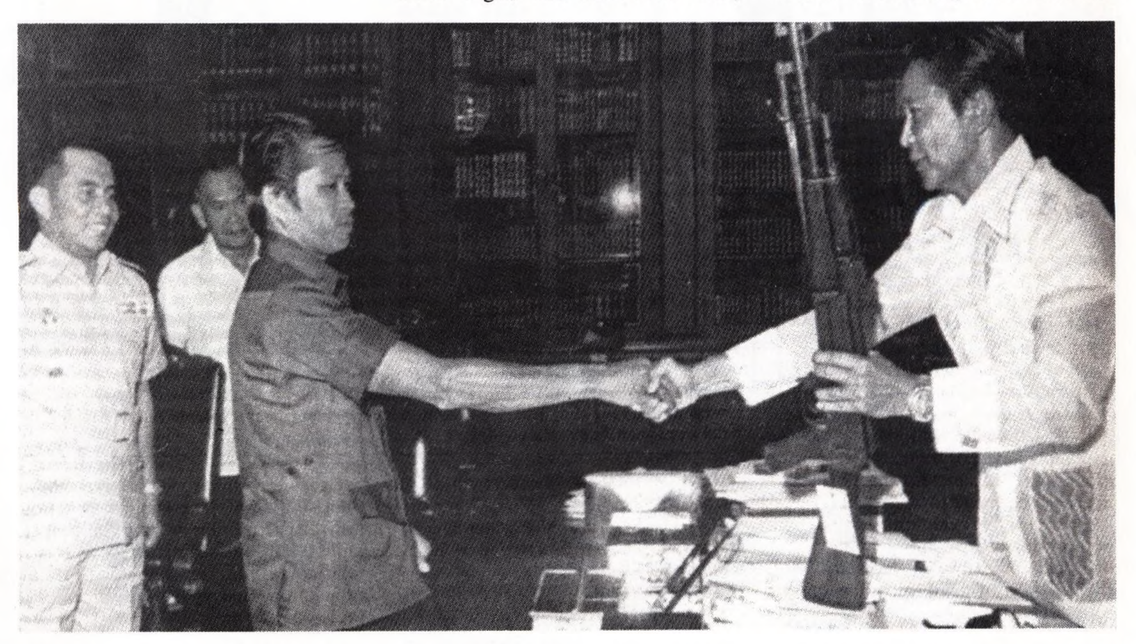
Kennedy starb, Castro überlebte

Der südvietnamesische Präsident Ngo Dinh Diem wurde 1963 zusammen mit seinem Bruder, Ngo Dinh Ngu, wie berichtet wird, auf direkten Befehl des Weißen Hauses ermordet.

Am 22. November 1963, während eines Besuchs in Dallas, kam US-Präsident John F. Kennedy in die Schußlinie einer Schlägermannschaft, deren Spuren bis zum CIA führten. Am gleichen Tage hielt der Chef der Geheimdienste des CIA, Desmond FitzGerald, in einem Pariser Hotelzimmer eine geheime Sitzung ab, um einem kubanischen Kontaktmann einen Kugelschreiber mit vergifteter Spitze zu übergeben, der dazu geeignet war, den kubanischen Präsidenten Fidel Castro zu töten. Kennedy starb; der kommunistische Diktator überlebte den Attentatsversuch des CIA.

Im März 1965 reiste eine von Oberst Roger de Tassigny geleitete französische Inspektionsmannschaft durch Laos und Vietnam und sammelte Beweise für den von CIA-Agenten überwachten und geschützten blühenden illegalen Drogenhandel. Nachdem sie in einem amerikanischen Hubschrauber von Saigon abgeflogen waren, wurden sie durch eine Explosion in der Luft getötet. Die offizielle Erklärung: Der CIA sah die Fahndung als Bedrohung und als Versuch, seine verdeckten Netzwerke in ganz Indochina zu sabotieren, an.

Salvador Allende, Präsident von Chile, wurde 1973 während eines vom CIA inszenierten Staatsstreichs, bei dem der Geheimdienst sich mit chilenischen Offizieren verschwor, um den Präsidenten zu ermorden und eine Militär-Junta zu installieren, gestürzt und getötet.



Ferdinand Marcos (rechts) wurde von CIA-Agenten 1986 als Präsident der Philippinen gestürzt.

Im Juni 1973 wurden Rodolfo »El Cojo« Cisneros und Mario Avila, die mutmaßlichen Führer einer mexikanischen Marihuana-Bande, in Panama erschossen. Der Mord an ihnen war Teil einer streng geheimen CIA-Operation mit dem Decknamen »Deacon

II«, die darauf abzielte, »Hauptstützen des Drogenhandels außerhalb der Reichweite des herkömmlichen amerikanischen Gesetzesvollzugs zu beseitigen«, bei der mehr als ein Dutzend des Drogenhandels Verdächtigte ermordet wurden.

Die geheime CIA-Operation Deacon II

Der chilenische Diplomat Orlando Letelier, der nach dem Staatsstreich wegen seiner Kritik an der Übernahme der Macht durch den CIA im Exil lebte, wurde 1976 in Washington bei einem Bombenanschlag auf seinen Wagen getötet. Alle Anzeichen deuten auf einen CIA-Schlag im Herzen der Hauptstadt der USA hin.

Im Januar 1978 schmuggelte eine Mannschaft von CIA-Agenten eine Bombe an Bord einer kubanischen Luftverkehrsmaschine, die zwecks Auftanken in Barbados zwischengelandet war. Die Maschine explodierte kurz nach dem Start und alle 83 Insassen wurden getötet. Die offizielle Erklärung: Die Bombe sollte hochgehen, als die Verkehrsmaschine noch am Boden war und schweren Schaden, aber keinen Verlust an Menschenleben verursachen, ging aber zufällig zu spät hoch. Die Wahrheit: Der Sprengstoff detonierte genau nach Plan. Der CIA hat kein Mitleid mit kubanischen Toten.

Der CIA streitet jede Beteiligung ab

Am 26. Januar 1980 wurde Francis John Nugan, Vorstandsvorsitzender der Nugan Hand Bank, in Lithgow, Australien, erschossen in seiner Mercedes-Limusine aufgefunden. Der Mord an Nugan – er soll ein geheimer Börsenmakler und Waffenschmuggler des CIA gewesen sein – wird jetzt von australischen Behörden dem CIA angelastet.

Als Vergeltung für die vermutete Unterstützung für das Wiederaufleben militanter Moslems durch den Iran – vor allem im Libanon, wo William Buckley, der örtliche Stationschef des Geheimdienstes, zu den amerikanischen Geiseln gehörte – führte der CIA von 1981 bis 1990 eine verdeckte Kampagne des Terrorismus und des Mordes gegen den Iran. Mindestens 14 Schlüsselmitglieder und Religionsführer der fundamentalistischen Regierung des Iran wurden getötet oder schwer verletzt. Der CIA stritt jede Beteiligung ab.



Nicht nur einmal versuchte der CIA den kubanischen Präsidenten Fidel Castro zu töten.



Schah Reza Pahlevi wollte Persien zu einer politischen und militärischen Macht in der Golfregion aufbauen. Er wurde mit Hilfe des CIA gestürzt.

Als Teil der oben erwähnten Kampagne versuchte der CIA, Scheich Mohammed Fadlallah, geistiger Führer einer Parteiung, die verdächtigt wird, Amerikaner entführt zu haben, 1986 mit einer gewaltigen Autobombe getötet.

Der Scheich entging dem Anschlag, aber 80 Danebenstehende wurden getötet.

Am 11. August 1988 wurde Malcolm McHugh, ein kanadischer Waffendealer, in seiner Brüsseler Wohnung erschossen. Wie berichtet wird, hatte er eine Mannschaft von CIA-Einbrechern, die gerade seine Akten nach Beweisen für illegalen Handel mit Kuba durchsuchten, überrascht.

Die vertraute Taktik des CIA

Am 17. August 1988 starb General Zia ul-Haq, Pakistans Präsident und starker Mann des Militärs, bei einer Explosion seines Flugzeugs in der Luft. Sein Tod kam nach einer harten Auseinandersetzung zwischen seiner Regierung und dem CIA über die Führung des Bürgerkriegs in Afghanistan, der in einem bitteren Stillstand festgefahren war, und wird jetzt von pakistanischen Fahndern generell dem CIA angelastet.

Im Oktober 1989 wurde Whitman Conte, ein amerikanischer Pilot, in Südafrika durch eine im Gepäckraum seines kleinen Flugzeugs versteckte Bombe getötet. Seit langem in vom CIA geförderte Diamantenschmuggelflüge verwickelt, soll Conte vorgehabt haben, seine Story den Medien zu verkaufen, als er zum Schweigen gebracht wurde.

Derek Swanepool, ein britischer Journalist, machte im vergangenen Jahr häufig Besuche auf den Philippinen, um Beweise für Auszahlungen zu sammeln, die amerikanische Beamte und CIA-Agenten, die 1986 am Sturz der Regierung von Ferdinand Marcos beteiligt waren, erhalten haben sollen. Im Februar 1993 wurde er in seinem Hotelzimmer erschossen aufgefunden. Swanepool soll einen Volltreffer gelandet haben, der zu Strafanzeigen auf hoher Ebene unter den Bürokraten für Nationale Sicherheit in Washington, die Marcos stürzten, geführt hätte. Informanten, die mit der Taktik des CIA vertraut sind, sagen, es sei ein Schlag dieses Geheimdienstes gewesen. □



Gedanken zur Lage der Juden in Amerika

John Springfield

Es handelt sich nicht mehr nur darum, israelfreundlich zu sein. Viele Jahre lang war es für einen amerikanischen Juden leicht, ein Zionist zu sein. Er brauchte nur seine Liebe zu Israel erklären und vielleicht ein paar Dollar für die gemeinsame Sache beizusteuern. Er brauchte nicht einmal zu einem Besuch dort hinzufahren oder in bezug auf sein Judesein besonders fromm zu sein. Er konnte eine Schickse (Nichtjüdin) heiraten, brauchte niemals zur Synagoge zu gehen und konnte tun und lassen, was er wollte – solange er Israel liebte. Jetzt ist das nicht genug, sagen die Führer jüdischer Organisationen.

Israel ist als Amerikas permanenter Flugzeugträger in der Region auf Wache gegen den sowjetischen Imperialismus und islamischen Extremismus mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Auftauchen eines neuen Machtblocks am Persischen Golf auf Trockendock gesetzt worden. Die guten alten Tage, wo es hieß, wir gegen sie, Juden gegen Araber, schwinden langsam dahin, jetzt, wo der Konsens über Frieden im Nahen Osten an Schwungkraft gewinnt. Privatisierung und freies Unternehmertum erschüttern die Grundfesten des herkömmlichen Sozialismus im Judenstaat.

Es ändert sich vieles in Israel

Dort ändert sich manches. Und in Amerika hat die jüdische pro-israelische aktivistische Gemeinde ihren Kompaß verloren. Einige Starrköpfe, wie der Ex-Marxist Norman Podhoretz von der Zeitschrift »Commentary«, sagen, daß die gegenwärtige israelische Regierung nicht weiß, was sie tut, und amerikanische Juden müssen die Israelis vor sich selbst retten. Andere Wahnsinnskomiker – zum Beispiel der Kolumnenschreiber der »New York Times« und ehemalige Liberale Abe Rosenthal – beten für den Zusammenbruch der Arbeiter-Regierung und für die Rückkehr der Likudniks, die derzeit von dem großspurigen Reaktionär Bibi Netanyahu angeführt werden. Ihre Enttäuschung wird nur durch ihr verzweifeltes Verlangen, unter amerikanischen Juden Stimmen von Wert zu bleiben, übertroffen.

Andere, scharfsinnigere Mitglieder der aktivistischen Gemeinde, sehen Israel und die wechselnden Ereignisse im Lichte tieferer Probleme, die auf die amerikanische Judenheit zukommen.
Robert Lifton, Präsident des American Jewish Congress, der in Washington seine 87. Jahreskonferenz abhielt, trifft folgende Feststellung: »Über 50 Prozent der derzeitigen Eheschließungen amerikanischer Juden und Jüdinnen ... sind Vereinigungen mit Ehepartnern anderer Konfessionen.« Daher, sagt er, ist es offensichtlich, daß »eine bedeutende Anzahl der Nachkommenschaft aus diesen Ehen dem Judentum gleichgültig gegenüberstehen werden... Bei dieser Sachlage ist ein steiler Rückgang der amerikanisch-jüdischen Identität in nicht zu ferner Zukunft vorauszusehen«.

Die Stärkung der jüdischen Identität ist daher die neue Herausforderung, der sich amerikanisch-jüdische Organisationen stellen müssen, sagt Lifton. Um dies zu tun, muß der kommenden Generation amerikanischer Juden erklärt werden, was es ist, das das Überleben des Judentums rechtfertigt, und ein zwingender jüdischer Daseinszweck wird hergestellt werden müssen, um als erneuerte Kraftquelle zu dienen. In bezug auf beide Notwendigkeiten, meint Lifton, übernimmt Israel eine entscheidende Rolle.

Er warnt davor, daß »die Akzeptanz von Juden in der amerikanischen Gesellschaft eine zu starke Macht ist, um nur durch Bemühungen, die jüdische Erziehung zu verstärken und jüdische Werte einzupflanzen, wie ernsthaft diese auch immer sein mögen, auf Distanz gehalten zu werden«. Daher »ist nur Israel ... in der Lage, in den erforderlichen Dimensionen Anregungen zu geben, um einen wirklichen Unterschied im Leben amerikanischer Juden zu erreichen und um junge Juden zu beeinflussen, im Schoße des Judentums zu verbleiben«.

Israel ist nicht immer ein Vorbild

Die ganze neue Konzentration auf jüdische Kontinuität, führt Lifton aus, findet statt »im Zusammenhang mit einem sich verändernden Verhältnis zwischen der jüdisch-amerikanischen Gemeinde und Israel«. Er zitiert Charles Goodman, Präsident des Council of Jewish Federations, der gesagt haben soll, daß amerikanische Juden Realisten sein müssen. »Das heutige Israel ist nicht das Israel von 1948. Unsere Fähigkeit, uns auf Israel zu beziehen, seinem Volk und seinen Institutionen hilfreich entgegenzutreten und an seiner Entwicklung Anteil zu nehmen, wird von uns verlangen, nach neuen Wegen zu suchen, um die Partnerschaft zu stärken.«

Die sich verändernde Natur der Partnerschaft rührt zum Teil von Israels Selbstbetrachtung und seinem Verhältnis zur amerikanischen Regierung her, sagt Lifton. Aber, »da die Einstellung sich von dem, was einige in der jüdischen Gemeinde gewohnt sind zu tun, unterscheidet, entstehen unvermeidlicherweise gewisse Spannungen«. Mit anderen Worten, die örtlichen Bauerntölpel mögen es nicht so sehr, daß Shamir und seine Verfechter Großisraels verschwunden sind und Yitzhak Shamir und seine Friedensfreunde jetzt im Judenstaat an der Macht sind. »Herr Rabin hat es überdeutlich klar gemacht, daß er nicht will, daß jüdisch-amerikanische Organisationen im Namen Israels als Vermittler zur US-Regierung auftreten.«

Das Leben in der Diaspora

Von daher gesehen erfordert die Bewahrung des Judeseins der amerikanischen Judenheit »ein Programm langfristiger Besuche und des persönlichen Kontakts mit israelischen kulturellen und geistigen Errungenschaften«, sagt Lifton. Aber er warnt: »Es gibt Breiche des israelischen Lebens, die die jüdisch-amerikanische Jugend kaum bewundertn kann.« Einer davon ist natürlich Israels Gewalt über die »rebellierende palästinensische Bevölkerung« des Westufers und Gazas. Ein anderer ist die »unverhältnismäßig große Macht der Ultra-orthodoxen und die Diskriminierung gegen das konservative und Reform-Judentum«, Bewegungen, denen sich die meisten amerikanischen Juden angeschlossen haben. Noch ein weiterer Bereich ist die Tatsache, daß »israelische Intellektuelle schon seit vielen Jahren das Leben in der Diaspora als geringere jüdische Existenz verteufeln«.

Vielleicht könnte eine echte Partnerschaft zwischen amerikanischen und israelischen Juden Israel helfen, äußert Lifton. Vielleicht, meint er, können die Amerikaner ihren israelischen Vettern ein »tieferes Verständnis für die besten Elemente der amerikanischen Demokratie« vermitteln. Das heißt nicht viel für ein Land, das so oft als »die einzige Demokratie im Nahen Osten« herausgestellt wird.

Keine Aliya amerikanischer Juden

Um eine bessere Partnerschaft herzustellen, sagt Lifton, ist es nicht genug, lediglich Gelder zu spenden oder dem Judenstaat politische Unterstützung zu gewäh-

ren. Und damit zu rechnen, daß amerikanische Juden nach Israel auswandern, ist sinnlos. Die »ausbaldowerten Israelis« haben endlich die Tatsache akzeptiert, daß keine Aliya amerikanischer Juden jemals stattfinden wird. Und wenn das der Fall wäre, sagt Lifton, dann wäre es so, »weil amerikanische Juden sich in ihrer Gesellschaft so unsicher fühlen, daß dies auch für Israel eine Katastrophe heraufbeschwören würde«.

Wie soll sich diese neue und bessere Partnerschaft nun vollziehen? Durch Investitionen in Israel, Gründung neuer Unternehmen und anderweitige Vereinigung der wirtschaftlichen Kräfte bieten amerikanische Juden Israel das, was es am meisten benötigt, um die Einwanderungsflut sowjetischer Juden zu absorbieren und als Staat zu gedeihen, antwortet Lifton. Aber – als ob man das nicht wüßte – die Sache hat einen Haken.

Probleme für das Judentum

»Amerikanische Juden«, sagt Lifton, »können ihr Vermögen und Glück mit Israelis in einer Weise verschmelzen, die ihnen die Fähigkeit und das Recht verleiht, mitzuhelfen, den zukünftigen Weg des Judenstaates mitzugestalten«. Indem man dies tut, kann das amerikanische Judentum dazu beitragen »ein Israel zu schaffen, das die jüdisch-amerikanische Jugend bewundern und mit dessen Vermächtnis sie sich identifizieren kann«. Und dies würde »die beste Chance sein, sie im jüdischen Umlaufkreis zu halten«.

Dies ist keine Logik. Was Lifton da sagt, ist, auch wenn er es nicht zugeben will, daß die Masse der Juden Amerikas sich allmählich mit der amerikanischen Gesellschaft verschmilzt – und dies ist weder für das traditionelle Judentum noch für dessen populäreren Ersatz, das Judesein, gut.

Seit beinahe 45 Jahren wird der Trend zur Assimilierung dadurch verschleiert, daß der Pro-Israelismus als Religion für die meisten amerikanischen Juden an die Stelle des Judentums trat. Obwohl die Liebe zu Israel dazu beitrug, das Judesein, wenn auch nicht das Judentum, zu fördern, war es nur eine vorübergehende, Lücken füllende Maßnahme. Die Torheit der israelfreundlichen Verehrer wird für alle Betroffenen augenscheinlich.



Israel war der Traum und die Hoffnung auch der amerikanischen Juden, als Ben Gurionn gleich nach dem Abzug der britischen Truppen den neuen Staat ausrief.

Umwandlung jüdischer Wirtschaftsmacht in Politik

Außer der Bemühung, sich der Flut der Mischehen und der Assimilierung entgegenzustemmen, sieht sich die organisierte amerikanische Judenheit noch zwei weiteren Herausforderungen gegenüber, behauptet Lifton. »Die erste besteht darin, unser Wohlergehen in den Vereinigten Staaten abzusichern. Die zweite besteht darin, mitzuhelfen, ein starkes Israel zu bewahren, das jede gefährdete jüdische Bevölkerung aufnehmen kann.«

»Die Fähigkeit, diese Mandate zu erfüllen, wird durch Maximierung der Macht der Juden in Amerika verbessert«, meint Lifton. »Die Macht rührt von unserer Bereitschaft her, bei der Ernennung und Wahl von Kandidaten für das Regierungsamt durch unsere Stimmen und unsere Finanzierung mitzuwirken. Sie wird ausgeübt, um unsere Interessen als Juden bei der Regierung und in den gesetzgebenden Körperschaften und Gerichten unseres Landes voranzutreiben.«

Es ist mit anderen Worten die Übersetzung jüdischer Wirtschaftsmacht in politische Macht.

Zu diesem Zweck bilden das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und der National Jewish Democratic Council den Schwerpunkt dieser Macht, sagt Lifton. Sein eigener American Jewish Congress, das American Jewish Committee und die Anti-Defamation League (ADL) »nutzen diese Macht über amerikanische politische Institutionen, vor allem das Gerichtswesen, um Antisemitismus, Bigotterie und andere Formen des Rassismus zu bekämpfen und unsere Rechte zu schützen«, behauptet er.

Wo ist all dieser Antisemitismus von dem Lifton faselt? Hat er nicht soeben selbst gesagt, daß die amerikanische Judenheit auf Grund von Mischehen und Assimilation praktisch verschwindet? Und was für eine Art Bigotterie und Rassismus bekämpft die ADL, wenn sie liberale jüdische Gruppen ausspioniert oder versucht, ihre Kritiker mit Lügen zu diffamieren?

Lifton sagt, daß alle diese aktivistischen jüdischen Organisationen »rund 70 Millionen Dollar pro Jahr« kosten, um operieren zu können, und viele Millionen mehr werden für »andere jüdische Organisationen ausgegeben, die sich fast auf dem gleichen Boden bewegen«. Aber angesichts der bedeutsamen Vergünstigungen, das heißt, des ungeheuren Einflusses den die jüdische Gemeinde von diesen Gruppen ableitet«, sagt er, »sind diese Kosten nicht zu hoch«.

»Außerdem«, meint Lifton, »müssen diese Organisationen auch in der Lage sein, mitzuhelfen, amerikanische Juden enger in die israelische Gesellschaft, Kultur und Geschäftswelt zu integrieren, so daß sie enge Partner werden ... und zukünftige Generationen zu inspirieren, sich weiterhin für das jüdische Leben zu engagieren«.

Die Besessenheit amerikanischer Juden auf Israel ist der einer verheirateten Frau, die sich Hals über Kopf in einen jüngeren, kühneren Mann verliebt hat, nicht unähnlich. Sie wird fast alles tun, bis auf eine Scheidung, um in der Gunst ihres Liebhabers zu bleiben. Und dennoch hat er sie stets ziemlich lieblos behandelt, ausgenommen, wenn er Geld brauchte, um seine anderen Interessen zu finanzieren. Aber jetzt handelt er, als ob er sie schon bald verlassen und seine eigenen Wege gehen würde. Verzweifelt sucht sie nach neuen Möglichkeiten, um sich an ihn zu klammern und verspricht, ihm noch mehr Gefallen zu erweisen. Aber sie kann sich immer noch nicht dazu überwinden, ihr reiches, komfortables Heim zu verlassen. Und sie wird dabei älter und weniger anziehend. Wieviel länger kann diese Liebesaffäre noch anhalten? □

USA

Eliten der neuen Welle sind an der Macht

Victor Marchetti

Vergessen Sie alle jene Verschwörungstheorien über die Bilderberger, Trilateristen und den Council on Foreign Relations (CFR). Das ist ein alter Hut. Es ist eine neue Bande in Erscheinung getreten. Es sind die Babyboomers – Angehörige der geburtenstarken Jahrgänge – der vierziger Jahre, die Kinder der »Neuen Welle«, die jetzt die amerikanische Regierung anführen. Und sie haben ihren eigenen elitären Kult. Es ist die »Renaissance Gang« – und US-Präsident Bill Clinton und seine Frau Hillary sind ihre Führer.

Einige Beobachter Clintons sehen die Renaissance-Gang als Schlüssel zu Clintons Aufstieg zur Präsidentschaft an. Und mit Unterstützung dieser ehrgeizigen und entschlossenen Gruppe von Loyalisten wird Clinton danach streben, die amerikanische Gesellschaft umzuformen, während seine Frau die »Politik des Gefühls« betreibt. Nachstehend bringen wir das, was ein besorgter Jacob Weisberg von der israelfreundlichen »New Republic« darüber zu sagen hat, was er »Clincest: Washington's New Ruling Class« nennt.

Sie sind alle strukturell miteinander verflochten

»Die Mafia der Rhodes-Gelehrten ist erst der Anfang. In Clintons Washington sind die Welten der Medien, Regierung, Gesetz und Akademikertum jetzt strukturell miteinander verflochten. Fast alle scheinen miteinander zur Schule gegangen zu sein, sind miteinander verheiratet, schreiben über einander oder einer vertritt die Interessen des anderen. Und prahlt damit«.

Die Clinton-Bande setzt sich »fast zur Gänze aus privilegierten Babyboomers zusammen, die, wie Clinton, jugendliche Gegner des Vietnam-Kriegs waren, aber Eliteschulen besuchten, während die sozial-wirtschaftlich unter ihnen Stehenden im Vietnam-Krieg kämpften«, behauptet Weisberg.

Jetzt an der Spitze der amerikanischen Regierung, »hat diese Gruppe ein ausgesprochen elitäres Klassenbewußtsein, das ihnen sagt, daß sie nicht nur Glück haben, hier an der Macht zu sein. Sie leiten die Dinge, weil sie die Besten sind.«

Der wirkliche Club der Insider

Die meisten der Clinton-Bande – und einige Gruppierungen, die um sie herumschwärmen – gehören zur Renaissance-Gang. Die Bande trifft sich jedes Neujahrs-Wochenende in Hilton Head, South Carolina, so daß ihre Mitglieder und ihre Ehegatten – mächtige Paare wie die Clintons – gesellschaftlich miteinander verkehren und politische Gedanken austauschen können. Das Treffen in diesem Jahr, nach Clintons Wahlsieg, war besonders bedeutsam, weil viele der Anwesenden zum Dienst in der neuen Regierung gewählt wurden. Diese Friends of Bill (FOBs) and Hillary (FOHs) bilden jetzt den inneren Kreis von Mr. and Mrs. Clintons Regierung, der von dem Lieblingsbuch der Gruppe – David Osbornes »Reinventing Government« angeregt wird.

Das Renaissance-Weekend ist die Schöpfung von Phil Lader, ein Geschäftsmann aus South Carolina (über New York) und Zeitungsherausgeber. Er wurde kürzlich von Clinton zum stellvertretenden Direktor für Geschäftsführung im Office of Management and Budget ernannt. 1988 mit einer Versammlung von weniger als 100 aufstrebenden Politikern und Rechtsanwälten des Südens erstmals durchgeführt, ist das Renaissance-Weekend die Alternative der neuen Elite zum jährlichen, nur männlichen Picknick in Bohemian Grove in California – und zumindest in dieser Regierung die weit mächtigere.

Die Clintonisten, Bill and Hillary, und einige aus der Renaissance-Gang stehen auch mit dem CFR und der internationalistischen Trilateralen Kommission und/oder Bilderberg-Gruppe in Verbindung. Aber die Mitgliedschaft in diesen traditionelleren Klubs des Establishments wird nicht als lebenswichtig für die Machtgrundlage der neuen Elite erachtet. Für die Clintonisten ist die Renaissance-Gang der wirkliche Klub der Insider, und das jährliche Renaissance-Weekend in Hilton Head ist der Ort, wo man hingehört. In den acht Jahren seit ihrer Gründung ist die Gästeliste der Renaissance-Gang auf 1500 sorgfältig auserlesene Personen gewachsen.

Einer der Gründe dafür, daß über das Renaissance-Weekend in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, besteht darin, daß es den geladenen Gästen der Medien verboten ist, über das Ereignis zu schreiben, es sei denn in der allgemeinsten Form und in den höchsten Tönen. Howard Fineman von der Zeitschrift »Newsweek« war einer der geladenen Gäste. Es waren Fineman und dessen Frau Amy Nathan, eine Anwältin und Interessensvertreterin, die die Clintons dazu überredeten, ihre Tochter Chelsea auf die Sidwell Friends Academy, anstatt auf eine öffentliche Schule in Washington zu schikken.

Die Schule der Mächtigen

Sidwell ist voller Kinder von mächtigen Paaren, wie Hillarys weiblicher Mentor Marian Wright Edelman, deren Ehemann Peter wahrscheinlich im US-Justizministerium landen wird. Andere Sidwell-Kinder sind: Die Kinder von Don Graham, Herausgeber der »Washington Post« und seine Frau Mary, die nebenan von den Edelmans in Washington wohnen; die Kinder von Bob Kaiser und Bob Woodward von der »Washington Post«; und die Enkelkinder von Arthur Ochs Sulzberger, Vorstandsvorsitzender der »New York Times«.

»Ein Kind in Sidwell zu haben, ist fast so gut, wie ein FOB oder FOH zu sein«, sagt Weisberg. Es war daher keine Überraschung, daß viele in den Medien, deren eigene Kinder die hochrangige Privatschule besuchen oder einst besuchten, Clintons Auswahl verteidigen, darunter: Kolumnenschreiber und Fernsehkommentator Mark Shields, Jim Lehrer von der »McNeil-Lehrer News Hour« des Fernsehens und Judy Woodrow vom PBS, die jetzt beim NBC ist. □



Das Entgegenkommen der Amerikaner

Mike Blair

Die Genehmigung für die Verlängerung des Handelsstatus der meist begünstigten Nation an Rotchina durch die Vereinigten Staaten von Amerika ohne strenge Bedingungen ist ein politischer Skandal. US-Präsident Bill Clinton mußte entscheiden, ob der Handelsstatus der meistbegünstigten Nation (MFN) an Rotchina um ein weiteres Jahr verlängert werden soll. Aber die Genehmigung durch den Kongreß, ohne Peking strengere Bedingungen aufzuerlegen, ist zum ersten Mal seit mehreren Jahren wahrscheinlich geworden. Das Weiße Haus scheint sich auf eine Verlängerung zuzubewegen, was bedeutet, daß es für die grelle kommunistische Diktatur weiterhin niedrige Zölle und andere Handelsprivilegien geben wird, aber nicht ohne dies gewissen Bedingungen zu unterwerfen.

Diese Sachlage ergibt sich vor allem nach der kürzlichen Rückkehr von Winston Lord, assistierender Außenminister für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten, der in dreitägigen Gesprächen in Peking versucht hatte, mit den Rotchinesen über 14 Streitpunkte zu einer Einigung zu kommen.

Die schwerwiegenden Verstöße Rotchinas

Zu diesen Punkten gehören eine Reihe von eklatanten Verletzungen der Menschenrechte durch die Rotchinesen, die Unterlassung Pekings, eine im Oktober unterzeichnete Vereinbarung zur Öffnung des Marktes, um den Verkauf amerikanischer Waren an Rotchina zu erleichtern, in die Tat umzusetzen, und die Tatsache, daß die Rotchinesen durch ihre Lieferung von atomfähigen Mittelstreckenraketen an Pakistan, Syrien und den Iran das internationale Missile Technology Control Regime (Abkommen über die Kontrolle der Raketentechnologie) nicht eingehalten haben.

Aus einer Quelle, die Kenntnis über Clintons derzeitige Haltung in der Handelsfrage hat, verlautet, daß es »klar und deutlich keine Unterstützung für eine bedingungslose MFN-Klausel« gibt, und daß die Roten »sehr pessimistisch« waren, als Lord die Sitzung verließ.

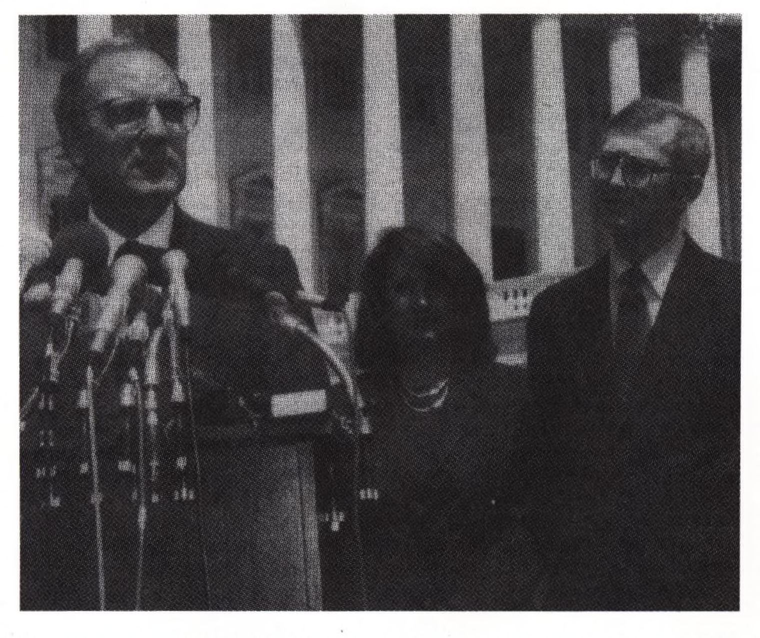
Lord sagte bei seinen Bestätigungs-Anhörungen im März dieses Jahres: »Meistbegünstigungsklausel unter Bedingungen ist die Haltung des Präsidenten, und wir werden auf dieser Grundlage, vorbehaltlich der Ereignisse, voranschreiten.«

Im Kongreß hat es Clinton mit drei mächtigen Hindernissen gegen die Verlängerung einer bedingungslosen MFN-Klausel zu tun, auch wenn er, ebenso wie die vorherige Regierung von Präsident George Bush, Peking gerne verhätscheln möchte.

Erstens, im Repräsentantenhaus, hat die Abgeordnete Nancy Pelosi einen strengen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Verlängerung der MFN von der Einstellung der eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch Rotchina abhängig macht.

Brutale Gewalt gegen das tibetanische Volk

Zweitens, im Senat hat Senator George Mitchell, der Mehrheitsführer, einen ähnlichen Gesetzesentwurf eingebracht und scheint nicht dazu bereit zu sein, der Forderung nach bedingungslosen Handelsbeziehungen mit dem Regime in Peking nachzugeben.



Der Mehrheitsführer im US-Senat, George Mitchell (links), ist gegen bedingungslose Handelsbeziehungen zu Rotchina.

Drittens, hat Senator Daniel Patrick Moynihan, derzeit eine der mächtigsten Persönlichkeiten im Senat, in das Gesetz zur Verlängerung des MFN-Status eine Bedingung eingebaut, die die günstigen Handelsbeziehungen nach einem Jahr abzuschneiden droht, wenn Peking den Strom von chinesischen Siedlern nach Tibet hinein nicht unterbindet.

Moynihan, ebenso wie viele andere in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses, ist über die Wanderung von Siedlern, wodurch das »Überleben der tibetanischen Kultur« bedroht werde, besorgt.

Ungeachtet starker Entrüstung seitens des Westens fährt Rotchina fort, das tibetanische Volk weiterhin mit brutaler Gewalt zu unterwerfen und Tibet »ethnisch zu säubern«, dadurch, daß eine große Anzahl von Chinesen in den einst unabhängigen Staat gebracht werden.

Diese Brutalität wird von Menschenrechtsaktivisten mit der derzeitigen Situation in Bosnien verglichen, und sie weisen eindringlich darauf hin, daß Clinton ein Heuchler wäre, wenn er einerseits versucht, die Exzesse der Serben in Bosnien einzudämmen, andererseits aber die Brutalität der Rotchinesen in Tibet, die schon viel länger betrieben wird, völlig außer Acht läßt.

US-Präsident Clinton in einer kritischen Lage

Clinton muß sich an seinen eigenen Worten während des Wahlkampfes um die Präsidentschaft im vergangenen Jahr messen lassen, nämlich seine Züchtigung Rotchinas wegen dessen »brutaler Unterjochung Tibets«. Im Repräsentantenhaus wurde ein begleitender Gesetzesentwurf zu der Maßnahme Moynihans eingebracht, und kürzlich sandten 200 Mitglieder des Hauses, die die Gesetzesentwürfe unterstützen, einen Brief an Clinton, in dem sie zum Ausdruck brachten, daß Rotchina »den Fortbestand der tibetanischen Kultur« unmittelbar bedrohe.

Seitdem eine Kampagne des geistigen Führers Tibets, des im Exil lebenden Dalai Lama, den Abgeordneten unmißverständlich klargemacht hat, daß Peking in seinem Land »kulturellen Völkermord« begehe, geht eine Welle der Leidenschaften durch das Repräsentantenhaus.

Clinton befindet sich in dieser Frage in einer kritischen Situation, seitdem Moynihan Vorsitzender des mächtigen Finanzaus-

Rotchina

Das Entgegenkommen der Amerikaner

schusses des Senats und in der Lage ist, die Wirtschaftsmaßnahmen des Präsidenten sozusagen als Geiseln zu halten, um sich in der Frage der Menschenrechtsverletzungen in Tibet durchzusetzen.

Clinton bedarf Moynihans Hilfe vor allem, um seine Steuermaßnahmen durch den Senat zu bekommen, und der New Yorker Senator ist ungeachtet der Tibet-Frage niemals sehr versessen auf Einführung neuer Steuern gewesen.

Pekings Regierung lügt wie gedruckt

Wie berichtet wird ist Moynihan klar und deutlich ein mächtiger Senator, der dem Dalai Lama seine ungeteilte Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Die Abgeordnete Pelosi ist seit langem dagegen, Rotchina wegen seiner Menschenrechtsverletzungen in China selbst die carte blanche für den MFN-Status zu erteilen.

Sie und andere Abgeordnete weisen darauf hin, daß Peking nicht zu seinem im vergangenen Jahr gegenüber dem damaligen US-Außenminister James Baker gemachten Versprechen steht, fünf seiner Gefängnis-Fabriken zur Inspektion durch amerikanische Diplomaten zu öffnen, damit sie feststellen können, ob in der chinesischen Industrie Sklavenarbeiter eingesetzt werden.

Ein amerikanischer Diplomat durfte im vergangenen Herbst einen Teil der Cold Horse Diesel Engine Factory in der südwestlichen chinesischen Stadt Kunming besichtigen. Er durfte jedoch nur einen Teil der Fabrik sehen, die, wie berichtet wird, vom Gefängnis Yunnan Nr. 1 geleitet wird. Die Rotchinesen verweigerten ihm rundheraus, andere Teile der Einrichtung zu besichtigen.
In Schanghai gestatteten die Rotchinesen im vergangenen Jahr – bevor sie das Versprechen ablegten – einem Diplomaten, die Maschinenfabrik Laodung, wo, wie berichtet wird, Häftlingsarbeiter eingesetzt werden, zu besichtigen. Nach dem Besuch wurde jedoch festgestellt, daß die Häftlingsfabrik sich in Wirklichkeit auf der anderen Straßenseite gegenüber dem Gebäude befindet, das der amerikanische Beamte besichtigen durfte.

Die Frage nach der Sklavenarbeit

»Die Schlußfolgerung, die man ziehen muß, lautet, daß die chinesische Regierung lügt wie gedruckt«, sagte Robin Munro, ein Forscher der Menschenrechtsgruppe Asia Watch, »Ihre Glaubwürdigkeit ist sehr gering ... Die Vereinbarung, Inspektionen zuzulassen, war ein absoluter Flop. Sie ist völlig zahnlos.«

Ein weiterer Gegner des MFN-Status wegen der Menschenrechtsfrage ist die AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations), die sich darüber beschwert, daß die Rotchinesen große Mengen von Waren, die von Sklavenarbeitern hergestellt wurden, exportieren.

»Die Fabriken und Gefängnisse liegen in vielen Fällen direkt nebeneinander«, sagte Burni Bond, Forschungsleiter der Abteilung für internationale Angelegenheiten des Gewerkschaftsverbands. »Es ist eine Philosophie der Umerziehung durch Arbeit, und das ist einfach nicht richtig.«

Tatsächlich verbietet der US-Smoot-Hawley Tariff Act von 1930 streng die Einführung jeglicher Waren, die von Sklavenarbeitern hergestellt wurden.
In der Frage des Verkaufs von Raketen in andere Länder durch Rotchina haben amerikanische Geheimdienste der Administration »zwingende Beweise« dafür vorgelegt, daß die Rotchinesen ihre neuen Mittelstreckenraketen M-11 an Pakistan verkaufen. Den Geheimdiensten liegen auch Beweise dafür vor, daß diese Raketen auch an Iran und Syrien verkauft worden sind. Aus amerikanischen Hochauflösungs-Spionagesatelliten-Fotos geht eindeutig hervor, daß die Raketen bereits in Pakistan eingetroffen sind; sie werden anscheinend in



US-Senator Daniel Patrick Moynihan ist über die Wanderung von Chinesen besorgt, wodurch das Überleben der tibetanischen Kultur bedroht ist.

Einzelteilen dorthin versandt und nach ihrer Ankunft zusammengebaut, um offenbar den illegalen Waffenhandel zu kaschieren.

Der Druck von innen heraus

Die Clinton-Regierung steht unter starkem Druck von verschiedenen Interessensgruppen, die über den möglichen Verlust von, wie sie behaupten, 150000 amerikanischen Arbeitsplätzen besorgt sind, wenn Rotchina seine Pläne, Deals in der Größenordnung von einer Milliarde Dollar, die es kürzlich mit verschiedenen amerikanischen Industriebetrieben, darunter Boeing, General Motors, Ford und die Chrysler Corporation abgeschlossen hat, zu erfüllen, annulliert.

Die leitenden Geschäftsleute, die die Abgeordnete Pelosi als »selbstsüchtig inspiriert« charakterisiert, sprechen jedoch nicht von den Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, die jedes Jahr dem immer stärker werdenden Strom von billigen, oft von Sklaven hergestellten Waren aus Rotchina zum Opfer fallen.

Rotchina steckte Handelsüberschuß in den Goldschatz

Rotchina erfreut sich der am schnellsten wachsenden Industrie der Welt, etwa 12 Prozent pro Jahr. Während es im vergangenen Jahr 7,47 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten ausgegeben hat, exportierte Rotchina mehr als viermal so viel in die Vereinigten Staaten – insgesamt 25,68 Milliarden Dollar, ein Großteil davon Bekleidung und Schuhe, wodurch zahllose amerikanische Arbeiter auf die Straße gesetzt und arbeitslos wurden.
Die annähernd 26 Milliarden Dollar, die Rotchina im vergangenen Jahr aus der amerikanischen Wirtschaft herausgesaugt hat, eine Zahl, die in diesem Jahr voraussichtlich noch höher sein wird, lassen die eine Milliarde an Einkäufen in den USA, die, wie Zyniker behaupten, Peking nur tätigte, um den Brei zur Beibehaltung des NFM-Status zu versüßen, lächerlich gering erscheinen.

Unsere Korrespondeten erfuhren, daß Rotchina im vergangenen Jahr einen derart hohen Überschuß verzeichnete, daß es zum größten Einkäufer von Gold – insgesamt mehr als 350 metrische Tonnen – wurde. Das Gold verbessert natürlich seinen Wirtschaftstatus als Weltmacht.

Obwohl Clinton während des Präsidentschaftswahlkampfes gegen die Verlängerung des MFN-Status an die Rotchinesen Jahr für Jahr durch die Bush-Regierung wetterte, glauben Beobachter des Weißen Hauses, daß der Präsident die Verlängerung ohne Einschränkung verkünden wird. Andererseits sind sie sicher, daß der Kongreß seine eigenen Beschränkungen, die viel härter sein werden, durchsetzen wird.

Auf jeden Fall wird den Rotchinesen ihr freies Frühstück zu Lasten der amerikanischen Arbeiter diesmal etwas kosten, und wenn sie den Preis nicht zahlen wollen, dann könnte 1994 sehr wohl das völlige Ende der Handelsprivilegien bringen. □

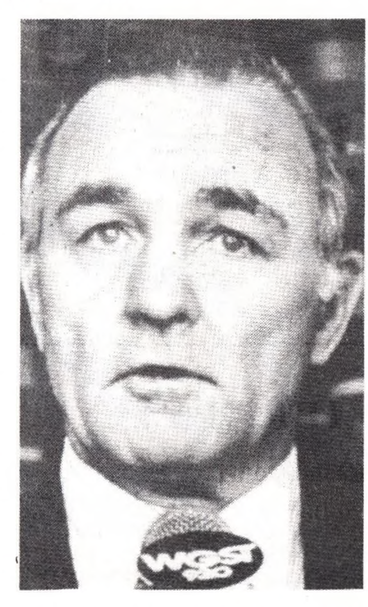
Die geheimen Operationen der Israelis

Victor Marchetti

Jetzt, wo sich der ADL-Spionageskandal in San Francisco landesweit ausdehnt, legt ein Überblick über israelische Geheimdiensttätigkeiten in den USA über die Jahre hinweg eine dreiste Mißachtung für den großzügigen Schutzpatron und Beschützer des Judenstaats offen. Daran soll man sich erinnern, wenn israelfreundliche Juden behaupten, sie seien auch loyale Amerikaner.

»Sie waren aktiver als jeder andere außer dem KGB ... Sie zielten etwa die Hälfte der Zeit auf die USA und die andere Hälfte der Zeit auf arabische Länder ab«, behauptet John Davitt, ehemaliger Direktor für interne Sicherheit im amerikanischen Justizministerium, als er zur Spionagetätigkeit der Israelis Stellung nahm.

US-Botschafter Richard Walker, Mitglied des Senior Review Panel (Aufsichtsgremium) des CIA, äußert: »Israel ist eines unserer schwierigsten Spionageabwehrprobleme.« Aber er setzt hinzu: »Das Thema ist so heikel, daß wir nichts niederschreiben, wenn wir es erörtern; wir reden nur darüber.«



Stansfield Turner erhielt als CIA-Direktor 1978 einen vertraulichen Bericht über die Kontakte des US-Geheimdienstes zum Mossad.

Diese Zitate erscheinen in einem neuen Buch mit dem Titel »Friendly Spies« von Peter Schweizer, ein Washingtoner Journalist. Das Buch beschreibt im einzelnen die von »unseren« Freunden und Alliierten, einschließlich Japan, Deutschland, Frankreich, Südkorea und Israel gegen die USA gerichteten Spionagetätigkeiten.

Die Spionage der Israelis in den USA begann nicht während der toleranten, israelfreundlichen Reagan-Administration, die nach dem Motto: Immer-gewähren-lassen zu handeln schien. Sie hatte schon in den fünfziger Jahren eingesetzt. Aber die Aktivität stieg nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 dramatisch an. Amerikanische Geschäftsleute berichteten dem FBI über eine große Anzahl von Annäherungsversuchen seitens israelischer Agenten, die sich als leitende Geschäftsleute und wissenschaftliche Experten ausgaben. Die Dienststelle schuf eine Sondereinheit namens Scope, um israelische wissenschaftliche Delegationen und israelisches Botschafts- und Konsulatspersonal, besonders wissenschaftliche Attachés, zu überwachen.

Da ihm die duldsame Haltung gegenüber dem israelischen Geheimdienst – eine vom Chef der Spionageabwehr James Jesus Angleton betriebene Politik – wohl bekannt war, hielt das FBI seine Informationen mit Bedacht zurück. In den Jahren 1968 und 1969 ging das FBI so weit, eine Wanze in die israelische Botschaft in Washington zu setzen und sie anzuzapfen, eine Operation, die schließlich Beweise erbrachte, die in aller Stille zur Ausweisung von Dutzenden von israelischen Beamten aus den USA führte.

Das Programm wurde im November 1973 eingestellt, hauptsächlich auf Druck des CIA. Besorgnis über mögliche Verletzungen der Bürgerrechte spielte bei dieser Entscheidung ebenfalls eine Rolle, weil amerikanische Juden, die mit israelischen Geheimdienstagenten kooperierten, von der Dienststelle überwacht wurden.

Es geht um Industriespionage

In diesem Zeitraum waren Bemühungen von Spionageabwehragenten des FBI, die israelischen Spione auszumerzen, ständig vergebens. Selbst, wenn sie erkannt wurden, waren viele der jüdischen Agenten und ihre israelischen Auftraggeber weiterhin offen aktiv – »auf Grund der miteinander in Konflikt stehenden Interessen zwischen dem FBI und dem CIA«, sagten mehrere ehemalige Geheimdienstbeamte zum Verfasser dieses Artikels.
Israelische Spione konzentrieren sich darauf, wertvolle wissenschaftliche, technologische und industrielle Informationen zu sammeln, im Gegensatz zu Rüstungsgeheimnissen. »Wenn man an Wirtschaftsspionage denkt, fällt einem sofort Israel ein«, sagt James Lamont, ein privater Sicherheitsbeamter. Die Pollard-Affäre, sagen Lamont und andere, war eine Ausnahme von der Regel.

Ein ehemaliger stellvertretender Chef der Spionageabwehr des CIA meint, die Israelis »sind in den USA äußerst aktiv gewesen. Wenn man unter die Oberfläche schaut und Pollard als das betrachtet, was er ist – ein verhältnismäßig unbedeutender Glücksfall –, dann gehen eine Menge Dinge – ich meine sehr viele Dinge – vor sich, die vielleicht eine noch größere Rolle spielen«.

Ein 1979 herausgegebener Geheimbericht des CIA mit dem Titel »Israel: Foreign Intelligence and Security Services« umreißt die israelischen Methoden der Sammlung von Geheimdienstnachrichten. Die jüdischen Spione beuten routinemäßig wissenschaftliche Austauschprogramme aus und werben Amerikaner an, entweder durch »Kompromisse« – Erpressung – oder, indem man ihnen zu Hilfe eilt, wenn sie in finanziellen Schwierigkeiten stecken.

Nach 1967 halfen diese Bemühungen Israel, seine heimische Rüstungsindustrie, die Haupteinnahmequelle von Devisen, aufzubauen. Einer der erfolgreichsten Spione Israels war Richard K. Smyth. Außerhalb amerikanischer Geheimdienstkreise nur wenig bekannt, operierte er 15 Jahre lang, bevor er entdeckt wurde. Kaum zu glauben, er war ein Geschäftsmann aus Südkalifornien, eine bekannte Persönlichkeit des gesellschaftlichen Lebens in Huntington Beach, Mitglied des Jachtklubs und Präsident seines eigenen Komputerberatungsgeschäfts.

Aber seine Karriere als Spion begann Anfang der siebziger Jahre, als er als Chefingenieur für die Rockwell Corporation der »Ansprechpartner« der Firma in Israel wurde und dort eine Tochterfirma von Rockwell gründete. Als er noch bei Rockwell beschäftigt war, gründete Smyth seine eigene Firma, Milco. Die Firma wurde von einem Israeli, Armon Milchan, ein mit der israelischen Rüstungsindustrie in Verbindung stehender Waffenverkäufer, finanziert.

Smyth gab eine große Anzahl von technologischen Geheimnissen, die er Verträgen mit der amerikanischen Regierung mit Milco entnahm, weiter. Smyths Einkommen stieg auf über eine Million Dollar im Jahr, und er wurde in das wissenschaftliche Beratungsgremium der US-Air Force berufen, wodurch er Zugang zu weiteren Geheimnissen bekam. Er verschickte auch als Kryton bekannte nukleare Zeitsteuerungsvorrichtungen nach Israel in Päckchen, die als irgendetwas anderes deklariert waren. Aber es war anscheinend ein Einbruch in sein Büro, bei dem mehrere Computer gestohlen wurden, der den Anfang vom Ende signali-

USA

Die geheimen Operationen der Israelis

sierte. In den Computern waren Aufzeichnungen über seine illegalen Geschäfte mit Israel gespeichert.

Daher gab er dem CIA gegenüber zu, daß er »die Regeln ein wenig verbogen« habe. Dies gab dem CIA, der ihn der Spionage für Israel verdächtigt hatte, den Vorwand, den er benötigte, um eine gründliche Untersuchung einzuleiten. Ein Untersuchungsschwurgericht, dem die Beweise vorgelegt wurden, erhob Anklage, und Smyth floh mit seiner Frau nach Israel, wo sie heute noch sind.

Der Gesamtüberblick über die israelische Spionage in dem Buch »Friendly Spies« ist besonders eindrucksvoll, weil er auf Interviews mit den ehemaligen Leitern des CIA, Richard Helms, Wiliam Colby und Stansfield Turner, dem ehemaligen NSA-Direktor William Odom und Admiral Bobby Imman und einer Reihe von geringeren CIA-, FBI- und NSA-Beamten fußt.

Das Kapitel mit der Überschrift »Mr. X and Mr. Y« gibt einen Überblick über den Fall von Jonathan Jay Pollard, der Marinegeheimdienst-Analyst, der für LAKAM, eine kleine, mit dem israelischen Verteidigungsministerium in Verbindung stehende Geheimdiensteinheit, spionierte. LAKAM wurde 1957 durch einen undurchsichtigen stellvertretenden Verteidigungsminister ins Leben gerufen, der später die Höhen der israelischen Politik erklimmen sollte – Shimon Peres. Ironischerweise war Peres am 1. Dezember 1985 Premierminister, als der amerikanische Außenminister George Shultz um 3.30 Uhr morgens ein dringendes Telefongespräch mit ihm führte und von ihm wissen wollte, wer in der israelischen Regierung für Pollards Spionagetätigkeit verantwortlich sei.

»Es waren, das versichere ich Ihnen, schwarze Schafe unter den Agenten«, log Peres Shultz an. Er behauptete weiter, Spionage gegen die USA stünden in »völligem Gegensatz« zur israelischen Politik. Dies kam von dem Mann, der die Geheimdiensteinheit, deren einziger Zweck darin bestand, westliche technische und wissenschaftliche Geheimnisse zu stehlen, überhaupt erst ins Leben gerufen hatte.



James Jesus Angleton wurde vom damaligen CIA-Direktor entlassen, weil ihn seine Vereinbarungen mit dem Mossad ineffektiv gemacht hatten.

Obwohl Israel behauptet, es habe die Einheit im Kielwasser der Pollard-Affäre aufgelöst, ist ein »aktives Überbleibsel« davon bis heute erhalten geblieben, behauptet der Verfasser. Wie berichtet wird, hat die supergeheime Geheimdiensteinheit etwa 35 ganztagsbeschäftigte Agenten und mehrere Dutzend Informanten, von denen einige bezahlt werden und einige freiwillig ihre Dienste anbieten.

Korrupte Beamte im US-Verteidigungsministerium

Die israelischen staatseigenen Betriebe, die unmittelbar von LAKAM's Dienstleistungen profitieren, zahlen auch deren Auslagen. Dazu gehören: Israel Aircraft Industry; Rafael, eine Entwicklungsfirma für High-Tech-Waffen, und Israeli Military Industries. Sie gaben LAKAM-Agenten auch Firmendeckung und teilen ihnen Rollen als Berater oder Vertreter zu.

Während der Untersuchung der Spionagetätigkeiten Pollards in den USA, sagte der israelische Spion aus, er habe Anweisungen erhalten, spezifische Dokumente, über diejenigen, die er selbst ausgewählt habe, hinaus, und auch solche, die höher als diese zu bewerten seien, zu stehlen. Seine israelischen Kontrolleure hätten oft Dokumente mit deren Kontrollnummer und Datum angeführt. Dies deutet darauf hin, daß sie Zugang zu streng geheimen Daten hatten, die, wie die Fahnder ermittelten, Pollard selbst nicht zur Verfügung standen. So muß es einen Mr. X, einen Beamten des US-Verteidigungsministeriums, gegeben haben, der »so hoch plaziert war«, sagte ein höherer FBI-Beamter, »daß er nicht regelmäßig Informationen für LAKAM einholen und sammeln konnte«.

Der Verfasser schildert glaubwürdig, Mr. X könnte Melvyn Paisley, ein korrupter Beamter der US-Kriegsmarine in Reagans Regierung, gewesen sein, der als assistierender Verteidigungsminister für Forschung, Ingenieurwesen und Systeme fast völlige Gewalt über Beschaffungs-, Forschungs- und Waffenentwicklungsverträge der Kriegsmarine hatte. Eine zweijährige Untersuchung der unorthodoxen Vertragsabschlußmethoden Paisleys durch den Naval Investigative Service und das FBI ergab, daß er als Gegenleistung für beträchtliche Prozente Geheimnisse des US-Verteidigungsministeriums an größere Rüstungsfirmen verraten hatte.

Es waren Paisleys illegale Aktivitäten und sein übler Leumund, die LAKAM's Interesse erweckten, schreibt der Verfasser. Die Israelis dachten, daß ein korrupter Beamter des US-Verteidigungsministeriums genau der Kanal sein könnte, den sie benötigten, um für ihre eigenen Rüstungsbetriebe an Informationen über die Geheimnisse amerikanischer Rüstungsfirmen heranzukommen. LAKAM-Leute traten an ihn heran, und Paisley war für die von ihnen angebotenen Arrangements, darunter der Austausch von technischen Geheimnissen gegen Zahlungen auf Schweizer Bankkonten, mehr als zugänglich. Dieser Deal führte wiederum zu anderen, die schließlich in einer Operation III Wind genannten Untersuchung auf amerikanischer Bundesebene aufgedeckt wurden. Als Folge davon wurde Paisley zusammen mit anderen Beamten des US-Verteidigungsministeriums und Rüstungsunternehmern verhaftet.

Trotz der Verhaftungen gemäß III Wind, bleiben noch Fragen unbeantwortet. Aber während der Untersuchung wurden Beweise darüber aufgedeckt, daß die Israelis sich auf ungesetzliche Weise Dokumente über ein als Bildübersetzer für Gemeinschaftsdienste (joint services image processor) bekanntes taktisches Nachrichtensystem beschafft hatten.

Einem amerikanischen Rüstungsunternehmer, Recon Optical, Inc., wurde von Beamten des israelischen Verteidigungsministeriums Pläne gezeigt, nach denen ein solches System in ein israelisches Geheimdienstprogramm eingegliedert werden sollte. Ein leitender Angestellter von Recon, John Whyte, der später vom Verteidigungsministerium Erläuterungen zu diesem System erhielt, erkannte sofort die Ähnlichkeit und gab den amerikanischen Fahndern einen Tip. Sie fanden jedoch keine Beweise, die diejenigen, die gemäß III Wind festgenommen worden waren, mit den fraglichen Dokumenten in Verbindung brachten, wodurch das FBI zu der Schlußfolgerung kam, daß noch ein weiterer hoher Beamter des US-Verteidigungsministeriums an die Israelis Geheimnisse weitergegeben haben mußte. Das FBI nannte diesen nicht identifizierten Beamten Mr. Y. □

Israel

Auf der Suche nach einer Lösung

John Springfield

Israel steht an der Schwelle eines Friedens mit den Palästinensern und seinen anderen arabischen Nachbarn, sogar mit Syrien. Diese Tatsache ruft im Judenstaat große Bestürzung hervor, aber das war zu erwarten.

Weit überraschender ist vielleicht der Widerstand gegen die derzeitigen Friedensbemühungen von so vielen in der organisierten amerikanischen Judenheit. Sie leben nicht in Israel, und sehr viele von ihnen werden auch niemals dort hinziehen. Sie mögen zionistische Aktivisten sein, aber sie sind nicht so hingebungsvoll oder tapfer um Aliya zu machen. Somit ist der derzeitige Trend zum Frieden im Nahen Osten für sie nicht lebensbedrohend – höchstens bedrohend für ihren Lebensunterhalt.

Öffentliche Zustimmung wird schwächer

Jetzt, wo Ministerpräsident Yitzhak Rabin und seine regierende Arbeiter-Koalition sich langsam an ein Abkommen mit den Palästinensern der besetzten Gebiete und an einen Deal mit Syrien heranpirschen, wird die Unterstützung für seine Regierung im Judenstaat schwächer. Kürzliche Umfragen zur öffentlichen Meinung in Israel zeigen, daß, wenn heute Wahlen abgehalten würden, die Rabin-Labor-Regierung entweder verlieren oder nur mit einer hauchdünnen Stimmenmehrheit überleben würde.
Aus diesen Umfragen geht auch hervor, daß die Mehrheit der Israelis dagegen sind, erobertes Land aufzugeben, besonders am Westufer oder auf den Golan-Höhen, als Gegenleistung für Friedensversprechen seitens der Araber.

Rabins Los ist keineswegs beneidenswert. Während seine politischen Rivalen im Likud und anderen Parteien des rechten Flügels gegen ihn und seine Bemühungen, mit den Palästinensern und Syrern zu einer friedlichen Regelung zu kommen, zu Felde ziehen, drängen einige der Linken in seiner Koalition und sogar in seiner eigenen Partei ihn schneller zum Frieden, als er es für richtig hält oder als der Judenstaat sich bewegen sollte. Ein leichter Fehltritt, und die Likudnik-Opposition des harten Kurses wird Rabins Regierung zu Boden schmettern.

Und dennoch, mit voller Unterstützung der Clinton-Regierung und Versprechen in bezug auf langfristige amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe, bewegt sich Rabin entschlossen weiter auf den Frieden zu. Gleichzeitig schlägt sich die derzeitige israelische Regierung jedoch damit herum, amerikanische Juden in bezug auf das, was das Leben im Israel von heute – und von morgen – ist, umzuerziehen.

Man träumt immer noch den alten Traum

Laut Jewish Telegraphic Agency versucht Rabin, den jüdisch-amerikanischen Freunden Israels einen »neuen Vorstoß zur Interessensvertretung« beizubringen.

Fünfzehn Jahre Führung von Menachem Begin, Yitzhak Shamir und des Likud-Blocks haben zu einem »Diaspora lag« (Hinterherhinken in der Diaspora) geführt. Die amerikanische Judenheit hat sich noch nicht mit dem neuen Friedensplan abgefunden. Man träumt immer noch den zionistischen Traum von Eretz Yisrael – der jedoch niemals mehr als Wunschdenken war. Aber man fängt langsam an zu begreifen.

Die Rabin-Labor-Botschaft hat zwei Teile. Einer: Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und der Aufstieg des vom Iran unterstützten islamischen Fundamentalismus bedeuten, daß eine Möglichkeit – eigentlich eine Notwendigkeit – besteht, daß Israel mit Syrien, seinem langjährigen Feind, gemeinsame Sache macht.

Der Duft des Friedens

Zweiter Teil: Die Möglichkeit, Frieden mit den Palästinensern und anderen arabischen Nachbarn zu erreichen, könnte eines Tages vorbei sein, daher gewinnen Fortschritte bei den laufenden Friedensgesprächen eine ungeheure Bedeutung. Es ist daher für amerikanische Juden an der Zeit, sich um Frieden zu bemühen.

Viele unter der amerikanischen Judenheit widersetzen sich der Führung Rabins. In einigen Fällen vertreten sie aktiv Interessen, die der Politik der ordnungsgemäß konstituierten Regierung des Judenstaats zuwiderlaufen. Und in anderen Fällen arbeiten sie gegen die Regierung selbst.

AIPAC, die offizielle Pro-Israel-Lobby der Juden Amerikas, hat sich jedoch zu einem neutralen Kurs entschieden. Der Präsident der Gruppe, Steve Grossman, sagt: »Wir beziehen keine Stellung zu Fragen, zu denen es innerhalb der jüdischen Gemeinde unterschiedliche Meinungen gibt.«

Der Duft des Friedens, wie das Geißblatt zur Sommerzeit, liegt in der Luft, selbst wenn viele ihn nicht wahrnehmen können. Einige in Israel können das aber, und sie werden »high« davon.

Hirsh Goodman, Chefredakteur der zweiwöchentlich erscheinenden Zeitschrift »Jerusalem Report«, der in die Zukunft schaut, hat eine erstaunliche Vision.

»Am Ende«, schreibt er, »wird es wie in der Schweiz sein: Drei Kantone, jeder mit seiner besonderen Eigenständigkeit, Sprache, geeint in einer Form von Föderation. Es wird der Kanton Gaza, der Kanton West Bank und der Kanton Israel sein. Die Kantone Gaza und West Bank werden sich zweifellos Palästina nennen und eine gemeinsame politische Führung haben. Aber körperlich und geistig sind es getrennte Welten – daher zwei separate Kantone.«

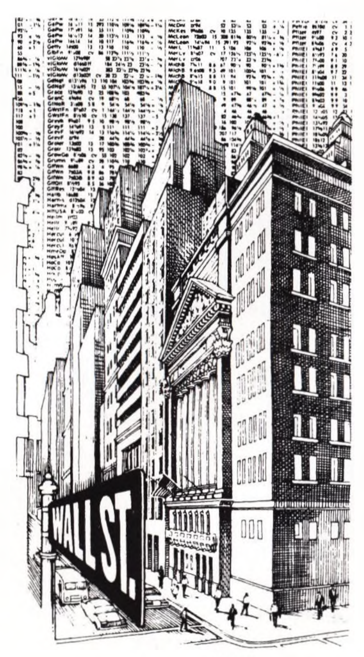
Die Vorzeichen stehen gut

Goodmans Vision: »Der Koordinationsausschuß der drei Kantone wird seinen Hauptsitz in Jerusalem, der ungeteilten Stadt des Friedens und Israels Hauptstadt, haben.«

So wird es am Ende sein, sagt er, aber es gibt noch ungeheuer viel Arbeit zu leisten, bevor die Schweiz des Nahen Ostens entsteht. Die Arbeit hat jedoch bereits begonnen, glaubt Goodman, und zwar mit den Friedensverhandlungen, die derzeit in Washington stattfinden.

Es wird auch Frieden mit Syrien geben, nach Jahren von zähen Verhandlungen. Und Jordanien wird am meisten profitieren, zu einem Transportunternehmer für Erzeugnisse des Westufers nach Arabien und zu einem Zentrum des Tourismus werden.

»Die Vorzeichen stehen gut«, meint Goodman. □



Hintergrund-Journal

USA müssen Spekulationswirtschaft heilen

In einer etwas fehlerhaften, aber dennoch vernichtend genauen Darstellung klagt der leitende Direktor der »Harvard Business Review«, Joel Kurtzman, die Spekulationswirtschaft der Vereinigten Staaten an. Sein Artikel mit der Überschrift »The Death of Money« (»Der Tod des Geldes«) erschien in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift der Continental Airlines »Profiles« und ist eine Bearbeitung aus seinem Buch gleichen Titels, das im April herauskam.

In den letzten Jahren ist Amerika in zwei Wirtschaften aufgespaltet worden, schreibt Kurtzman. »Die kleinere von den beiden Wirtschaften nenne ich die ›reale Wirtschaft‹. Das ist, wo Produkte hergestellt, Handel betrieben, Forschungen durchgeführt und Dienstleistungen erbracht werden. Die reale Wirtschaft ist, wo die Fabrikarbeiter schuften, die Ärzte die Kranken betreuen, und wo Straßen, Brücken, Häfen, Flughäfen und Bahnnetze gebaut werden. Tragischerweise ist dies in den Vereinigten Staaten auch der verarmte Teil der Wirtschaft, der nach Investitionen hungert, rückständig und in schlechtem baulichen Zustand ist.«

Kurtzman setzt dies in Gegensatz zu »der anderen Wirtschaft, der Finanzwirtschaft, die manchmal 20 bis 50 Mal größer als die reale Wirtschaft ist. Es ist nicht die Wirtschaft des Handels, sondern der Spekulation. Sie handelt mit finanziellen Instrumenten«. Die Finanzwirtschaft, sagt Kurtzman, ist unbeständig, birgt mögliche Schwierigkeiten in sich und entwickelt sich sprunghaft.

Kurtzman empfiehlt eine Reihe von Schritten, um mit dieser Krise fertigzuwerden, einschließlich einen »Dollar mit festgesetztem Wechselkurs«, an einem Korb von 12 oder so Verbrauchsgütern festgezurrt, wobei die Zinsen stabilisiert, die Spekulation eingedämmt und die Löhne und Gehälter erhöht werden«. »Ein steigender Lebensstandard – etwas, was wir in fast zwei Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben – wird lange brauchen, um einige der sozialen Spannungen, die unsere Wirtschaft derzeit infizieren, abzubauen.« □

Ein neuer AIDS-Virus breitet sich in Asien aus

Forscher in den Niederlanden haben eine virulentere Art von HIV, dem Virus der AIDS verursacht, identifiziert, die, wie sie glauben, die Entwicklung der Krankheit beschleunigt. Die Präsenz des Synctium verursachenden Virus macht es sechs oder sieben Mal wahrscheinlicher, daß ein Patient innerhalb von zweieinhalb Jahren AIDS entwickelt, heißt es in einer in den »Annals of Internal Medicine« veröffentlichten Studie.

Der Bericht kommt zu einer Zeit, wo Experten befürchten, daß in Asien ohnehin bald mehr Menschen an AIDS sterben werden als in irgendeiner anderen Region der Welt, berichtete »Der Spiegel« Anfang Mai. Der indische AIDS-Experte, I.S. Gilada, schätzt, daß Indien in naher Zukunft 20 bis 50 Millionen HIV-Infizierte haben wird. Etwa 15 Prozent aller HIV-Infizierten in Indien seien durch Blutübertragungen infiziert worden. Von 1.000 Blutbänken sind nur 600 staatseigen, bei denen das Blut gesiebt wird, während private Blutbanken keine Kontrolle durchführen. Ihre Spender sind Arme, Kranke und oftmals Drogenabhängige, die für das Blutspenden etwas zu essen und etwas Geld bekommen.

In Thailand wird die Zahl der HIV-Infizierten bis zum Jahr 2000 voraussichtlich auf zwei bis vier Millionen ansteigen, was sechs Prozent der Bevölkerung ausmachen würde. In China beträgt die offizielle Zahl etwa 1.000 HIV-Infizierte, »aber das ist gefährlicher Unsinn«, sagen Experten. Aus einer internen Statistik geht hervor, daß es mindestens 10.000 infizierte Menschen gibt. Andere glauben die wirkliche Zahl sei 100.000.

In Malaysia ist die offizielle Zahl 5.000, obwohl Experten glauben, daß die wirkliche Anzahl zehnmal so hoch ist. Auf den Philippinen sind etwa 35.000 Menschen infiziert. Ein AIDS-Experte sagte, AIDS in Kambodscha könnte möglicherweise mehr Opfer fordern als die Diktatur der Roten Khmer, die etwa 1.000.000. Menschen tötete. »AIDS droht, alle Länder in Asien zu überwältigen, und der wirtschaftliche Druck wird unglaublich werden«, warnen Wissenschaftler. Thailand schätzt, daß seine Wirtschaft bis zum Jahr 2000 neun Milliarden Dollar – ein Siebtel seines BSP – verlieren wird. □

Don Kosaken wollen Serbien im Krieg unterstützen

Die serbischen »slawischen Brüder« in Bosnien können auf die Unterstützung durch die Don-Kosaken rechnen, erklärte ein Sprecher der Organisation in Moskau. Die Kosaken werden eine Fahrzeugkolonne mit Hilfsgütern für die Serben in Bosnien zusammenstellen und andere Formen der Unterstützung mobilisieren, sagte der Sprecher und kritisierte die gegenwärtige Regierung in Moskau wegen deren angeblichen »Verrat an russischen Sympathien für Serbien«.

»Wir leben selbst in Armut, in Rußland«, sagte der Sprecher der Kosaken, »aber wir werden unsere Solidarität mit den serbischen Slawen, die auch im Elend leben, demonstrieren.«

Diese Erklärungen können im Zusammenhang mit einer überraschenden Reise von Radovan Karadzic, Führer der bosnischen Serben, nach Moskau gesehen werden, als er mit politischen Persönlichkeiten zusammentraf, die zur derzeitigen russischen Regierung in Opposition stehen. Die serbischen Medien hoben in Erklärungen zur Erinnerung an den Beginn des deutschen Angriffs auf Belgrad während des Zweiten Weltkriegs, am 6. April 1941, die Notwendigkeit hervor, daß Serben und Russen gegen »die Aggressoren aus Deutschland« zusammenstehen müssen. □

Mexikanischer Gouverneur für Mystizismus in Schulen

Manuel Cavazos Lerma, der neue Gouverneur des mexikanischen Staates Tamaulipas, hat angeordnet, daß alle Schulen des Staates, von den Grundschulen bis zu den Universitäten, bei ihren Schülern mit Pflichtunterricht in Transzendentaler Meditation Gehirnwäsche betreiben. Der Gouverneur, der selbst Transzendentale Meditation, Bewußtseinsbeherrschung und Joga praktiziert hat, meinte, er werde Jünger des Hindu-Gurus Maharishi Mahesh Yogi – ehemaliger Guru für die Beatles – dazu bringen, 320 Angestellten der staatlichen Schulen die »Kunst« der Meditation zu lehren.

Cavazos Lerma, ein Wirtschaftswissenschaftler von Beruf, äußerte: »Wir sind ein Pionierstaat in der Welt, der die Saat einer neuen Gesellschaft, mit einem neuen Tamaulipas säen wird, der seine geistigen Spinngewebe verbreiten wird.«

Einige mexikanische Staatsgefängnisse bringen den Insassen Transzendentale Meditation bei, berichtet die Zeitung »El Norte«. □

Russische Untersuchungsergebnisse lassen Kontroverse über Kriegsgefangene wieder aufleben

Russische Militärbeamte haben ein 1972 von einem Forscher an der Harvard University gefundenes Dokument für echt erklärt, welches besagt, daß die Nordvietnamesen von über 1.200 amerikanischen Kriegsgefangenen wußten, die zur Zeit des Friedensab-

kommens festgehalten und über die keine Rechenschaft abgelegt worden sei, außer den 591, die schließlich zurückkehrten. Das Dokument wurde im Archiv des sowjetischen militärischen Geheimdienstes, des GRU, von Stephen J. Morris vom Center for International Affairs an der Harvard University entdeckt, und russische Beamte versichern, daß die Übersetzung des 30seitigen Berichts von General Tran Van Quang an das Politbüro der Nordvietnamesischen Kommunistischen Partei echt ist.

General Quang schreibt: Wir haben der Welt über die Zahl der Gefangenen nicht die Wahrheit gesagt.« Der Bericht heizt die Überzeugung an, daß die Nordvietnamesen Informationen über Kriegsgefangene, und möglicherweise auch Kriegsgefangene selbst, als Teil einer Nachkriegs-Schlichtungsverhandlung mit Henry Kissinger und dessen Kollegen zurückbehalten haben, und unterminiert Behauptungen des US-Verteidigungsministeriums und der Regierung, daß es solche Gefangene nicht gegeben haben kann, weiter. Organisationen, die sich für Kriegsgefangene und Vermißte einsetzen, behaupten schon seit langem nachdrücklich, daß die US-Regierung wissentlich an diesem Doppelspiel beteiligt war.

Die »Washington Post«, berichtete, daß General Quang bei den Gesprächen in Hanoi Mitte April dieses Jahres zwischen amerikanischen und vietnamesischen Regierungsbeamten – die Teil der Bemühungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind – eine Schlüsselfigur ist. □

Papst ruft zur Beendigung des Völkermords an den Bosniern auf

»Wie können wir heute, am Tage des Friedens schweigen... vor diesem schrecklichen Drama, das in Bosnien-Herzegowina erbarmungslos ausgespielt wird?«, fragte Papst Johannes Paul II. am Ostersonntag vor mehr als 150.000 Menschen auf dem Petersplatz in Rom. Er widmete die stärksten Worte seiner zweimal im Jahr erteilten Botschaft »Urbi et Orbi« dem Krieg in Bosnien, meldete Reuter. »Wer wird sagen können, ›ich wußte das nicht?‹«, fragte der Papst.

»Niemand kann der Meinung sein, diese tragische Lage sei nicht seine Sache, eine Situation, die Europa demütigt und die Zukunft des Friedens bedroht. Führer der Staaten, Männer und Frauen, die guten Willens sind, mit vor Schmerz überlaufendem Herzen appelliere ich noch einmal an jeden von Ihnen: Beenden Sie diesen Krieg... Ich bitte Sie, machen Sie den unaussprechlichen Greueltaten, wodurch die Würde des Menschen verletzt und Gott, unser gerechter und barmherziger Vater, beleidigt wird, ein Ende.« □

Indiens und Nordkoreas Ansichten über den Atomsperrvertrag

Ein indischer Professor weist in einem Kommentar in der indischen Zeitung »Economic Times« nachdrücklich darauf hin, daß es einen wesentlichen Unterschied zwischen der Haltung Indiens und Nordkoreas über den Non-Proliferation Treaty, NPT, (Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen) gibt. M.L. Sondhi, Professor an der School of International Studies an der Jawaharlal-Nehru-Universität in Delhi, wies darauf hin, daß Indien sehr vorsichtig damit sein müsse, seine Unterstützung für die Position Nordkoreas zu demonstrieren, selbst wenn diese mit Indiens eigener Einstellung übereinstimme.

Sondhi behauptet, das »politische Abenteuertum« der Nordkoreaner führe nicht zur Entwicklung von stabilen und vernünftigen bilateralen und multilateralen Aktionen, und daß trotz früherer Beziehungen während des Kalten Krieges Japan und Südkoreas jetzt für Indien die bedeutendsten Wirtschaftspartner seien. Obwohl er keinen Versuch machte, den seit langem vertretenen indischen Standpunkt zu bestreiten, daß das Rahmenwerk des NPT einfach nicht fair ist, argumentiert Sondhi dahingehend, daß Indien dadurch Führungsqualität an den Tag legen müsse, daß es seine Fähigkeit zur Lösung von Problemen nützlich anwendet; zum Beispiel müsse es Gefahrensignale im voraus erkennen können. Er stellt fest, daß die Krise im ehemaligen Jugoslawien sicherlich gezeigt habe, daß aggressive Gruppen Situationen herbeiführen können, die zur katastrophalen Vernichtung von Menschenleben und Eigentum führen können. □

Malaysia setzt sich für die Vereinigung aller Moslems ein

Während Indien sich immer mehr aus dem brisanten Nahen Osten heraushält und stattdessen Wirtschaftsdiplomatie mit den stabileren Ländern Südostasiens betreibt, versucht der Ministerpräsident von Malaysia, Dr. Mahathir Mohammad, sein Glück bei der Bildung einer Allianz mit dem Iran. Dr. Mahathir besuchte Teheran in Begleitung von 56 Industriellen und Geschäftsleuten aus Malaysia.

Er führte umfangreiche Gespräche mit dem Staatschef Ayatollah Ali Khamenei und Präsident Akbar Hashemi Rafsanschani. Es war der erste Besuch einer führenden Persönlichkeit Malaysias auf hoher Ebene seit dem Sturz des Schahs von Persien.

In einer Ansprache sprach Mahathir den zerrütteten Zustand der moslemischen Welt an und sagte: »Moslemische Länder müssen zusammenarbeiten, so daß ihre Völker kenntnisreich, wohlhabend und stark werden können. Nur wenn die moslemischen Staaten wirtschaftlich stark und politisch geeint sind, werden sie die Achtung anderer gewinnen und in der Lage sein, die Weltereignisse mit zu beeinflussen. Die moslemischen Länder sollten sich fragen, ob sie in bezug auf das, was ihnen jetzt geschieht, völlig frei von Schuld sind.«

Indem er feststellte, daß der Iran eine alteingesessene Zivilisation ist, wies Mahathir nachdrücklich darauf hin, daß der Iran »viel mehr tun könnte«, um die Herausforderungen, mit denen es die Welt zu tun hat, zu meistern und wesentlich dazu beitragen könne, Stabilität in der Region herbeizuführen. □

Kritik an Argentiniens Fernseh-Pornographie

Der argentinische Anwalt Carlos Galindo hat in Argentinien einen Aufruhr verursacht, indem er die Behörden anklagte, ihre Pflicht vernachlässigt zu haben, das Gesetz gegen Pornographie, besonders im Falle der Fernseh-Persönlichkeit Mario Pergolini, Produzent von »La TV ataca«, das auf eine jugendliche Zuschauerschaft abzielt, durchzusetzen.

Wie es in einem Artikel in der Tageszeitung »Cronica« heißt, zitiert Galindo das argentinische Gesetz, das verlangt, daß alle Sendungen auf die kulturelle Verbesserung und »die moralische Erhebung der Bevölkerung, unter Achtung der Würde des Menschen, abgestimmt sein müssen«. Galindos Angriff ist eine Reaktion auf Pergolini, der Antonio Kardinal Quarrancino beschuldigte, »ein Faschist« und »ein Tier« zu sein, als dieser ihn ins Gebet nahm, weil er ausdrücklich homosexuelle und lesbische Handlungen in seiner Show ausgestrahlt hatte. In seiner Schmähschrift gegen den Kardinal, veröffentlicht durch die linksgerichtete Tageszeitung »Pagina 12«, verteidigte Pergolini sein Recht, Pornographie über die öffentlichen Ätherwellen zeigen zu dürfen: »Ich glaube nicht, daß es unmoralisch ist, Frauen oder Männer in suggestiver Pose zu zeigen... auch öffnen wir nicht für irgendetwas die Schleusen, wenn wir eine leicht lesbische Szene über das Fernsehen ausstrahlen. Ich glaube, diese Art von Erotik macht Freude.«

In der gleichen Ausgabe von »Pagina 12« greift der Homosexuelle Aktivist Roberto Jauregui Kardinal Quarrancino an, dieser sei »autoritär«, und die Medien sollten die Freiheit haben, auszustrahlen, was immer sie wollen. □

Israel

Widersprüchliche Interessen am Zionismus

Victor Marchetti

»Nächstes Jahr in Jerusalem«, die traditionelle Passah-Phrase, die von Juden während ihres Seder-Dienstes ausgesprochen wird, sollte umgeändert werden, um den ehrlichen Wunsch amerikanischer Juden widerzuspiegeln, regt die israelische Zeitschrift »Jerusalem Post« an. Es sollte so etwas sein wie »Nächstes Jahr in Jerusalem – aber halten Sie deswegen nicht den Atem an«.

Nichts trennt Israelis von amerikanischen Juden mehr als die Frage des Aliyah, Hebräisch für Einwanderung oder Rückkehr nach Israel, schreibt die Zeitschrift. In den 45 Jahren nach Gründung des Judenstaates haben sich nur etwa 50000 Juden, weniger als ein Prozent aller amerikanischen Juden, auf Dauer im Land Zion niedergelassen. Umgekehrt sind 500000 israelische Juden im gleichen Zeitraum in die USA eingewandert.

Mit anderen worten, das amerikanische Judentum hat einen kleineren Anteil seiner Bevölkerung zu Israel beigetragen als jede andere größere Gemeinde in der Diaspora. Diese enttäuschende Tatsache, schreibt die israelische Zeitschrift, färbt sich auf fast jeden Gesichtspunkt der nicht immer freundlichen Haltung des Judenstaats gegenüber amerikanischen Juden ab.

Aber kümmert das Amerikas Juden überhaupt? Eigentlich nicht. Zev Brenner, Gastgeber einer amerikanischen Rundfunk-Talkshow, die auf jüdische Zuhörer im Raum New York abzielt, stellt fest, daß, wenn amerikanische Juden ihre Seder-Sache zelebrieren, »wir diese Worte sagen, weil sie zur Religion gehören, aber unser Leben spielt sich hier ab. Ich würde mich als Zionist bezeichnen, aber ich glaube, für die meisten von uns bedeutet Zionismus, sich um Israel kümmern, Israel zu besuchen, Geld nach Israel zu schicken. Wir leben in Amerika. Uns geht es hier gut.« Und er hätte hinzufügen können: »Wir gehen nirgendwo hin.«

Nun, danke Gott für kleine Vergünstigungen. Brenner erkennt den Widerspruch zwischen jüdischer Identität und dem Leben in Amerika an, schreibt die »Jerusalem Post«. Wie viele orthodoxe Juden hat er sich den Gedanken, in Israel zu leben, zumindest durch den Kopf gehen lassen.

Knapp 17 Prozent der amerikanischen Judenheit hat jemals diesen Gedanken ernsthaft in Erwägung gezogen, geht aus einer Erhebung des American Jewish Committee von 1991 hervor.

Die Lage wird sich kaum ändern. Gerald Bubis, der Dekan für Gemeindedienst am Hebrew College in Los Angeles, äußerte: »Die zionistische Premisse spricht amerikanische Juden einfach nicht an. Amerikanische Juden glauben, ihr Zion hier in Amerika gefunden zu haben. Wir mögen Israel wegen einer Impfung oder eines kleinen Schlaganfalls. In gewissem Sinne sind wir zwei Gemeinden, die hinsichtlich der Grundlage dessen, warum wir im Geschäft sind, an einander vorbeireden.«

Yossi Kucik vom Israel Aliah Center der Zionistischen Weltorganisation stimmt dem zu. Kucik sagt: »Die Kluft zwischen Israel und den Juden hier wird immer breiter, nicht enger. Nur 20 oder 30 Prozent der Juden hier haben Israel jemals besucht. Die meisten Juden haben überhaupt keine Beziehung zu Israel. Irgendwie ist es uns nicht gelungen, eine große Anzahl von Menschen anzulocken. Die Führer der Gemeinde sind Israel treu ergebene Leute, aber im Grunde genommen verlieren wir.«

Kucik argwöhnt, daß die amerikanische Judenheit zu einem gewissen Zeitpunkt in der vergangenen Generation »ihren Brennpunkt auf Aliyah verloren« hat. Aber, schreibt die »Jerusalem Post«, Tatsache ist, daß Aliah für das amerikanische Judentum niemals eine Priorität war. Amerikanische zionistische Gruppen, mit einer zusammengefaßten Mitgliedschaft von etwa einer halben Million – weniger als zehn Prozent der jüdischen Bevölkerung – haben stets politische und finanzielle Unterstützung für Israel höher als Auswanderung zum Judenstaat bewertet.

Ein riesiges Netzwerk jüdischer Organisation ist in Amerika vorhanden, um Israel mit Geld und Stimmen zu unterstützen. Weit über eine Milliarde Dollar werden von diesen Gruppen jedes Jahr nach Israel transferiert, zuzüglich zu den Milliarden an Hilfsleistungen, die dem amerikanischen Steuerzahler weggenommen werden.

Aus Umfragen geht hervor, daß nur eine Minderheit von amerikanischen Juden sich für Israel begeistert, schreibt die Zeitschrift. Eine Studie des American Jewish Committee von 1988 forderte Juden auf, 12 jüdische Symbole ihrer Bedeutung nach einzustufen. Israel rangierte an siebter Stelle – vor dem United Jewish Appeal, aber hinter der Torah, Jom Kippur und dem Holocaust.

»Aliyah und Zionismus sind in Amerika nicht unbedingt gleichbedeutend«, sagt Shoshana Cardin, die ehemalige Vorsitzende der Conference of Major American Jewish Organizations. »Zionismus in Amerika ist die Bekräftigung der Zentralität einer jüdischen Heimstätte. Es ist eine Bekräftigung unseres gemeinsamen Erbes und Spiritualität. Ich würde sogar sagen, es ist eine Bekräftigung des angestrebten Ziels der Heimholung des jüdischen Volkes. Aber das wird nicht persönlich übertragen. Nicht in Amerika.«

Die jüdisch-amerikanische Romanschreiberin und Journalistin Anne Rophie schreibt, nicht Aliyah zu machen, sei eine praktische Angelegenheit. Sie behauptet ziemlich defensiv, daß, »obwohl amerikanische Juden immer noch in den zionistischen Staat verliebt sind, ist es eine Liebe, die sich niemals erfüllt hat, ein Pfad, der aus privaten Gründen nicht betreten wird«. Sie setzt hinzu, daß amerikanische Juden »Privatleute mit menschlichen Absichten sind ... Alle unsere Gründe dafür, in Amerika zu bleiben, sind privater Natur, eine heikle Entscheidung, bei der das Selbst gegen die jüdische Nation abgewogen wird«. □

Unter den Teilnehmern des 6. Zionistenkongresses 1903 sitzt Theodor Herzl (zweite Reihe mit gekreuzten Armen), Begründer des politischen Zionismus.

Zionismus

Theologen des Pro-Israelismus

Victor Marchetti

Von all den vielen jüdischen Publikationen, mit denen der Zionismus gefördert wird, sind zwei der bedeutenderen die Zeitschrift »Commentary« des American Jewish Committee, und »Midstream« der Theodor-Herzl-Stiftung. Die besser bekannte »Commentary«, die sich als Stimme des konservativen Republikaners geriert, »zielt darauf ab, die Notwendigkeit für eine Zeitschrift für bedeutsames Gedankengut und Meinungen zu jüdischen Angelegenheiten zu dekken«. »Midstream« identifiziert sich aufrichtiger als »zionistische Publikationen«.

»Commentary« ist weltlich, unerträglich großspurig und spiegelt die elitäre Überheblichkeit ihres einst marxistischen Chefredakteurs Norman Podhoretz wider. »Midstream« andererseits schlägt einen mystisch-religiösen Ton an – ein Gefühl der »Auserwählten« – und ist noch fanatischer bei seiner Unterstützung des Judenstaats. Beide sind jedoch weniger als angetan von dem traditionellen sozialistischen Zionismus der Gründerväter Israels und ihrer Arbeiter-Partei, die das kleine Land derzeit regiert.

Aus Treue zu Israel

»Commentary« genießt unter amerikanischen Konservativen, einschließlich William F. Buckley jun. und sein Flaggschiff »National Review«, einen Großteil des unangebrachten Ansehens. Die Zeitschrift erreichte innerhalb der intellektuellen Bewegung des rechten Flügels einen Aufstieg, als Podhoretz und Leute seines Schlages nach Israels siegreichem Sechs-Tage-Krieg von 1967 ihre marxistisch-leninistischen Wurzeln verleugneten. Wie man sich erinnern wird, griffen die Israelis während dieses Krieges das amerikanische Nachrichtenschiff »USS Liberty« an und versuchten, es zu versenken.

Nach dem Sieg des zionistischen Staates über seine arabischen Nachbarn im Jahre 1967 entdeckten Podhoretz und Co. ihre jüdischen Wurzeln neu. Sie sahen anscheinend eine hellere Zukunft für sich selbst eher darin, den Zionismus zu unterstützen, als weiterhin ihren marxistisch-leninistischen Neigungen zu frönen.

Die ehemaligen Linken wurden schnell und ohne Fragen zu stellen in der konservativen Zitadelle des Antikommunismus als verlorene Söhne, die endlich das Licht gesehen hatten, willkommen geheißen. Amerikanische Konservative waren in ihrem unermüdlichen Kreuzzug gegen das böse Imperium des Kommunismus stets arme Trottel für Abtrünnige vom Feind.

Über die Jahre hinweg wurde »Commentary« zu einer einzigartigen Kraft in der amerikanischen konservativen Bewegung und konnte zahlreiche nichtjüdische politische Persönlichkeiten für ihre Sache gewinnen. Aber um das »kashrut«-Siegel der Billigung der Zeitschrift zu bekommen, mußten seine Verbündeten – George Shultz, Jeanne Kirkpatrick, Jack Kemp und andere – dem Judenstaat erst einmal, ohne Fragen zu stellen, ihre Treue schwören.

Die Zeitschrift und ihre Herausgeber kamen in der Zeit (1977 bis 1992) von Menachem Begins und Yitzhak Shamirs zionistischer Herrschaft des harten Kurses in Israel – eine Politik, die als Gegengewicht zum sowjetischen Expansionismus im Nahen Osten gerechtfertigt wurde – zur vollen Blüte. Aber jetzt ist das böse Imperium verschwunden, und, schlimmer noch, das alte Labor Alignment ist im Judenstaat wieder an der Macht – und die Laboriten reden über Frieden mit den Palästinensern und den anderen Arabern. Der zionistische Traum vom »Eretz Yisrael«, Großisrael, ist zumindest vorübergehend aufgegeben worden. Dies alles läßt die »Commentary«-Mannschaft ganz allein im rechten Feld im Regen stehen.

Jeane Kirkpatrik schwor Israel, ohne irgendwelche Fragen zu stellen, ihre Treue.

Daher haben Podhoretz und seine zionistischen Freunde keine Wahl – und können schon bald ohne Beschäftigung sein –, es sei denn, sie können eine beträchtliche Anzahl von Juden und Nichtjuden in der konservativen rechten Ecke davon überzeugen, daß Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn für den Judenstaat und daher auch für Amerika nicht gut ist. Dies wird eine harte Nuß zu knacken sein, selbst mit Unterstützung von Abe Rosenthal und Bill Safire an der »New York Times«, und all der vielen Journalisten, die Podhoretzs Stil des Pro-Israelismus gutheißen.
Die entscheidende Frage lautet: Können »Commentary« und Podhoretz Amerikas konservative Eliten noch einmal verdummdeubeln?

Erfüllung des Willen Gottes

»Midstream« andererseits hat ein solches Problem nicht. Herausgeber Joel Carmichael und seine Truppe zionistischer Evangelisten predigen im Chor. Es kümmert sie nicht, was Nichtjuden vom Zionismus halten. Diese aufrichtigen Verfechter Großisraels glauben, Gott auf ihrer Seite zu haben. Es gibt keine Kompromisse mit den Arabern oder irgendjemand anders – einschließlich weltliche amerikanische Juden.

Für »Midstream« ist der Kampf um zionistische Erfüllung ein Religionskrieg, wir gegen sie: Eine Fortsetzung der Bemühung der Juden seit biblischen Zeiten, den Willen Gottes durch das Instrument Israel zu erfüllen. Anstatt Nichtjuden von Israels Abmachung mit Gott zu überzeugen, konzentrieren sich Carmichael und Co. darauf, den Glauben der wahren Gläubigen an die Richtigkeit des Judentums und das zionistische Israel zu stärken. Sie sind Fanatiker bis aufs Mark. □



Internationalismus ist keine neue Idee

Alec de Montmorency

Der Globalismus ist keine neue Idee. Schon vor Jahren arbeiteten internationalistische Triebkräfte daran, die Länder der Welt ihrem Willen zu unterwerfen.

Die Bilderberg-Gruppe, die Trilaterale Kommission und der Council on Foreign Relations sind das heutige Dreigestirn, der von den Rockefeller-Interessen und deren Kohorten, einschließlich der Rothschilds, finanzierten und geleiteten Clique. Aber es sind nicht die Ersten von dieser Sorte.

Die Geschichte Darlans

Vor etwa 70 Jahren tat sich eine Gruppe von internationalistischen Mauschlern zusammen, um die amerikanische Außenpolitik zu gestalten, die Vereinigten Staaten von Europa zu gründen, die individuelle Souveränität der einzelnen europäischen Staaten zu zerstören und sie ihrer überseeischen Besitztümer zu berauben.

Ein Dokument von größter historischer Bedeutung und immer noch aktuellem Interesse taucht in einem Buch von Admiral Theiphile Docteur, einst Stabschef der Französischen Kriegsmarine, auf, das 1949 in Paris herauskam. Das Buch handelt von Admiral Jean François Darlan, dem lebenslangen Freund des Verfassers. Darlan, ein äußerst mächtiger französischer Politiker und Marineoffizier, hatte bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs das Kommando über die französischen Marinestreitkräfte.

Der Verfasser zitiert aus einem Brief aus San Francisco vom 25. Dezember 1928, in dem Darlan – seinerzeit Kapitän – darüber berichtet, mit einem Admiral



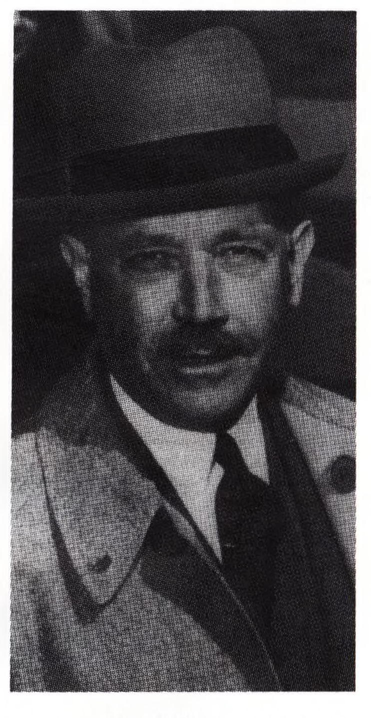
Jean François Darlan, ein äußerst mächtiger französischer Politiker, hatte bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges das Kommando über Frankreichs Marine.

Washington, damals Kommandeur des Marinestützpunkts in San Francisco, zusammengetroffen zu sein.

Washington sprach zu Darlan über die erfolgreiche und ziemlich billige Operation, die in den Vereinigten Staaten durchgeführt werde, um die US-Navy zu »verjüngen«, durch Umgestaltung der Marineeinheiten zum Kostenpunkt von 50 Millionen Dollar pro Kreuzer. Er schreibt dann:

»Es gibt in den Vereinigten Staaten eine starke europafeindliche Bewegung. Die Regierung hat heimlich Ligen wie die Goodwill Association, die unter dem Deckmantel humanitärer Propaganda den Internationalismus, Anti-Militarismus und Anti-Patriotismus fördert, zum Einsatz in Europa in Bewegung gesetzt. Ihr Zweck, der mir gegenüber vom Präsidenten der Universität von Südkalifornien erläutert wurde, besteht darin, die Vereinigten Staaten von Europa ins Leben zu rufen, die den Vereinigten Staaten von Amerika unterworfen sein werden.«

Die Tatsache, daß Darlan von



Gaston Henri-Haye, Oberbürgermeister von Versailles und französischer Botschafter in Washington, kannte die Pläne des US-Präsidenten Roosevelts.

den geheimen politischen Zielen der bestehenden Mächte in Washington wußte, ist in keinem in den Vereinigten Staaten veröffentlichten Geschichtsbuch über den Feldzug in Nordafrika während des Zweiten Weltkriegs jemals erwähnt worden.

Die Geheimbotschaft Roosevelts

Zusammenfassend sei gesagt: Ende Dezember 1943 bis Anfang Januar 1944 befand sich auf dem Linienschiff des Schwedischen Roten Kreuzes »MS Grippsholm«, auf dem der Verfasser arbeitete, ein Mann Namens Gaston Henri-Haye, Oberbürgermeister von Versailles und französischer Botschafter in Washington. Er fuhr auf seinem Weg nach Hause nach Lissabon. Marschall Henri Philippe Petain hatte nach dem Einmarsch der Amerikaner in Französisch-Nordafrika die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abgebrochen.

Nach Aussage mehrerer meiner Freunde, die ebenfalls an Bord des Schiffes dienten, sagte Henri-Haye zu Freunden, er habe den Wortlaut einer Botschaft von Präsident Franklin Delano Roosevelt an die Bevölkerung von Französisch-Nordafrika, mit der er verkündete, daß amerikanische Streitkräfte sie vor einem geplanten Einmarsch deutscher Streitkräfte »retten« werden.

Es scheint, daß im Oktober 1942 Papst Pius XII. verschiedene ausländische Gesandte in den Vatikan berief, um eine vorher aufgezeichnete Botschaft zu hören. Es handelte sich hierbei um die Rede von Roosevelt an die Bevölkerung von Französisch-Nordafrika, in der er sie aufforderte, die amerikanischen Streitkräfte willkommen zu heißen. Die Rede sollte von Gibraltar aus ausgestrahlt werden, sobald die Invasion im Gange war.

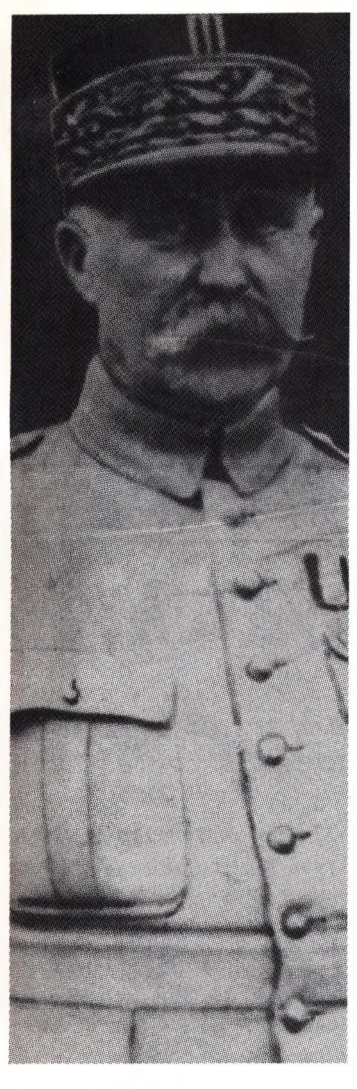
Zu den auf dieser Sitzung Anwesenden gehörten der französische Senator Leon Bérard; Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im deutschen Außenministerium von 1936 bis 1945 und Vater des heutigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker; ein Mann namens Osborne, der britische Minister für den Vatikan, der später Herzog von Leeds wurde, und Prinz Pacelli, ein Neffe von Pius XII.

Am Schluß der Abhörung sagte der Papst sarkastisch zu ihnen: »Beachten Sie, daß der Akzent hier auf Aufrichtigkeit liegt.«

Wer die Niederschrift von Roosevelts Rede zum Vatikan durchsikkern ließ, ist niemals bekannt geworden.

Die Einmarschpläne der Amerikaner

Als der Text in Vichy einging, rief Pétain Darlan zu sich und erteilte



Henri Philippe Petain brach nach dem Einmarsch der Amerikaner in Französisch-Nordafrika die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab.

diesem spezielle Anweisung, sich auf eine Inspektionsreise durch Französisch-Nord- und Westafrika zu begeben.

Vorher waren amerikanische Geheimagenten, getarnt als Wohltätigkeitsarbeiter der Quaker (Society of Friends), nach Nordafrika eingeschleust worden. Der amerikanische Generalkonsul in Frankreich, ein Mr. Murphy, war auch dorthin gereist. Der französischen Kriegsmarine war befohlen worden, die Gespräche zwischen jenen Agenten und dem Generalkonsul zu überwachen.

Somit wußte Darlan über die zeitliche Abstimmung des Einmarsches Bescheid und setzte sich mit einem alten Freund, einem britischen Admiral namens Cunningham, in Verbindung, der damals die britischen Streitkräfte, die an dem Einmarsch teilnehmen sollten, befehligte. Darlan willigte ein, Cunninghams Truppen unter den gleichen Bedingungen in Algier an Land zu lassen, wie König Christian IX. die deutschen Streitkräfte anderthalb Jahre zuvor nach Dänemark hereingelassen hatte: Das Territorium zwar als Kriegsbasis benutzen zu können, aber davon Abstand zu nehmen, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Die Eisenhower-Connection

Dieser modus vivendi wurde an Roosevelt übermittelt und hätte eine unblutige Besetzung Französisch-Marokkos – das der Beuteanteil für die USA sein sollte – ermöglicht und den Tod von Hunderten von amerikanischen und französischen Soldaten auf dem Schlachtfeld vermieden.

Roosevelt antwortete nicht; er hatte andere Pläne, basierend auf der Fahnenflucht zweier französischer Generale: General Bethouard in Casablanca und General Mast in Algier. Diese Generale wurden von der französischen Kriegsmarine festgenommen, bevor sie eingreifen konnten, und es folgte die Schlacht von Casablanca, wo die amerikanischen Streitkräfte zurückgeschlagen wurden.

Danach beschloß Roosevelt, die geforderte Vereinbarung, das sogenannte Darlan-Clark-Abkommen, zu unterzeichnen. Aber er hatte nicht die Absicht, seinen Teil des Bargains einzuhalten, und ein amerikanischer Lufttransport brachte eine Mannschaft von Mordexperten nach Algier, die General Charles De Gaulle in England zur Verfügung gestellt hatte. De Gaulle war nach London gebracht worden, um dort als tituläres Oberhaupt der Freien Französischen Regierung im Exil zu dienen.

Darlan wurde am Heiligabend 1942 gemäß einem von General Dwight D. Eisenhower verfaßten und im voraus mit Bargeld bezahlten Vertrag in seiner Dienststelle ermordet. Diese Eisenhower-Connection ist in Docteurs Buch, das niemals in den Vereinigten Staaten veröffentlicht wurde, dokumentiert. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Thais fürchten Eskalation des Krieges in Kambodscha

Thailandische Truppen an der Grenze zu Kambodscha sind verstärkt worden, wurde bekanntgegeben. »Wir haben damit gerechnet, daß es in Kambodscha so bald keinen Frieden geben wird, und daß dort bald wieder gekämpft wird«, sagte General Visit Artkhomewongs, Chef der Streitkräfte des gemeinsamen Stabes in Thailands Oberstem Hauptquartier. »Wenn es Kämpfe gibt, wollen wir, daß diese innerhalb von Kambodscha gehalten werden«, sagte Visit auf einer Pressekonferenz.

Dieser Schritt erfolgte, als Guerillas der Roten Khmer die Stadt Siem Riap, nördlich der Hauptstadt Phnom Penh gelegen, nur Stunden, nachdem die politische Führung der Guerillas die Hauptstadt verlassen hatte, abschnitten. Der Rückzug aus Phnom Penh läuft auf ein offizielles Ausscheiden aus dem »Friedensprozeß« der Vereinten Nationen hinaus.

Die Guerillas sprengten eine wichtige Brücke, die die Provinz Kompong Thom mit der Hauptstadt verbindet in die Luft; es war das zweite Mal, daß sie diese Brücke zerstört haben. Siem Riap, mit 60.000 Einwohnern, ist für die Kambodschaner sehr bedeutsam, weil es der Standort der Angkor-Tempel aus dem 12. Jahrhundert ist.

Ein Beobachter der Vereinten Nationen, Major Roustan Saliakov, sagte, daß die Roten Khmer »in Siem Riap genügend Streitkräfte haben, um die Stadt mindestens ein paar Stunden lang zu halten. Sie haben Soldaten, um die ganze Stadt herum. Ihr Plan könnte darin bestehen, in einige Gebäude einzudringen, um ihre Macht zu demonstrieren.«

Der indonesische Außenminister Ali Alatas, einer der Garanten für das Kambodscha-Friedensabkommen, meinte, der Rückzug der Roten Khmer aus Phnom Penh sei eine »ernsthafte Entwicklung«. Mitarbeiter der Vereinten Nationen wurden angewiesen, die beiden unruhigsten Provinzen Kompong Thom und Siem Riap zu verlassen. Japan und Australien erklärten beide, sie würden im Falle eines Großangriffs der Roten Khmer ihre UNO-Kontingente aus Kambodscha abziehen. □

Blockfreie wollen Aktion gegen Serbien

Die blockfreien Länder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drängen auf eine Abstimmung zur Verstärkung der Sanktionen gegen Serbien, trotz Widersprüchen seitens Moskaus und Washingtons. Wenn sie Erfolg haben, könnte Rußland, ein ständiges Mitglied, dazu gezwungen werden, gegen die Sanktionen sein Veto einzulegen. Rußland hat sein Vetorecht seit 1989 nicht mehr in Anspruch genommen und es stets vorgezogen, die Dinge inoffiziell mit den anderen »ständigen fünf« Mitgliedern auszuarbeiten.

In einer, wie Reuter es nannte, »seltenen Demonstration der Solidarität gegen die Großmächte« versicherten die blockfreien Staaten, daß ein Hinauszögern der Abstimmung der Welt und den Serben das falsche politische Signal sendet.

Der amerikanische Botschafter Madeleine Albright soll mit der Gruppe der Blockfreien im Rat – Pakistan, Dschibuti, Marokko, Venezuela und Kap Verde – gesprochen und sie unter Druck gesetzt haben, ihre Meinung zu ändern. □

Serbische Zeitung gibt Mord an Albanern zu

Die serbische Tageszeitung »Jedinstwo« räumt ein, daß der ehemalige jugoslawische Staatssicherheitsdienst prominente albanische Aktivisten, die im Ausland operierten, ermordet hat, heißt in dem vom Kosova-Informationszentrum veröffentlichten »Kosova Daily Report«. »Jedinstwo« erscheint in der Hauptstadt von Kosovo, Pristina. Der Verfasser Marko Lopushina behauptet, aus offiziellen Kreisen des ehemaligen jugoslawischen Staatssicherheitsdienstes Material bekommen zu haben, mit dem die Tatsache belegt wird, daß eine Anzahl bedeutender albanischer Aktivisten, die in Deutschland und anderswo in Europa lebten, systematisch liquidiert wurden. Lopushina, der behauptet, serbischen Militär- und Polizeikreisen nahezustehen, führt solche Fälle an wie den des Enver Hadri, der in Kosovo den Ausschuß für Menschenrechte ins Leben gerufen und sich vor dem Europäischen Parlament für Kosova eingesetzt hatte, und der am 25. Februar 1990 in Brüssel ermordet wurde.

Der »Daily Report« schreibt: »Dies ist das erste Mal, daß die serbische Seite die Liquidierung albanischer Intellektueller und politischer Aktivisten, die niemals Gewalt predigten, zugibt... Albaner von Kosova wußten die ganze Zeit, daß der ehemalige jugoslawische Sicherheitsdienst hinter den Morden stand. Auch Serbien gibt dies endlich zu, und somit ist der Weg zur strafrechtlichen Verfolgung der Verbrecher frei, obwohl den Albanern sehr wohl bekannt ist, daß niemand in Serbien sich für die an ihnen begangenen Verbrechen verantworten muß.« □

Bosnien im Vergleich zum Warschauer Ghetto

Der einzig überlebende jüdische Kommandeur der Widerstandskämpfer des Warschauer Ghettos, Dr. Marek Edelman, verglich das, was den Bosniern angetan wird, mit dem, was die Nazis früher den Juden angetan haben, nicht nur unter dem Aspekt der Greueltaten die begangen werden, sondern auch wegen der Weigerung der Länder des Westens, den Völkermord zu verhindern.

In einer dramatischen Intervention während der Feierlichkeiten anläßlich des 50. Jahrestages des Aufstands im Warschauer Ghetto erklärte Dr. Edelman: »Traurigerweise wurde der Holocaust mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto nicht beendet. Er geht weiter... In Bosnien herrscht Massenvernichtung, und Europa verhält sich ähnlich wie damals gegenüber den Ghettokämpfern... Wenn dieser Jahrestag eine Bedeutung haben soll, dann muß es eine Bedeutung für die Zukunft sein.«

Edelman stellte mit bitterer Ironie fest, der einzige scheinbare Unterschied zwischen dem, was den Bosniern geschieht, und dem, was den Juden angetan wurde, bestehe darin, daß den »Jugoslawen« die »Chemiker und Physiker« fehlen, die gewährleisten, daß die Bosnier »sehr billig und in einer sehr kurzen Zeit ausgerottet werden können«.

Edelmans Kommentare wurden in den Zeitungen »Die Welt«, »Frankfurter Allgemeine« und »Mainzer Allgemeine Zeitung«, sowie in der französischen Zeitung »Le Monde« hervorgehoben. Seine Erklärungen machen der von der Anti-Defamation-League (ADL) und deren Gesinnungsfreunde, die die Greueltaten der Serben in Schutz nehmen und behaupten, der Holocaust beziehe sich nur auf Juden, vertretenen Ansicht den Garaus.

Der Präsident des französischen Schiller-Instituts, Jacques Cheminade, sprach bereits 1990 mit Dr. Edelman, der damals noch ein praktizierender Herzspezialist war. In diesem Interview räumte Dr. Edelman mit der These auf, daß es in Polen einen Aufschwung des Antisemitismus gebe. □

Papua Neu Guinea widersetzt sich IWF-Diktat

»Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat nicht immer Recht; wir treffen unsere eigenen Entscheidungen«, sagte der Premierminister und Finanzminister von Papua Neu Guinea, Sir Julius Chan, auf einer Geschäftskonferenz in Brisbane, Australien. »Die Erfahrung in anderen Ent-

wicklungsländern sagt mir, daß, wenn man sich mit seiner eigenen Politik befaßt, man diese auch nach eigenen Notwendigkeiten bestimmt.« Der Minister reagierte auf einen Aufruf des IWF an die Regierung des westlichen Nachbarn von Australien, kein weiteres Eigenkapital in Bergwerken oder Ölfeldern aufzunehmen. Aus dem in der australischen »Financial Review« abgedruckten Bericht geht hervor, daß Geldanleger durch letztendlich drohende Verstaatlichung gezwungen werden könnten, neu zu verhandeln. Die »Financial Review« unterstützte die IWF-Position in einem Leitartikel mit der Überschrift »Papua Neu Guinea muß Rat des IWF befolgen«.

Zur Entscheidung der Regierung, einen Anteil von 50 Prozent an dem mit 1,25 Milliarden Dollar bezifferten Gold-Projekt Lihir zu übernehmen, falls die derzeitigen Eigentümer, RTZ, Plc (80 Prozent) und Nuigini Mining Ltd, in vier Wochen keinen dritten Partner finden können, räumte der Minister ein, daß die Regierung »vielleicht« den Rat des IWF außer acht lassen wird. □

Sieben Staaten als Kern der GUS

Kasachstans Präsident Nursultan Nazarbajew äußerte, er könne sich vorstellen, daß sieben Staaten einen Kern zu engerer Kooperation innerhalb der aus zehn Mitgliederstaaten bestehenden Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bilden. Er zählte jene Staaten, die das Gründungsstatus der GUS unterzeichnet haben, auf: Rußland, Kasachstan, Weißrußland, Usbekistan, Armenien, Kirgistan und Tajikstan.

Nazerbajew meinte, Beispiele für eine engere Kooperation könnte die Beseitigung der Zollschranken oder die Schaffung einer einzigen Währungszone sein.

Der russische Präsident Boris Jelzin äußerte vor der Versammlung von hohen Führungspersönlichkeiten der GUS in Minsk, Weißrußland, daß Staaten wie Ukraine, Moldawa und Turkmenistan, die die vorgeschlagenen Statuten nicht unterzeichnet haben, aus der Kooperation ausgeschlossen würden. »Wir wollen kein Blatt vor den Mund nehmen«, sagte er. »Wer die Statuten nicht unterzeichnet, wird in der Tat außerhalb des Hauptkanals der Kooperation im Rahmen der Gemeinschaft bleiben, und zwar mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.«

Aserbaidschan schied im vergangenen Jahr aus der GUS aus, wodurch deren Mitgliederzahl von 11 auf zehn verringert wurde.

Der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk schloß die Beteiligung seines Landes an einer Militärunion aus. Auch Weißrußland ist gegen eine Militärunion. □

Türkei wird Pakt mit Aserbaidschan ratifizieren

Das türkische Parlament wird bald eine im November unterzeichnete Vereinbarung mit Aserbaidschan, die eine gemeinsame Verteidigungsklausel enthält, ratifizieren, teilte der Sprecher des Außenministeriums Volkan Vural mit. Das Kooperations- und Solidaritätsabkommen würde der Türkei eine legale Grundlage dazu geben, Aserbaidschan in seinem Krieg mit Armenien zu helfen.

»Die Vereinbarung ist sehr umfangreich. Innerhalb ihres Rahmens werden alle Hilfsleistungen für Aserbaidschan mit verstärkter Rechtmäßigkeit fortgesetzt«, sagte Vural in einer Pressekonferenz. »Die Türkei wird dann die Macht und Mittel haben, Aserbaidschan jegliche Unterstützung und Hilfe im Rahmen seiner Möglichkeiten angedeihen zu lassen.«

Befragt, ob die Türkei der Regierung in Baku bereits Waffen liefere oder andere militärische Hilfe leiste, antwortete Vural: »Ich möchte in diesem Stadium nicht auf Einzelheiten der Hilfsleistungen eingehen.«

Obwohl diese militärischen Bindungen verstärkt werden, wies der türkische stellvertretende Ministerpräsident Erdal Inonü den Gedanken zurück, daß die Türkei einseitig eingreifen wird, um Aserbaidschan zu schützen. »Warum tut die Türkei das nicht selbst«, fragte er. »Es tut mir leid, aber die Türkei hat solche Verpflichtungen nicht... Wenn die Türkei einen Alleingang unternimmt, wird die Welt das zurückweisen.« □

Iran ratifiziert Atom-Deals mit Rußland

Das iranische Parlament ratifizierte separate Vereinbarungen mit Rußland und China über Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet zu friedlichen Zwecken, berichtete die iranische Nachrichtenagentur IRNA. Die Vereinbarungen beziehen sich auf den geplanten Kauf von Kernkraftwerken aus Rußland und China durch Iran und auf andere Gesichtspunkte, wie zum Beispiel Forschung.

Der 15 Punkte umfassende Pakt besagt, daß keine der beiden Seiten Ergebnisse gemeinsamer Forschungen ohne Genehmigung des jeweiligen Partners an Dritte weitergeben darf.

Das Abkommen mit Rußland, von der Sowjetunion übernommen, wurde von Präsident Ali Akbar Rafsanschani unterzeichnet, als er Moskau 1989 besuchte.

China gab im Februar bekannt, daß es zugestimmt habe, zwei 300-Megawatt-Reaktoren an den Iran zu verkaufen. Irans Leiter der Atomenergie-Behörde, Reza Amrollahi, sagte im September, daß Teheran über den Kauf von zwei 440-Megawatt-Reaktoren von Rußland diskutiert, berichtet Reuter. □

Schocktherapie heizt Amerika-Feindlichkeit an

Die von der Harvard University entworfene Politik der »Schocktherapie« heizt die Stimmung einer anti-amerikanischen Gegenreaktion in der russischen Bevölkerung an, warnte Professor Stephen F. Cohen vom Center for Russian Studies an der Princeton University in einem Interview mit der französischen Tageszeitung »Le Monde«.

Cohen, der dafür eintritt, die Hilfsleistungen an Rußland zu erhöhen, sagte: »Ich wünschte, daß diese Hilfe mehr verallgemeinert und weniger von Bedingungen abhängig wäre. Bislang war sie zu dogmatisch... Jetzt sagen immer mehr Russen zueinander, daß sie nichts mehr vom Westen erwarten... und Amerika in erster Linie wird die ersten Gegenreaktions-Auswirkungen dieser Enttäuschung zu spüren bekommen. Für viele Leute, die erleben, wie ihre Ersparnisse auf brutale Art und Weise dahinschwinden und die plötzlich unter das Armutsniveau abgesackt sind... werden die Vereinigten Staaten von nun an mit den Auswirkungen der Schocktherapie, die ihnen zu Beginn des Reformprozesses aufgezwungen wurden und dessen Auswirkungen sie als erste zu spüren bekamen, in Zusammenhang bringen.«

Cohen meinte, daß die Vereinigten Staaten die Person Jelzin nicht mehr mit dem »Prozeß der Reform« in Verbindung bringen sollten, da es Jelzins Wirtschaftspolitik sei, die versagt hat.

Die Vereinigten Staaten dürfen Rußland keine Bedingungen »diktieren«, meinte Cohen, und bezog sich dabei »auf alle Finanziers, die die russischen Behörden über Lösungen beraten haben, die keine Beziehung zu der Komplexität der Situation, oder noch besser, zu den Wirtschaftswissenschaftlern aus internationalen Banken haben«.

»Le Monde« fragte: »Oder Harvard?«. Cohen sagte: »Ja, die sind auch verantwortlich. Das Schlimmste ist, daß, trotz der Ernsthaftigkeit der Situation, gewisse Experten von sicherer Entfernung aus für eine noch härtere Schocktherapie plädieren.« Er bezog sich im einzelnen auf Clintons Berater Michael Mandelbaum von der John Hopkinks University, der kürzlich für Rußland eine »polnische Lösung« vorschlug. »Dies wäre ein furchtbarer Fehler«, sagte Cohen.

»Das Problem der Schocktherapie liegt darin, daß diese sehr schnell ein bedeutendes Opfer zur Folge hat: die Demokratie.« □

Briefe

Betr.: Parteien »Die Schuldenkünstler von Bonn«, Nr. 5/93

Der von uns Alten zunächst mit Hacke und Schaufel aufgebaute Staat Bundesrepublik Deutschland wird nunmehr von kriminellen Politikern zugrunde gerichtet, das dritte Mal in diesem Jahrhundert! Seit mehr als 2000 Jahren ist bekannt, wohin die staatliche Schuldenwirtschaft führt: »Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierung müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten statt auf öffentliche Rechnung zu leben.« Marcus Tullius Cicero, Rom 55 vor Christus.

Und gleich noch die Begründung, warum die Bundesrepublik noch vor dem Jahr 2000 untergehen muß:
»Nichts ist richtiger als daß jeder Staat, der immerfort borgt, der nie die vorher gemachten Schulden abzahlt, endlich untergehen muß. Sieht man einen Staat schon eine geraume Zeit hindurch in diesem Fall, und kann aus seinen Verhältnissen mutmaßen, daß er nie solange Muße behalten werde, um seine Schulden bis zu einem gewissen Punkt zu vermindern, sondern vielmehr durch die Umstände genötigt sein werde, sie noch mehr zu vergrößern, so kann man diesem Staat ganz richtig den Untergang prophezeihen.« Karl August von Struensee, 1880.

Wer eine derartige Finanzpolitik verfolgt, handelt betrügerisch, weil er unser Volk in Kenntnis oben zitierter Konsequenzen ins Unglück stürzt. Diese uns regierenden Bankrotteure hatten bereits vor der sogenannten Wiedervereinigung eine Billion DM Staatsschuld angehäuft. Jetzt lügen sie, all dieses Geld sei für die Einheit gebraucht worden. Derzeit haben die unverantwortlichen Hasardeure 1,7 Billionen Schulden verursacht. Im Jahre 2000 wären es, nur aufgrund des Zinseszinseffekts dieser Staatsschuld ca. fünf Billionen, falls sie keine weiteren Schulden machen würden. Dafür sind 500 Milliarden DM/an Zinsen zu zahlen. Das können wir nicht mehr bezahlen!

Auch die Schulden sind nicht mehr rückzahlbar! Hierbei sind noch nicht die zusätzlichen Schulden durch »Nebenhaushalte« berücksichtigt: »Treuhand« 600 Milliarden DM (bisher), Bundespost: 110 Milliarden DM, Bundesbahn: 65 Milliarden DM. Abgesehen von dem völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Verrat Ostdeutschlands, der uns viele Billionen kostete und abgesehen von den Zahlungen an Israel in Höhe von ca. 110 Milliarden DM und einem unbekannten Betrag gleicher Größenordnung für Waffen und technische Einrichtungen wie zum Beispiel Bahn- und Nachrichtenwesen, sind vom deutschen Volk zu zahlen:

An Polen für nicht bediente Kredite: 19 Milliarden DM. Spurlos verschwundene (!) deutsche Unterstützung bis 1991 für die UdSSR 60 Milliarden DM. Seit 1991 neue Zahlungszusagen an Rußland: 80 Milliarden DM. Deutsche Beteiligung der BRD am amerikanischen Irak-Holocaust: 18 Milliarden DM. Staatsbürgschaften für Export: 75 Milliarden DM.

Außerdem jährlich: Asylbewerber mindestens 35 Milliarden DM, nach anderen glaubhaften Schätzungen sind es inclusive Infrastruktur bis zu 200 Milliarden DM. Hinzu kommen noch kleinere Beträge von insgeamt 30 Milliarden DM zum Beispiel für Protz- und Prunksucht inclusive Benzingeld der Frau Bundespräsidentin und für den der Öffentlichkeit verschwiegenen Betrug des Volkes infolge krimineller Absahnerei. Ferner ca. 0,2 Milliarden DM/a für Bundeswehreinsatz in Somalia zwecks Unterwerfung des somalischen Volkes unter den Willen der dort operierenden Ölmulties Conoco, Chevron, Amoco, Phillipps 66 und Agip, koordiniert von der UN zu Gunsten der Wallstreet.

Hinzu kommen noch »Kredite« in Höhe von vielen Milliarden der Bundesbank an Weltbank und IWF à Fond perdu, die als uneintreibbare Forderungen als Aktiva in der Bilanz der Bundesbank stehen. Nichts als wertloses Papier! Da die riesigen Kredite an den Staat unter Umgehung des Bundesbankgesetzes rediskontiert werden (der Trick: Die Kredite werden halbjährlich von den Geschäftsbanken, die damit riesige Gewinne machen, erneuert) ist der ganze Vorgang ebenfalls kriminell. Außerdem:

»Gegen den Amtseid verstößt jeder Finanzminister, der kein ausgeglichenes Budget vorlegt per se und ganz besonders, wenn er sich den Bundesbankgewinn auszahlen läßt.« Paul C. Martin in »Sachwert schlägt Geldwert«, 1983.

Anstatt daß nun die Asylbetrüger heimgeschickt werden, um Mulitmilliarden zu sparen, soll das Volk jetzt auch noch um die Leistungen der Kranken- und der Rentenversicherungen bertrogen werden (Friedhelm Ost). Die Bonner Bankrotteure, deren Unverschämtheit keine Grenzen mehr kennt, wissen nicht mehr, woher sie das Geld nehmen sollen:

Zusätzlich zu Solidarpakt, Ergänzungs- oder Arbeitsmarktabgabe, höherer Sprit-, Renten-, Versicherungs-, Vermögenssteuer, 30 Prozent Zinsabschlag werden jetzt die kommunalen Steuern und Gebühren (Müll, Wasser, Gas, Bahnen bis zur letzten Friedhofruhe) drastisch erhöht. Andererseits werden Leistungen abgebaut, Personal reduziert und öffentliche Einrichtungen geschlossen, wie zum Beispiel Schwimmbäder. Wie n-tv am 10. Mai 1993 berichtete, leben mehr als vier Millionen Deutsche von weniger als 500 DM pro Monat. Was wird geschehen, wenn 1996 die 600 Milliarden-DDR-Schuld-Zeitbombe detoniert?

Aber die Politiker & Innen vergessen nicht, ihre eigenen Bezüge und Pensionen in ungerechtfertigter Weise zu erhöhen. Kriminelle Pensions-, Putzfrauen-, Insider-, Briefbogen-, Grußwort-, Amigo-, Schubladen-, Dienstwagen-, Traumreisen-, Billigstromaffären sind selbstverständlich.

Politiker, die ihr eigenes Volk verraten, belügen, betrügen, bei jeder Gelegenheit verleumden, seinen Nutzen nicht mehren, sondern ihm ständig höchsten Schaden zufügen, den Amtseid brechen, das Grundgesetz als einen wertlosen Fetzen Papier behandeln und stattdessen im Laufe der Jahre schon über 600 Verbrechen gegen die Verfassung begangen haben, sind kriminell, auch dann, wenn sie nicht bestraft werden können.

Wir brauchen die Bestrafung der uns Regierenden nach rechtsstaatlichen Grundsätzen, wenn sie sich schuldig gemacht haben. Derzeit ist weder für Landesnoch für Hochverrat noch für sonstige ehrlose Verbrechen der Politiker gegen unser Volk eine Bestrafung möglich. Sie können unser Volk an internationalistische Organisationen – deren Mitglieder sie sind – wie zum Beispiel Illuminatenund Freimaurerlogen, Bilderberger, CFR, Trilaterale Kommission verraten, ohne daß eine Bestrafung erfolgen kann. Die politisch Verantwortlichen – das heißt auch, die Parlamentarier – müssen sich darüber klar werden, daß Verrat in vielen Staaten ein mit der Todesstrafe bedrohtes Verbrechen ist. Dies war berechtigter Weise in Deutschland früher auch so. Nach Reichsgesetz durften Politiker noch nicht einmal ausländische Orden annehmen. Wir lassen uns vom internationalistisch gesteuerten Freimaurerklüngel nicht länger verraten und verleumden, denn wir sind das Volk.

Wir brauchen ehrenhafte Menschen an der Spitze des Staates, die sich an Recht, Gesetz und Amtseid halten!

Dieter Ludewig, Neustadt/Donau

Betr.: Banker-Journal »Neue Wirtschaftsgruppe in Zentralasien«, Nr. 3/93

Als interessierter Leser von CODE habe ich festgestellt, daß Ihnen in vorgenanntem Artikel ein großer Fehler unterlaufen ist. Die UdSSR hatte vor ihrem Verfall 22403000 qkm. Folglich kann die von Ihnen genannte Gruppierung höchstens sechs Millionen qkm haben.

Hans Batholomä, Karlsruhe

Betr.: Franklin D. Roosevelt »US-Soldaten als Versuchskaninchen«, Nr. 6/93

Bis 1939 waren die Weltkrieg-I-Kampfstoffe Senfgas (= Lost) und Lewisit längst in ihren toxokologischen und sonstigen Eigenschaften erforscht. Die Durchführung heimlicher Versuche mit diesen zum Teil krebserregenden Stoffen an ahnungslosen US-Soldaten kann daher nur als Akt menschenverachtender Barbarei angesehen werden, der die typische Handschrift von Roosevelt, Churchill und skrupellosen Mittätern trug. Die Planung eines Chemiewaffeneinsatzes gegen Deutschland bestätigte sich durch die Ereignisse des 3. Dezember 1943: In dieser Nacht flog die deutsche Luftwaffe einen Überraschungsangriff gegen den mit alliierten Nachschubschiffen völlig überfüllten Hafen von Bari. Im nächtlichen Inferno flog dabei auch der US-Frachter »John Harvey« in die Luft, der unteranderem heimlich auch mit 570 Tonnen Senfgasbomben beladen war. Bilanz: Mehr als 1000 zivile Senfgas-Tote; die Anzahl der toten und verletzten alliierten Soldaten ist auf Befehl Churchills nie veröffentlicht worden.

Damals war auch geplant, die deutsche Trinkwasserversorgung durch den Einsatz des heimtückischen Sabotagegiftes Natriummonofluorazetat lahmzulegen. Ebenso wurde der Abwurf radioaktiven Materials über deutschen Großstädten erwogen. Nicht zu vergessen sei auch der in der Planung und der Herstellung der Bomben abgeschlossene Einsatz von Milzbrand-Bakterien als Seuchenträger gegen das damalige Deutsche Reich. Vier bis sechs Millionen Tote auf deutscher Seite waren damals einkalkuliert worden.

In den Nachkriegs-USA ist zwischenzeitlich der Einsatz unterschiedlichster Chemikalien gegen militärische und zivile Ziele mit den Methoden der Schädlingsbekämpfung feste Tradition geworden:

So führte der CIA in den fünfziger Jahren an Tausenden ahnungsloser Amerikaner Versuche mit der berüchtigten Rauschdroge LSD und anderen bewußtseinsverändernden Stoffen durch.

Nach dem US-Desaster in der Schweinebucht wurde versucht, Fidel Castro durch einen mit Senfgas präparierten Blumentopf zu beseitigen; später scheiterte auch ein Versuch, durch Beigabe eines Bartausfall verursachenden Mittels zu seiner Nahrung den Kuba-Chef wenigstens der Lächerlichkeit preiszugeben.

In Nicaragua schließlich wurden gentechnisch manipulierte Bekämpfungsmittel gegen die Kaffeeplantagen eingesetzt, mit verheerendem »Erfolg«.

In Vietnam regnete die US-Luftwaffe riesige Mengen des Entlaubungsmittels »agent orange« ab, obwohl dessen Gehalt an dem Sevesogift Tetrachlordibenzodioxin längst bekannt war. Wer je die Bilder menschlicher und tierischer Mißgeburten aus damaliger Zeit gesehen hat, wird dies nie vergessen.

Natürlich gehen in den Labors unter dem Sternenbanner auch die Arbeiten an der sogenannten ethnischen Waffe weiter. Diese basiert auf Chemikalien, die selektiv soweit in den Stoffwechsel bestimmter rassischer Gruppierungen eingreifen, daß vorübergehende Ausschaltung oder Tod der betreffenden Menschen kalkulierbar werden.

Dr. Kurt Dannhäuser, Ettlingen